

Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

Erste Ergebnisse des Mikrozensus ▪ Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung ▪ Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung ▪ Strafverfolgungsstatistik ▪ Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland ▪ Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland ▪ Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes ▪

3

März

1999

— METZLER —
POESCHEL

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt.
Brigitte Reimann
65180 Wiesbaden

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 4343
72774 Reutlingen
Telefon 0 70 71 / 93 53 50
Telefax: 0 70 71 / 3 36 53
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: staba@s-f-g.com

Druck:

Rhein Main Druck, Mainz

Erscheinungsfolge. monatlich

Erschienen im April 1999

Einzelpreis. DM 20,30, EUR 10,38

Jahresbezugspreis: DM 207,-; EUR 105,84

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200–99103

ISSN 0043–6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt
		(bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
..	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie.

• im Internet <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unseren Allgemeinen Auskunftsdiensten
65180 Wiesbaden

• Telefon: 06 11 / 75 24 05

• Telefax: 06 11 / 75 33 30

• E-Mail: info@statistik-bund.de

Zweigstelle Berlin

Postfach 276, 10124 Berlin

• Telefon: 0 30 / 23 24 68 66

• Telefax: 0 30 / 23 24 68 72

• E-Mail: stba-berlin.infodienst@t-online.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999

Alle Rechte vorbehalten.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Nachdruck und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Genehmigung.

Kurznachrichten 151

Textteil

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998 163

Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung 171

Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999 179

Strafverfolgungsstatistik 1997 189

Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland 197

Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland 210

Preise im Februar 1999 221

Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes 225

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 237

Tabellenteil

Übersicht 137*

Statistische Monatszahlen 138*

Ausgewählte Tabellen 166*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents

News in brief 151

Texts

First results of the microcensus, 1998 163

Computation of weighting patterns of consumer price indices 171

Programme and organisation of the census of agriculture, 1999 179

Criminal statistics of the courts, 1997 189

Statistics of science and technology in Germany 197

Real property and housing standards of households in Germany 210

Prices in February 1999 221

Concept of expenditure and financial accounts for the health information system of the Federation 225

List of the contributions published in the current year 237

Tables

Summary 137*

Monthly statistical figures 138*

Selected tables 166*

Table des matières

Pages

Informations sommaires 151

Textes

Premiers résultats du microrecensement de 1998 163

Calcul des schémas de pondération pour les indices du coût de la vie 171

Programme et organisation du recensement agricole de 1999 179

Statistique de la poursuite judiciaire de 1997 189

Statistiques des sciences et de la technologie en Allemagne 197

Propriétés immobilières et foncières ainsi que conditions de logement des ménages particuliers en Allemagne 210

Prix en février 1999 221

Conception d'un calcul des dépenses et des comptes financiers du système d'informations sur la santé de la Fédération 225

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 237

Tableaux

Résumé 137*

Chiffres statistiques mensuels 137*

Quelques tableaux sélectionnés 166*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes zieht nach Bonn

Ende April dieses Jahres schließt das Statistische Bundesamt seine Außenstelle in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Damit geht eine jahrzehntelange Tradition zu Ende. Die Statistik in der Eisen- und Stahlwirtschaft wird damit aber nicht eingestellt, sondern künftig von der neuen Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes aus durchgeführt.

Hervorgegangen ist die Außenstelle aus dem Verwaltungsamt für Eisen und Stahl, das 1945 auf Anordnung der britischen Militärregierung in Düsseldorf gebildet wurde. 1946 wurde dieses Amt dem Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone und 1949 der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt als Fachstelle Stahl und Eisen angegliedert; der Sitz der Fachstelle blieb Düsseldorf. Am 1. April 1950 schied die Abteilung Produktionsstatistik aus der Verwaltung für Wirtschaft aus und wurde als Außenstelle Düsseldorf dem Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, angegliedert. Die Absatzstatistik war bereits im September 1949 von der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie übernommen worden. Der organisatorischen Trennung dieser beiden Statistikbereiche folgte im Frühjahr 1951 auch die räumliche: 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zogen in das neuerbaute Bürogebäude in der Hüttenstraße, in dem sich noch heute die Diensträume des Statistischen Bundesamtes befinden.

Die Eisen- und Stahlstatistik und auch die Außenstelle selbst lagen schon immer im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen. Bereits in den fünfziger Jahren forderte die Wirtschaftsvereinigung Stahl die Privatisierung der Statistik. Dieses Ansinnen wurde aber von den damaligen Bundesministern des Innern und für Wirtschaft, Dr. Schröder und Erhard, abschlägig beschieden. In den siebziger Jahren machten sich der Abteilungsleiterausschuß Statistik der Bundesregierung und der Bundesrechnungshof für eine Verlagerung der Aufgaben von Düsseldorf nach Wiesbaden stark.

Letztlich ermöglichte die deutsche Vereinigung mit dem Hauptstadtbeschuß des Deutschen Bundestages und dem Berlin/Bonn-Gesetz ein vorerst weiteres Verbleiben in Düsseldorf, bis im Zuge des Regierungsumzugs die Verlagerung von Teilen des Statistischen Bundesamtes, insbesondere der Zweigstelle Berlin, nach Bonn erfolgt.

Ende April wird nun die Außenstelle Düsseldorf in Räumlichkeiten umziehen, die das Bundesinnenministerium in Bonn freimacht. Die Eisen- und Stahlstatistik ist damit die erste größere Organisationseinheit des Statistischen Bundesamtes, die in die Zweigstelle Bonn einzieht. Sie wird auch die ersten neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schon ab April aus dem Bundesministerium des Innern zum Statistischen Bundesamt wechseln, aufnehmen und betreuen.

Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes

1999 wird das Statistische Bundesamt erstmals den Gerhard-Fürst-Preis vergeben. Mit ihm werden herausragende Dissertationen und herausragende Diplom- bzw. Magisterarbeiten ausgezeichnet, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder um sozialwissenschaftliche Abhandlungen.

Mit der Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises möchte das Statistische Bundesamt die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der universitären Ausbildung fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik intensivieren.

Der Preis wurde nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat. Indem wir unseren Preis nach Gerhard Fürst benennen, ehren wir einen Mann, dessen unbestreitbares Verdienst das hohe Ansehen der deutschen amtlichen Statistik sowohl im Inland als auch im Ausland ist, deren Ergebnisse von der Öffentlichkeit als objektive und qualitativ hochwertige Informationen anerkannt werden.

Die Prämie für eine auszuzeichnende Dissertation beträgt 5000 Euro und für eine auszuzeichnende Examensarbeit 2500 Euro. Darüber hinaus können prämierte Arbeiten – gegebenenfalls auszugsweise – in der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Bundesamtes „Spektrum der Bundesstatistik“ publi-

Kurznachrichten

ziert werden. Mit der Einreichung der Arbeit erteilt der Autor bzw. die Autorin zugleich das Einverständnis hiermit. In jedem Fall werden die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen. Die Preise werden im Rahmen des jährlich im November vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums verliehen.

Es ist vorgesehen, das Preisgeld für Examensarbeiten und Dissertationen in jedem Jahr einmal zu vergeben. In Ausnahmefällen kann das Preisgeld auch zwischen mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden. Das Gutachtergremium kann mit der Preisverleihung aussetzen, wenn ihm keine der eingereichten Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Der hohe wissenschaftliche Anspruch, den sich das Statistische Bundesamt mit der Prämierung gesetzt hat, wird durch die in das Gutachtergremium berufenen Wissenschaftler gewährleistet:

- Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger, Seminar für Statistik, Universität Freiburg/Schweiz
- Prof. Dr. Ullrich Heilemann, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
- Prof. Dr. Richard Hauser, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Walter Müller, Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie, Universität Mannheim
- Prof. Dr. Werner Neubauer, Institut für Statistik und Mathematik, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

In Frage kommende Arbeiten können von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden, sofern sie im jeweiligen Vorjahr abschließend beurteilt worden sind (dies muß aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und sofern sie nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet wurden. Hierüber muß eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-) Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und gegebenenfalls Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, daß mit

der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Alle Unterlagen müssen in achtfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung
in der Bundesstatistik
65180 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als Windows-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben.

Die Einreichungsfrist endet in jedem Jahr am 31. März. Im ersten Jahr der Preisverleihung ist die Einreichungsfrist jedoch auf den 30. Juni 1999 verschoben.

Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u.a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, der im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes enthalten ist (www.statistik-bund.de). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Telefon: (06 11) 75 26 95
E-Mail: institut@statistik-bund.de

Aus aller Welt

30. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen

Auf der Tagesordnung der Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen vom 1. bis 5. März 1999 in New York standen u.a. strategische Fragen der Entwicklung der Wirtschaftsstatistiken, insbesondere die Anwendung des System of National Accounts (SNA) der Vereinten Nationen in den verschiedenen Regionen der Welt, und Fragen der internationalen Preis- und Kaufkraftvergleiche für Zwecke der Weltbank, die überarbeiteten Empfehlungen zu den internationalen Wanderungsstatistiken, die Erstellung einer Liste von bereichsübergreifenden Sozialindikatoren für Zwecke der nachhal-

Kurznachrichten

tigen Entwicklung sowie die Verabschiedung von Leitlinien für die Technische Zusammenarbeit.

Sachstandsvergleiche der Anwendung des SNA zeigen, daß die Übergangsländer in den letzten Jahren Fortschritte gemacht haben, während in der afrikanischen Region Rückschritte bei der Umsetzung zu verzeichnen sind. Hinsichtlich der Methoden des Internationalen Preisvergleichsprogramms (ICP) entzündete sich eine kontroverse Diskussion. Die Entwicklungsländer der ostasiatischen und lateinamerikanischen Region wiesen auf gravierende methodische Defizite und daraus resultierende Validitätsprobleme der Ergebnisse hin, die u. a. als Entscheidungsgrundlage für Kreditentscheidungen der Weltbank verwendet werden. Die Statistische Kommission forderte die für die Durchführung des Vergleichsprogramms zuständigen Organisationen auf, ihre Anstrengungen zur Verbesserung der kritisierten Methoden und Verfahren zu verstärken.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Wirtschaftsstatistiken“ wurden auf Antrag der australischen Delegation die Erfahrungen mit dem seit drei Jahren bestehenden Special Data Dissemination Standard (SDDS) des Internationalen Währungsfonds (IWF) diskutiert. Die Vertreter der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) sowie verschiedene Entwicklungsländer und die Delegation der Vereinigten Staaten schlossen sich der Kritik Australiens an der Inflexibilität und an den mit den geplanten Erweiterungen verbundenen Belastungen für die statistischen Institutionen an und fordern eine bessere Einbindung in die Überlegungen des IWF über die Ausgestaltung des SDDS. Die deutsche Delegation plädierte für eine Konsolidierung des bestehenden SDDS und für eine Einbindung der internationalen Statistikgremien und der nationalen statistischen Institutionen in alle Überlegungen hinsichtlich etwaiger Änderungen oder Erweiterungen. Gleichzeitig würdigte sie die Wirkung des SDDS im Hinblick auf die Verbesserung der Aktualität der nationalen Wirtschaftsstatistiken. Die Statistische Kommission forderte den IWF auf, die nationalen Statistikinstitutionen und die internationalen Statistikgremien künftig stärker in die Ausgestaltung des SDDS einzubinden und äußerte sich kritisch zu den Plänen des IWF, den SDDS um den Bereich der Statistiken über die Auslandsschulden zu erweitern.

Die überarbeiteten Empfehlungen über internationale Wanderungsstatistiken wurden allgemein begrüßt. Die Vertreter der Entwicklungsländer wiesen darauf hin, daß regelmäßigen Volkszählungen in ihren Ländern mangels ausgebauter Melderegister

noch immer eine entscheidende Bedeutung zukomme und daß Volkszählungsdaten in vielen Ländern noch die wichtigste Basis für die Erstellung entwicklungsrelevanter Indikatoren seien.

Das Thema „Sozialindikatoren für Zwecke der Entwicklung“ stieß auf großes Interesse. Zahlreiche Delegationen schlossen sich dem Diskussionsbeitrag der deutschen Delegation an, die sich für eine begrenzte Zahl von Kernindikatoren aussprach, die in enger Abstimmung zwischen den internationalen Organisationen und unter Beteiligung der nationalen Statistikinstitutionen erarbeitet und gegebenenfalls stufenweise um weitere komplexe und im Regionalbezug aussagefähige Indikatoren ergänzt werden sollten. Deutschland schlug darüber hinaus vor, daß bilaterale und internationale Technische Zusammenarbeit im Sinne des „capacity building“ die nationalen Statistiksysteme in ihren Bestrebungen, die Basisstatistiken für diese Indikatoren bereitzustellen, unterstützen soll. Die Statistische Kommission unterstützt die Bestrebungen zur Harmonisierung der Sozialindikatoren und ist bereit, im Rahmen ihrer Expertenarbeitsgruppen fachlich-methodische Beiträge zu leisten. Sie weist darauf hin, daß die nationalen Statistiksysteme im Rahmen der internationalen Entwicklungsprogramme dahingehend unterstützt werden müssen, daß sie den Datenbedarf ihrer eigenen Länder ebenso wie den der internationalen Organisationen erfüllen können.

Die von einer Expertengruppe, in der auch Deutschland vertreten war, im Auftrag der Statistischen Kommission erarbeiteten Leitlinien zur Planung, Durchführung und Erfolgskontrolle von Programmen der Technischen Zusammenarbeit stießen auf breite Zustimmung.

Die Statistische Kommission stimmte einem Resolutionsentwurf zu, der ab dem Jahr 2000 einen jährlichen Sitzungsturnus mit vier Sitzungstagen vorsieht. Die Resolution enthält einen Passus, wonach dies ohne Verursachung zusätzlicher Kosten bewerkstelligt werden müsse, wofür sich die deutsche Delegation eingesetzt hatte. Falls der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen dieser Resolution zustimmt, soll das bisher ebenfalls in zweijährigem zeitversetzten Turnus tagende koordinierende Lenkungsgremium der Statistischen Kommission, die Arbeitsgruppe für Koordinierung der internationalen statistischen Programme, aufgelöst werden.

Zur Organisation der Statistik in Kasachstan

Die Republik Kasachstan liegt in Zentralasien und umfaßt ein Territorium von 2,7 Mill. km² (das ist 10mal

Kurznachrichten

so groß wie das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland) mit nur 15,6 Mill. Einwohnern (das entspricht der Einwohnerzahl der fünf neuen Bundesländer).

Die amtliche Statistik der Republik Kasachstan ist im Gesetz „Über die amtliche Statistik“ von 1997 geregelt, das die Aufgaben und die Funktionen der zentralen Statistikinstitution („Agentur für Statistik“ – AfS, der Regierung direkt unterstellt) sowie der Ministerien und anderer staatlicher Einrichtungen, die ebenfalls statistische Facherhebungen durchführen, festlegt. Es bestimmt auch die Prinzipien der Erhebung, Aufbereitung, Speicherung, Analyse und Veröffentlichung von Daten über die Lage und Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes leitet die AfS mit Sitz in Almaty ein Netz regionaler Institutionen sowie nachgeordneter fachlicher Einrichtungen. Dazu gehören das 1998 geschaffene Informations- und Rechenzentrum (IRZ), das Institut für statistische Forschungen, die Vertretung der AfS in der neuen Hauptstadt Astana sowie 16 Statistische Gebiets-, 160 Kreis- und 26 Stadtkomitees. Die Tätigkeit dieser nachgeordneten Institutionen beruht auf dem „Plan der statistischen Arbeiten“, der entsprechend den aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Mitteln jährlich aufgestellt wird. Die statistischen Aktivitäten aller Institutionen und Einrichtungen werden durch die AfS koordiniert.

Die Statistischen Kreiskomitees – mit durchschnittlich 4 Beschäftigten – sind überwiegend für das Verteilen und Sammeln der Erhebungsbögen, eine erste Sichtkontrolle sowie für die Aktualisierung der Register zuständig.

Die Statistischen Gebietskomitees – mit durchschnittlich 95 Beschäftigten – sind Sammelstellen für die Daten aus den Kreiskomitees und aus den Verwaltungen der Gebietsebene. Diese Daten werden erfaßt und aufbereitet und an die AfS zur Aufbereitung von Republik-Ergebnissen weitergeleitet. Die in den Gebietskomitees aufbereiteten Ergebnisse werden außerdem den Gebietsverwaltungen zur Verfügung gestellt und auf Gebietsebene veröffentlicht.

Die AfS beschäftigt 3 100 Angestellte, davon 140 in der Zentrale, 240 im IRZ und 2 720 in den Regionalämtern. Sie arbeitet an der Vereinheitlichung und Vereinfachung des Berichtswesens und an der methodischen Umstellung auf internationale Standards. Monatlich wird nur noch ein beschränkter Merkmalskatalog zu Produktionsvolumen, Arbeitsmarkt und Finanzen erhoben. Ein anderer Teil von Merkmalen, zum Beispiel die Bereiche Bau und Investitionen betreffend, wird dagegen nur noch mit

vierteljährlichen Erhebungen erfaßt. Bisher durchgeführte (Pilot-) Stichproben sollen ab 1999 regelmäßig erhoben werden. Darüber hinaus sollen verstärkt sekundäre Datenquellen (Register, Verwaltungseinheiten) genutzt werden.

Die Computerausstattung wurde mit der Lieferung von 600 PC für die AfS und Gebietskomitees im Rahmen eines Weltbankkredites bis Ende 1998 so verbessert, daß auch in den Gebietskomitees zumindest jedes Büro über einen PC verfügt. Neue Konzepte für einen aufgabenbezogenen Einsatz dieser Geräte und über effektive Netz-Verbindungen „Gebiet-AfS“ werden entwickelt.

Beim Umgestaltungsprozeß der amtlichen Statistik auf marktwirtschaftliche Erfordernisse wird Kasachstan vom Statistischen Bundesamt sowie den Statistischen Landesämtern Berlin und des Freistaates Sachsen unterstützt. Das betrifft insbesondere die im Rahmen des Tacis-Programms (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) finanzierten Projekte „Veröffentlichung und Verbreitung statistischer Informationen“, „Investitionsstatistik“ und „Arbeitsmarktstatistik“ sowie die von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) finanzierten Projekte „Gesamtorganisation der Statistik“, „Preisstatistik“ und „Lohnstatistik“.

Aus dem Inland

Workshop „Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Nutzung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik“

Am 24. und 25. Februar 1999 fand im Statistischen Bundesamt ein Workshop „Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Nutzung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik“ statt, der zusammen mit Prof. Dr. Joachim Wagner von der Universität Lüneburg organisiert wurde. Prof. Wagner ist der Begründer des Netzwerkes „Firmen-Daten aus der Amtlichen Statistik“ (FIDAST), in dem über Forschergruppen, die in Kooperation mit Statistischen Ämtern amtliche Firmendaten analysieren, und den Stand ihrer Projekte informiert wird. Aufgrund der hohen Aktualität des Themas fand die Veranstaltung große Resonanz bei den Vertretern der wissenschaftlichen Forschung und der amtlichen Statistik.

Am ersten Tag wurden zunächst die grundsätzlichen Positionen der amtlichen Statistik und der wissen-

Kurznachrichten

schaftlichen Forschung zur Nutzung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik dargestellt. Während Herr Prof. Wagner die Wünsche der Forscher formulierte, zeigte ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes die Grenzen für einen Zugang zu diesen Daten auf. Anschließend wurden inhaltliche Studien aus bereits bestehenden Kooperationen zwischen einzelnen Universitäten und Statistischen Ämtern der Länder präsentiert, unter anderem zu den Themen Arbeitsplatzdynamik, Beschäftigungsentwicklung, Betriebsgründungen und Innovationen.

Die Vorträge des zweiten Tages stellten Methoden zur Bereitstellung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik vor. Zunächst wurden Möglichkeiten der faktischen Anonymisierung dargestellt, anschließend Beispiele solcher Daten präsentiert.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, eröffnete die abschließende Diskussion und faßte noch einmal die Position des Statistischen Bundesamtes zusammen: Unternehmensdaten sollten verfügbar sein, sofern die Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes nicht verletzt werden.

Die Beiträge des Workshops werden in der Reihe Spektrum der Bundesstatistik veröffentlicht.

62,3 Mill. Wahlberechtigte in Deutschland bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1999

Nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes werden für die am 13. Juni 1999 stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament etwa 60,6 Mill. im Bundesgebiet lebende Deutsche wahlberechtigt sein, unter ihnen etwa 2,0 Mill. Männer und 2,0 Mill. Frauen, die bis zum Wahltag das 18. Lebensjahr vollenden werden und erstmals an einer Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen können. Insgesamt werden in der Bundesrepublik Deutschland mehr Frauen als Männer zur Wahlurne gehen können, nämlich 32,5 Mill. gegenüber 29,8 Mill.

Zur Wahl zugelassen sind ferner etwa 1,7 Mill. Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien), die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen. Die wahlrechtlichen Bestimmungen sehen vor, daß Unionsbürger in der Bundesrepublik Deutschland zur Ausübung ihres aktiven Wahlrechts einen Antrag auf Eintragung in ein hiesiges Wählerverzeichnis stellen müssen. Der Antrag ist bei der Gemeinde am Wohnort zu stel-

len. Bei Antragstellung haben die Unionsbürger eine förmliche Erklärung abzugeben, in der sie Angaben zur Person machen und erklären, daß sie ihr Wahlrecht nur im Wohnsitzmitgliedstaat ausüben. Darüber hinaus hat der Unionsbürger zu erklären, daß er in seinem Herkunftsmitgliedstaat nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und seit wann er seinen Wohnsitz im Gebiet der Europäischen Gemeinschaft hat.

Die Anträge für die Eintragung in das Wählerverzeichnis sind bei den Wahlämtern der Gemeinden etwa ab April 1999 erhältlich. Sie müssen bis zum 34. Tag vor der Wahl, das heißt bis zum 10. Mai 1999, 16.00 Uhr, bei der Gemeinde eingegangen sein.

Für Unionsbürger besteht neben der aktiven Teilnahme an der Europawahl auch die Möglichkeit, sich als Wahlbewerber für die Europawahl 1999 in der Bundesrepublik Deutschland von Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen aufstellen zu lassen.

2,5 % Wirtschaftswachstum im vierten Quartal 1998

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, erhöhte sich im vierten Quartal 1998 im Vergleich zum vierten Quartal 1997 real um 2,5%. Dies war ein geringerer Anstieg als im dritten Quartal 1998 (+2,8%). Im früheren Bundesgebiet nahm das Bruttoinlandsprodukt real um 2,4% nach 2,9% im dritten Vierteljahr zu, in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 2,6% nach 1,7% im dritten Vierteljahr.

Nach rechnerischer Ausschaltung von saison- und kalenderbedingten Schwankungen (Verfahren der Deutschen Bundesbank) nahm das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 1998 gegenüber dem dritten Quartal 1998 um 0,4% ab.

Getragen wurde das Wachstum im vierten Quartal 1998 allein von der Inlandsnachfrage. In Ausrüstungen wurden im vierten Vierteljahr 1998 real um 11,0% mehr investiert als ein Jahr zuvor. Der Private Verbrauch stieg mit +2,7% erstmals seit dem ersten Quartal 1996 wieder stärker als das Bruttoinlandsprodukt.

Damit bestätigte sich für das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen die am 14. Januar 1999 für das Jahr 1998 veröffentlichte Zuwachsrate von +2,8%.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auch im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes (www.statistik-bund.de) abgerufen werden.

Kurznachrichten

1998 mehr Aufträge, aber weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Die Betriebe des Hoch- und Tiefbaus mit 20 und mehr Beschäftigten verzeichneten 1998 preisbereinigt um 1,2% höhere Auftragseingänge als im Jahr 1997. Erstmals seit 1994 lag die Baunachfrage wieder über dem Vorjahresniveau. Zu diesem Ergebnis trugen die wieder zunehmenden Aufträge im Tiefbau (+6,9%) bei. Im früheren Bundesgebiet betrug das reale Auftragsplus gegenüber 1997 2,3%, während in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch 1998 ein Nachfragerückgang zu verzeichnen war (-1,6%).

Die Nachfragebelebung hatte 1998 noch keine positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung. Der seit 1995/96 zu beobachtende Stellenabbau setzte sich fort: In den Betrieben des Bauhauptgewerbes waren im Durchschnitt des Jahres 1998 rund 1,16 Mill. Personen tätig, 65 000 (-5,4%) weniger als im Vorjahr. Im früheren Bundesgebiet arbeiteten 1998 im Jahresdurchschnitt 802 000 Personen (-3,8% gegenüber dem Vorjahr); in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 354 000 Personen in den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus beschäftigt, 34 000 oder 8,7% weniger als 1997.

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Oscar Schmid, Telefon (06 11) 75 29 16.

Kaufwerte für Bauland

Im dritten Quartal 1998 wurden in Deutschland je Quadratmeter Bauland durchschnittlich 98 DM gezahlt, das waren 10 DM mehr als vor Jahresfrist. Während im früheren Bundesgebiet der Quadratmeter Bauland durchschnittlich 116 DM kostete, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 59 DM. Noch größer waren die Unterschiede bei baureifem Land, das im früheren Bundesgebiet 159 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 81 DM kostete.

Diese Angaben beruhen auf 26 600 gemeldeten Baulandverkäufen im dritten Quartal 1998, dabei wurden zusammen 36 km² Bauland verkauft. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 28% dieser Kauffälle mit 33% der Baulandfläche abgewickelt. Der Anteil des baureifen Landes an der verkauften Baulandfläche betrug in den neuen Ländern 54% und lag damit nur knapp unter dem im früheren Bundesgebiet (61%).

Nähere Angaben enthält die demnächst erscheinende Fachserie 17 „Preise“, Reihe 5 „Kaufwerte für Bauland“ (Bestell-Nr. 2170500-98323; Bezugsquelle siehe Impressum).

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Bernd Petrauschke, Telefon (030) 23 24-64 84 oder -64 85.

9,5% Wohnungsbaugenehmigungen weniger

Im Jahr 1998 ist in Deutschland der Bau von insgesamt 477 700 Wohnungen genehmigt worden, 419 100 durch Neubau und 58 600 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Im vierten Jahr in Folge waren die Genehmigungszahlen rückläufig: Gegenüber 1997 betrug der Rückgang 9,5% bzw. 50 400 Wohnungen.

Diese Entwicklung resultierte vor allem aus dem starken Rückgang der Genehmigungen für Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern um rund ein Viertel, während bei Einfamilienhäusern ein Plus von 10,2% zu verzeichnen war.

Im früheren Bundesgebiet wurde der Bau von 363 700 Wohnungen genehmigt, das sind 2,4% bzw. 9 000 Wohnungen weniger als im Vorjahr. Maßgeblich war das Minus von 15,1% bei den genehmigten Wohnungen (131 800) in neuen Mehrfamilienhäusern (darunter Eigentumswohnungen: -3,5%). Die Genehmigungszahlen für neue Zweifamilienhäuser nahmen um 3,6% zu. Bei Einfamilienhäusern (138 600) gab es eine Zunahme von 16,3%; ein so hohes Niveau hatte es letztmals in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gegeben.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurde der Bau von 114 000 Wohnungen genehmigt, das sind 26,6% bzw. 41 400 Wohnungen weniger als im Vorjahr. Der Rückgang konzentrierte sich auf den Neubau von Mehrfamilienhäusern, bei dem mit insgesamt 34 900 genehmigten Wohnungen nur noch die Hälfte des Vorjahresniveaus zu verzeichnen war. Bei Eigentumswohnungen betrug das Minus 52,6%. Rückläufig waren auch die Genehmigungszahlen beim Neubau von Zweifamilienhäusern (-20,3%) und Einfamilienhäusern (-5,7%). Mit 43 600 genehmigten Einfamilienhäusern wurde allerdings erneut ein hohes Niveau erreicht.

Mit 74 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner lagen 1998 die neuen Länder und Berlin-Ost erneut über dem Ergebnis für das frühere Bundesgebiet (55). Im Ländervergleich führend waren – wie bereits in den Vorjahren – Brandenburg (102), Mecklenburg-Vorpommern (88) und Sachsen (73). Die niedrigsten Ergebnisse wiesen Berlin (39), Hamburg (33) und Bremen (32) auf. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 58 Wohnungen je 10 000 Einwohner.

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Karl-Heinz Manzel, Telefon (030) 23 24 64 73.

Kurznachrichten

10 Mill. Datensätze werden monatlich zum Außenhandelsergebnis verarbeitet

Der deutsche Außenhandel hat mit 949,7 Mrd. DM für die Ausfuhr und 821,1 Mrd. DM für die Einfuhr im Jahr 1998 Höchstmarken erreicht; sie bedeuten einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6,9 bzw. 6,3%. Solche Rekordwerte bei den Außenhandelsergebnissen verlangen auch vom Statistischen Bundesamt bei der Verarbeitung der statistischen Meldungen rekordreife Leistungen, denn das Außenhandelsergebnis wird zentral im Statistischen Bundesamt ermittelt.

Für den Berichtsmonat Oktober 1998 wurde erstmals die Grenze von 10 Mill. Datensätzen als Meldungen für einen Monat überschritten. Diese Meldungen werden in umfangreichen maschinellen Kontrollen auf ihre Plausibilität geprüft, bevor sie zu den statistischen Ergebnissen aufbereitet werden. In Zweifelsfällen fragen die Bearbeiter beim Anmeldenden telefonisch oder schriftlich zurück und korrigieren gegebenenfalls die Angaben, damit schließlich die Freigabe für eine fehlerfreie Tabellierung erfolgen kann.

Neben den Arbeiten an den vorliegenden Datensätzen müssen gleichzeitig die säumigen Melder an ihre Berichtspflichten erinnert werden; daher gehen neben den Meldungen für den laufenden Monat immer noch eine große Anzahl von Nachmeldungen ein, die ebenfalls geprüft und termingerecht verarbeitet werden müssen.

Im Lauf der letzten Jahre ist die Zahl der Meldungen für den Außenhandel ständig gestiegen. Lag die Zahl der Datensätze 1992 noch bei 64,2 Mill., so hatte sie 1998 mit 112,3 Mill. um fast 50 Mill. zugenommen. Das ist ein durchschnittliches Wachstum von fast 10% pro Jahr. Die durchschnittliche Zunahme bei der Zahl der Datensätze liegt damit in etwa doppelt so hoch wie der Anstieg der Außenhandelswerte selbst. Für den Zeitraum ab 1992 stiegen diese um durchschnittlich 5,2% pro Jahr. Daß es dem Statistischen Bundesamt gelungen ist, diesen wachsenden Arbeitsumfang nicht nur aufzufangen, sondern auch die Ergebnisse über den Außenhandel aktueller bereitzustellen, ist ein Erfolg, der nur durch konsequenten Einsatz der verbesserten technischen Möglichkeiten erzielt werden konnte. Ein bißchen stolz sind wir schon darauf, das sei hier am Rande angemerkt.

Straßenverkehrsunfallbilanz 1998: 9,1% weniger Verkehrstote

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 1998 auf Deutschlands Straßen bei Verkehrsunfällen 497 638 Personen verletzt und 7 772 Personen ge-

tötet. Gegenüber dem Vorjahr waren das 0,7% Verletzte und 9,1% Getötete weniger.

Insgesamt ereigneten sich 1998 in Deutschland 377 660 Unfälle mit Personenschaden (-0,8%) und 136 023 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (-3,3%). Die Polizei registrierte insgesamt 0,9% mehr Unfälle als 1997, nämlich 2,25 Mill. Diese Unfallentwicklung ist vor dem Hintergrund eines weiteren Anstiegs des Kfz-Bestands zu sehen. Der Bestand der beim Kraftfahrt-Bundesamt registrierten zulassungspflichtigen Kraftfahrzeuge erhöhte sich von Mitte 1997 bis Mitte 1998 um 1,2% auf 49,6 Mill., darunter waren 41,7 Mill. Pkw (+0,7%) und 2,9 Mill. Motorräder (+7,7%).

Erheblich weniger Getötete als im Vorjahr wurden 1998 in Brandenburg (-23%), Sachsen und Schleswig-Holstein (jeweils -14%) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (-13%) registriert. Gemessen an den Einwohnerzahlen lag der Bundesdurchschnitt 1998 bei 95 Getöteten je 1 Mill. Einwohner; weit über diesem Durchschnitt lagen die Werte - trotz der starken Rückgänge in diesen Ländern - in Mecklenburg-Vorpommern mit 202 und Brandenburg mit 191, weit darunter in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin (jeweils 25) sowie Bremen (49).

Das Unfallgeschehen im Jahr 1998 wurde durch die im Vergleich zum Vorjahr schlechtere und nässere Witterung beeinflusst. Dies führt erfahrungsgemäß zu einer verringerten Verkehrsteilnahme der besonders gefährdeten Zweiradfahrer.

Weitere Auskünfte erteilt Sigrud Nicodemus, Telefon (06 11) 75 21 45.

Kompakt

Hilfen für die junge Generation – soziale und ökonomische Probleme in der Großstadt

Unter diesem Titel ist ein Sammelband mit den Ergebnissen einer Fachtagung vom 19. bis 21. Januar 1999 erschienen, auf der Wissenschaftler aus Polen, Japan, Ungarn, Georgien, der Russischen Föderation, der Slowakischen Republik, Weißrußland, Frankreich und Deutschland über das Thema Statistik und Jugendhilfeplanung in der Großstadt berieten.

Im Dialog der verschiedenen Länder werden darin Ergebnisse aus aktuellen nationalen Statistiken vorgestellt, die die gegenwärtige Situation der jungen Generation verdeutlichen und Aussagen darüber

Kurznachrichten

ermöglichen, welche weiteren statistischen Informationen zur Unterstützung der Jugendhilfe in Großstädten benötigt werden.

„Die mehr als 20 verschiedenen Einzelbeiträge“, so Prof. Appel, Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin, bei der Übergabe des Bandes an Vertreter der ausländischen Botschaften in Berlin im Rahmen eines Senatsempfangs, „weisen eine differenzierte Bestandsaufnahme vielfältiger spezifisch nationaler, aber auch sich ähnelnder Probleme von Jugendlichen in Großstädten auf. Gerade Berlin ist hierbei Mittler zwischen Ost- und Mitteleuropa, um überall gesetzliche und institutionelle Bedingungen für eine zuverlässige statistische Bestandsaufnahme zu schaffen, die weitere Harmonisierung der Statistik zu fördern und eine Basis zur kontinuierlichen Hilfe und Unterstützung der jungen Generation in Europa zu schaffen.“

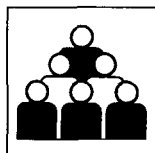
Der Konferenzband umfaßt knapp 300 Seiten, die Beiträge sind in vier Schwerpunkten zusammengestellt: Spannungen der Jugend in der Gesellschaft; Gefahren für die Jugend, Grundlagen vorausschauenden Handelns; Vorausschauendes Handeln in der Jugendhilfe. Er ist ab Mitte März zum Preis von 14,- DM (einschl. Versandkostenpauschale) beim Statistischen Landesamt Berlin, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin, unter dem Stichwort: Vertrieb Konferenzband Rupenhorn II zu beziehen.

Alte Jahrgänge von Wirtschaft und Statistik

Die Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee möchte aus Platzgründen die Jahrgänge 1950 bis 1994 von Wirtschaft und Statistik abgeben. Interessenten können sich über E-Mail: Aussenwirtschaft@konstanz.ihk.de oder Telefon (075 31) 2860-217 bzw. Telefax (075 31) 2860-252 mit der Hauptgeschäftsstelle der IHK Hochrhein-Bodensee in Verbindung setzen

Aus diesem Heft

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998



Der Mikrozensus als wichtigste amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit stellt seit 1957 in jährlichem Rhythmus eine Vielzahl von Variablen über die sozioökonomischen Entwicklungen im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost bereit.

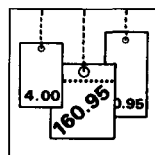
Im April 1998 lebten in Deutschland 82 Mill. Menschen. Unter ihnen waren 7,2 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich mit 8,8% seit 1996 nicht mehr verändert. 1991 hatte ihr Anteil noch bei 7,1% gelegen (5,6 Mill. Menschen).

Die Erwerbspersonenzahl, also die Zahl derjenigen, die angaben, eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder zu suchen, lag 1998 bei 40,26 Mill. In dieser Zahl sind 4,40 Mill. Erwerbslose enthalten. Während die Erwerbslosenzahl im April 1998 im früheren Bundesgebiet mit 2,76 Mill. Personen um fast 150 000 niedriger lag als 1997 mit 2,91 Mill., war sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost binnen Jahresfrist abermals um fast 76 000 auf 1,64 Mill. Erwerbslose 1998 gestiegen.

Die Zahl der Frauen im früheren Bundesgebiet, die sich für eine Erwerbstätigkeit entscheiden, ist 1998 wiederum angestiegen. So kletterte die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen 1998 im früheren Bundesgebiet auf 13,58 Mill., in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen sank sie auf 3,82 Mill. Bei den Männern ging die Erwerbsbeteiligung 1998 insgesamt zurück. Während die Zahl der männlichen Erwerbspersonen im früheren Bundesgebiet im genannten Zeitraum leicht auf 18,50 Mill. sank, ging sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlicher auf 4,36 Mill. zurück. Mit dem Rückgang der Zahl der männlichen Erwerbspersonen hat sich im früheren Bundesgebiet die Tendenz des Vorjahres, in dem noch eine Steigerung gegenüber 1991 festgestellt werden konnte, umgekehrt.

Erwerbstätig waren im April 1998 in Deutschland 35,86 Mill. Menschen; 29,32 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,54 Mill. Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Während in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch 1998 im Vergleich zum Vorjahr die Erwerbstätigenzahl um 61 000 Personen oder 0,9% sank, ist sie im früheren Bundesgebiet 1998 um 117 000 Personen wieder leicht angestiegen, wobei diese Steigerung ausschließlich bei den Frauen zu verzeichnen ist. Bei den Männern im früheren Bundesgebiet blieb die Erwerbstätigenzahl 1998 gegenüber 1997 gleich.

Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung

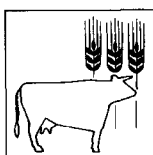


Ende Februar hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Revision der Verbraucherpreisindizes der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese umfaßt die Preisindizes für die Lebenshaltung, den Harmonisierten

Kurznachrichten

Verbraucherpreisindex für Deutschland und den Einzelhandelspreisindex. Ein wesentlicher Grund für diese Revision ist die Umstellung der Indizes auf das Preisbasisjahr 1995. In dem Beitrag wird die Berechnung der Wägungsschemata für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte dargestellt. Auf die Wägungsschemata für spezielle Haushaltstypen bzw. für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex wird ebenfalls eingegangen.

Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999

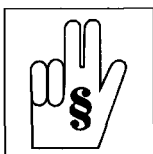


In der Bundesrepublik Deutschland hat der Gesetzgeber mit dem Agrarstatistikgesetz für Mai 1999 eine neue Landwirtschaftszählung angeordnet. Sie stellt die umfangreichste und wichtigste Informationsquelle über die Produktionsgrundlagen, die Struktur und die sozialökonomischen Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dar.

Der vorliegende Beitrag geht auf das Programm und die neue Organisationsform der „Integrierten Erhebung“ für die Landwirtschaftszählung 1999 ein. Im Grundsatz geht es hierbei um eine enge Verzahnung der Produktions- und Strukturstatistiken bei einem einheitlichen Betriebskreis.

Der Beitrag befaßt sich außerdem mit der Nutzung von Verwaltungsdaten für die Agrarstrukturerhebungen sowie mit den Anforderungen der Europäischen Union an diese Erhebungen.

Strafverfolgungsstatistik 1997



Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik 1997 für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost vorgestellt. In den neuen Ländern wird diese gerichtliche Kriminalstatistik über abgeurteilte und verurteilte Straftäter nicht flächendeckend durchgeführt; die vorliegenden Ergebnisse aus den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen sind aber in die Darstellung einbezogen. Ein Augenmerk des Aufsatzes gilt der Anwendung des strafgerichtlichen Sanktionenspektrums in den Ländern.

Im Berichtsjahr 1997 wurden im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost insgesamt 960 300 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen abgeurteilt und 780 500 rechtskräftig verurteilt. Die Verurteilten lassen sich nach folgenden demographischen Merkmalen gliedern: 5,8% der Verurteilten

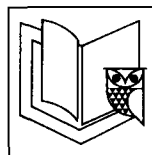
waren zwischen 14 und 18 Jahren (Jugendliche) und 9,0% zwischen 18 und 21 Jahren alt (Heranwachsende). Etwa jeder zweite Verurteilte war jünger als 30 Jahre. Die gerichtlich registrierte Kriminalität ist ein überwiegend männliches Phänomen. Insgesamt wurden 1997 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 658 900 Männer (84,4%) und 121 600 Frauen (15,6%) verurteilt. Unter den Verurteilten waren 570 700 Deutsche (73,1%) und 209 800 ausländische Staatsangehörige (26,9%).

Rund ein Drittel der Verurteilten im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost wurde 1997 wegen Straftaten im Straßenverkehr verurteilt, weitere 21,8% ließen sich Diebstahlsdelikte zuschulden kommen. Bei den Jugendlichen waren die Diebstahlsdelikte 1997 in nahezu der Hälfte aller Fälle der Grund für die Verurteilung. 5,3% aller Verurteilten wurden im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost wegen Betäubungsmitteldelikten verurteilt; in den östlichen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen lagen die entsprechenden Anteile zwischen 0,2 und 0,9%.

Gegenüber 1996 (763 700) nahm die Verurteiltenzahl im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost um 2,2% zu. Sie lag damit nahe dem bisherigen Höchstwert von 782 100 Personen aus dem Jahr 1994. In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Verurteiltenzahlen uneinheitlich entwickelt. 1977 waren 723 000 Personen im früheren Bundesgebiet verurteilt worden. Einem Anstieg bis Anfang der achtziger Jahre (1983: 784 700) folgte ein Rückgang bis Anfang der neunziger Jahre (1990: 692 400).

Die zahlenmäßige Entwicklung der Verurteiltenzahlen darf nicht mit der Kriminalitätsentwicklung gleichgesetzt werden. Auf die Entwicklung der Verurteiltenzahlen hat nicht nur die Zu- bzw. Abnahme der in Deutschland verübten Straftaten Einfluß, sondern beispielsweise auch Veränderungen in der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, beim polizeilichen Aufklärungserfolg sowie der Häufigkeit von Verfahrenseinstellungen durch Staatsanwaltschaften und Strafgerichte.

Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland



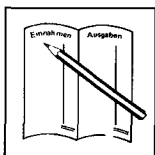
Forschung und experimentelle Entwicklung (FuE), Innovation, Aus- und Fortbildung, Unternehmensorganisation und Marktkenntnis bestimmen in den Industrieländern zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaften. Mit den Wissenschafts- und Technologiestatistiken sollen Indikatoren zur

Kurznachrichten

Beurteilung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und des Technologiestandes von Volkswirtschaften und Regionen bereitgestellt werden. Außerdem beschreiben die Wissenschafts- und Technologiestatistiken die FuE- und Innovationstätigkeit, die menschlichen Ressourcen für Wissenschaft und Technologie und die öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Technologie. Ferner stellen die Wissenschafts- und Technologiestatistiken Basisdaten zur Evaluierung von FuE- und Technologieprogrammen bereit.

Da es für die Durchführung der Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland keine bzw. keine einheitliche Rechtsgrundlage gibt, stammen viele Daten aus dem nichtamtlichen Bereich oder werden durch Sonderaufbereitungen vorhandener Statistiken gewonnen. In dem Beitrag werden die Konzepte und Erhebungsverfahren einzelner Wissenschafts- und Technologiestatistiken vorgestellt. Beschrieben werden die Statistiken über FuE, Innovation, Patente, technologische Zahlungsbilanz, wissenschaftliche Literatur, Humanressourcen für Wissenschaft und Technologie, FuE-intensive Wirtschaftszweige und über die Wissenschaftsausgaben der öffentlichen Haushalte. Da regionalisierte Daten von zunehmender Bedeutung nicht nur für die Europäische Union, sondern auch für die deutsche Wissenschafts- und Technologiepolitik sind, werden zu den einzelnen Statistiken, soweit möglich, regionalisierte Ergebnisse präsentiert.

Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland



Mit diesem Aufsatz wird die Auswertung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 fortgesetzt: Im Januar 1998 belief sich nach Angaben der Haushalte im Einführungsinterview der

Immobilienbesitz privater Haushalte in Deutschland auf gut 7 Billionen DM (Verkehrswert).

Der Haus- und Grundbesitz war sehr unterschiedlich verteilt. Die Mehrzahl der privaten Haushalte (55%) hatte weder unbebaute Grundstücke noch eigene Häuser oder Wohnungen in ihrem Besitz. Nur ein Achtel dieser Güter entfielen auf die neuen Länder und Berlin-Ost, obwohl hier ein Fünftel der Bevölkerung bzw. Haushalte angesiedelt ist. Bezogen auf die ermittelten Verkehrswerte verstärkten sich diese Disparitäten weiter. Lediglich 7% aller Immobilien gehörten ostdeutschen Haushalten. Sehr starke Differenzierungen gab es auch zwischen den privaten

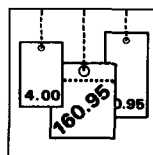
Haushalten in Westdeutschland: So waren 46% des Verkehrswertes auf 10% der Haushalte konzentriert. 3% der durch die EVS repräsentierten Haushalte vereinten immerhin rund 1,3 Billionen DM, das heißt 20% des Immobilienbesitzes auf sich.

Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Gewerbetreibende bzw. freiberuflich Tätige waren, hatten im früheren Bundesgebiet im Januar 1998 im Schnitt Haus- und Grundbesitz zum Verkehrswert von 527 000 DM pro Haushalt (bezogen lediglich auf die Haushalte mit Haus- und Grundbesitz belief sich der durchschnittliche Verkehrswert auf mehr als 800 000 DM). Bei Arbeiterhaushalten lagen diese Werte bei 173 000 bzw. 379 000 DM.

Beim Haus- und Grundbesitz dominierten Einfamilienhäuser. 29% der privaten Haushalte im Westen und 20% im Osten gaben im Januar 1998 an, ein solches Gut zu besitzen. Mehr als die Hälfte der privaten Haushalte in Deutschland wohnte zu diesem Zeitpunkt zur Miete, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es mit 74% deutlich mehr als im früheren Bundesgebiet (56%).

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Haushalt betrug 1998 im Westen 92 m², im Osten 72 m². Auch 1993 waren die Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch erheblich kleiner als im früheren Bundesgebiet. Mieterhaushalte lebten in kleineren Wohnungen (durchschnittliche Wohnfläche West: 71 m², Ost: 61 m²) als Haushalte, die ihr Wohneigentum selbst nutzten (durchschnittliche Wohnfläche West: 120 m², Ost: 106 m²).

Preise im Februar 1999



Im Februar 1999 hielt die in Deutschland seit längerem zu beobachtende Preisstabilität an. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) für Deutschland ging im Februar 1999 gegenüber Februar

1998 um 2,4% zurück. Auf der Stufe des Großhandels lag die Jahresveränderungsrate sogar bei -4,5%. Der Einzelhandel setzte seine Produkte im Schnitt um 0,2% billiger ab als vor einem Jahr. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland lag im Februar 1999 gegenüber Februar 1998 um 0,2% höher.

Kurznachrichten

Gastbeiträge

Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes

Für jede Analyse der Ausgaben, der Kosten und der Finanzierung des Gesundheitswesens müssen eine Vielzahl von Statistiken nach einer einheitlichen Methodik zusammengeführt werden. Ein wesentliches Problem der Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes ist, daß sie zur Zeit bestimmte Leistungen zusammenfaßt, die aus fachlichen Gründen getrennt dargestellt werden sollten. Im Rahmen des Aufbaus einer Gesundheitsberichterstattung des Bundes wurde deshalb ein Methodenforschungsprojekt durchgeführt, das das bisherige Konzept des Statistischen Bundesamtes zu einer gesundheitsbezogenen Ausgaben- und Finanzierungsrechnung weiterentwickelt.

Ziel des Projekts war es, die Ausgabenrechnung auf die Anforderungen

- der Gesundheitsberichterstattung,
- der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und
- einer besseren nationalen Vergleichbarkeit

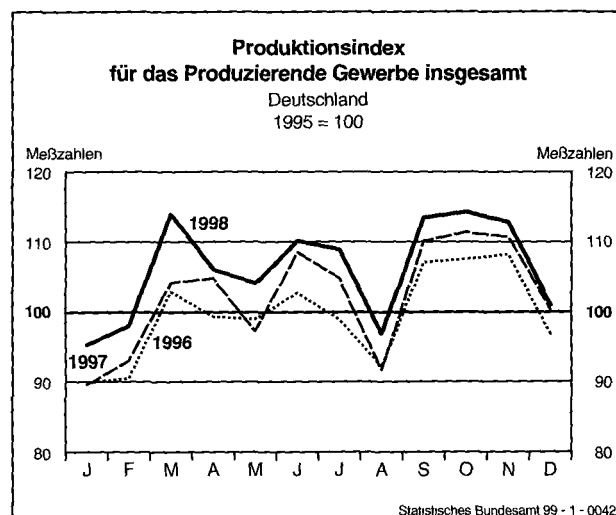
hin anzupassen. Insgesamt ist nunmehr eine dreidimensionale Darstellung möglich; dabei werden die Ausgaben nach Leistungsarten, Einrichtungen und Ausgabenträgern unterschieden. Die neue Ausgabenrechnung kann damit nicht nur die produzierenden Sektoren darstellen, sondern auch Sachverhalte zwischen den Dimensionen verknüpfen. Angaben der neuen Ausgabenrechnung stehen bislang für die Jahre 1980, 1992 und 1994 zur Verfügung.

Im vorliegenden Beitrag werden die methodischen Hintergründe für die Neuberechnung dargestellt. Nach eingehender fachlicher Diskussion ist beabsichtigt, die Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes umzustellen und Ergebnisse jährlich zu veröffentlichen. Eine ausführliche Ergebnisdarstellung für den Zeitraum 1980 bis 1994 findet sich in den Kapiteln 8.2 „Ausgaben nach Leistungsarten“, 8.4 „Ausgaben und Kosten nach Sektoren“ und 8.9 „Finanzierung nach Trägern“ des Gesundheitsberichts für Deutschland.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der endgültige arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im Dezember 1998 mit einem Stand von 101,0 (1995 = 100) um 0,6% höher als im Dezember 1997.



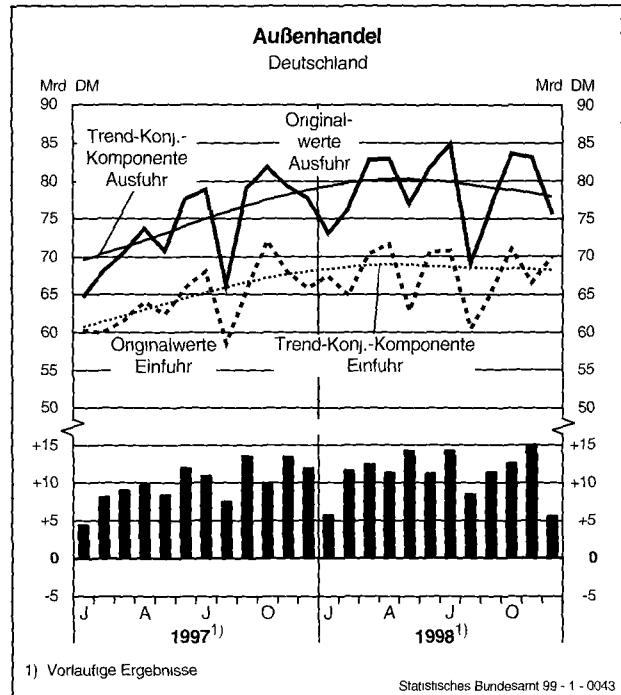
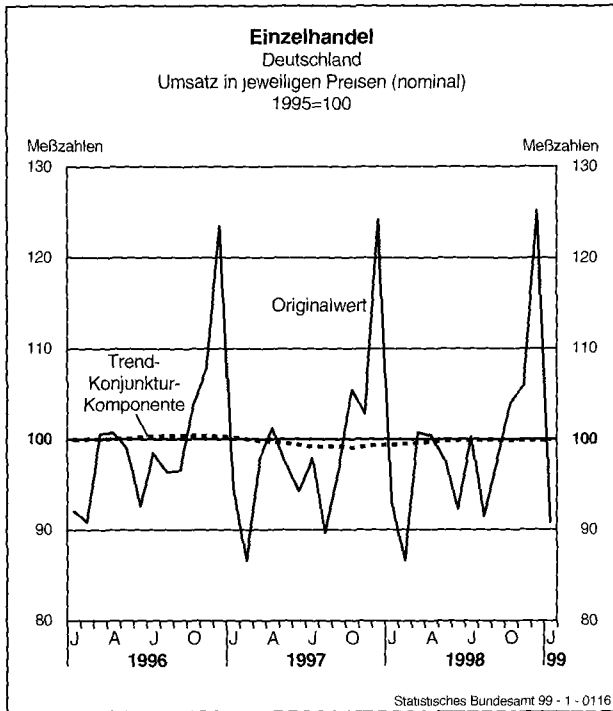
Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Januar 1999 nominal 2,5% und real 2,6% weniger als im Januar 1998 um.

Nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken erzielten höhere Umsätze als im Januar 1998 (nominal +3,9%, real +0,8%). In den anderen Branchen des Einzelhandels lagen die Umsätze unter dem Niveau des Vorjahresmonats: im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal -0,2%, real -0,1%), im sonstigen Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet (nominal -4,9%, real -5,5%), im Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem auch der Versandhandel zählt (nominal -6,7%, real -2,6%) und im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (nominal -12,5%, real -12,7%).

Im Januar 1999 wurde im Vergleich zum Dezember 1998 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 4,4% und real 5,5% mehr abgesetzt.

Kurznachrichten



Außenhandel

Im Dezember 1998 wurden von Deutschland Waren im Wert von 75,6 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 70,0 Mrd. DM eingeführt. Die deutschen Ausfuhren lagen damit im Berichtsmonat um 2,8% niedriger und die Einfuhren um 6,3% höher als im Dezember 1997. Nach den Septemberergebnissen lag der Exportwert damit bereits zum zweiten Mal im Berichtsjahr 1998 unter dem Niveau des Vorjahres. Zu berücksichtigen sind hierbei jedoch auch die Preiseffekte. So sank der Index der Ausfuhrpreise im Vorjahresvergleich um 1,3%, der der Einfuhrpreise fiel 6,0% niedriger aus.

Der Exportüberschuß in Höhe von 5,6 Mrd. DM reichte nicht aus, die im Rahmen der anderen Teilbilanzen der Leistungsbilanz aufgetretenen Defizite zu kompensieren. Daher schloß die Leistungsbilanz im Berichtsmonat mit einem Minus von 1,0 Mrd. DM ab.

Die Krisen in Asien und Rußland wirkten sich 1998 auf den deutschen Außenhandel stärker aus als zunächst erwartet. Auffallend ist insbesondere, daß neben dem Nachfragerückgang der von den Krisen direkt betroffenen Ländern im vierten Quartal 1998 zunehmend auch der Handel mit den EU-Ländern rückläufig war. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung spricht hier von den „indirekten Bremseffekten“. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die ihrerseits mit Absatzproblemen ihrer Produkte zu kämpfen haben, verringern ihre Produktion und senken damit auch die Nachfrage nach deutschen Produkten.

Auch die Trend-Konjunktur-Komponente (Berliner Verfahren, Version 4) weist seit Juni 1998 für die Aus- und Einfuhr im Vormonatsvergleich negative Veränderungsrate auf. Dabei fällt auf, daß ausfuhrseitig im Monat Dezember die bislang stärksten Rückgänge (-0,6%) ausgewiesen werden.

Im Dezember 1998 lag der nominale Ausfuhrwert um 8,4% unter dem Niveau des Vormonats, während der Wert der eingeführten Waren gegenüber November 1998 um 4,1% anstieg. Nach der Kalender- und Saisonbereinigung, die einerseits den Produktionsausfall durch die Feiertage und andererseits die erhöhten Einfuhren durch das Weihnachtsgeschäft berücksichtigt, war ausfuhrseitig ein Rückgang von 4,8% zu verzeichnen, die Steigerung der Einfuhren betrug 2,6% gegenüber dem Vormonat.

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998

Vorbemerkung

Der Mikrozensus als wichtigste amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit stellt seit 1957 in jährlichem Rhythmus eine Vielzahl von Variablen über die sozioökonomischen Entwicklungen bereit und ermöglicht eine differenzierte Betrachtung demographischer Strukturen und der Entwicklungen des Arbeitsmarktes im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Um die Daten für diese repräsentative Bevölkerungsstichprobe zu erheben, wird von rund 7000 Erhebungsbeauftragten, ausgewählt und geschult von den Statistischen Ämtern der Länder, jährlich im Mai ein Prozent der Bevölkerung nach der Situation in der letzten feiertagsfreien Woche im April befragt. Hierzu werden rund 370000 nach einem objektiven mathematisch-statistischen Zufallsverfahren ausgewählte Haushalte mit etwa 800000 darin lebenden Personen besucht. Zusammen mit dem Mikrozensus werden für die Europäische Arbeitskräfteerhebung EU-weit vergleichbare Daten gewonnen, die wichtige Indikatoren zum Beispiel für die Beschäftigungspolitik der Europäischen Union (EU) liefern. Die im europäischen Bereich 1998 mit einer neuen Verordnung zur Arbeitskräfteerhebung¹⁾ angeordneten weiteren Merkmale, insbesondere im Bildungsbereich, konnten angesichts der zeitlichen Nähe der Verabschiedung der Verordnung zur Mikrozensus-Berichtswoche in Deutschland nicht mehr in die Erhebung 1998 integriert werden und sind erst für 1999 vorgesehen.

Das Datenmaterial des Mikrozensus wird – neben den Datenlieferungen an die EU und zur Erfüllung der Anforderungen der Ministerien und anderer Konsumenten – zum Beispiel auch als faktisch anonymisiertes Einzelmateriale von wissenschaftlichen Institutionen zu einer Vielzahl von Fragestellungen ausgewertet. Für zahlreiche kleinere Erhebungen bildet der Mikrozensus den Bezugsrahmen; so wird speziell in der Umfrage- und Meinungsforschung immer wieder auf die im Mikrozensus abgebildeten demographischen Strukturen und wirtschaftsfachlichen Gliederungen zurückgegriffen.

Regelmäßig werden die Ergebnisse des Mikrozensus in der Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“ und Reihe 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“ sowie Reihe 3 „Haushalte und Familien“ veröffentlicht. Einen Querschnitt aus 40 Jahren Mikrozensus bietet der Anfang 1998 erschienene Band „Im Blickpunkt. Leben und Arbeiten in Deutschland“. Darüber

¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 77/3) und Verordnung (EG) Nr. 1571/98 der Kommission vom 20. Juli 1998 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates über die Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 205/40)

hinaus gehen die Ergebnisse des Mikrozensus in eine Vielzahl von Spezial- und Querschnittsveröffentlichungen der amtlichen Statistik wie auch staatlicher und privater Forschungsinstitute ein. Im Rahmen eines umfangreichen Auskunftsdienstes in den Statistischen Ämtern werden kleinere Anfragen direkt bearbeitet.

Demographischer Rahmen

Die Ergebnisse zur Erwerbsbeteiligung in Deutschland müssen stets auch in ihrer Verbindung mit den allgemeinen demographischen Entwicklungen – etwa Verschiebungen der Altersstruktur – gesehen werden. Im April 1998 lebten in Deutschland 82 Mill. Menschen. Von 1991 bis 1998 hat damit die Bevölkerungszahl in Deutschland um 2,2 Mill. Menschen zugenommen. Während die Einwohnerzahl in den neuen Ländern und Berlin-Ost im genannten Zeitraum um 595000 auf 15,3 Mill. abnahm, stieg sie im früheren Bundesgebiet um 2,8 Mill. auf 66,7 Mill.

Gleichzeitig läßt sich eine Verschiebung der Altersstruktur im früheren Bundesgebiet feststellen, die zur Folge hatte, daß die Gruppe der 20- bis unter 65jährigen – jene, die in der Regel aktiv im Erwerbsleben stehen – seit 1991 von 40,7 Mill. um rund 820000 Personen auf 41,5 Mill. angewachsen ist. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen sank sie von 9,8 Mill. 1991 um rund 270000 auf 9,5 Mill. Personen 1998.

Die Zahl der Menschen in Deutschland, die 65 Jahre und älter sind, hat von 1991 bis 1998 um 1,5 Mill. oder 12,7% auf 13,6 Mill. zugenommen. Die Zahl der jüngeren Menschen unter 20 Jahren ist zwar von 1991 bis 1997 um knapp 1% gestiegen, sie reduzierte sich im Folgejahr jedoch wieder um rund 75000, so daß sie 1998 nur noch etwa 0,5% hoher lag als 1991. Diese Entwicklung ist in Ost und West gegenläufig: Im früheren Bundesgebiet lebten 1998 rund 842000 mehr Menschen unter 20 Jahren als 1991 (+6,4%), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 747000 weniger (-18,5%) als 1991.

Im April 1998 lebten 7,2 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich mit 8,8% seit 1996 nicht mehr verändert. 1991 hatte ihr Anteil noch bei 7,1% gelegen (5,6 Mill. Menschen).

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland ist im Durchschnitt „jünger“ als die Gesamtbevölkerung. So betrug der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer im Alter von unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe 12,3%. Unter den 20- bis unter 40jährigen lag er bei 12,0%, bei den 40- bis unter 65jährigen betrug er 7,4% und bei den 65jährigen und älteren schließlich machte er weniger als 2% aus.

Von den ausländischen Personen, die die freiwillige Frage zur Aufenthaltsdauer in Deutschland beantworteten²⁾, war ein Viertel (25,3%) in Deutschland geboren, und ein weiteres Viertel (26,9%) lebte bereits 20 Jahre oder länger in

²⁾ Diese Angabe liegt für hochgerechnet 6,02 Mill. Ausländerinnen und Ausländer vor. Das entspricht einer Antwortquote von 84%.

Tabelle 1: Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	April 1998		April 1991		Veränderung April 1998 gegenüber April 1991	
	1 000		1 000		%	
Deutschland						
Bevölkerung	82 014	79 829	+ 2 185	+ 2,7		
männlich	39 974	38 548	+ 1 426	+ 3,7		
weiblich	42 040	41 281	+ 759	+ 1,8		
Deutsche	74 825	74 189	+ 636	+ 0,9		
männlich	36 114	35 443	+ 671	+ 1,9		
weiblich	38 711	38 746	- 35	- 0,1		
Ausländer/-innen	7 190	5 640	+ 1 549	+ 27,5		
männlich	3 860	3 105	+ 755	+ 24,3		
weiblich	3 329	2 535	+ 794	+ 31,3		
Früheres Bundesgebiet						
Bevölkerung	66 668	63 889	+ 2 780	+ 4,4		
männlich	32 489	30 947	+ 1 541	+ 5,0		
weiblich	34 180	32 942	+ 1 239	+ 3,8		
Neue Länder und Berlin-Ost						
Bevölkerung	15 346	15 941	- 595	- 3,7		
männlich	7 486	7 601	- 115	- 1,5		
weiblich	7 860	8 340	- 479	- 5,7		

Deutschland. Vor zehn bis zwanzig Jahren waren 15,0% zugezogen, und bei rund einem Drittel (32,9%) lag die Aufenthaltsdauer in Deutschland bei unter zehn Jahren. Zwischen 1993 und 1998 war etwa ein Fünftel der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, nämlich 19,5%, nach Deutschland zugezogen

Erwerbsbeteiligung

Die Erwerbsneigung einer Bevölkerung läßt sich an der Zahl der Erwerbspersonen ablesen, also jener, die im Mikrozensus angeben, eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder zu suchen. In Deutschland stieg die Erwerbspersonenzahl zwischen 1991 und 1998 um 0,4% von 40,09 Mill auf 40,26 Mill. In dieser Zahl ist auch die im selben Zeitraum um 66,6% von 2,64 Mill. auf 4,40 Mill. gestiegene Zahl der Erwerbslosen enthalten.

Die Erwerbslosenzahl lag jedoch im April 1998 im früheren Bundesgebiet mit 2,76 Mill. Personen um fast 150 000 niedriger als 1997 mit 2,91 Mill. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen stieg sie binnen Jahresfrist abermals um fast 76 000 auf 1,64 Mill. (April 1998).

Die Zahl der Erwerbslosen unterscheidet sich von der Arbeitslosenzahl dadurch, daß die Befragten sich selbst dieser Kategorie zuordnen, das heißt sie werden als erwerbslos eingestuft, wenn sie nach eigenen Angaben keinerlei Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche ausübten und sich innerhalb der letzten vier Wochen um eine Arbeitsstelle bemühten, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind. Dadurch kann diese Zahl höher sein als die von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete. Andererseits ist auch die Definition der Erwerbstätigkeit extensiv, da nach der im Mikrozensus zur Anwendung kommenden internationalen Definition jede und jeder im Alter von 15 Jahren an als erwerbstätig gilt, die bzw. der in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang einer Erwerbstätigkeit nachgegangen ist, unabhängig von der Höhe der Entlohnung, dem Beitrag zum Lebensunterhalt und davon, ob es sich um eine Gelegenheitstätigkeit oder eine reguläre Tätigkeit handelte.

Die Zahl der Frauen im früheren Bundesgebiet, die sich für eine Erwerbstätigkeit entschieden, ist 1998 abermals angestiegen. So kletterte die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen von 1991 bis 1998 im früheren Bundesgebiet um 787 000 oder 6,2% auf 13,58 Mill., während sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 350 000 oder 8,4% auf 3,82 Mill. sank. Bei den Männern ging die Erwerbsbeteiligung 1998 insgesamt zurück. Während die Zahl der männlichen Erwerbspersonen im früheren Bundesgebiet von 1991 bis 1998 leicht um 67 000 (-0,4%) auf 18,50 Mill. sank, ging sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlicher um 195 000 oder 4,3% auf 4,36 Mill. zurück. Mit dem Rückgang der Zahl der männlichen Erwerbspersonen hat sich im früheren Bundesgebiet die Tendenz des Vorjahres, in dem noch eine Steigerung gegenüber 1991 festgestellt werden konnte, umgekehrt.

Die Erwerbsquote, die den Anteil der Erwerbspersonen an allen Personen der entsprechenden Altersgruppe mißt, lag 1998 in Deutschland für die Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bei 80,2% und für die Frauen bei 63,0%. Während bei der Erwerbsneigung der Männer zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost mit jeweils 80,2% kein Unterschied mehr be-

Tabelle 2: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	April 1998			April 1991			Veränderung April 1998 gegenüber April 1991					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich	
							1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland												
Bevölkerung	82 014	39 974	42 040	79 829	38 548	41 281	+ 2 185	+ 2,7	+ 1 426	+ 3,7	+ 759	+ 1,8
Erwerbspersonen	40 262	22 864	17 399	40 088	23 125	16 962	+ 175	+ 0,4	- 262	- 1,1	+ 437	+ 2,6
Erwerbstätige	35 860	20 509	15 351	37 445	21 875	15 570	- 1 585	- 4,2	- 1 366	- 6,2	- 219	- 1,4
Erwerbslose	4 402	2 354	2 048	2 642	1 251	1 392	+ 1 760	+ 66,6	+ 1 104	+ 88,3	+ 656	+ 47,1
Nichterwerbspersonen	41 752	17 111	24 641	39 742	15 423	24 319	+ 2 010	+ 5,1	+ 1 688	+ 10,9	+ 322	+ 1,3
Früheres Bundesgebiet												
Bevölkerung	66 668	32 489	34 180	63 889	30 947	32 942	+ 2 780	+ 4,4	+ 1 541	+ 5,0	+ 1 238	+ 3,8
Erwerbspersonen	32 081	18 504	13 577	31 360	18 571	12 789	+ 720	+ 2,3	- 87	- 0,4	+ 787	+ 6,2
Erwerbstätige	29 317	16 901	12 416	29 684	17 719	11 965	- 368	- 1,2	- 818	- 4,6	+ 451	+ 3,8
Erwerbslose	2 764	1 603	1 161	1 676	852	824	+ 1 088	+ 64,9	+ 751	+ 88,2	+ 337	+ 40,8
Nichterwerbspersonen	34 588	13 985	20 603	32 528	12 376	20 152	+ 2 059	+ 6,3	+ 1 608	+ 13,0	+ 451	+ 2,2
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bevölkerung	15 346	7 486	7 860	15 941	7 601	8 340	- 595	- 3,7	- 115	- 1,5	- 479	- 5,7
Erwerbspersonen	8 182	4 360	3 822	8 727	4 555	4 173	- 545	- 6,2	- 195	- 4,3	- 350	- 8,4
Erwerbstätige	6 544	3 609	2 935	7 761	4 156	3 605	- 1 217	- 15,7	- 547	- 13,2	- 670	- 18,6
Erwerbslose	1 638	751	887	966	399	568	+ 672	+ 69,6	+ 353	+ 88,5	+ 320	+ 56,3
Nichterwerbspersonen	7 164	3 126	4 038	7 213	3 046	4 167	- 49	- 0,7	+ 80	+ 2,6	- 129	- 3,1

steht, unterscheiden sich die Frauen hinsichtlich ihrer Erwerbsneigung in Ost und West deutlich. Die Frauenerwerbsquote betrug 1998 im früheren Bundesgebiet 60,5% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 73,5%. Nach Altersgruppen betrachtet, weisen Männer wie Frauen unabhängig vom Alter in den neuen Ländern und Berlin-Ost eine höhere Erwerbsneigung auf. Bei den über 60-jährigen allerdings machen sich offenbar noch die nach der deutschen Vereinigung in den neuen Ländern und Berlin-Ost eingeführten Vorruhestandsregelungen bemerkbar. Hier lag die Erwerbsquote der 60- bis unter 65-jährigen Männer 1998 mit 18,2% deutlich unter der von 32,9% im früheren Bundesgebiet. Für die Frauen dieser Altersgruppe betrug die Erwerbsquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 nur 5,6% gegenüber 13,8% im früheren Bundesgebiet. Im Vergleich zum Vorjahr scheint allerdings der starke Rückgang der Erwerbsneigung der Menschen in dieser Altersklasse in den neuen Ländern und Berlin-Ost gebremst. So hatte 1997 die Erwerbsquote der 60- bis unter 65-jährigen Männer noch 17,5% betragen, die der Frauen entsprechenden Alters 5,1%. Es läßt sich also eine Zunahme um 0,7 Prozentpunkte bei den Männern und um 0,5 Prozentpunkte bei den Frauen feststellen.

Im früheren Bundesgebiet hat sich die Erwerbsneigung, gemessen als Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen, gegenüber 1991 mit 70,5% nicht verändert, wobei sich hin-

ter diesem Wert eine Zunahme der Erwerbsquote von 58,4 auf 60,5% bei den Frauen und eine Abnahme von 82,2 auf 80,5% bei den Männern verbirgt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen ging die Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen von 1991 bis 1998 insgesamt von 81,6 auf 76,9% zurück. Sie reduzierte sich hier bei den Männern von 86,0 auf 80,2% und bei den Frauen von 77,2 auf 73,5%.

Die Erwerbsquote nach Altersklassen gibt Hinweise auf eine typische Erwerbsbiographie und ihre Veränderungen im Zeitablauf. War im früheren Bundesgebiet in der Vergangenheit für die Erwerbsbeteiligung der Frauen die „M-Form“ mit einem „Knick“ in der Erwerbsneigung zwischen 25 und 45 Jahren – der sogenannten Familienpause – typisch, die sich in den letzten Jahren allerdings eher auf eine „Babypause“ reduziert hat, so hat sich diese Kurve, auf einem allgemein niedrigeren Niveau allerdings, inzwischen jener der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost angeglichen. Während in den neuen Ländern und Berlin-Ost in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-jährigen Frauen 93,2% erwerbstätig oder erwerbslos sind und in der Gruppe der 35- bis unter 45-jährigen mit fast 95% im Grunde jede Frau zur Erwerbsbevölkerung zählt, sind es im früheren Bundesgebiet bei den 30- bis 40-jährigen Frauen knapp drei Viertel und bei den 40- bis 45-jährigen etwas mehr (75,8%).

Unter der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ist die Zahl der Erwerbspersonen von 1991 bis 1998 in Deutschland um 581 000 auf 3,49 Mill. gestiegen. Ihre Erwerbsquote sank jedoch von 69,0 auf 64,9%, während die Erwerbsquote der Deutschen nur leicht von 72,9 auf 72,4% zurückging. Bei den ausländischen Männern sank die Erwerbsquote von 82,2 auf 78,0% und bei den Frauen von 52,3 auf 49,7%. Zum Vergleich: Die Erwerbsquote der deutschen Frauen stieg in diesem Zeitraum von 62,9 auf 64,3%, während die der deutschen Männer von 83,0 auf 80,4% sank.

Schaubild 1

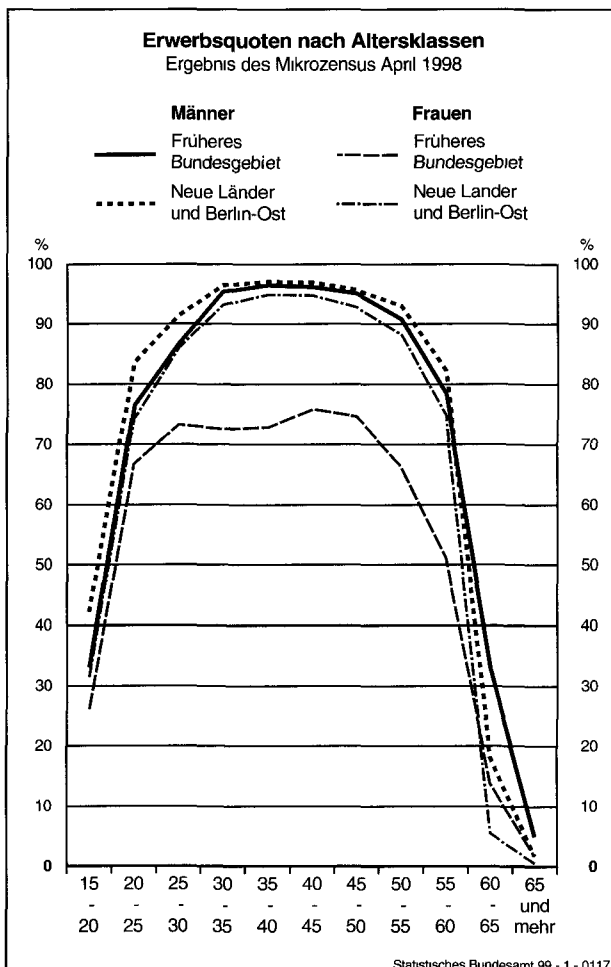


Tabelle 3: Erwerbsquoten im April 1998 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen
Ergebnis des Mikrozensus
Deutschland
Prozent

Alter von unter bis Jahren	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Deutsche	Ausländer/-innen	Deutsche	Ausländer/-innen	Deutsche	Ausländer/-innen
15 – 20	31,8	28,4	36,0	30,1	27,6	26,4
20 – 25	75,0	62,7	78,5	74,4	71,2	51,1
25 – 30	84,0	66,8	88,1	84,0	79,7	48,2
30 – 35	87,7	72,5	96,4	89,2	78,7	51,9
35 – 40	88,2	75,0	97,2	91,5	79,0	55,6
40 – 45	89,1	76,0	96,8	91,1	81,3	60,2
45 – 50	87,6	76,6	95,5	91,9	79,7	62,5
50 – 55	81,6	72,5	91,7	87,0	71,7	53,4
55 – 60	67,8	66,0	79,2	78,4	56,4	46,0
60 – 65	20,5	31,4	29,6	38,6	12,0	18,4
15 – 65	72,4	64,9	80,4	78,0	64,3	49,7

Ein Vergleich der Erwerbsneigung deutscher und ausländischer Frauen zeigt, daß von den Ausländerinnen in Deutschland im Alter von 20 bis unter 35 Jahren nur etwa jede zweite Frau zu den Erwerbspersonen zählt, während es bei den Deutschen etwa drei von vier Frauen sind. Bei beiden Bevölkerungsgruppen steigt die Erwerbsneigung ab dem 35. Lebensjahr an, bei den Ausländerinnen auf einem insgesamt niedrigeren Niveau, bis sie ab dem 50.

Tabelle 4 Erwerbslosenquoten der Frauen im April 1998 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Ergebnis des Mikrozensus
Deutschland
Prozent

Alter von bis unter Jahren	Deutsche	Ausländerinnen
15-20	10,2	20,4
20-25	9,1	17,0
25-30	8,9	16,4
30-35	9,9	18,9
35-40	11,0	16,8
40-45	10,2	15,3
45-50	10,1	17,4
50-55	13,9	22,1
55-60	28,2	26,0
60-65	6,7	20,1
15-65	11,4	18,1

Lebensjahr wieder sinkt. Dabei liegt die Erwerbslosenquote der Ausländerinnen in allen Altersgruppen bis zu den 55-jährigen um 50 bis 100% über jener der deutschen Frauen – möglicherweise ein Hinweis darauf, daß angesichts geringer Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine Erwerbstätigkeit überhaupt nicht erst angestrebt wird.

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätig waren im April 1998 in Deutschland 35,86 Mill. Menschen; 29,32 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,54 Mill. Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Im Zeitraum 1991 bis 1998 sank die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um insgesamt 1,59 Mill., im früheren Bundesgebiet um 368 000 (- 1,2%) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 1,22 Mill. (- 15,7%).

Während in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch 1998 im Vergleich zum Vorjahr die Erwerbstätigenzahl um 61 000 Personen oder 0,9% sank, ist sie im früheren Bundesgebiet 1998 um 117 000 Personen wieder leicht angestiegen, wobei diese Steigerung ausschließlich bei den Frauen zu verzeichnen ist. Bei den Männern im früheren Bundesgebiet blieb die Erwerbstätigenzahl 1998 gegenüber 1997 gleich.

Die Erwerbstätigenquote, welche den Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen der entsprechenden Altersgruppe ausdrückt, lag im April 1998 für die 15- bis unter 65-jährigen in Deutschland bei 63,8% (1991: 67,8%). Sie betrug für Männer 71,7% (1991: 78,4%) und für Frauen 55,5% (1991: 57,0%). Während sich im früheren Bundesgebiet die Erwerbstätigenquote der Frauen 1998 gegenüber 1991 von 54,6% auf 55,3% leicht erhöhte, sank sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 66,7% (1991) um zehn Prozentpunkte auf 56,4% (1998).

Zwischen 1991 und 1998 sind saldomäßig in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 670 000 Frauen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. So sank die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 18,6% auf 2,94 Mill., während sie im früheren Bundesgebiet um 451 000 oder 3,8% auf 12,42 Mill. stieg. Parallel dazu sank die Zahl der erwerbstätigen Männer im früheren Bundesgebiet um 818 000 oder 4,6% auf nunmehr 16,90 Mill., und in den neuen Ländern und Berlin-Ost ging sie um 547 000 oder 13,2% auf 3,61 Mill. zurück. Die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit im früheren Bundesgebiet prägt klar die Entwicklung der letzten Jahre, und zwar den Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in Deutsch-

land, der von 1991 bis 1997 rund 4,4% betrug, und die Zunahme der Erwerbstätigkeit 1998 gegenüber 1997 um fast 56 000 Personen. Dabei steht zwischen April 1997 und April 1998 einem Plus von 117 000 Erwerbstätigen (ausschließlich Frauen) im früheren Bundesgebiet ein Rückgang um 61 000 (rund 40 000 Männer und 21 000 Frauen) in den neuen Ländern und Berlin-Ost gegenüber.

Kürzere Arbeitszeiten

Der Mikrozensus kann keine Angaben liefern, inwieweit sich eine Verkürzung der (individuellen) Arbeitszeit beschäftigungsfördernd ausgewirkt hat. Er stellt jedoch regelmäßig auch Angaben zum Umfang der Arbeitszeit, das heißt zu den tatsächlich in der Berichtswoche geleisteten Arbeitsstunden, zur Verfügung. Aus diesen läßt sich eine Verringerung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit der Frauen im früheren Bundesgebiet von 31,9 Stunden 1991 auf 29,2 Stunden 1998 ablesen. In den neuen Ländern und

Tabelle 5: Von den Erwerbstätigen durchschnittlich in der Berichtswoche tatsächlich geleistete Arbeitsstunden
Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr	Männer		Frauen	
	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1991	40,9	38,6	31,9	32,7
1992	40,3	41,8	31,1	36,5
1993	40,1	42,4	30,9	37,2
1994	40,5	40,2	30,7	37,1
1995	40,3	42,1	30,2	36,5
1996	40,5	42,5	30,0	36,5
1997	40,5	42,4	29,5	36,2
1998	40,5	42,0	29,2	35,5

Berlin-Ost ist die Entwicklung seit 1991 durch Schwankungen gekennzeichnet. Ausgehend von einer Arbeitszeit der Frauen von 32,7 Stunden direkt nach der deutschen Vereinigung betrug die durchschnittlich geleistete Stundenzahl 1992 bereits wieder 36,5 und 1993 sogar 37,2 Stunden. Ab 1994 setzte hier ein Rückgang ein bis auf 35,5 Stunden 1998. Bei den Männern in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist das Auf und Ab seit 1991 noch unregelmäßiger. Die von ihnen durchschnittlich geleistete Arbeitszeit betrug in der Berichtswoche 1998 42,0 Stunden und lag damit um 1,5 Stunden über der der Männer im früheren Bundesgebiet, die sich seit 1991 kaum verringert hat.

Teilzeit

Die im Zeitverlauf kürzer gewordenen Arbeitszeiten resultieren zum einen aus tarifvertraglich geregelten Arbeitszeitverkürzungen, zum anderen aber auch aus einer Zunahme der Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Insgesamt stufen im April 1998 rund 5,88 Mill. Menschen – das waren 18,5% aller abhängig Beschäftigten – ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein. Von ihnen waren 5,12 Mill. oder 87,0% Frauen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig erwerbstätigen Frauen lag 1998 in Deutschland bei 36,4% und damit um gut 6 Prozentpunkte über dem Wert von 1991. Der Anteil der Männer an allen Teilzeitbeschäftigten hat sich zwischen 1991 und 1998 von 8,5 auf 13,0% erhöht. Ihre Zahl betrug im April 1998 rund 765 000 und hat sich damit seit 1991 fast verdoppelt.

Tabelle 6: Abhängige Teilzeitbeschäftigte
Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	1000								
1991	4736	402	4334	4075	355	3720	661	47	614
1992	4763	423	4340	4299	389	3910	465	34	430
1993	4900	443	4458	4396	398	3998	505	44	460
1994	5122	520	4601	4461	434	4026	661	86	575
1995	5261	574	4688	4570	474	4096	691	100	591
1996	5340	612	4728	4720	533	4187	620	79	541
1997	5659	701	4958	4995	608	4387	663	93	571
1998	5884	765	5119	5181	660	4521	703	105	598
	in % der abhängig Erwerbstätigen								
1991	14,0	2,1	30,2	15,4	2,3	34,3	8,9	1,2	17,5
1992	14,3	2,2	30,8	16,0	2,5	35,1	7,2	1,0	14,6
1993	15,0	2,3	32,2	16,5	2,6	36,1	8,2	1,3	16,5
1994	15,9	2,8	33,3	17,1	2,9	36,6	10,7	2,5	20,4
1995	16,3	3,1	33,9	17,6	3,2	37,3	11,0	2,9	20,7
1996	16,6	3,4	33,6	18,2	3,6	37,4	10,0	2,3	19,0
1997	17,7	3,9	35,4	19,3	4,2	39,1	10,9	2,8	20,5
1998	18,5	4,3	36,4	20,0	4,5	40,0	11,8	3,3	21,6

Im früheren Bundesgebiet ist – hierauf lassen schon die Angaben zu den durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden schließen – die Teilzeitbeschäftigung weiter verbreitet als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Während im Westen im April 1998 ein Fünftel (20,0%) der abhängig Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt war, betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den neuen Ländern und Berlin-Ost etwa ein Achtel (11,8%). Hier ist 1998 die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen im Vergleich zum Vorjahr um 27 000 oder 4,7% auf 598 000 gestiegen, die der Männer um etwa 12 000 oder 12,9% auf nun 105 000. Im früheren Bundesgebiet betrug die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 3,1% oder 134 000 auf 4,52 Mill. bei den Frauen, während die Zunahme der teilzeitbeschäftigten Männer 8,6% oder 52 000 Personen betrug und ihre Zahl nun bei 660 000 liegt.

Geringfügig Beschäftigte

Wenn Frauen unter den Teilzeittätigen allgemein stark vertreten sind, so gilt dies auch für die sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Diese waren im April 1998 noch sozialversicherungsfrei und umfaßten Tätigkeiten mit weniger als 15 Stunden pro Woche bei einem Verdienst bis zu 620 DM in den alten und 520 DM in den neuen Bundesländern. Des weiteren zählten zu diesen sozialversicherungsfreien Beschäftigungen Tätigkeiten, die nicht mehr als zwei Monate oder 50 Arbeitstage im Jahr ausgeübt werden, wobei in diesem Fall keine Einkommensgrenze gilt.

Diese geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse statistisch zu erfassen, ist nicht nur für den Mikrozensus schwierig. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der Komplexität der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen, die sich nicht „eins zu eins“ in einen Fragebogen übertragen lassen, sowie den vielfältigen Erscheinungsformen geringfügiger Beschäftigung, zum anderen aber sicher auch in der Sensibilität des Themas. Darüber hinaus können so unterschiedliche Arbeitsverhältnisse wie stundenweise Arbeit an ganz bestimmten Tagen in regelmäßigem oder unregelmäßigem Wochenrhythmus, zu bestimmten Monatsterminen oder anlässlich nur jährlich wiederkehrender Veranstaltungen, wie Messen und Ausstellungen, im Mikrozensus nur dann erfaßt werden, wenn sie in die

Berichtswoche fallen. Saisonale „Spitzen“ geringfügiger Beschäftigung – etwa zu Semester- oder Osterferien – sind daher in den ausschließlich auf die letzte feiertagsfreie Woche im April bezogenen Ergebnissen des Mikrozensus nicht enthalten. Allgemein anerkannt ist jedoch, daß der Mikrozensus mit seinem Instrumentarium der Erfassung des Kerns der regelmäßig ausgeübten geringfügigen Beschäftigung dient. Darüber hinaus sind mit Hilfe der Mikrozensus-Erhebung wertvolle Strukturaussagen möglich, wobei der große Stichprobenumfang wie bei anderen Erhebungstatbeständen der Ergebnisqualität zugute kommt.

Im Mikrozensus 1998 haben hochgerechnet 2,15 Mill. Menschen, und zwar 1,62 Mill. Frauen und 530 000 Männer, angegeben, in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit ausgeübt zu haben. Das waren 6,0% aller Erwerbstätigen in Deutschland. Ausländische Erwerbstätige waren mit einem Anteil von 9,6% unter den geringfügig Beschäftigten etwas stärker vertreten als unter den Erwerbstätigen insgesamt, wo ihr Anteil bei 7,9% lag.

Drei Viertel (75,3%) aller geringfügig Beschäftigten in Deutschland waren 1998, wie auch im Vorjahr, Frauen. Von den ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen wiederum waren rund drei Viertel (74,6%) verheiratet, 15,4% waren ledig. Bei den geringfügig beschäftigten Männern bestand kaum ein Unterschied zwischen den Anteilen der Verheirateten mit 44,3% und der Ledigen mit 49,1%.

In Verbindung mit diesen Daten lassen die Angaben zur Altersverteilung den Schluß zu, daß eine geringfügige Beschäftigung von Frauen offenbar häufiger als „Zuverdienst“ ausgeübt wird, während Männer eher vor Aufnahme einer regulären Vollzeittätigkeit geringfügig beschäftigt sind. So waren 40,8% der geringfügig beschäftigten Männer, aber nur 19,4% der geringfügig beschäftigten Frauen unter 30 Jahre alt. Gut die Hälfte der geringfügig beschäftigten Frauen (52,0%) hingegen war zwischen 30 und 50 Jahren, ein weiteres Viertel (25,0%) zwischen 50 und 65 Jahren alt.

Bei den Männern lag zwar der Anteil dieser Altersgruppe (50 bis unter 65 Jahre) an den geringfügig Beschäftigten mit 22,3% beinahe ebenso hoch, allerdings bei einer wesentlich geringeren absoluten Anzahl. Etwa ein Viertel (24,0%)

Tabelle 7: Erwerbstätige im April 1998 nach ausgewählten Merkmalen
Ergebnis des Mikrozensus
Deutschland
1 000

Gegenstand der Nachweisung	Erwerbstätige			Darunter geringfügig beschäftigt mit nur einer Tätigkeit		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Insgesamt	35 860	20 509	15 351	2 149	530	1 619
Deutsche	33 023	18 689	14 334	1 943	467	1 475
Ausländer/-innen	2 837	1 820	1 017	207	63	144
Alter von bis unter Jahren						
15 – 20	1 312	757	555	101	47	53
20 – 25	2 835	1 555	1 281	184	79	105
25 – 30	4 062	2 238	1 824	246	90	156
30 – 35	5 297	3 049	2 248	278	48	229
35 – 40	5 130	2 942	2 188	276	35	241
40 – 45	4 688	2 611	2 077	221	25	195
45 – 50	4 424	2 457	1 967	196	19	177
50 – 55	3 406	1 961	1 446	161	22	139
55 – 60	3 331	2 002	1 330	197	39	158
60 – 65	1 011	708	303	164	57	107
65 und mehr	35 498	20 278	15 220	2 023	463	1 560
	363	231	132	126	67	60
Familienstand						
Ledig	10 908	6 560	4 348	511	260	250
Verheiratet	22 123	12 793	9 330	1 443	235	1 208
Verwitwet	579	151	428	93	10	83
Geschieden	2 250	1 006	1 244	102	25	78
Überwiegender Lebensunterhalt						
Erwerbstätigkeit	33 038	19 779	13 260	796	199	596
Arbeitslosengeld/-hilfe	120	53	67	96	41	55
Rente, Pension	448	231	216	275	135	141
Unterhalt durch Angehörige	1 880	301	579	895	119	776
Eigenes Vermögen	41	24	17	13	6	7
Sozialhilfe	124	51	73	42	15	27
Leistung aus einer Pflegeversicherung, sonstige Unterstützungen	209	70	139	32	14	18
Wirtschaftsunterbereich ¹⁾						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 024	645	379	65	22	43
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8 644	6 235	2 409	322	97	225
Energie- und Wasserversorgung	304	241	64	/	/	/
Baugewerbe	3 183	2 769	414	79	32	47
Handel und Gastgewerbe	6 284	2 917	3 367	629	123	506
darunter						
Einzelhandel	3 049	983	2 066	366	52	314
Gastgewerbe	1 130	482	647	153	38	116
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 920	1 382	538	73	38	35
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 272	638	634	46	10	36
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	2 581	1 348	1 234	248	67	180
darunter						
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung	643	250	393	48	9	39
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	289	82	207	75	9	67
Öffentliche Verwaltung u a	3 210	1 894	1 316	50	15	36
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	7 436	2 440	4 996	634	124	510
darunter						
Gesundheits- und Veterinärwesen	2 349	563	1 786	152	19	133
Private Haushalte	150	9	141	78	/	74

¹⁾ Klassifizierung der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), Tiefengliederung für den Mikrozensus.

der geringfügig beschäftigten Männer war zwischen 30 und 50 Jahren alt.

Die These des „Zubrots“ durch eine geringfügige Beschäftigung wird auch dadurch gestützt, daß etwa die Hälfte (47,9%) der geringfügig beschäftigten Frauen den Unterhalt durch Angehörige als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts angab.

Die geringfügige Beschäftigung ist wirtschaftsfachlich konzentriert. Sie wurde 1998 vorwiegend in den Bereichen Handel und Gastgewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen ausgeübt. Fast ein Drittel (29,3%) aller geringfügig Beschäftigten waren 1998 im Handel und Gastgewerbe tätig, und zwar 31,3% der geringfügig beschäftigten Frauen und 23,2% der geringfügig beschäftigten Männer. 19,4% der geringfügig beschäftigten Frauen waren im Einzelhandel tätig. Der Anteil der öffentlichen und privaten Dienstleistungen lag ebenfalls bei rund 29,5%; von den

geringfügig beschäftigten Frauen arbeiteten hier 31,5% und von den geringfügig beschäftigten Männern 23,4%.

Lebensunterhalt

Das Unterhaltskonzept nimmt neben dem Erwerbskonzept im Mikrozensus einen wichtigen Raum ein. Dabei stützen sich die Angaben zur Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts im Mikrozensus auf die jeweilige Selbsteinstufung der Befragten. Da das Erwerbseinkommen nicht immer die wichtigste Quelle für das Haushaltsbudget ist, sind diese Daten nicht deckungsgleich mit denen zur Beteiligung am Erwerbsleben.

Die bedeutendste Quelle des Unterhalts in Deutschland ist die Erwerbstätigkeit. Im Jahr 1998 bezogen 40,3% der Menschen in Deutschland den überwiegenden Lebensunterhalt direkt aus ihrer Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil ist rückläufig; 1991 waren es noch 44,5% gewesen. Im frühe-

Tabelle 8: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt

Ergebnisse des Mikrozensus
Deutschland

Personengruppe	Insgesamt		Überwiegender Lebensunterhalt durch							
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld/-hilfe		Angehörige ¹⁾		Sonstiges ²⁾	
	April 1998	April 1991	April 1998	April 1991	April 1998	April 1991	April 1998	April 1991	April 1998	April 1991
	1 000		%3)							
Bevölkerung insgesamt	82 014	79 829	40,3	44,5	4,0	2,2	30,7	31,4	25,1	21,9
männlich	39 974	38 548	49,5	55,5	4,7	2,3	23,0	23,7	22,9	18,5
weiblich	42 040	41 281	31,5	34,3	3,3	2,0	38,0	38,6	27,1	25,1
dar verheiratet	20 069	19 817	39,0	42,8	4,0	2,7	36,9	38,6	20,1	15,9
Erwerbstätige zusammen	35 860	37 445	92,1	94,9	0,3	0,1	5,2	3,7	2,3	1,4
Männer	20 509	21 875	96,4	97,7	0,3	0,0	1,5	1,2	1,8	1,0
Frauen	15 351	15 570	86,4	90,8	0,4	0,1	10,3	7,1	2,9	2,0
dar verheiratet	9 330	9 498	83,8	89,3	0,4	0,1	14,1	9,3	1,8	1,4
Erwerbslose zusammen	4 402	2 642	x	x	71,4	64,2	16,3	21,8	12,3	13,9
Männer	2 354	1 250	x	x	77,5	69,2	9,9	14,6	12,6	16,1
Frauen	2 048	1 392	x	x	64,3	59,7	23,7	28,3	11,9	12,0
dar verheiratet	1 230	893	x	x	62,4	59,5	29,9	34,0	7,7	6,5
Nichterwerbspersonen zusammen	41 752	39 742	x	x	x	x	54,1	58,2	45,9	41,8
männlich	17 111	15 423	x	x	x	x	50,5	56,4	49,5	43,6
weiblich	24 641	24 319	x	x	x	x	56,5	59,4	43,5	40,6
dar verheiratet	9 508	9 426	x	x	x	x	60,2	68,5	39,8	31,5

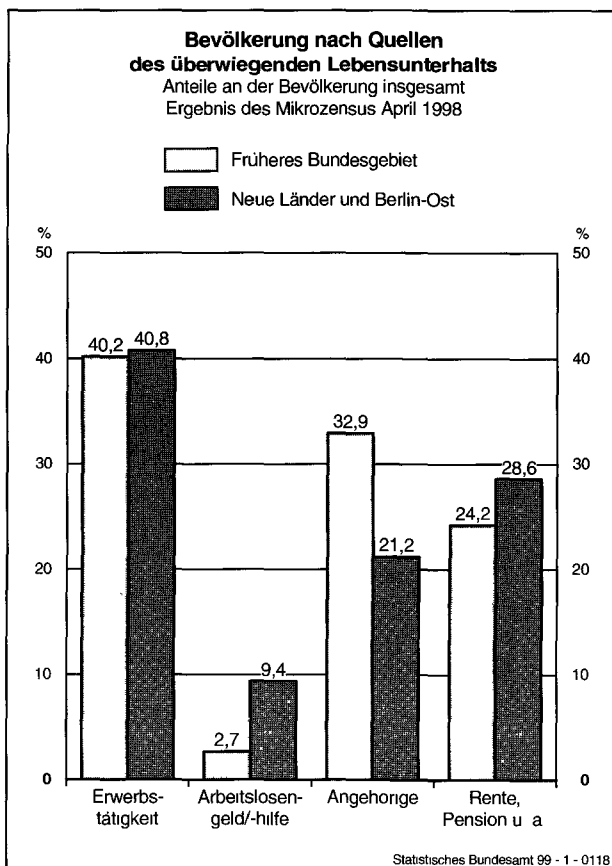
¹⁾ Eltern/Ehepartner – ²⁾ Rente, Pension, eigenes Vermögen, Zinsen, Anteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützung – ³⁾ Anteil an Spalte „Insgesamt“

ren Bundesgebiet lag der Anteil derjenigen, bei denen die Erwerbstätigkeit die Hauptquelle für den Lebensunterhalt bildete, bei 40,2%. 1991 hatte er hier noch 43,7% betragen. Mit 40,8% lebten 1998 in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch etwas mehr Menschen von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit, obwohl der Anteil derjenigen, die von Arbeitslosengeld oder -hilfe lebten, hier mit 9,4% deutlich höher war als im früheren Bundesgebiet mit 2,7% Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nannten 4,0% der 1998 in Deutschland Lebenden als Quelle des überwiegenden

Lebensunterhalts; 1991 galt dies erst für 2,2%. Der Grund für die trotz hoher Erwerbslosigkeit wichtige Bedeutung der Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle dürfte vor allem in den unterschiedlichen Anteilen derjenigen zu sehen sein, für die die Finanzierung durch Angehörige die überwiegende Unterhaltsquelle bildet. Während ihr Anteil 1998 im früheren Bundesgebiet etwa ein Drittel (32,9%) betrug, lag er in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei etwa einem Fünftel (21,2%). Im Bundesdurchschnitt betrug 1998 der Anteil derjenigen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige bestritten, 30,7%, mit einem deutlichen Unterschied zwischen Männern (23,0%) und Frauen (38,0%).

Eine weitere wichtige Rolle für den Lebensunterhalt der Bevölkerung spielen Rente, Pension und andere Transfer-einkommen. Von ihnen lebte 1998 ein Viertel (25,1%) der Männer und Frauen in Deutschland. 1991 waren es noch 21,9% gewesen. Im Vergleich West-Ost stehen bei dieser Unterhaltsquelle einem Anteil von 28,6% der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern rund 24,2% im früheren Bundesgebiet gegenüber.

Schaubild 2



Arbeitsuche

Auch wenn die Erwerbstätigenzahl 1998 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen ist, so suchten im April 1998 noch immer rund 4,4 Mill. Erwerbslose in Deutschland eine Beschäftigung, und zwar 2,76 Mill. im früheren Bundesgebiet und 1,64 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Während im früheren Bundesgebiet rund 1,6 Mill. arbeit-suchenden Männern etwa 1,16 Mill. arbeit-suchende Frauen gegenüberstanden, war das Zahlenverhältnis in den neuen Ländern mit 751 000 Männern und 887 000 Frauen auf Arbeitsuche umgekehrt.

Eine vorherrschende Entlassung war der Grund für die Arbeitsuche bei 79,5% der Arbeit-suchenden in den neuen Ländern und Berlin-Ost, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen, während dies „nur“ 46,0% aller Arbeit-suchenden im früheren Bundesgebiet angaben

Tabelle 9: Erwerbslose im April 1998 nach Gründen der Arbeitsuche

Ergebnis des Mikrozensus

Arbeitsuche nach	Insgesamt		Männer		Frauen			
	1 000	%) ¹⁾	1 000	%) ¹⁾	zusammen		dar verheiratet	
					1 000	%) ¹⁾	1 000	%) ¹⁾
Deutschland								
Arbeitsuchende zusammen	4 215	95,8	2 256	95,8	1 959	95,7	1 180	95,9
Entlassung	2 574	58,5	1 402	59,6	1 172	57,2	728	59,2
eigener Kündigung	175	4,0	83	3,5	92	4,5	58	4,7
freiwilliger Unterbrechung	102	2,3	20	0,8	82	4,0	60	4,9
Übergang in den Ruhestand	132	3,0	100	4,2	32	1,6	20	1,6
Sonstige Gründe	1 147	26,1	602	25,6	546	26,6	295	24,0
Ohne Angabe	85	1,9	50	2,1	35	1,7	19	1,5
Arbeitsuche abgeschlossen	187	4,2	98	4,2	89	4,3	50	4,1
Insgesamt	4 402	100	2 354	100	2 048	100	1 230	100
Früheres Bundesgebiet								
Arbeitsuchende zusammen	2 617	94,7	1 525	95,1	1 092	94,1	618	94,3
Entlassung	1 271	46,0	807	50,3	465	40,1	255	39,0
eigener Kündigung	139	5,0	67	4,2	72	6,2	45	6,9
freiwilliger Unterbrechung	90	3,3	18	1,1	72	6,2	54	8,2
Übergang in den Ruhestand	106	3,8	83	5,2	23	2,0	14	2,1
Sonstige Gründe	931	33,7	503	31,4	429	36,9	233	35,5
Ohne Angabe	79	2,9	47	3,0	31	2,7	17	2,6
Arbeitsuche abgeschlossen	147	5,3	78	4,9	69	5,9	38	5,7
Zusammen	2 764	100	1 603	100	1 161	100	655	100
Neue Länder und Berlin-Ost								
Arbeitsuchende zusammen	1 598	97,6	731	97,3	867	97,7	562	97,8
Entlassung	1 303	79,5	596	79,3	707	79,7	472	82,2
eigener Kündigung	36	2,2	16	2,1	20	2,3	13	2,2
freiwilliger Unterbrechung	12	0,7	/	/	10	1,1	6	1,1
Übergang in den Ruhestand	26	1,6	17	2,2	9	1,1	6	1,1
Sonstige Gründe	216	13,2	99	13,2	117	13,2	63	10,9
Ohne Angabe	6	0,4	/	/	/	/	/	/
Arbeitsuche abgeschlossen	40	2,4	20	2,7	20	2,3	12	2,2
Zusammen	1 638	100	751	100	887	100	575	100

1) Anteil an Zeile „Insgesamt“ bzw. „Zusammen“

„Sonstige Gründe“ spielten bei einem Drittel (33,7%) der Arbeitsuchenden im früheren Bundesgebiet eine Rolle, aber nur bei 13,2% in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Selbst gekündigt hatten 67 000 Männer (4,2%) und 72 000 Frauen (6,2%) im früheren Bundesgebiet, wo eine ebenso große Zahl Frauen eine freiwillige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit eingelegt hatte. In den neuen Ländern und Berlin-Ost spielten diese Gründe eine noch weiter untergeordnete Rolle. Hier hatten 16 000 Männer (2,1%) und 20 000 Frauen (2,3%) selbst gekündigt, während 10 000 Frauen (1,1%) ihre Erwerbstätigkeit selbst unterbrochen hatten.

Dipl.-Soziologin Sabine Allafi

Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung

Vorbemerkung

Im Februar 1999 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Neuberechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung auf der Preisbasis 1995 vorgestellt. Über die damit verbundenen methodischen Änderungen wird in einer späteren Ausgabe dieser Zeitschrift berichtet werden. Dabei werden auch die Neuberechneten und die bisherigen Ergebnisse auf Basis 1991 gegenübergestellt. In diesem Zusammenhang wird versucht werden, die Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme auf das Ergebnis zu quantifizieren. Dies gilt auch für die Aktualisierung des Wägungsschemas. Was darunter zu verstehen ist und wie diese Arbeiten in Deutschland durchgeführt werden, soll im vorliegenden Beitrag dargestellt werden.

1 Neuberechnungen der Wägungsschemata sind unumgänglich

Das Ziel der Berechnung von Preisindizes ist es, Preisveränderungen unbeeinflusst von Änderungen in der zugrunde liegenden Güterstruktur anzuzeigen. Ein Preisindex für die Lebenshaltung soll somit nachweisen, wie sich die Lebenshaltung der privaten Haushalte infolge von Preisänderungen, aber unbeeinflusst von Änderungen im Konsumverhalten, verteuert oder verbilligt. Das Statistische Bundesamt berechnet seine Verbraucherpreisindizes demzufolge auf der Basis konstanter Verbrauchsstrukturen nach der Formel von Laspeyres.¹⁾ Dies bedeutet, daß für einen bestimmten Zeitraum die Auswahl der einzelnen Güter (Waren und Dienstleistungen) des „Warenkorbes“ konstant gehalten wird. Das gilt auch für die Gewichte, mit denen die Verbrauchsbedeutung der einzelnen Güter für die privaten Haushalte in den Berechnungen quantifiziert wird.

Allerdings verändern sich mit der Zeit sowohl die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte als auch das Angebot an Waren und Dienstleistungen. Wird ein Gut, welches für die monatliche Preisbeobachtung ausgewählt wurde, nicht länger angeboten, so zwingt das die Verbraucherpreisstatistik zu einer umgehenden Reaktion: Das betreffende Gut muß ausgetauscht werden. Wie dabei im einzelnen vorzugehen ist, soll in diesem Beitrag nicht näher erläutert werden.

¹⁾ Siehe Furst, G./Deneffe, P. „Der neue Preisindex für die Lebenshaltung“ in WiSta 11/1952, S. 439 ff. und Guckes, S. „Der neue Preisindex für die Lebenshaltung“ in WiSta 8/1964, S. 435 ff.

Aber auch das Auftreten neuer Güter oder Modelle sowie Veränderungen des Konsumentengeschmacks oder der Realeinkommen können dazu führen, daß die Verbrauchsstrukturen, die der Indexberechnung zugrunde liegen, veralten. Die Verbraucherpreisstatistik steht damit vor einem Zielkonflikt: Einerseits muß sie die Verbrauchsgewohnheiten konstant halten, um die Preisveränderungen sauber von Änderungen in der Menge (oder Qualität) des Verbrauchs trennen zu können. Andererseits soll sie zeitnah sein, muß also die aktuellen Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte berücksichtigen. Deshalb müssen der Indexberechnung von Zeit zu Zeit aktuellere Verbrauchsgewohnheiten zugrunde gelegt werden.

In Deutschland ist eine entsprechende Revision der Verbraucherpreisstatistik etwa alle fünf Jahre üblich. Dabei werden anhand der neuen Verbrauchsstrukturen die Ergebnisse rückwirkend bis zum Beginn des Preisbasisjahres neu berechnet. Damit entsteht für einen gewissen Zeitraum eine Doppelnachweisung von Ergebnissen: Bis Dezember 1998 wurden Verbraucherpreisindizes aufgrund der Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1991 berechnet, künftig stellt das Statistische Bundesamt Ergebnisse aufgrund der Neuberechneten Verbrauchsstrukturen des Jahres 1995 rückwirkend ab Januar 1995 bereit. Sie ersetzen die bisher auf der alten Basis berechneten Zahlen.²⁾ Für die Beurteilung der Revisionsergebnisse ist es wichtig zu wissen, daß die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten in vielen Fällen weit weniger Einfluß auf die Ergebnisse haben als mit der Revision verbundene methodische Änderungen.³⁾ An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, daß die in Wertsicherungsklauseln häufig verwendeten Preisindizes für spezielle Haushaltstypen (z. B. für den Vier-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen) mit der nächsten Indexreform eingestellt werden.⁴⁾ Der zentrale und damit aus Sicht des Statistischen Bundesamtes in aller Regel für Wertsicherungsklauseln am besten geeignete Verbraucherpreisindex ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland.

²⁾ In vielen Wertsicherungsklauseln wird ein spezielles Preisbasisjahr genannt. Dies bedeutet allerdings nicht, daß in diesem Fall die Verbrauchsstrukturen des Preisbasisjahres auf Dauer festgeschrieben werden. Mit der ersten folgenden Indexreform wird die Berechnung von Preisindizes unter Verwendung bisheriger Verbrauchsstrukturen unwiderruflich eingestellt. Die Nennung eines Preisbasisjahres in einer Wertsicherungsklausel ist nur dann erforderlich, wenn der Termin einer Zahlungsanpassung von einer Indexveränderung in Punkten abhängig sein soll. Dies hat dann zur Folge, daß mit dem „Veralten“ der Indexbasis in immer kürzeren Zeitabständen immer kleinere Zahlungsanpassungen erfolgen. Dieser „Vorteil“ für den Empfänger von Zahlungen wird unter anderem mit einem Informationsproblem erkauft. Da Verbraucherpreisindizes nur auf Basis des neuesten Indexjahres veröffentlicht werden, müssen die Vertragspartner dann eigene Umrechnungen auf die alte Preisbasis vornehmen. Dies ist in vielen Fällen möglich, wird aber nur selten fehlerfrei durchgeführt und gibt oft Anlaß zu Streitigkeiten. Aktuell sollte man zusätzlich bedenken, daß ein Preisindex für Deutschland (nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990) nur unter Rückgriff auf fiktive Annahmen auf ein älteres Preisbasisjahr (z. B. 1985) umgerechnet werden kann. Z. B. mußte die (offensichtlich unzutreffende) Annahme gemacht werden, daß sich die Preise in der früheren DDR in gleichem Maße verändert haben wie in der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990). Diese Probleme können vermieden werden, wenn eine Wertsicherungsklausel auf Veränderungen des Indexstandes in Prozent abstellt.

³⁾ Bei der Verwendung der Verbraucherpreisindizes für Wertsicherungsklauseln sollte deshalb möglichst nicht über eine Datenrevision hinweggerechnet werden. Durch die in Deutschland übliche Rückrechnung der Ergebnisse (aktuell bis Januar 1995) ist dies meist auch nicht nötig. Ist nämlich seit Januar 1995 eine Anpassung anhand der bisher berechneten Werte erfolgt, so kann für die folgenden Berechnungen von dem jetzt Neuberechneten Wert ausgegangen werden. Die Revisionsänderungen schlagen sich dann in diesen Berechnungen nicht nieder.

⁴⁾ Die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen ist historisch bedingt und resultierte wesentlich daraus, daß in den Nachkriegsjahren zunächst keine Verbrauchsstrukturen für alle privaten Haushalte zur Verfügung standen. In der Zwischenzeit sind die speziellen Haushaltstypen, obwohl sie z. B. bezüglich der Einkommensgrenzen ständig aktualisiert wurden, für die Haushalte in Deutschland nicht mehr repräsentativ.

2 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als zentrale Quelle für die Ableitung der Verbrauchsstrukturen

Basis für die Berechnung der Verbrauchsstrukturen der privaten Haushalte sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)⁵⁾, die alle fünf Jahre durchgeführt werden. Beteiligt sind jeweils etwa 50 000 bis 70 000 Haushalte auf freiwilliger Basis. Grundsätzlich soll diese Erhebung alle Typen von Haushalten, alle Arten von Einnahmen und Ausgaben, alle Regionen des Bundesgebietes usw. umfassen. Die Auswahlsätze innerhalb der einzelnen Schichten sind allerdings unterschiedlich. Besonders schwierig ist es, eine ausreichend große Beteiligung von Ausländerhaushalten und von Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 35 000 DM sowie von Anstalts Haushalten sicherzustellen. Ein aufwendiges Hochrechnungsverfahren gleicht die unterschiedlichen Auswahlsätze in den einzelnen Schichten aus.

Aufgrund der Ergebnisse der EVS für das Jahr 1993 werden für die anstehende Revision der Preisindizes für die Lebenshaltung grobe Verbrauchsstrukturen (unterteilt nach etwa 150 Ausgabekategorien) gebildet. Die EVS umfaßt alle Ausgaben der privaten Haushalte lückenlos, so daß ihre Ergebnisse für die Ableitung der Gewichte für die Verbraucherpreisstatistik gut geeignet sind. Sie sind allerdings nicht ausreichend tief gegliedert, beziehen sich nicht auf das Gewichtsjahr (1995) und folgen nicht in allen Belangen den Konzepten der Verbraucherpreisstatistik. Ausgehend von dem Material der EVS muß daher eine Vielzahl von weiterführenden Berechnungen durchgeführt werden. Um die groben Verbrauchsstrukturen weiter untergliedern zu können, wird als die wichtigste Quelle die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen herangezogen.

3 Ableitung der Feinstrukturen aus der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) wird monatlich bei einer sehr begrenzten Zahl von Haushalten (maximal 2 000) durchgeführt⁶⁾. Bis einschließlich 1998 hat sich diese Stichprobe auf drei spezielle, eng abgegrenzte Haushaltstypen bezogen, wobei sie die Ausgaben dieser Haushalte sehr detailliert erfaßt hat. Ab 1999 wird diese Beschränkung auf spezielle Haushaltstypen aufgegeben. Damit wird die Repräsentativität der LWR erhöht und die Verknüpfung mit den Ergebnissen der EVS erleichtert.⁷⁾

Weil die Verbraucherpreisstatistik vorrangig Strukturen für alle privaten Haushalte benötigt und die LWR nur Ergeb-

nisse für sehr homogen abgegrenzte Haushaltstypen bereitstellt, müssen in einem ersten Schritt Feinstrukturen für alle privaten Haushalte geschätzt werden. Dazu wird ein gewogener Durchschnitt aus den Ergebnissen der verschiedenen Haushaltstypen der LWR gebildet.⁸⁾ Aufgrund des kleinen Stichprobenumfanges sind diese Strukturen im Zeitablauf überaus instabil. Dies wird ausgeglichen, indem die LWR-Daten der Jahre 1992 bis 1996 in die Berechnungen mit einbezogen werden.⁹⁾ Die daraus resultierenden Feinstrukturen für 1993 und 1995 sind Grundlage für die beiden weiteren Rechenschritte.

Im zweiten Rechenschritt werden die Feinstrukturen für 1993 und 1995 zusammengefaßt, und zwar in der groberen Gliederung der EVS. Damit können Fortschreibungsfaktoren gebildet und an das Ausgangsmaterial der EVS 1993 angelegt werden. Daraus ergeben sich Grobstrukturen für das Basisjahr 1995.

Im dritten Schritt werden diese hochgerechneten Grobstrukturen der EVS für das Jahr 1995 anhand der Feinstrukturen der LWR 1995 unterteilt. Das Ergebnis sind relativ differenzierte Ausgabestrukturen¹⁰⁾ aller privaten Haushalte für das Jahr 1995, die allerdings noch nicht in allen Belangen den Konzepten der Verbraucherpreisstatistik genügen. Darüber hinaus muß mit typischen Erfassungsfehlern von Haushaltsbefragungen gerechnet werden, so daß – wo immer dies möglich ist – ein Abgleich mit anderen Statistiken erfolgen muß.

Es darf allerdings nicht der falsche Eindruck entstehen, daß die Ergebnisse der EVS und der LWR in erheblichem Maße fehlerhaft sind. Die Vielzahl der durchgeführten Quervergleiche haben die generelle Plausibilität der Ergebnisse von EVS und LWR bestätigt.

4 Korrekturen von Erfassungsunschärfen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Ein großer Vorteil der aus EVS und LWR abgeleiteten Verbrauchsstrukturen ist darin zu sehen, daß sie sich auf die Ausgaben der privaten Haushalte beziehen und nicht durch Vorleistungs- oder Investitionskäufe von Unternehmen oder anderen Institutionen verzerrt sind. Dies entspricht genau den Vorgaben der Verbraucherpreisstatistik. Andererseits ist allgemein bekannt, daß in Haushaltsbefragungen bestimmte Ausgaben oft „vergessen“ werden, entweder weil die entsprechenden Beträge im einzelnen als unbedeutend angesehen werden oder weil sie den anderen Mitgliedern des Haushaltes nicht offenbart werden sollen. Ein Beispiel sind die Ausgaben für Tabakwaren und alkoholische Getränke. Solche Ausgaben werden in

⁵⁾ Siehe Horstmann, K. „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962“ in WiSta 10/1961, S. 563 ff. und Euler, M. „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993“ in WiSta 7/1992, S. 463 ff.

⁶⁾ Siehe Reddies, H. „Das Verfahren der laufenden Wirtschaftsrechnungen von 1950 bis 1964 und ab 1965“ in WiSta 8/1965, S. 496 ff. und Kunz, D./Euler, M. „Möglichkeiten und Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ in WiSta 6/1972, S. 321 ff.

⁷⁾ Siehe Chlumsky, J./Ehling, M. „Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte“ in WiSta 7/1997, S. 455 ff.

⁸⁾ Dabei wird unterstellt, daß die in den LWR ermittelten Ausgabestrukturen auch für – gemessen an der Einkommenshöhe – ähnliche Haushalte gelten. Die Gewichte werden aus den Einkommensinformationen des Mikrozensus abgeleitet. Dieser Rechenschritt kann nach der Neukonzeption der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen in Zukunft entfallen.

⁹⁾ Dabei wird aus den Ergebnissen der LWR der Jahre 1992 bis 1994 ein Schätzwert für 1993 und aus den Ergebnissen für die Jahre 1994 bis 1996 ein Schätzwert für 1995 ermittelt.

¹⁰⁾ Etwa 900 verschiedene Ausgabekategorien.

Haushaltsbefragungen regelmäßig unterschätzt. Dies ist im übrigen keine Besonderheit der deutschen Statistik, sondern in ähnlicher Weise bei Haushaltsbefragungen weltweit festzustellen.

Hilfreich für die Ausschaltung dieser Unschärfen wirkt sich aus, daß Tabakwaren und alkoholische Getränke in Deutschland einer speziellen Verbrauchsteuer unterliegen. Aus dem jeweiligen Steueraufkommen und den Steuersätzen können die gekauften Mengen sehr zuverlässig errechnet werden. Da unterstellt werden kann, daß diese Güter weitestgehend von den privaten Haushalten konsumiert werden, sind die entsprechenden Angaben für die Ermittlung von Verbrauchsstrukturen gut geeignet. Aufgrund dieser Angaben werden die Ausgabenbeträge aus EVS und LWR nach oben korrigiert.¹¹⁾

Erfassungsprobleme anderer Art können in Haushaltsbefragungen dadurch entstehen, daß die erhobenen Tatbestände den befragten Haushalten nicht ausreichend genau vermittelt werden können. Ein Beispiel dafür ist die Zuzahlung der privaten Haushalte für den Kauf von Medikamenten (Rezeptgebühr). Die EVS 1993 hat die privaten Haushalte nach solchen Zuzahlungen gefragt und weist entsprechende Ergebnisse aus. Zusätzlich sind aber auch Angaben über das Aufkommen an Rezeptgebühren in Apotheken verfügbar. Diese Angaben sind überaus zuverlässig. Da die privaten Haushalte Medikamente auf Rezept nur in Apotheken kaufen können, müßten die Zahlen identisch sein. Die EVS weist aber erheblich höhere Beträge aus. Gleichzeitig sind die Ausgaben der privaten Haushalte für (freiverkäufliche bzw. nicht rezeptfähige) Medikamente nach den Ergebnissen der EVS ungewöhnlich niedrig. Es liegt daher der Verdacht nahe, daß die in der EVS befragten Haushalte unter der Position „Zuzahlungen für Medikamente“ vielfach nicht nur die Rezeptgebühren aufgeführt haben, sondern ihre Gesamtzahlungen an die Apotheke. Das Statistische Bundesamt hat deshalb für die Preisstatistik eine Korrektur der Ergebnisse der EVS vorgenommen und einen Teil der Zuzahlungen für Medikamente den Medikamentenkäufen zugeordnet.

Wie man sieht, ist es sehr wichtig, die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen anhand zusätzlicher Informationen zu verifizieren oder gegebenenfalls zu korrigieren. Dies wird dadurch erschwert, daß die verfügbaren Informationen nicht auf die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte abstellen, sondern zum Beispiel auf produzierte Mengen oder insgesamt verkaufte Werte

5 Umrechnung der Ergebnisse auf die Konzepte der Verbraucherpreisstatistik

Im folgenden sollen konzeptionelle Unterschiede zwischen EVS und LWR auf der einen und der Verbraucherpreisstatistik auf der anderen Seite dargestellt werden. Sie müssen ebenfalls rechnerisch ausgeglichen werden

¹¹⁾ Die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 9 1 1 „Absatz von Tabakwaren“ enthält z. B. Kleinverkaufswerte, die aus Angaben der Steuerstatistik errechnet wurden, im Statistischen Jahrbuch wird der Verbrauch ausgewählter Genußmittel ausgewiesen, dort sind z. B. Mengenangaben für Bier (versteuerte Mengen) zu finden

5.1 Umrechnung auf das Inlandskonzept

Die Nachweisung von Verbraucherpreisindizes kann sich entweder auf eine bestimmte Bevölkerung beziehen, zum Beispiel auf alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschland (deren Nationalität spielt dabei keine Rolle), oder auf ein bestimmtes Gebiet, also zum Beispiel auf alle Kaufvorgänge im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Im ersten Fall müßten die Verbrauchsausgaben der Einwohner der Bundesrepublik Deutschland in der übrigen Welt (außerhalb des Wirtschaftsgebietes) in den Verbraucherpreisindex einbezogen werden. Dies entspricht dem Inländer- bzw. Wohnortkonzept. Das würde bedeuten, daß ein Verbraucherpreisindex die Preisentwicklung für Verbrauchsgüter in den Nachbarländern (wegen des kleinen Grenzverkehrs) und in den wichtigsten Reisezielländern der Einwohner der Bundesrepublik entsprechend ihrer jeweiligen Bedeutung für die Verbrauchsausgaben in den nationalen Preisindex für die Lebenshaltung einbeziehen müßte.¹²⁾

Im zweiten Fall müßten die Verbrauchsausgaben der gebietsfremden Besucher im Inland im Verbraucherpreisindex berücksichtigt werden. Auf eine Einbeziehung von Preisentwicklungen in der übrigen Welt wäre dagegen zu verzichten. Dies erscheint leichter umsetzbar und hat die Entscheidung für die Anwendung des sogenannten Inlandskonzeptes im deutschen Verbraucherpreisindex maßgeblich beeinflußt. Auch für die Berechnung Harmonisierter Verbraucherpreisindizes der Europäischen Union (EU) wurde das Inlandskonzept verbindlich vorgeschrieben.¹³⁾

Allerdings folgen sowohl die EVS als auch die LWR einem Inländerkonzept. Dies ist für viele Zielsetzungen dieser Statistiken durchaus von Vorteil. So sollen Haushaltsbefragungen in erster Linie die wirtschaftliche und soziale Lage der (gebietsansässigen) Bevölkerung verdeutlichen. Auch ist die technische Umsetzung eines anderen Konzeptes für (nationale) Haushaltsbudgeterhebungen nur schwer vorstellbar. Die Verbraucherpreisstatistik will die Konzepte von EVS und LWR daher nicht in Frage stellen, die daraus abgeleiteten Strukturen müssen aber in Richtung auf ein Inlandskonzept korrigiert werden. Einige Informationen dafür können der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank entnommen werden. In anderen Bereichen wird auf Ansätze der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen.¹⁴⁾

¹²⁾ Andere für die Abgrenzung von Inlands- und Inländerkonzept wichtige Größen, z. B. die Zuordnung der deutschen Botschaften und Konsulate in der übrigen Welt zum Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder die Behandlung fremder Streitkräfte usw. sind für die Verbraucherpreisstatistik von untergeordneter Bedeutung

¹³⁾ Siehe Verordnung (EG) Nr. 1688/98 des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission hinsichtlich des geographischen und demographischen Erfassungsbereichs des harmonisierten Verbraucherpreisindex, Amtsbl. der EG Nr. L 214/23 vom 31. Juli 1998

¹⁴⁾ In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß die oben erwähnten Korrekturen der Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren anhand der Steueraufkommen nicht nur eine Untererfassung von EVS und LWR bereinigt, sondern zugleich auch eine Umstellung auf das Inlandskonzept bedeutet hat. Diese Ausgabenposten dürfen anläßlich der generellen Umrechnung auf das Inlandskonzept natürlich nicht ein zweites Mal korrigiert werden

Es muß eingeräumt werden, daß die statistische Basis für diese konzeptionelle Anpassung der Ergebnisse von EVS und LWR schwach ist. Insbesondere bezüglich feinerer Strukturen müssen die zugrunde gelegten Zahlen eher als grobe Schätzung denn als gesicherte Information bezeichnet werden. Glücklicherweise ist das Volumen solcher Ausgaben von Touristen und Grenzgängern (Saldo der Ausgaben von deutschen Touristen bzw. Grenzgängern ins Ausland und ausländischen Touristen bzw. Grenzgängern nach Deutschland) im Vergleich zu den gesamten Verbrauchsausgaben sehr klein. Ein meßbarer Einfluß von Schätzunsicherheiten auf die nachgewiesenen Preisentwicklungen kann nahezu ausgeschlossen werden.¹⁵⁾ In Deutschland weicht zudem die Preisentwicklung für typische Touristenausgaben (in Hotels, Restaurants, für Transportleistungen usw.) nicht wesentlich von der durchschnittlichen Verbraucherpreisentwicklung ab. Außerdem sind typische Käufe im kleinen Grenzverkehr (Tabakwaren, Alkoholika, Benzin, Parfüm) steuerlich nicht begünstigt. Inwieweit diese Aussagen auch auf andere Staaten übertragbar sind, bedarf weiterer Prüfung. Zumindest für kleine Staaten mit einem großen Anteil von Käufen im kleinen Grenzverkehr oder für Staaten mit einem erheblichen Anteil des Tourismus an der gesamtwirtschaftlichen Leistung sind Zweifel angebracht.

5.2 Nettonachweisung der Ausgaben für Versicherungsdienstleistungen

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Versicherungen werden in den deutschen Verbraucherpreisindex einbezogen. Würde man allerdings die kompletten Bruttoprämien berücksichtigen, so könnte das zu unerwünschten Doppelerfassungen von Preisänderungen führen. Verteuert sich nämlich eine Leistung, die im Rahmen eines Versicherungsfalls dem Geschädigten gegenüber erbracht wird, zum Beispiel eine Autoreparatur, so erfaßt die Verbraucherpreisstatistik diesen Effekt unter der Position „Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Würden mittel- oder längerfristig aufgrund dieser Entwicklung die Bruttoprämien für Kfz-Versicherungen angehoben, würde sich dies ein zweites Mal im Verbraucherpreisindex auswirken. Man versucht, dieses Problem dadurch zu lösen, daß man für die Versicherungsdienstleistungen nur das in den Bruttoprämien enthaltene Dienstleistungsentgelt in den Verbraucherpreisindex einbezieht. Diese Größe enthält die Zahlungen der Versicherungen im Schadensfall nicht.¹⁶⁾ Dieses grundlegende Konzept zur Einbeziehung der Versicherungsdienstleistungen in den Verbraucherpreisindex wurde auch für die Berechnung harmonisierter Verbraucherpreisindizes für die Europäische Union übernommen.¹⁷⁾

¹⁵⁾ Siehe Elbel, G. „Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1991“ in Wista 11/1995, S. 801 ff. Demnach liegt der Einfluß der Umstellung der Verbraucherpreisstatistik auf ein Inlandskonzept deutlich unter 0,1 Prozentpunkten.

¹⁶⁾ Zur Berechnung des Dienstleistungsentgeltes der Versicherungen siehe „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995)“, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Herausgeber), S. 63.

¹⁷⁾ Verordnung (EG) der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung von Versicherungen im Harmonisierten Verbraucherpreisindex (Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften steht noch aus).

Das Dienstleistungsentgelt kann aufgrund von Angaben der Versicherungswirtschaft, aus Statistiken des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen und anhand von Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen recht gut ermittelt werden. Das gilt allerdings nur für die Berechnung der Gewichte. Für die monatliche Preisermittlung verwendet die Verbraucherpreisstatistik die Entwicklung der Bruttoprämien. Dies entspricht nicht der Idealvorstellung, ist aber akzeptabel. Die denkbare Alternative wäre die Einbeziehung der Bruttoprämien der Versicherungen in die Verbraucherpreisstatistik und die Reduzierung der Ausgaben der Haushalte um jene Teile, die von den Versicherungen letztlich bezahlt werden. Dies würde den Gesamtfehler in der Verbraucherpreisstatistik aber erhöhen, da die Bruttoprämien nur sehr schwer von Mengen- und Qualitätsveränderungen in den versicherten Leistungen bereinigt werden können.

Die Beschränkung des Gewichts von Dienstleistungen der Versicherungen auf das Dienstleistungsentgelt kann recht großen Einfluß auf das Indexergebnis haben. Dies zeigt zum Beispiel eine Untersuchung, die das Statistische Bundesamt anlässlich der Einführung dieses Konzepts im Jahr 1995 durchgeführt hat.¹⁸⁾

5.3 Nettonachweisung der Käufe von Kraftfahrzeugen

Ein Verbraucherpreisindex soll grundsätzlich alle Käufe der privaten Haushalte umfassen. Allerdings wird der gesamte Haushaltssektor dabei als eine Einheit angesehen, das heißt Käufe eines Haushalts von einem anderen Haushalt werden als innersektorale Ströme im Index nicht abgebildet. Dies ist zum Beispiel bei den Verkäufen von gebrauchten Kraftfahrzeugen von Bedeutung: Wird ein Pkw von einem privaten Haushalt unmittelbar an einen anderen privaten Haushalt verkauft, so ist dieser Vorgang im Verbraucherpreisindex nicht einzubeziehen. Relevant sind nur entsprechende Käufe von privaten Haushalten bei Unternehmen, beim Staat oder bei anderen Sektoren, zum Beispiel Kauf eines Pkw, welcher vorher als Dienstwagen genutzt wurde oder den ein Händler beim Neuwagenverkauf in Zahlung genommen hat.¹⁹⁾

Da EVS und LWR bei der Erfragung der Ausgaben für Kraftfahrzeuge nicht zwischen inner- und extrasektoralen Verkäufen unterscheiden, müssen auch diese Ausgabenbeträge an die Konzepte der Verbraucherpreisstatistik angepaßt werden. Hier kann u. a. auf Angaben des Kraftfahrtbundesamtes zurückgegriffen werden.

6 Ermittlung von Feingewichten

Nach diesen konzeptionellen Umrechnungen ist die Ermittlung der Wägungsschemata für die Verbraucherpreisindizes weitgehend abgeschlossen. Dies gilt jedenfalls bis

¹⁸⁾ Siehe Elbel, G., a. a. O., S. 801 ff.

¹⁹⁾ Es sei denn, dies war ein Kommissionsgeschäft. In diesem Fall darf nur der Preis für die Dienstleistung des Händlers in den Verbraucherpreisindex eingehen.

zu der veröffentlichten Gliederungstiefe. Der Bezug zu den monatlich zu erhebenden Einzelpreisen ist damit aber noch nicht hergestellt. Für jede Ausgabenkategorie des Wägungsschemas müssen nämlich Waren und Dienstleistungen definiert werden, anhand derer die Preisentwicklung gemessen werden soll. Die Bestimmung der Stichprobe soll hier nicht im Detail erläutert werden. Es ist aber zu bedenken, daß die Qualität eines Verbraucherpreisindex in erheblichem Maße davon abhängt, wie gut diese Stichprobe ist. Ihre Güte kann wesentlich dadurch verbessert werden, daß sie in möglichst viele homogene Schichten unterteilt wird. Das Statistische Bundesamt verwendet deshalb besondere Mühe darauf, möglichst alle Informationen für eine weitere „Feingewichtung“ der Verbrauchsausgaben auszuwerten.

Die Ermittlung der Feingewichte unterscheidet sich von Ausgabenposition zu Ausgabenposition, da auch die benötigten Daten in unterschiedlichster Form vorliegen und den verschiedensten Quellen entnommen werden müssen. Eine Veröffentlichung ist in vielen Fällen aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich, zum Beispiel weil vertrauliche Informationen in diese Berechnungen eingehen und aus tiefgegliederten Daten Rückschlüsse auf die Umsatzstrukturen marktbeherrschender Unternehmen möglich wären. Wie solche Feingewichte aussehen können und wie detailliert gerechnet wird, kann hier nur angedeutet werden. Das folgende Beispiel wurde deshalb ausgewählt, weil es sich weitgehend auf veröffentlichte und damit allgemein zugängliche Informationen der Tourismusbranche stützt.

Beispiel: Pauschalreisen

Pauschalreisen haben im Wägungsschema für Deutschland ein relativ hohes Gewicht. Gleichzeitig ist das Angebot überaus vielfältig. Es muß also mit sehr unterschiedlichen Preisentwicklungen gerechnet werden; die Ermittlung von Feingewichten ist daher überaus wichtig.

Für die deutsche Verbraucherpreisstatistik wird das Ausgabengewicht für Pauschalreisen u. a. unterteilt nach den benutzten Verkehrsmitteln (Flugzeug, Schiff, Bahn, Bus, privater Pkw), nach den Zielländern (unter angemessener Berücksichtigung aller Zielregionen, sowohl im Inland als auch im Ausland) und nach dem Reiseveranstalter (Anbieter). Die Unterteilung in Sommer- und Winterreisen bzw. in Städtereisen, Fernreisen, Cluburlaub usw. wird oft schon durch die Kataloge vorgegeben. Wichtige Informationen für die Ableitung der Feingewichte können zum Beispiel einer Querschnittsveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes²⁰⁾ entnommen werden, die Ergebnisse zum Tourismus aus der Statistik der Beherbergung, den Statistiken des Gastgewerbes, des Verkehrs, verschiedener Wirtschaftsstatistiken, der Kultur- und Freizeitstatistik und vielen anderen statistischen Fachgebieten zusammenfaßt. Als nichtamtliche Quelle wird zum Beispiel die Fachzeitschrift für Touristik und Geschäftsreiseverkehr genutzt.

²⁰⁾ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) *Tourismus in Zahlen*, Metzler-Poeschel-Verlag, Stuttgart

7 Exkurs: Die Berechnung von Gewichten für das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für Verbraucherpreisindizes spezieller Haushaltstypen

Nach Einführung der DM in den neuen Bundesländern am 1. Juli 1990 hatte sich dort zunächst eine deutlich andere Entwicklung der Verbraucherpreise ergeben als im früheren Bundesgebiet. Dies war dadurch bedingt, daß staatlich reglementierte Preise, zum Beispiel für Mieten oder für den öffentlichen Personennahverkehr, schrittweise an ein Marktpreisniveau herangeführt wurden. Zwar haben sich seit 1994 die Preise in den neuen Ländern weitgehend parallel zur den Preisen im früheren Bundesgebiet entwickelt, allerdings dürften auch im Preisbasisjahr 1995 noch Preisniveauunterschiede bestehen.²¹⁾ Es ist daher nicht auszuschließen, daß in naher Zukunft noch Unterschiede in den Preisentwicklungen auftreten könnten.²²⁾ Das Statistische Bundesamt hat deshalb große Anstrengungen unternommen, zusätzlich zu den gesamtdeutschen Verbraucherpreisindizes auf Basis 1995 noch einmal getrennte Verbraucherpreisindizes für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder zu berechnen.

Zu diesem Zweck wurden die EVS 1993 und die LWR für die Jahre 1992 bis 1996 auch getrennt für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost aufbereitet. Damit war es möglich, regional differenzierte Feinstrukturen abzuleiten. Für die weitergehenden Berechnungen, wie sie in den Kapiteln 3 bis 5 beschrieben wurden, war eine solche getrennte Auswertung für West und Ost nicht möglich. Daher kann diese Unterteilung der Ergebnisse nur verminderten Qualitätsansprüchen genügen.

Noch mehr Unschärfen müssen bei der Berechnung der Gewichte für die Preisindizes für spezielle Haushaltstypen in Kauf genommen werden. Für die Ableitung der benötigten Wägungsschemata liegen nur die Ergebnisse der LWR vor. Unter Qualitätsaspekten ist es daher sehr zu begrüßen, daß die Nachweisung von getrennten Ergebnissen für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost ebenso wie die Nachweisung von Ergebnissen für spezielle Haushaltstypen ab dem Preisbasisjahr 2000 entfallen wird.

8 Der Einfluß veränderter Verbrauchsgewohnheiten auf die berechneten Ergebnisse

Oft überrascht es die Nutzer der Verbraucherpreisstatistik, daß sich die Indexergebnisse aufgrund der veränderten Wägungsschemata kaum oder nur in sehr geringem Ausmaß verändern. Auch in der öffentlichen Diskussion nimmt

²¹⁾ Siehe Strohl, G. „Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten“ in *WiSta* 6/1994, S. 415 ff. Wenn man die dort ermittelten Ergebnisse mit den Preisentwicklungen des früheren Bundesgebietes bzw. der neuen Länder fortschreibt, bleibt auch über das Jahr 1995 hinaus ein Preisniveauunterschied bestehen.

²²⁾ Die angekündigten Preiserhöhungen bei der Bahn sollen z. B. die verbliebenen Tarifunterschiede ausgleichen. Damit wurde sich vorläufig wieder – zumindest für Teile des Preisindex – eine unterschiedliche Preisentwicklung ergeben.

das „Veralten“ der Verbrauchsstrukturen breiten Raum ein. So wird argumentiert, daß wirtschaftlich handelnde Verbraucher Güter mit überdurchschnittlichen Preissteigerungen vermehrt durch relativ günstigere Güter ersetzen (substituieren). Der international gebräuchlichsten Indexformel (nach Laspeyres) wird vorgeworfen, diesen Substitutionseffekt durch das Beharren auf „veralteten“ Verbrauchsstrukturen aus der Messung der Teuerung auszuschließen und deshalb die „wahre“ Teuerung zu überzeichnen. Man spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten Substitutionsfehler oder vom Laspeyres-Fehler. Daraus wird dann die Forderung abgeleitet, in sehr kurzen Abständen (z. B. jährlich) neue Gewichte zu ermitteln und in die Indexberechnung einzubauen, also einen Kettenindex zu berechnen.²³⁾

Empirische Analysen lassen allerdings immer wieder erkennen, daß der Substitutionsfehler von eher untergeordneter Bedeutung ist. Auch die in Deutschland anlässlich von Indexrevisionen üblichen Rückrechnungen der Ergebnisse zeigen einen geringen Einfluß veränderter Verbrauchsgewohnheiten auf das Ergebnis.²⁴⁾ Eine Studie des Statistischen Bundesamtes über die möglichen Auswirkungen einer Umstellung des deutschen Verbraucherpreisindex auf einen Index mit jährlicher Neugewichtung (man spricht dann von einem Kettenindex) für die Jahre 1985 bis 1995 hat gar ergeben, daß der Einfluß auf das Ergebnis (summiert über 10 Jahre!) unterhalb der Nachweisungsgrenze (0,1 Prozentpunkt) liegt.²⁵⁾

Für diese überraschende Unempfindlichkeit der Verbraucherpreisindizes gegenüber Veränderungen im Verbraucherverhalten lassen sich eine Reihe von Erklärungen finden. So dürfte der Substitutionseffekt häufig durch andere Effekte überlagert sein, wie zum Beispiel durch Einkommenseffekte, Änderungen im Konsumentengeschmack oder das Auftreten neuer Güter. Diese Effekte könnten den Substitutionseffekt teilweise kompensieren oder gegebenenfalls sogar überkompensieren.²⁶⁾

Eine andere Erklärung dürfte darin zu sehen sein, daß eher zwischen sehr ähnlichen Produkten gewechselt wird als zwischen Gütern, die unterschiedliche Bedürfnisse befriedigen. Für ähnliche Produkte werden aber in der Regel auch ähnliche Preisentwicklungen ermittelt. Ist das in Einzelfällen nicht der Fall, kann das sehr schnell zum Verschwinden eines Produktes vom Markt führen, ein Vorgang, der – wie erwähnt – die Verbraucherpreisstatistik zu einer umgehenden Reaktion zwingt.

Ein weiterer Grund für die Unempfindlichkeit des Verbraucherpreisindex gegenüber Veränderungen in den Aus-

gabenstrukturen dürfte darin zu sehen sein, daß nur die Mengenkompente des Verbraucherverhaltens die berechneten Preisveränderungsraten beeinflusst. Dies soll im folgenden gezeigt werden.

Für die Berechnung der Verbraucherpreisindizes für die Periode t auf der Basis 0 (I_t^0) verwendet das Statistische Bundesamt folgende Laspeyres-Formel:

$$I_t^0 = \sum \frac{p_0 \cdot q_0}{\sum p_0 \cdot q_0} \cdot \frac{p_t}{p_0}$$

wobei mit p_0 und q_0 die Preise bzw. die Mengen im Preisbasisjahr 0 und mit p_t die Preise im Berichtsmonat t bezeichnet sind

Der erste Bruch $\frac{p_0 \cdot q_0}{\sum p_0 \cdot q_0}$ ist das Gewicht der Erhebungsposition, nämlich die Relation der Ausgaben für diese Erhebungsposition zu den gesamten Verbrauchsausgaben im Preisbasisjahr. Die Gesamtheit dieser Gewichte wird als Wägungsschema bezeichnet. Der zweite

Bruch $\frac{p_t}{p_0}$ enthält die jeweilige Preismeßzahl, nämlich

die Relation zwischen dem Preis der Erhebungsposition im Berichtsmonat und dem Preis im Preisbasisjahr.

Diese in der Praxis meist verwendete Form der Laspeyres-Formel läßt sich sehr leicht in die oft zitierte, einfache Form

$$I_t^0 = \frac{\sum p_t \cdot q_0}{\sum p_0 \cdot q_0} \text{ überführen.}$$

Eine prozentuale Preisänderung V_{t1}^{t2} für den Zeitraum von t_1 bis t_2 kann nach der folgenden Formel errechnet werden:

$$V_{t1}^{t2} = \frac{I_{t2}^0}{I_{t1}^0} \cdot 100 - 100 = \frac{\sum p_{t2} \cdot q_0}{\sum p_{t1} \cdot q_0} \cdot 100 - 100 = \frac{\sum p_{t2} \cdot q_0}{\sum p_{t1} \cdot q_0} \cdot 100 - 100$$

Wie man der letzten Umformung entnehmen kann, ist die Berechnung von Preisveränderungsraten unabhängig von den Preisen im Preisbasisjahr (p_0). Ändert sich ein Wägungsschema nur dadurch, daß für die unverändert gekauften Mengen veränderte Preise zu zahlen sind, so hat das keinen Einfluß auf die Preisveränderungsraten eines Laspeyres-Preisindex.

Am Beispiel der aktuellen Umstellung auf das Wägungsbasisjahr 1995 soll im folgenden versucht werden, die Veränderungen der Ausgabenstrukturen daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie auf „echte“, mengenmäßige Änderungen des Verbraucherverhaltens zurückzuführen sind oder inwieweit sie allein aus Preisveränderungen resultieren. In Tabelle 1 sind deshalb in Spalte 1 zunächst die Ausgabengewichte des Basisjahres 1991 nachgewiesen. Dies

²³⁾ Oft wird im Zusammenhang mit der Einführung jährlich wechselnder Gewichte dann zusätzlich noch darauf verzichtet, die Ergebnisse des Vorjahres auf Grundlage eines identischen Warenkorbes und identischer Gewichte zu berechnen. Damit enthält bereits der Vorjahresvergleich eine Vermischung von Preis- und Mengeneffekten, ein reiner Preisvergleich ist dann überhaupt nicht mehr möglich.

²⁴⁾ Siehe Elbel, G., a. a. O., S. 801 ff.

²⁵⁾ Siehe Schmidt, B., „Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Gestalt eines Kettenindex“, Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“, Band 10, 1997.

²⁶⁾ Bei der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das Basisjahr 1980 wurden die vorher ermittelten Preisveränderungsraten nach oben korrigiert. Siehe dazu Rasch, H. G., „Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1980“ in WiSta 7/1984, S. 640 ff.

sind die bereits bekannten gesamtdeutschen Strukturen, aber in einer neuen Untergliederung nach der Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP), der die Ergebnisdarstellung in Zukunft folgen wird. Spalte 2 enthält ebenfalls die Verbrauchsstrukturen des Jahres 1991, aber bewertet mit Preisen des Jahres 1995. So hätte also die Ausgabenstruktur des Jahres 1995 ausgesehen, wenn die privaten Haushalte im Jahr 1995 genau die gleichen Mengen jener Waren und Dienstleistungen gekauft hätten wie im Jahr 1991, allerdings zu den 1995 geltenden Preisen. In Spalte 3 werden die neu ermittelten „echten“ Gewichte des Jahres 1995 nachgewiesen.

Tabelle 1. Wägungsschemata für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland

Promille

COICOP-VP(1)	Gewichte 1991	Gewichte 1991, bewertet zu Preisen des Jahres 1995	Gewichte 1995	Veränderung der Gewichte 1991 bis 1995		
				in Punkten	davon	
					preisbedingt	real
1	2	3	4 (= Sp 3 - Sp 1)	5 (= Sp 2 - Sp 1)	6 (= Sp 3 - Sp 2)	
01 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	144,81	133,20	131,26	- 13,55	- 11,61	- 1,94
02 Alkoholisches Getränke und Tabakwaren	45,19	43,92	41,67	- 3,52	- 1,27	- 2,25
03 Bekleidung und Schuhe	76,89	72,39	68,76	- 8,13	- 4,50	- 3,63
04 Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	240,46	264,48	274,77	+ 34,31	+ 24,02	+ 10,29
05 Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	72,87	68,54	70,56	- 2,31	- 4,33	+ 2,02
06 Gesundheitspflege	30,56	29,67	34,39	+ 3,83	- 0,89	+ 4,72
07 Verkehr	156,77	158,04	138,82	- 17,95	+ 1,27	- 19,22
08 Nachrichtenübermittlung	17,92	16,31	22,66	+ 4,74	- 1,61	+ 6,35
09 Freizeit und Kultur	99,59	94,45	103,57	+ 3,98	- 5,14	+ 9,12
10 Bildungswesen	5,42	6,50	6,51	+ 1,09	+ 1,08	+ 0,00
11 Hotels, Cafés und Restaurants	58,44	58,83	46,08	- 12,36	+ 0,39	- 12,75
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	51,08	53,67	60,95	+ 9,87	+ 2,59	+ 7,28

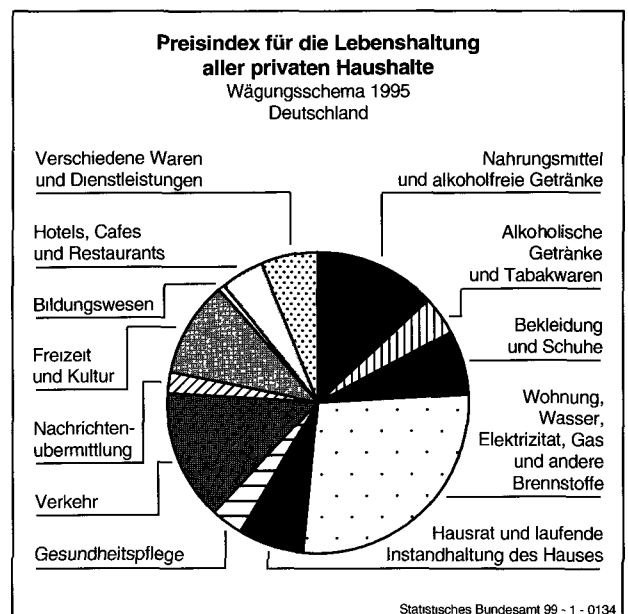
1) Classification of Individual Consumption by Purpose in einer für Zwecke der Verbraucherpreisstatistik leicht abgewandelten Form

Wie man sieht, ist die Verbrauchsbedeutung von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zwischen 1991 und 1995 um insgesamt knapp 14 Promille-Punkte zurückgegangen. Dies ist allerdings nur zum kleinen Teil auf echte Verhaltensänderungen der Haushalte zurückzuführen. Allein die im Vergleich zur allgemeinen Teuerung geringeren Preissteigerungsraten bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken lassen einen Rückgang des nominalen Ausgabenanteils von knapp 12 Promille erwarten. Dieser Teil der (nominalen) Strukturveränderung wird im Preisindex für die Lebenshaltung ohne Eingriffe von außen „automatisch“, das heißt auch ohne explizite Neugewichtung, richtig berücksichtigt. Nur die verbleibenden etwa 2 Promille sind „echte“, das heißt mengenmäßige Verhaltensänderungen. Allerdings ist an dieser Stelle eine Warnung angebracht: Aus diesen Angaben kann nicht der Schluß gezogen werden, daß 1995 absolut geringere Men-

gen an Nahrungsmitteln und Getränken konsumiert wurden als 1991. Man muß nämlich zusätzlich berücksichtigen, daß sich die Gesamtausgaben der privaten Haushalte von 1991 bis 1995 real erhöht haben, und zwar in einem deutlich stärkeren Maße. Zurückgegangen ist also nur der Anteil der Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke an den gesamten Verbrauchsausgaben, aber nicht die konsumierte Menge.

Die übrigen Zeilen der Tabelle 1 lassen erkennen, daß sich die größten Strukturverschiebungen bei den Ausgaben für Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe ergeben haben. Aber auch dabei sind etwa zwei Drittel ausschließlich auf Preisveränderungen zurückzuführen. Ein Beispiel dafür, daß diese nominalen Strukturverschiebungen die realen Entwicklungen manchmal auch zu gering erscheinen lassen, sind die Ausgaben für Freizeit und Kultur. Die Preisentwicklung bei dieser Position ist hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben, trotzdem haben die Ausgaben dafür deutlich zugenommen, das heißt daß die konsumierten Mengen in dieser Ausgabenkategorie deutlich zugenommen haben.

Die Spalten 4 bis 6 sollen helfen, zwischen „echten“ Verhaltensänderungen und ausschließlich preisbedingten Verschiebungen in den nominalen Ausgabestrukturen zu unterscheiden. Dafür können auf dieser Disaggregations-ebene nur grobe Anhaltspunkte gegeben werden. Viele der nachgewiesenen Ausgabegruppen sind sehr inhomogen, die gezeigten Ergebnisse resultieren aus einer Vielzahl unterschiedlicher, zum Teil auch gegenläufiger Tendenzen. Es sollte aber deutlich werden, daß von Verschiebungen in den nominalen Verbrauchsstrukturen nicht automatisch auch auf große Verschiebungen in den Ergebnissen der Indexberechnung geschlossen werden kann. Im Schaubild werden die neuen Verbrauchsstrukturen des Preisbasisjahres 1995 als Kreisdiagramm nachgewiesen. Ausführlichere Wägungsschemata für Deutschland finden sich im Anhangteil dieses Heftes auf S. 198* ff.



9 Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland

Seit einigen Jahren werden zusätzlich Harmonisierte Verbraucherpreisindizes für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union berechnet.²⁷⁾ Sie wurden entwickelt, um über die Teilnehmerstaaten der Währungsunion entscheiden zu können und um der Europäischen Zentralbank die erforderlichen statistischen Kennzahlen zur Sicherung der Stabilität des Euro bereitzustellen. Seit 1997 berechnen die Mitgliedstaaten der EU und einige Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes zusätzlich zu ihren nationalen Verbraucherpreisindizes die sogenannten Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI). Für alle Mitgliedstaaten ist verbindlich festgelegt, welche Güterkategorien in die Berechnungen einzubeziehen sind. Auch die Berechnungsmethoden sind insoweit harmonisiert, daß aus den verbleibenden Unterschieden keine Abweichungen der Ergebnisse in einer Größenordnung von 0,1 Prozentpunkten oder mehr – gemessen an der Jahresrate des Gesamtindex – resultieren. Aus den nationalen HVPI berechnet das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) Harmonisierte Verbraucherpreisindizes für die Mitgliedstaaten der EU, die Teilnehmerstaaten der Währungsunion und für den Europäischen Wirtschaftsraum.²⁸⁾

Da die einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschiedliche Praktiken bei der Berechnung ihrer nationalen Verbraucherpreisindizes anwenden und auch unterschiedliche Wägungsbasisjahre zugrunde legen, werden die HVPI als Kettenindizes dargestellt. Dies gilt auch für den deutschen HVPI. Eine solche formale Änderung der Darstellungsweise macht aus einem Preisindex mit festem Preisbasisjahr allerdings keinen echten Kettenindex mit einer jährlichen Neuberechnung der (Mengen-) Gewichte. Dem deutschen HVPI werden (bis zur nächsten nationalen Revision der Verbraucherpreisstatistik) die Verbrauchsgewohnheiten des Wägungsbasisjahres 1995 zugrunde gelegt. Ändert Eurostat die Indexbasis, zum Beispiel von 1997 auf 1998, so bedeutet das für den deutschen HVPI nur, daß die Verbrauchsausgaben des Wägungsbasisjahres 1995 statt bisher in Preisen von 1997 nunmehr in Preisen des Jahres 1998 bewertet werden. Ein solches „Aktualisieren“ des Wägungsschemas hat, wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, keinen Einfluß auf die Ergebnisse.

Das Wägungsschema für den deutschen HVPI wird vollständig aus der nationalen Berechnung der Gewichte abgeleitet. Da der Erfassungsbereich des nationalen Verbraucherpreisindex über den Erfassungsbereich des HVPI hinausgeht,²⁹⁾ können die entsprechenden, in den HVPI

Tabelle 2: Wägungsschema für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex für Deutschland

Promille	
COICOP-HVPI ¹⁾	1995 = 100 ²⁾
01 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	152,44
02 Alkoholische Getränke und Tabakwaren	48,38
03 Bekleidung und Schuhe	79,93
04 Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	209,19
05 Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	81,80
06 Gesundheitspflege	14,62
07 Verkehr	153,45
08 Nachrichtenübermittlung	26,33
09 Freizeit und Kultur	119,98
10 Bildungswesen	2,23
11 Hotels, Cafés und Restaurants	53,48
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	58,17

¹⁾ Classification of Individual Consumption by Purpose in einer für Zwecke des Harmonisierten Verbraucherpreisindex leicht abgewandelten Form. Auf dieser Ebene entspricht die COICOP-HVPI der COICOP-VPI. In stärkerer Disaggregation ist zu beachten, daß die derzeitige Version der COICOP-HVPI (voraussichtlich bis Ende 1999) auf einer älteren Version der COICOP basiert. – ²⁾ Die Gewichte werden in Preisen des Jahres 1995 nachgewiesen, um die Vergleichbarkeit zum Wägungsschema des Preisindex für die Lebenshaltung in Tabelle 1 zu erleichtern.

nicht einzubeziehenden Ausgabepositionen bei der Berechnung der HVPI-Gewichte herausgerechnet werden. Danach müssen die Ausgaben des Jahres 1995 nur noch auf Durchschnittspreise des aktuellen Indexbasisjahres der HVPI hochgerechnet werden und die entsprechenden Ausgabestrukturen können Eurostat bereitgestellt werden. Das aktuelle Wägungsschema für den deutschen HVPI ist in Tabelle 2 dargestellt.

Dipl.-Kaufmann Günther Eibel

²⁷⁾ Siehe Eibel, G. „Zur Einführung Harmonisierter Verbraucherpreisindizes in Europa“ in WiSta 3/1997, S. 187 ff.

²⁸⁾ Siehe z. B. „Statistik kurzgefaßt“, Thema 2 „Wirtschaft und Finanzen“, Heft 35/1998, „Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Oktober 1998“ des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften.

²⁹⁾ Insbesondere die Aufwendungen für das Wohnen im eigenen Heim, aber auch einige Ausgaben für die Gesundheitspflege u. a. werden im derzeitigen HVPI noch nicht einbezogen. Über Veränderungen im Erfassungsbereich des HVPI wird das Statistische Bundesamt jeweils aktuell in dieser Zeitschrift berichtet. Die Planungen bezüglich des Erfassungsbereichs des HVPI können der Verordnung (EG) Nr. 1687/98 des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission hinsichtlich der Erfassung von Waren und Dienstleistungen im harmonisierten Verbraucherpreisindex, Amtsbl. der EG Nr. L 214/12 vom 31. Juli 1998, entnommen werden.

Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999

Vorbemerkung

Landwirtschaftszählungen sind seit jeher die wichtigsten und inhaltlich umfassendsten Informationsquellen zur Beobachtung und Beurteilung der mittel- und längerfristigen Veränderungen der Produktionskapazitäten und -strukturen sowie der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Merkmale und Umfang des Erhebungsprogramms spiegeln den aus zeitnahen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und organisatorischen Anforderungen resultierenden Bedarf an betriebsspezifischen Informationen wider.

Die Landwirtschaftszählungen komplettieren die seit Mitte der 70er Jahre – bislang unter der Bezeichnung „Agrarberichterstattung“ – stattfindenden zweijährlichen Agrarstrukturserhebungen. Die Agrarstrukturserhebungen sind im jeweiligen Zählungsjahr Grundlage bzw. integraler Bestandteil der Landwirtschaftszählungen und liefern zwischen den Landwirtschaftszählungen aktuelle Informationen über die Änderungen der Agrarstruktur, allerdings mit einem nicht so umfassenden Merkmalsprogramm.

Die zweijährlichen Agrarstrukturserhebungen und die in 8- bis 12jährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen werden unter dem Oberbegriff „Strukturserhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ zusammengefaßt. Das novellierte Agrarstatistikgesetz¹⁾ berücksichtigt die geänderte Terminologie.

Die Landwirtschaftszählung gliedert sich in die Haupterhebung, in die sämtliche land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (einschl. Gartenbau- und Weinbaubetrieben) einbezogen werden, und in die Bereichserhebungen (Spezialerhebungen)

- Gartenbauerhebung,
- Weinbauerhebung,
- Binnenfischereierhebung.

Dazu ist anzumerken, daß alle in der Gartenbauerhebung und in der Weinbauerhebung zu erfassenden Betriebe auch in die Landwirtschaftszählung (Haupterhebung) einbezogen werden. Gesonderte Erhebungen für diese Betriebskreise sind aber zur Darstellung garten- bzw. weinbauspezifischer Verhältnisse erforderlich. Für 1999 sind zunächst nur die Haupterhebung und die Weinbauerhebung angeordnet worden, wobei für letztere überwiegend

¹⁾ Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz-AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635)

Daten aus der Weinbaukartei übernommen werden. Für die Gartenbauerhebung, die zuletzt 1993/94 stattfand, besteht gegenwärtig noch keine Rechtsgrundlage, da noch zu prüfen ist, ob und in welchem Umfang die Gartenbauerhebung in eine der Agrarstrukturserhebungen (2001/2003) integriert werden kann. Ein Rückgriff auf Verwaltungsdaten wie bei der Weinbauerhebung ist allerdings nicht möglich. Rechtsgrundlage und Merkmalsprogramm für die nächste Binnenfischereierhebung können erst festgelegt werden, wenn die Anforderungen der Europäischen Union (EU) präzisiert sind.

Die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung²⁾ wird im oben erwähnten Betriebskreis Anfang Mai 1999 durchgeführt, acht Jahre nach der ersten umfassenden Erhebung im vereinigten Deutschland. Angesichts des sich verstärkenden Strukturwandels im früheren Bundesgebiet und der Anpassung an neue Gegebenheiten in den neuen Ländern ist diese Erhebung von besonderer Bedeutung, erwarten doch Politik, Forschung und Verwaltung mit den fachlich umfassenden und regional tief gegliederten Ergebnissen eine sichere Datenquelle für die Untersuchung der Ursachen dieser Strukturveränderungen.

Die Landwirtschaftszählung 1999 deckt zugleich die gemäß der EG-Verordnung³⁾ über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe für 1999/2000 vorgesehene allgemeine Zählung (Grunderhebung) ab. Bei der Festsetzung der Modalitäten für die Gemeinschaftserhebung 1999/2000 sind die Empfehlungen der FAO⁴⁾ betreffend die Weltlandwirtschaftszählungen mit berücksichtigt worden. Weltweit werden in etwa zehnjährigen Abständen Landwirtschaftszählungen durchgeführt.

1 Programm der Landwirtschaftszählung 1999

1.1 Erhebungskonzept

Die Landwirtschaftszählung 1999 besteht aus dem Grund- und Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturserhebung und wird um spezifische Merkmale der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung selbst ergänzt (siehe Übersicht 1).

Einen Erhebungsbogen mit allen zu erhebenden Merkmalen erhalten dabei nur etwa 100 000 repräsentativ ausgewählte Betriebe, das heißt jeder fünfte Betrieb.

Bei den anderen rund 400 000 Betrieben fallen demgegenüber eine Reihe von Merkmalen des Ergänzungsprogramms der Agrarstrukturserhebung weg (siehe auch die Abschnitte 1.2.1 und 1.2.2). Für diese Betriebe gilt dann auch ein in bezug auf das Erhebungsprogramm verkürzter Fragebogen. Und für beide Erhebungen gilt, daß bei weitem nicht alle Merkmale auch für jeden Betrieb zutreffen.

²⁾ Zur sprachlichen Vereinfachung wird im weiteren Text hierfür „Landwirtschaftszählung 1999“ verwendet

³⁾ Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (Amtsbl. EG Nr. L 56, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2467/96 des Rates vom 17. Dezember 1996 (Amtsbl. EG Nr. L 335, S. 3)

⁴⁾ Food and Agriculture Organization of the United Nations – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Übersicht 1. Einzelerhebungen und Programme der Landwirtschaftszählung 1999

Landwirtschaftszählung			
Haupterhebung	Weinbauerhebung	Gartenbauerhebung	Binnenfischereierhebung
<p>Ma: 1999</p>	<p>1999 Dazu werden Angaben aus der Haupterhebung und insbesondere Verwaltungsdaten aus der Weinbaukartei ausgewertet</p>	<p>Für die Durchführung dieser spezifischen Bereichserhebungen muß die rechtliche Grundlage noch geschaffen werden. Gartenbaubetriebe sind zu den Merkmalen der Haupterhebung 1999 auskunftspflichtig</p>	

Haupterhebung				
Agrarstrukturhebung			Spezifische Merkmale der Landwirtschaftszählung Haupterhebung	
Grundprogramm	Ergänzungsprogramm			
allgemein (total)	allgemein (total)	repräsentativ	allgemein (total)	repräsentativ
<ul style="list-style-type: none"> - Bodennutzungshaupterhebung u a <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtfäche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten • Hauptnutzungsarten nach Nutzungszweck - Viehzählung Bestände an <ul style="list-style-type: none"> • Rindern • Schweinen • Schafen • Pferden • Geflügel 	<ul style="list-style-type: none"> - Art der Gewinnermittlung/ Umsatzbesteuerung - Sozialökonomische Verhältnisse der Betriebe - Arbeitskräfte nach Personengruppen - Eigentums- und Pachtverhältnisse¹⁾ <p>¹⁾ Nur im Jahr der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung allgemein</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen - Wirtschaftsdinger tierscher Herkunft - Arbeitskräfte nach dem Einzelpersonenkonzept 	<ul style="list-style-type: none"> - Vermietung von Unterküften an Ferien- oder Kurgäste - Hofnachfolge für Betriebsinhaber, die 45 Jahre und älter sind 	<ul style="list-style-type: none"> - Berufsbildung des Betriebsinhabers, seines Ehegatten und des Betriebsleiters - Soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen

Die Auswahl der Stichprobenbetriebe, für die grundsätzlich das Erhebungsprogramm des totalen und repräsentativen Teils der Landwirtschaftszählung zu erfragen ist, erfolgte aus der letzten allgemeinen (totalen) Agrarstrukturhebung 1995. Mit der vorsorglichen Einrichtung von zwei Zugangsschichten im Schichtungskonzept wurde eine Zuordnungsmöglichkeit für neu entstandene Betriebe geschaffen. Während einer Schicht alle Neuzugänge zugewiesen werden, die erst nach der Auswahl bzw. im Rahmen der Erhebung ermittelt werden (diese werden dann in das Totalergebnis mit einbezogen), enthält die andere Schicht alle bereits vor der Auswahl der Stichprobenbetriebe bekanntgewordenen Neuzugänge, die wegen fehlender Angaben keiner der Schichtgruppen zugeordnet werden konnten.

1.2 Erhebungsprogramm

Das Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung 1999 besteht aus einem repräsentativen und einem allgemeinen (totalen) Erhebungsteil. Den allgemeinen Erhebungsteil haben alle Betriebe zu beantworten, den umfangreicheren repräsentativen Erhebungsteil nur rund 20% aller Betriebe.

1.2.1 Allgemeines (totales) Erhebungsprogramm in den landwirtschaftlichen Betrieben

Die Bodennutzung wird anhand eines Frageprogramms zur Nutzung der Gesamtfächen nach Hauptnutzungs- und Kulturarten, zum Anbau auf dem Ackerland, zur Flächenstilllegung und zum Zwischenfruchtanbau untersucht. Es umfaßt alle für die Beurteilung der Bodenbewirtschaftung wichtigen Flächenkategorien. Neu aufgenommen wurde die „Art der Bewirtschaftung“ Sie dient der Unterscheidung der landwirtschaftlichen Betriebe in „konventionelle“ Betriebe und Betriebe des ökologischen Landbaus. Mit Hilfe dieser Zusatzfrage können wirtschaftlich wichtige

Merkmale getrennt für beide Betriebsgruppen ausgewertet werden.

Die Angaben zu den Viehbeständen der Betriebe entsprechen denen der allgemeinen (totalen) Viehzählung. Viehbestände in Kombination mit der Bodennutzung werden für die Betriebsklassifizierung und Berechnung des Standardbetriebseinkommens⁵⁾ verwendet. Zum Sachkomplex Rechtsstellung des Betriebsinhabers werden Angaben nach Einzelpersonen, Personengemeinschaften oder juristischen Personen erhoben, die eine Gliederung der Betriebe nach der Rechtsform (siehe Übersicht 2) ermöglichen.

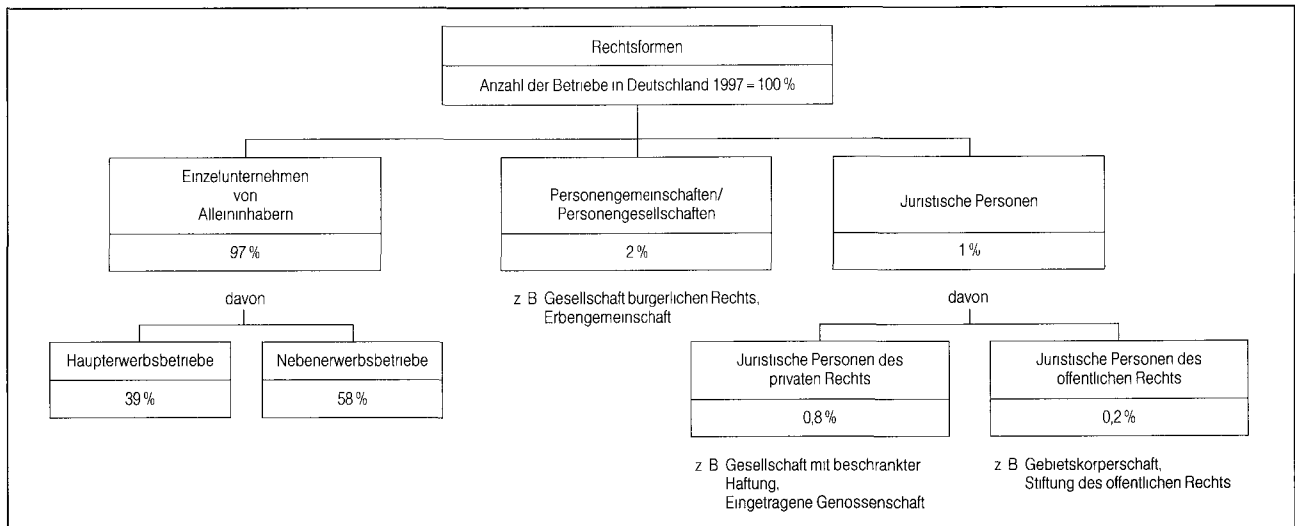
Gegenüber der letzten Landwirtschaftszählung 1991 hat sich der Nachweis für Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind, geändert: Betriebe, die in der Rechtsform eines Einzelunternehmens (Alleininhaber) geführt werden, und solche von Personengemeinschaften/Personengesellschaften (im weiteren Personengemeinschaften) werden nunmehr getrennt dargestellt.

Die Arbeitskräfte der Nichtstichprobenbetriebe werden bei der Landwirtschaftszählung 1999 erstmals nicht mehr nach dem Einzelpersonenkonzept (Nachweis jeder im Betrieb ständig beschäftigten Arbeitskraft) erfaßt. Statt dessen wird die Anzahl der Arbeitskräfte nach zwei Personengruppen, a) Familienarbeitskräfte und b) Ständig und nicht ständig Beschäftigte einschließlich Saisonarbeitskräften (ohne Familienarbeitskräfte), nachgewiesen. Beide Personengruppen sind dann in Abhängigkeit von den geleisteten Arbeitsstunden bzw. Arbeitstagen im Jahr in vier Arbeitszeitgruppen einzuordnen.

Nur diese vorgenannten Erhebungsmerkmale werden bei der Landwirtschaftszählung 1999 auch in forstwirtschaftlichen Betrieben erhoben.

⁵⁾ Aus den vorhandenen pflanzlichen und tierschen Produktionsgrundlagen abgeleitete wirtschaftliche Betriebsgröße.

Übersicht 2: Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Rechtsform



Mit dem Sachkomplex sozialökonomische Verhältnisse der Betriebe werden Merkmale erfaßt, die in Kombination mit den Angaben über die Arbeitskräfte der Betriebe Aussagen über deren Haupt- oder Nebenerwerbscharakter (bei Einzelunternehmen) zulassen. Diese sozialökonomische Betriebstypisierung hat sich gegenüber der Landwirtschaftszählung 1991 verändert. Die amtliche Statistik nahm 1991 eine Unterscheidung der Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen waren, in Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetriebe allein nach der Höhe des betrieblichen Einkommens vor. Nunmehr kommen der tatsächliche Arbeitseinsatz und das Verhältnis zwischen dem betrieblichen Einkommen und dem Gesamteinkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten zur Anwendung. Als Haupterwerbsbetrieb wird jetzt der Betrieb definiert, der – unabhängig vom Einkommen des Betriebsinhaberehepaares – über 1,5 Arbeitskräfteeinheiten (Vollarbeitskräfte) und mehr verfügt. Zu den Haupterwerbsbetrieben werden aber auch die Betriebe gezählt, die mit weniger als 1,5 Arbeitskräfteeinheiten bewirtschaftet werden (0,75 bis unter 1,5 Arbeitskräfteeinheiten), und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten am Gesamteinkommen beider mindestens 50 % beträgt.

Das Frageprogramm über die Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) spiegelt wider, inwieweit die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes als eigene oder gepachtete oder als unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF bewirtschaftet wird und welcher Pachtpreis für die zugepachtete LF an die Verpächter zu entrichten ist. Außerdem sind die verpachteten und unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebenen landwirtschaftlich genutzten Flächen nachzuweisen.

Der Komplex Buchführung wurde mit dem novellierten Agrarstatistikgesetz neu gestaltet und auf die Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke abgestellt.

Die speziellen Fragen der Landwirtschaftszählung 1999 über die Weiterbewirtschaftung des Betriebes (Hofnachfolge) und die Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder

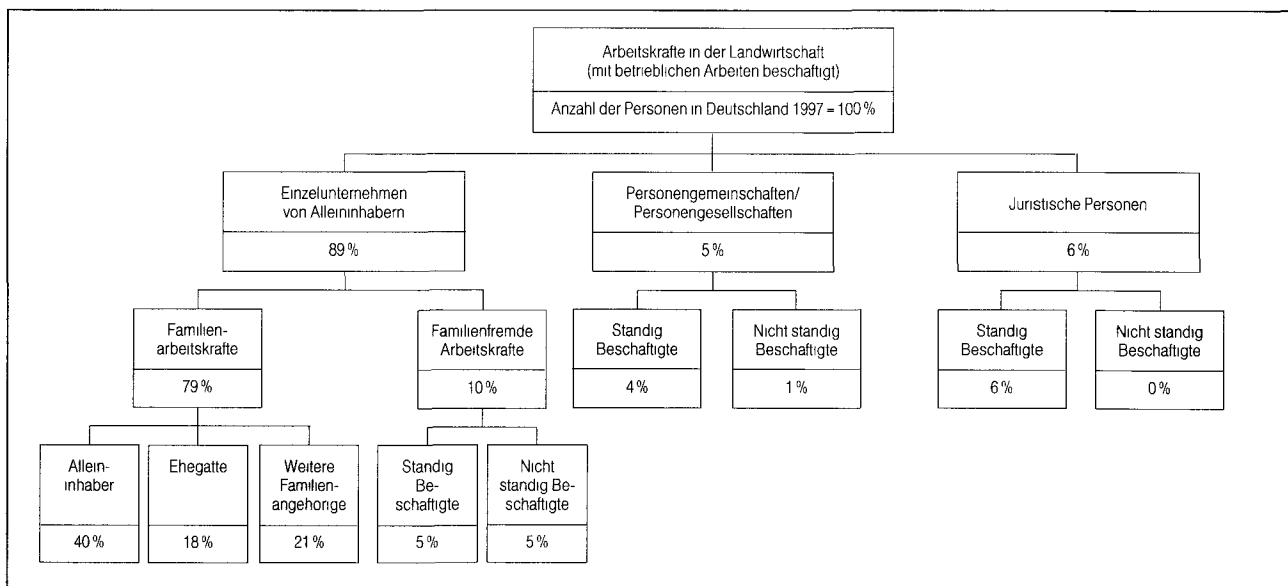
Kurgäste („Ferien auf dem Bauernhof“) wurden auch bei der Landwirtschaftszählung 1991 gestellt (siehe Übersicht 4 auf S. 183). Bei der Vermietung ist die Zahl der Betten nach der Art der Unterkunft (Zimmer, Ferienwohnung, Ferienhaus) anzugeben. Die Hofnachfolge wird bei Inhabern von Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen erfragt, die 45 Jahre und älter sind.

1.2.2 Repräsentatives Erhebungsprogramm in den landwirtschaftlichen Betrieben

Über die Sachverhalte der allgemeinen (totalen) Erhebung hinaus werden in den Stichprobenbetrieben weitere Erhebungsmerkmale erfragt. Ausgenommen ist dabei die Erfassung der Arbeitskräfte nach Personengruppen, an deren Stelle bei den Stichprobenbetrieben die auf Einzelpersonen bezogenen Angaben zu den Arbeitskräften erhoben werden, die bei der Landwirtschaftszählung 1999 im Unterschied zu 1991 nur noch repräsentativ nachzuweisen sind

Im Frageprogramm über Arbeitskräfte werden die für die Beurteilung der Arbeitsverhältnisse wichtigen Angaben über den Umfang der Beschäftigung in den Arbeitsbereichen Betrieb (für alle Arbeitskräfte), Haushalt des Betriebsinhabers (für ihn selbst und für den Ehegatten) und über eine anderweitige Erwerbstätigkeit (nur für auf dem Betrieb lebende und mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte) erhoben. Im Gegensatz zur Landwirtschaftszählung 1991 (und zu den bis einschließlich 1997 durchgeführten Agrarstrukturerhebungen) werden ab 1999 in den Betrieben in der Rechtsform des Einzelunternehmens nur noch die Personen nachgewiesen, die im Betrieb beschäftigt sind. Das bis dahin mit der amtlichen Agrarstatistik nachgezeichnete Bild über die gesamte Familie des Alleininhabers (auf dem Betrieb lebende Familienangehörige) wurde aufgegeben. Im Vordergrund der Betrachtungen stehen jetzt die mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigten (siehe Übersicht 3); Familienangehörige, die nur auf dem Betrieb wohnen, ohne dort zu arbeiten, werden nicht mehr erfaßt. Damit ist der Nachweis der Arbeitskräfte in den Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen dem

Übersicht 3 Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft



der Rechtsformen Personengemeinschaften und juristische Personen weitestgehend angeglichen worden. Für den Nachweis der nicht ständig im Betrieb Beschäftigten (Arbeitskräfte mit einem befristeten, auf weniger als drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis bzw. ohne Arbeitsvertrag) wird ab 1999 als Berichtszeitraum nicht mehr der Monat April – wie für die anderen Arbeitskräfte –, sondern die zwölf Monate vor dem Erhebungsmonat Mai vorgesehen. Das ist notwendig, da der bisherige, vier Wochen umfassende, Berichtszeitraum die Hochrechnung der jährlichen Arbeitsleistung dieser Saisonarbeitskräfte sowie deren Anzahl nur unzureichend zuließ. Die zunehmende Spezialisierung und das Größenwachstum der Betriebe bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der ständig Beschäftigten läßt erwarten, daß die Bedeutung der Saisonarbeitskräfte künftig weiter zunehmen wird. Die Fragen nach den außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen in Betrieben in der Rechtsform eines Einzelunternehmens erstrecken sich auf das Einkommen des Betriebsinhabers, seines Ehegatten und der im Betrieb tätigen Familienangehörigen nach der Art oder der Herkunft (Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit, Altersrente, Kapitaleinkommen u.a.). Im Sachkomplex soziale Sicherung für den vorgenannten Betriebskreis sind Fragen zur Mitgliedschaft/Beitragszahlung in der landwirtschaftlichen Alterskasse und zur gesetzlichen einschließlich der freiwilligen Rentenversicherung vorgesehen.

Das Frageprogramm zur Berufsbildung (landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Ausbildung mit Abschluß) erstreckt sich auf den Betriebsinhaber, seinen Ehegatten, und sofern eingesetzt, auch auf den Betriebsleiter in Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen sowie auf die Betriebsleiter in Betrieben der anderen Rechtsformen. Erhoben werden Angaben über die Art und den Abschluß der Berufsbildung.

Der Sachkomplex Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft ist unter Umweltgesichtspunkten von besonderem Interesse

Die in den vorgenannten Abschnitten 1.2.1 und 1.2.2 dargestellten Sachkomplexe und Frageprogramme zur Landwirtschaftszählung 1999 entstammen dem Grund- und Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturerhebung und den speziellen Merkmalen der Landwirtschaftszählung (Änderungen gegenüber dem Erhebungsprogramm der LZ 1991 werden in Übersicht 4 dargestellt). Bei der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes 1998 wurde – vor allem zur Entlastung der Auskunftspflichtigen – auf eine große Anzahl von Merkmalen aus den Strukturerhebungen (Agrarstrukturerhebung und Landwirtschaftszählung) verzichtet.

In der Agrarstrukturerhebung betrifft das bei Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen: a) beim Betriebsinhaber und seinem Ehegatten das Merkmal „außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen nach Einkommensklassen“, b) beim Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen den Tatbestand der „Nichtbeschäftigung“, c) bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, die Merkmale „Arbeitszeiten im Haushalt des Betriebsinhabers“, „Gewährung von Kost und Wohnung“, die „Art der Entlohnung“ sowie die „Berufsausbildung“.

Auf das Zusatzprogramm der Agrarstrukturerhebung wurde ganz verzichtet. Lediglich die vertraglichen Bindungen der Betriebe beim Absatz von Erzeugnissen wurden daraus in das Merkmalsprogramm der Landwirtschaftszählung übernommen. Dieses Merkmal wird 1999 aber nicht erfaßt.

Sehr stark entlastet werden die Forstbetriebe, für die das Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturerhebung – ausgenommen der Nachweis der Arbeitskräfte nach Personengruppen – gänzlich wegfällt.

Im speziellen Merkmalskatalog der Landwirtschaftszählung wurde auf den Nachweis der Merkmale „Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung“ (wurde nur bei der LZ 1991 erhoben) und bei der Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste auf die „Zahl der Übernachtungen“ verzichtet.

Übersicht 4: Änderungen im Erhebungsprogramm der Haupterhebung der Landwirtschaftszahlung 1999 gegenüber der Landwirtschaftszahlung 1991

Merkmal/Merkmalskomplex der Landwirtschaftszahlung 1999	Änderungen gegenüber der Landwirtschaftszahlung 1991	Merkmal/Merkmalskomplex der Landwirtschaftszahlung 1999	Änderungen gegenüber der Landwirtschaftszahlung 1991
Allgemeine (totale) Erhebung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		Repräsentative Erhebung in den Betrieben der Landwirtschaft	
a) in landwirtschaftlichen Betrieben			
1 Rechtsform	keine	1 Berufsbildung des Betriebsinhabers, seines Ehegatten und des Betriebsleiters	keine (1991 in den neuen Ländern allgemein)
2 Sozialökonomische Verhältnisse	Wegfall <ul style="list-style-type: none"> • der Art der Tätigkeit (Beruf) • des Wirtschaftszweiges • der Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes für den Betriebsinhaber und/oder Ehegatten (Arbeitsstunden) 	2 Landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften, Erzeugerorganisationen	Aussetzung der Merkmale im Mai 1999 (1991 kein Nachweis für die neuen Länder)
3 Buchführung	Umstellung des gesamten Abschnitts auf Art der Gewinnmittlung und Umsatzbesteuerung	3 Ausstattung des Betriebes mit landwirtschaftlichen Maschinen	Wegfall
4 Eigentums- und Pachtverhältnisse	keine (1991 kein Nachweis für die in den letzten zwei Jahren vereinbarten Pachtentgelte in den neuen Ländern)	4 Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind	<ul style="list-style-type: none"> • Einschränkung des Einzelpersonennachweises der Arbeitskräfte auf die im Betrieb beschäftigten Personen • Einschränkung des Nachweises der Beschäftigung für den Haushalt des Betriebsinhabers auf den Betriebsinhaber selbst und seinen Ehegatten • Wegfall des Nachweises über die Nichtbeschäftigung der Familienarbeitskräfte • Wegfall der Einkommensklassen • Veränderung des Zeitraumes für den Nachweis der nicht ständig im Betrieb Beschäftigten vom Monats- (April) auf den Jahreszeitraum Mai 1998 bis April 1999 • Veränderung des Zeitraumes für den Nachweis der Geburtstage für Personen im Einzelnachweis von Januar – März und April – Dezember auf Januar – April und Mai – Dezember • Erstmaliger Nachweis für die neuen Länder – Mitgliedschaft (Beitragszahler) in der landwirtschaftlichen Alterskasse – Bezug von Altersrente für Landwirte, Landabgaberechte, Produktionsaufgaberechte
5 Nutzung der Bodenflächen nach Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie nach Pflanzenarten und -gruppen	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassung von sonstigen Hauptnutzungs- und Kulturarten • Präzisierung der Nomenklatur der Fruchtarten • Neufassung der Flächenstilllegung • Aufnahme des Nachweises über den ökologischen Landbau 		
6 Viehbestände an Pferden, Rindern, Schafen, Schweinen, Hühnern und sonstigem Geflügel	Berichtszeitpunkt vom 3. Dezember des Vorjahres auf den 3. Mai des Berichtsjahres für das frühere Bundesgebiet verlegt		
7 Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind	<ul style="list-style-type: none"> • Wegfall des Einzelpersonennachweises für Familienarbeitskräfte und ständig Beschäftigte, die keine Familienangehörigen sind (Nachweis nur noch repräsentativ) • Nachweis der betrieblichen Beschäftigung für Personengruppen nach Arbeitszeitgruppen für den Jahreszeitraum Mai 1998 bis April 1999 • Wegfall des Nachweises über – Kost und Wohnung – Stellung im Beruf – Art der Entlohnung für ständig Beschäftigte, die keine Familienangehörigen sind 		
8 Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft	Nachweis nur noch repräsentativ	5 Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft	Aufnahme des Nachweises der Lagerkapazität für Festmist und Jauche
9 Hofnachfolge	keine (1991 kein Nachweis für die neuen Länder)		
10 Zimmervermietung	Wegfall des Nachweises über – Campingstellplätze – Zahl der Übernachtungen		
11 Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung	Wegfall		
b) in forstwirtschaftlichen Betrieben			
Für diesen Betriebskreis treffen nur die unter dem Bst a) in den Punkten 1, 5 und 6 dargelegten Merkmale zu Alle anderen Punkte entfallen im Nachweis für die forstwirtschaftlichen Betriebe			

Völlig entfallen sind sowohl in der Agrarstrukturhebung als auch in der Landwirtschaftszählung die Merkmale zur „Ausstattung des Betriebes mit landwirtschaftlichen Maschinen“. In der Begründung zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze“ heißt es hierzu, daß „aggregierte Angaben über den Schlepperbestand den Statistiken des Kraftfahrtbundesamtes entnommen werden können“⁶⁾, allerdings lassen sich diese Angaben nicht einzelbetrieblich zuordnen.

⁶⁾ Bundestags-Drucksache 13/9110 vom 19. November 1997, S. 16

1.2.3 Erhebungseinheiten

Das Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung 1999 basiert auf dem der Agrarstrukturhebung. Ab 1999 werden alle zum Grund- und Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebungen zählenden Erhebungen und Erhebungsmerkmale gemeinsam als „Integrierte Erhebung“ organisiert. Es lag daher sowohl im Interesse der Strukturstatistik als auch der Produktionsstatistik, die unteren Erfassungsgrenzen zumindest auf das Niveau der Strukturstatistik (also auf Betriebe) anzuheben und die bisher in den verschiedenen Fachstatistiken (Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung) voneinander abweichenden Abschneidegrenzen als unabdingbare Voraussetzung

zu harmonisieren. Gerade das Organisationsprinzip einer „Integrierten Erhebung“ setzt nicht nur eine Befragung zu einem Zeitpunkt, sondern auch einen einheitlichen Erhebungsbereich voraus (siehe auch Kapitel 2). Vor allem aufgrund der angehobenen Erfassungsgrenzen bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Waldfläche werden viele bislang für die Strukturstatistiken auskunftspflichtige kleinere Betriebe und Einheiten mit geringen Tierbeständen und/oder landwirtschaftlich genutzten Flächen vollständig von der Auskunftspflicht befreit. Die nunmehr geltenden unteren Erfassungsgrenzen bei den Viehbeständen, die deutlich über den bisherigen Abschneidegrenzen der Viehzählungen liegen, stellen sicher, daß die Informationsverluste hinsichtlich der tierischen Produktion – mit Ausnahme der Bestände an Gänsen und Enten – vertretbare Grenzen nicht überschreiten. Die zu erwartenden Informationsverluste bei Enten und Gänsen in Höhe von bis zu 15% des Stichtagsbestandes werden dabei hingenommen, um das Konzept der „Integrierten Erhebung“ nicht in Frage zu stellen.⁷⁾

Die Erhebungseinheiten zur Agrarstrukturserhebung/Landwirtschaftszählung 1999 sind nach dem novellierten Agrarstatistikgesetz land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Betriebe im Sinne des Gesetzes sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die einer einheitlichen Betriebs-

⁷⁾ Ebenda, S 17

Übersicht 5: Festlegung der unteren Erfassungsgrenzen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe der Landwirtschaftszählungen von 1991 und 1999

Fläche (landwirtschaftlich genutzte Fläche bzw. Waldfläche) oder Tierbestände oder Spezialkulturen	1991	1999
Mindestgröße der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder	1 ha	2 ha
Tierbestände:¹⁾	8 Rinder jeden Alters	
Schweine	8 Schweine jeden Gewichts	
Schafe	50 Schafe jeden Alters	20 Schafe jeden Alters
Legehennen	200 Lege- und Junghennen	
Gänse, Enten, Truthühner	200 Gänse, Enten, Truthühner	
Schlacht- oder Masthähne und -hühner	200 Schlacht-, Masthähne-, -hühner und sonstige Hähne	
oder Spezialkulturen:¹⁾	Bestocktes Rebland	
	30 Ar Rebfläche	30 Ar bestockte Rebfläche
Obstanlagen	30 Ar Obstanlagen (im Ertrag oder nicht im Ertrag)	
Hopfen	30 Ar Hopfen	
Tabak	30 Ar Tabak	
Baumschulen	30 Ar Baumschulen	
Gemüseanbau im Freiland	30 Ar Gemüseanbau im Freiland	
Blumen und Zierpflanzen im Freiland	10 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland	30 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland
Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen unter Glas für Erwerbszwecke	1 Ar Anbau unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen für Erwerbszwecke	3 Ar Anbau unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen für Erwerbszwecke
Heil- und Gewürzpflanzen	1 Ar Heil- und Gewürzpflanzen	30 Ar Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbau-samereien für Erwerbszwecke
Mindestgröße der Waldfläche	1 ha	10 ha

¹⁾ Jeder bzw. jede der aufgeführten Tierbestände oder Spezialkulturen begründen für sich die Auskunftspflicht als Betrieb

führung unterliegen und land-, forst- oder fischwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zur allgemeinen (totalen) Erhebung werden folgende Gruppen von Betrieben herangezogen:

1. Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von zwei Hektar und mehr oder mit Mindesttierbeständen oder Spezialkulturen,
2. Betriebe mit einer Waldfläche von mindestens zehn Hektar (siehe Übersicht 5).

In den repräsentativen Erhebungsteil werden nur die Betriebe der Gruppe 1 einbezogen. Zusätzlich kommen alle Betriebe mit in die Auswahlgesamtheit, deren landwirtschaftlich genutzte Fläche 2 ha und mehr beträgt, diese aber mindestens zehn v.H. der Waldfläche entspricht. Sie werden der Gruppe 1 zugeordnet

2 Organisation der Landwirtschaftszählung 1999

Im Hinblick auf die in den vergangenen Jahren verwirklichte Weiterentwicklung der laufenden Agrarstatistiken zu einem in sich abgestimmten System landwirtschaftlicher Betriebs- und Erzeugungsstatistiken ist das Konzept der Landwirtschaftszählung 1999 gegenüber der vorangegangenen Erhebung erheblich modifiziert worden. Mit der Integrierten Erhebung kommt ein neues Organisationskonzept der zeitgleichen Erhebung aller Produktions- und Strukturmerkmale zur Anwendung

Die Einführung der Agrarberichterstattung Mitte der 70er Jahre stellte bereits eine neue Art der Nutzung vorhandener Agrarstatistiken dar.

Ziel war es, keine neuen eigenständigen Strukturhebungen zu installieren, sondern Daten aus vorhandenen Einzelerhebungen betriebsweise zusammenzuführen. Auf dieser Grundlage konnten die nachfolgenden Landwirtschaftszählungen 1979 und 1991 bereits effizienter vorbereitet und durchgeführt werden: Agrarberichterstattung und Haupterhebung der Landwirtschaftszählung wurden so aufeinander abgestimmt, daß sie sich in ihren Erhebungsprogrammen, der Abgrenzung der Erhebungsbereiche und der Aufbereitungsprogramme weitgehend ergänzten (Baukastenprinzip)⁸⁾ Die Nutzung der einzelbetrieblichen Daten aus den Produktionsstatistiken für die Agrarstrukturstatistik verursachte allerdings vor allem in den Statistischen Ämtern der Länder noch erhöhten Koordinierungsaufwand. Dieser Aufwand ergab sich hauptsächlich aus der unterschiedlichen Zweckbestimmung der agrarstatistischen Erhebungen selbst. Sie erstreckten sich im Sinne der Strukturhebungen nicht auf einheitlich definierte Erhebungseinheiten und Erhebungsbereiche; für spezifische Bereiche waren sie inhaltlich unterschiedlich definiert. Während die Produktionsstatistiken Viehzählung und Bodennutzung auf die Darstellung der Erzeugungskapazitäten ausgerichtet waren – eingeschlossen viele kleinere Erhebungseinheiten –, war bei den betriebsbezogenen Nachweisungen der Betrieb die Darstellungs-

⁸⁾ Siehe auch Grepfenkerl, W. „Agrarstatistik auf neuen Wegen“ in WiSta 8/1998, S. 661 ff

einheit. So war für die Viehzählung jeder Halter von zum Beispiel nur einem Rind oder einem Zuchtschwein oder drei anderen Schweinen Erhebungseinheit, hingegen für die Strukturhebung Betriebe mit acht Rindern oder acht Schweinen.

Mit den Angaben aus der allgemeinen Dezember-Viehzählung des Vorjahres, die für die Agrarberichterstattung im Mai des Folgejahres genutzt wurden, verfügten die Statistischen Ämter der Länder schon sehr frühzeitig auch über Informationen zu den landwirtschaftlichen Betrieben. Die eindeutige und endgültige Abgrenzung und Kennzeichnung der Betriebe konnte aber erst mit der Bodennutzungshaupterhebung im Mai des Folgejahres (dem Jahr der Agrarberichterstattung) anhand der jeweiligen pflanzlichen und tierischen Erzeugungseinheiten erfolgen (Feststellung der betrieblichen Einheiten). Gerade diese Zusammenführung der zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhobenen Daten, besonders die sehr umfangreichen Prüfungen auf ihre Plausibilität, bereitete und bereitet bis heute den Statistischen Landesämtern hohen personellen und sachlichen Aufwand.

Bildeten Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung und die Arbeitskräfteerhebung bis 1997 das Grundprogramm der Agrarstrukturstatistik, gilt das ab 1999 nur noch für die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzählung. Sie werden auch weiterhin als eigenständige Statistiken in den Jahren zwischen den Agrarstrukturhebungen durchgeführt. Die Arbeitskräfteerhebung wurde durch Integration ihrer Erhebungsmerkmale in das Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebung als eigenständige Erhebung eingestellt.

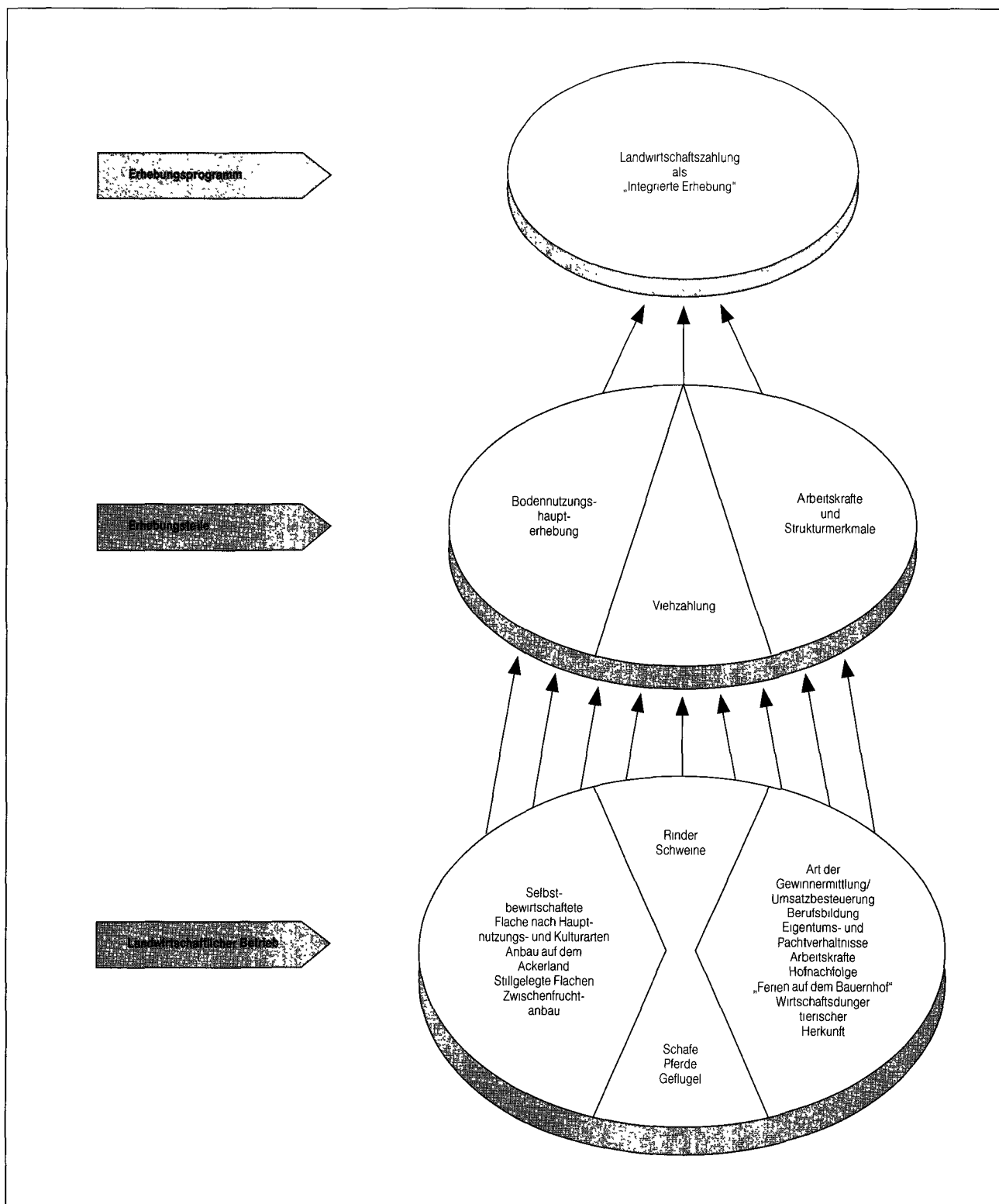
Das Neue an der Organisation der Landwirtschaftszählung 1999 ist, daß die Erhebungen zum Grundprogramm (Bodennutzung und Viehbestände) und zum Ergänzungsprogramm (einschließlich der Arbeitskräfte) der Agrarstrukturhebung, ergänzt um die spezifischen Merkmale der Landwirtschaftszählung selbst, mit einem gemeinsamen Erhebungsvordruck erfolgen. Diese neue Organisationsform der Integrierten Erhebung ist also im Grundsatz eine enge Verzahnung der Produktions- und Strukturstatistiken bei einem einheitlichen Betriebskreis (siehe Übersicht 6). Möglich geworden ist dieses neue Organisationskonzept vor allem dadurch, daß auf EU-Ebene der Termin für die Dezember-Viehzählung (des der Agrarstrukturhebung vorausgegangenen Jahres) auf den Mai des Jahres der Agrarstrukturhebung verlegt werden konnte. Als ein zusätzlicher Entlastungseffekt für die Auskunftspflichtigen wurde dabei erreicht, daß die bis dato durchgeführte Zwischenzählung für Rinder und Schafe im Juni entfallen konnte. Wichtig für die Einführung der Integrierten Erhebung war die Regelung einer einheitlichen Begriffsbestimmung zum *auskunftspflichtigen Betrieb*. Wurden bis 1998 in die Bodennutzungshaupterhebung nicht nur Betriebe, sondern auch Bewirtschafter von Flächen von zusammen mindestens einem Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt wurden, mit einbezogen, so sind es ab 1999 generell nur noch Betriebe. Bei der Viehzählung werden ab 1999 auch Halter von Klein- und Kleinstbeständen an Tieren aus der Auskunftspflicht ent-

lassen, so daß auch hier künftig nur noch Betriebe über ihre Viehbestände befragt werden. Das Konzept der Integrierten Erhebung zielt zum einen auf die Ausgewogenheit landwirtschaftlicher Erhebungen ab und ist zum anderen das Ergebnis von Bestrebungen nach einem Höchstmaß an Information bei gleichzeitiger Entlastung der Befragten.

Seinen Praxistest hat das neue Organisationskonzept der Agrarstrukturstatistik bereits im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1991 in den neuen Ländern bestanden. Seinerzeit wurde ausschließlich auf den Betriebsbereich abgestellt.

Im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Landesämtern sind die Vorarbeiten für die Landwirtschaftszählung 1999 in vollem Gange. Die auskunftspflichtigen Betriebe werden zur Landwirtschaftszählung 1999 durch die Statistischen Ämter der Länder mit den Erhebungspapieren versorgt. Die Adressierung erfolgt ebenfalls in den Statistischen Landesämtern, die hierzu das Betriebsregister Landwirtschaft nutzen. Trotzdem bleibt es für die Gemeinden und die Zähler (Erhebungsbeauftragten) eine wichtige Aufgabe, für die vollständige Erfassung der Betriebe zu sorgen. Das gilt besonders im Hinblick auf neu entstandene Betriebe und hier vor allem in den neuen Ländern. Da die agrarstatistischen Erhebungen – soweit nichts anderes geregelt ist – nach dem Betriebskonzept durchgeführt werden, sind für die Fälle, in denen mehrere Betriebsteile voneinander entfernt liegen, die Meldungen von den Auskunftspflichtigen für den Gesamtbetrieb abzugeben. Gehören mehrere Betriebe zu einem Unternehmen und ist nichts anderes bestimmt, dann geben die Unternehmen die Meldungen für jeden ihrer inländischen Betriebe getrennt ab. Zur regionalen Differenzierung der Ergebnisse haben die überregional tätigen Unternehmen für jedes Land gesondert zu melden.

Die Landwirtschaftszählung soll aktuelle Strukturdaten über die Land- und Forstwirtschaft bereitstellen und damit u. a. den vordringlichen Zahlenbedarf von Politik (Agrar-, Sozial- und Regionalpolitik), Verwaltung und Wissenschaft abdecken. Angesichts der tiefgreifenden Wandlungen der Betriebs- und Produktionsstrukturen, der Besitz- und Arbeitsverhältnisse und der sozialökonomischen Gliederung der Betriebe sind die Ergebnisse der letzten Landwirtschaftszählung von 1991 für diese Zwecke bereits veraltet. So gab es zum Beispiel im früheren Bundesgebiet 1991 rund 632 100 Betriebe, die bis 1998 um 122 100 Betriebe oder um fast ein Fünftel zurückgingen. In den neuen Ländern waren 1991 rund 21 700 Betriebe als Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder als Neu- und Wieder-einrichterbetriebe vorhanden. Bis 1998 stieg ihre Anzahl auf knapp 34 000 Betriebe an. Die Zahl der in der Landwirtschaft mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Arbeitskräfte im früheren Bundesgebiet betrug 1991 rund 1,5 Mill.; 1997 waren es noch 1,2 Mill. Dramatischer war der Rückgang bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften in den neuen Ländern: Waren 1991 noch 362 000 Personen in der Landwirtschaft tätig, so ging deren Anzahl bis 1997 auf 150 000 zurück. Mit der Landwirtschaftszählung 1999 soll – anknüpfend an Empfehlungen der Europäischen Union



und der Vereinten Nationen – der etwa zehnjährige Turnus dieser Erhebungen gewahrt werden.

3 Nutzung von Verwaltungsdaten

Die im Mai 1992 beschlossene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU führte zu völlig neuen landwirtschaftlichen Fördermaßnahmen. Waren bis zu diesem Zeitpunkt

einzelne Beihilferegeln auf die Förderung landwirtschaftlicher Produkte ausgerichtet, so stand bei der Neuausrichtung der vorhandenen Marktstützungsinstrumente die Einführung flächenbezogener Erzeugerbeihilfen für die pflanzliche und tierische Produktion im Vordergrund. Mit diesem grundsätzlichen Einstieg in direkte Einkommensübertragungen erhöhte sich für die Landwirte und die Agrarverwaltung der Aufwand.

Für die Durchführung der Fördermaßnahmen schreibt die EG die Errichtung eines integrierten Verwaltungsverfahrens vor.⁹⁾ Durch die Ausweitung der EU-Beihilfemaßnahmen im Rahmen der EU-Agrarreform ist ein erheblicher Verwaltungs- und Kontrollaufwand entstanden. Beim Auskunftspflichtigen treffen die Auskunftsanforderungen der nationalen amtlichen Agrarstatistik mit den neu hinzugekommenen Anforderungen aus den EU-Regelungen zusammen. Die Antragsteller müssen somit mehrfach zu gleichen Sachverhalten sowohl gegenüber der Agrarverwaltung als auch gegenüber der amtlichen Statistik dieselben oder ähnliche Auskünfte geben. Deshalb wurden in den Statistischen Ämtern schon frühzeitig die Abweichungen zwischen den Anforderungen, die sich aus den agrarstatistischen Rechtsgrundlagen an die amtliche Agrarstatistik ergeben, und den Festlegungen aus den EG-Regelungen zum Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) sorgfältig analysiert. Ausgehend von dem Ziel, das bestehende agrarstatistische System der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten, gleichzeitig jedoch in dem Bestreben, Doppelbelastungen der betroffenen Landwirte zu vermeiden, stellte sich als erstes die Frage, inwieweit die rechtlichen Voraussetzungen, InVeKoS für statistische Zwecke nutzbar zu machen, bestehen oder geschaffen werden müssen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates¹⁰⁾ ist als Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. In Artikel 1 Abs. 3 Unterabsatz 2 Satz 2 der Verordnung ist bestimmt, daß die Mitgliedstaaten die im Rahmen des integrierten Systems erhobenen Daten für statistische Zwecke nutzen können. Dementsprechend bildet die Verordnung bezüglich der statistischen Verwendung der erhobenen Daten einen rechtlichen Rahmen, der noch der Ausfüllung durch ergänzende nationale Vorschriften bedurfte. Mit dem 3. Statistikbereinigungsgesetz vom 19. Dezember 1997¹¹⁾ wurde das Agrarstatistikgesetz in der Weise ergänzt, daß die Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten im Agrarbereich für Zwecke der Agrarstatistik zulässig ist. Die im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen den Landwirtschaftsbehörden erteilten Angaben können für die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzählung verwendet werden, soweit die Angaben mit Merkmalen dieser Statistiken übereinstimmen und sich auf dieselben Erhebungszeiträume beziehen. Mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes wurde die Übernahme von Verwaltungsdaten für die Viehzählung mit festem Erhebungszeitpunkt (Stichtagsregelung) festgeschrieben. Agrarverwaltung und amtliche Agrarstatistik dienen unterschiedlichen Zielsetzungen. Wenn agrarpolitische Vorgaben im Zeitablauf abgeändert (z. B. modifiziert, präzisiert) werden, muß sich die Agrarverwaltung entsprechend an-

passen. Das heißt, die Verwaltungsmaßnahmen (z. B. Merkmalskataloge, Merkmalsinhalte, Erfassungseinheiten) und deren zeitliche Terminierung sind nach den Erfordernissen der Agrarpolitik auszugestalten. Dies erfordert eine erhebliche Flexibilität des Systems. Daher könnte die Bestätigung der Vorschläge der Europäischen Kommission für die weitere Agrarpolitik der Gemeinschaft im Rahmen der Agenda 2000, die im Kern auf eine weitere Senkung der Agrarpreise und im Gegenzug auf weitere direkte Ausgleichszahlungen an die Landwirte hinauslaufen, die Frage der Nutzung von Verwaltungsdaten für die amtliche Agrarstatistik neu beleben.

4 EG-Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Um die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft beurteilen und die Entwicklung in den landwirtschaftlichen Betrieben verfolgen zu können, schreibt die EG regelmäßige Strukturserhebungen durch die nationalen statistischen Ämter vor. In Anbetracht der Vielfalt der statistischen Dienststellen der Mitgliedstaaten, der Leistungsfähigkeit der Methoden zur Erhebung von Stichproben und der Notwendigkeit, zuverlässige Informationen zu vernünftigen Kosten zu gewinnen, wird den Mitgliedstaaten die Wahl überlassen, inwieweit sie die Betriebe in Form einer Grunderhebung oder teilweise als Stichprobe mit Zufallsauswahl erfassen. Voraussetzung ist, daß die Ergebnisse der Stichprobenerhebungen auf den jeweiligen erforderlichen Aggregationsebenen zuverlässig sind. Gleichwohl ist es aus Sicht der EU notwendig, zumindest alle zehn Jahre eine Zählung (Grunderhebung) aller landwirtschaftlichen Betriebe durchzuführen, um die Basisdateien der Betriebe und die sonstigen für die Schichtung erforderlichen Angaben auf den neuesten Stand zu bringen. Die nächste Grunderhebung als allgemeine Zählung (Vollerhebung) aller landwirtschaftlichen Betriebe sollen die Mitgliedstaaten zwischen dem 1. Dezember 1998 und dem 1. März 2001¹²⁾ durchführen. Sie soll sich auf das Anbaujahr beziehen, das der Ernte im Jahr 1999 oder 2000 entspricht. In Deutschland werden die Anforderungen der EG durch die Landwirtschaftszählung 1999 erfüllt. Das im Abschnitt 1.2 genannte Erhebungsprogramm fußt auf den Merkmalen des EG-Katalogs.

Auf Antrag und mit einer geeigneten Dokumentation konnte den Mitgliedstaaten im Rahmen der Festlegung des Katalogs der Merkmale für die Grunderhebung 1999/2000 gestattet werden, für bestimmte Merkmale Stichproben mit Zufallsauswahl anzuwenden oder bereits vorhandene Informationen zu verwenden, die aus anderen Quellen als statistischen Erhebungen stammen (Verwaltungsdaten). Letzte Regelung galt allerdings schon seit der EG-Agrarstrukturserhebung 1997.¹³⁾

Erstmals hat die EG mit dem Merkmalsprogramm für die Grunderhebung 1999/2000 zu jedem einzelnen Erhe-

⁹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992 zur Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen (Amtsbl. EG Nr. L 335, S. 1) – Verordnung (EWG) Nr. 3887/92 der Kommission vom 23. Dezember 1992 mit Durchführungsbestimmungen zum integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen (Amtsbl. EG Nr. L 391, S. 36) – Richtlinie 92/102/EWG des Rates vom 27. November 1992 über die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren (Amtsbl. EG Nr. L 355, S. 32)

¹⁰⁾ Siehe Fußnote 9

¹¹⁾ Drittes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (3. Statistikbereinigungsgesetz – 3. StatBerG) vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158)

¹²⁾ VO (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (Amtsbl. EG Nr. L 56, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2467/96 vom 17. Dezember 1996 (Amtsbl. EG Nr. L 335, S. 3)

¹³⁾ Gemäß der in Fußnote 3 genannten Verordnung

bungsmerkmal festgelegt, ob es allgemein (total) oder repräsentativ erhoben wird oder aus anderen Quellen als statistischen Erhebungen stammt. Hinzu kommt die Kennzeichnung, ob Erhebungsmerkmale für den einzelnen Mitgliedstaat nicht vorhanden (z.B. Zitrus-/Olivenanlagen für Deutschland), unbedeutend (z.B. Schalenobst als Dauerkultur für Deutschland) oder fakultativ sind (z.B. Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Einrichtungen für Deutschland). Der Merkmalskatalog der EG kann also umfangreicher sein als der der nationalen Erhebung. Nach Abschluß der Landwirtschaftszählung 1999 werden die nationalen einzelbetrieblichen Daten dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) übersandt, das im Rahmen des EUROFARM-Projektes für die Aufbereitung und Verbreitung der Erhebungsergebnisse in Tabellenform sorgt

Das Projekt EUROFARM ist ein System von Datenbanken, das die Auswertung der Gemeinschaftserhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe für Zwecke der einzelstaatlichen und der gemeinsamen Agrarpolitik erlaubt. Die Datenbanken enthalten Individualdaten, die allerdings keine direkte Identifizierung der Betriebe ermöglichen. Die Datenbank ist in einem Datenverarbeitungszentrum der Kommission angesiedelt, wobei Zugang und Verwaltung einzig und allein unter der Verantwortung von Eurostat stehen. Der Zugang zu den Individualdaten ist auf die Personen beschränkt, die innerhalb von Eurostat mit der Anwendung der Verordnung betraut sind. Eurostat ist verpflichtet, die von den Mitgliedstaaten übermittelten Individualdaten nur für statistische Zwecke zu verwenden; jede Verwendung zu Verwaltungszwecken ist ausgeschlossen.

Dr. Günter Nause

Strafverfolgungsstatistik 1997

Vorbemerkung

Kriminalität berührt in vielfältiger Weise den Alltag der Bürger. Sie verursacht sowohl materielle wie immaterielle Schäden. Bereits die subjektive Kriminalitätsfurcht führt zu Schutzvorkehrungen und Vermeidungsverhalten und somit zu einer objektiven Beeinträchtigung der Lebensqualität.

Die Bekämpfung von Kriminalität wird allgemein als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe angesehen. Um der Politik die erforderlichen Informationen für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung zu verschaffen, hat die neue Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung einen periodisch zu erstellenden „Sicherheitsbericht“ angekündigt¹⁾, in dem die vorliegenden Statistiken zur polizeilich und gerichtlich registrierten Kriminalität zusammengefaßt und um geeignete Opferbefragungen ergänzt werden sollen. Eine zentrale Rolle wird dabei der Strafverfolgungsstatistik der Statistischen Ämter zukommen, die die gerichtlichen Reaktionen auf registrierte Kriminalität abbildet. Der folgende Beitrag präsentiert die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik für das Berichtsjahr 1997. Ein Augenmerk gilt der Anwendung des strafgerichtlichen Sanktionenspektrums in den einzelnen Ländern.

Berichtskreis

Die amtliche Strafverfolgungsstatistik berichtet jährlich über die abgeurteilten Personen nach ausgewählten demographischen und kriminologischen Merkmalen. Abgeurteilte sind die vor einem Strafgericht Angeklagten, gegen die eine abschließende Entscheidung in einem Strafverfahren ergangen ist. Dabei kann ein Strafverfahren durch eine Verurteilung des Angeklagten, durch dessen Freispruch oder eine Einstellung des Verfahrens abgeschlossen werden. Auch Strafbefehle, durch die ein Richter ohne Hauptverhandlung eine Geldstrafe festsetzen kann, wenn eine rechtswidrige Tat mit weniger als einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht ist (Vergehen), werden in der Strafverfolgungsstatistik mitgezählt.

Die Strafverfolgungsstatistik kann lediglich einen Teil der Kriminalität abbilden. Die in der Statistik abgebildete Kriminalität sowie deren Entwicklung ist wesentlich vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung, der Aufklärungsintensität und dem Erfolg der Polizei sowie der staatsanwaltschaftlichen Erledigungspraxis abhängig. So wird nur ein Teil der Straftaten überhaupt polizeibekannt. Von den polizeibekanntesten Straftaten wird derzeit etwa die Hälfte aufgeklärt bzw. zu der Straftat mindestens ein Tatverdächtiger ermittelt. Bei einem Teil der Tatverdächtigen muß die Staatsanwaltschaft später das Ermittlungsverfahren einstellen,

weil die Täterschaft nicht nachweisbar ist oder der Tatverdächtige – etwa weil er zur Tatzeit noch keine 14 Jahre alt war – als schuldunfähig gilt. Die Strafverfolgungsstatistik enthält nur Informationen zu den Tatverdächtigen, gegen die nach Anklageerhebung oder Strafbefehlsantrag durch die Staatsanwaltschaft ein strafgerichtliches Verfahren durchgeführt wurde.

Derzeit wird die Strafverfolgungsstatistik, zu der bereits seit Ende des letzten Jahrhunderts²⁾ Ergebnisse vorliegen, als koordinierte Länderstatistik durchgeführt. Auf der Grundlage bundeseinheitlicher Verwaltungsanordnungen der Länder melden Gerichte und Staatsanwaltschaften in anonymisierter Form personen- und verfahrensbezogene Daten aus den Strafverfahrensunterlagen an die Statistischen Ämter der Länder.

Gebietsstand

Derzeit wird die Strafverfolgungsstatistik in den neuen Ländern noch nicht flächendeckend durchgeführt. Bereits seit längerer Zeit befindet sich ein Bundesgesetz in Vorbereitung, das die einheitliche Durchführung der Statistik in allen Bundesländern garantieren soll. Mit Sachsen, Brandenburg und Thüringen haben bisher drei der neuen Bundesländer die Strafverfolgungsstatistik nach dem bisherigen Verfahren der alten Länder sukzessive eingeführt. Die vorliegenden Daten aus diesen Ländern sind in die folgenden Tabellen und Schaubilder eingearbeitet, soweit dort die Ergebnisse länderweise dargestellt sind. Die im Text sowie in tabellarischen oder grafischen Zeitreihendarstellungen präsentierten Ergebnisse zur Strafverfolgungsstatistik für die Bundesrepublik müssen wegen der lückenhaften Datenlage für das Gebiet der neuen Länder auf das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost beschränkt bleiben. Ob die Zahlen aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen repräsentativ für das gesamte Gebiet der neuen Länder sind, ist unsicher.

1997 insgesamt 780 500 Verurteilte im früheren Bundesgebiet

Im Berichtsjahr 1997 wurden im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost insgesamt 960 300 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen abgeurteilt und 780 500 rechtskräftig verurteilt. Unter den Verurteilten waren 45 600 Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren (5,8%), 70 200 Heranwachsende von 18 bis unter 21 Jahren (9,0%) und 664 700 Erwachsene ab 21 Jahren (85,2%). Die vorgenannte Abgrenzung der Altersgruppen orientiert sich an den Anwendungsbestimmungen des Strafrechts, wonach Personen, die zur Tatzeit unter 18 Jahre alt waren, nach Jugendstrafrecht und solche, die 21 Jahre und älter waren, nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt werden. Bei Heranwachsenden entscheidet das Gericht nach Würdigung der persönlichen Reife der Angeklagten, ob allgemeines oder das stärker am Erziehungsgedanken ausgerichtete Jugendstrafrecht anzuwenden ist. Kinder, die zur Tatzeit noch keine 14 Jahre alt waren, können prinzipiell nicht

¹⁾ Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/ Die Grünen vom Oktober 1998 zur 14. Legislaturperiode, Abschnitt IX, Nr. 1 (Innere Sicherheit) „Die neue Bundesregierung wird einen periodischen Sicherheitsbericht auf wissenschaftlicher Grundlage erstellen.“

²⁾ Bis 1953 wurde die Strafverfolgungsstatistik als „Kriminalstatistik“ bezeichnet.

Tabelle 1 Abgeurteilte und Verurteilte 1997 nach Altersgruppen und Ländern

Land	Abgeurteilte	Verurteilte					
		insgesamt	davon verurteilt nach				Erwachsene
			Jugendstrafrecht		allgemeinem Strafrecht		
			Jugendliche	Heranwachsende			
Anzahl		%		Anzahl			
Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost	960 334	780 530	45 640	42 167	60,1	28 029	664 694
Baden-Württemberg	141 363	120 474	6 983	5 491	45,1	6 679	101 321
Bayern	195 069	165 710	9 875	8 883	55,0	7 264	139 688
Berlin	69 908	53 559	1 951	1 942	55,6	1 552	48 114
Bremen	11 799	8 006	259	289	66,6	145	7 313
Hamburg	32 054	23 429	391	624	92,4	51	22 363
Hessen	75 558	60 451	3 356	3 491	73,5	1 260	52 344
Niedersachsen	103 735	85 186	6 071	5 977	72,6	2 259	70 879
Nordrhein-Westfalen	245 634	190 987	12 737	11 440	64,1	6 416	160 394
Rheinland-Pfalz	46 360	40 532	2 285	1 837	45,5	2 202	34 208
Saarland	11 621	9 829	726	796	87,1	118	8 189
Schleswig-Holstein	27 233	22 367	1 006	1 397	94,4	83	19 881
nachrichtlich							
Brandenburg	42 913	38 268	1 583	1 336	27,5	3 514	31 835
Sachsen	76 696	67 667	3 675	2 512	31,7	5 407	56 073
Thüringen		21 331	1 561	1 627	56,8	1 238	16 905

strafrechtlich abgeurteilt werden, da sie als strafunmündig gelten.

1997 wurden im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 42 200 Heranwachsende nach Jugendstrafrecht (60,1 %) und 28 000 nach allgemeinem Strafrecht (39,9 %) verurteilt. Dabei variierte der Anteil der nach Jugendstrafrecht verurteilten Heranwachsenden zwischen den einzelnen Ländern erheblich. So wurden beispielsweise 94,4 % der verurteilten Heranwachsenden in Schleswig-Holstein und 45,1 % der verurteilten Heranwachsenden in Baden-Württemberg nach Jugendstrafrecht verurteilt.

Das zahlenmäßige Verhältnis der Anwendung von allgemeinem und Jugendstrafrecht bei Heranwachsenden ist

unter anderem von der Deliktstruktur abhängig. Unabhängig vom Bundesland des Gerichts wurden 1997 Heranwachsende bei Straßenverkehrsdelikten und bei Verstößen gegen das Ausländer- oder Asylverfahrensgesetz überdurchschnittlich häufig nach allgemeinem Strafrecht verurteilt

Alters- und geschlechtsspezifische Verteilung der Kriminalität

Die gerichtlich registrierte Kriminalität ist ein überwiegend männliches Phänomen. 1997 waren im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost etwa sechs von sieben verurteilten Personen Männer. Insgesamt wurden 658 900 Männer (84,4 %) und 121 600 Frauen (15,6 %) verurteilt. Da-

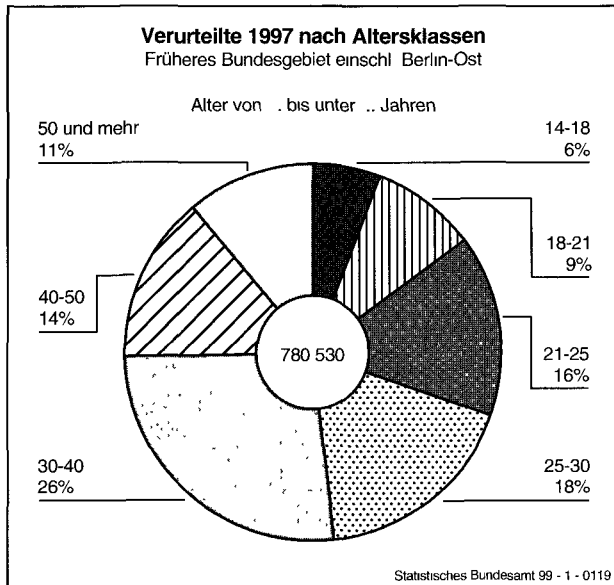
Tabelle 2: Verurteilte 1997 nach Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Art der Straftat

Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Jugendliche	Heranwachsende	Jungerwachsene	Vollerwachsene	Anteil der unter 25-jährigen an allen Verurteilten
		zur Tatzeit im Alter von bis unter Jahren				
		14-18	18-21	21-25	25 und mehr	
		Anzahl				
Insgesamt	780 530	45 640	70 196	121 539	543 155	30,4
Deutsche	570 722	33 197	50 252	76 694	410 579	28,1
Ausländer/-innen	209 808	12 443	19 944	44 845	132 576	36,8
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o V) und im Amt	19 932	974	1 815	3 342	13 801	30,8
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	6 105	312	352	633	4 808	21,2
Anderer Straftaten gegen die Person (o V) darunter	69 236	7 669	7 577	10 183	43 807	36,7
Mord, Mordversuch, Totschlag	804	38	59	129	578	28,1
Körperverletzung (auch gefährliche und schwere)	40 547	6 806	5 642	6 420	21 679	46,5
Diebstahl und Unterschlagung darunter	170 258	20 229	18 216	28 651	103 162	39,4
Diebstahl	131 243	12 877	11 086	20 803	86 477	34,1
Schwerer Diebstahl	30 581	6 874	6 384	6 355	10 968	64,1
Raub und Erpressung, rauberscher Angriff auf Kraftfahrer	10 388	3 939	2 023	1 497	2 929	71,8
Anderer Vermögensdelikte darunter	134 708	4 608	9 376	21 739	98 985	26,5
Betrug	58 937	455	2 404	7 569	48 509	17,7
Urkundenfälschung	22 995	825	1 789	4 103	16 278	29,2
Gemeingefährliche einschließlich Umweltstraftaten (o V)	9 540	235	519	1 026	7 760	18,7
Straftaten im Straßenverkehr	250 219	4 224	18 758	31 851	195 386	21,9
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen darunter	110 144	3 450	11 560	22 617	72 517	34,2
nach dem Betaubungsmittelgesetz	41 332	2 623	7 355	10 822	20 532	50,3
nach dem Ausländergesetz	18 309	68	1 019	3 175	14 047	23,3

bei sind junge Männer, gemessen an den Verurteiltenzahlen, die am stärksten mit Kriminalität belastete Bevölkerungsgruppe. 206300 oder 31,3% der verurteilten Männer im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost waren 1997 unter 25 Jahre alt. Das Durchschnittsalter (Median) der verurteilten Männer lag bei 30,2 Jahren, das der verurteilten Frauen bei 32,8 Jahren. Insgesamt waren 1997 30,4% der verurteilten Personen zwischen 14 und 25 Jahren alt

Schaubild 1



Bei einzelnen Delikten weicht die Altersstruktur deutlich vom Durchschnitt ab. Als jugendspezifische Straftaten erweisen sich etwa Raub-, Körperverletzungs- und Diebstahlsdelikte sowie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz. Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost waren 1997 71,8% der Verurteilten wegen Raubdelikten, 50,3% der Verurteilten nach dem Betäubungsmittelgesetz, 46,5% der Verurteilten wegen Körperverletzung (einschl. gefährlicher und schwerer Körperverletzung) und 39,4% der Verurteilten wegen Diebstahlsdelikten jünger als 25 Jahre. Bezogen auf die Gesamtzahl der Verurteilungen in der entsprechenden Altersgruppe sind Diebstahlsdelikte die am weitesten verbreitete Form der (gerichtlich registrierten) Jugendkriminalität. In der jüngsten Altersgruppe zwischen 14 und 18 Jahren erfolgte 1997 nahezu jede zweite Verurteilung (20200 von 45600) wegen Diebstahl bzw. Unterschlagung.

Deutlich seltener müssen sich junge Leute beispielsweise wegen Betrugsdelikten oder Straftaten im Straßenverkehr vor Gericht verantworten. 1997 waren 17,7% der Verurteilten wegen Betrugs und 21,9% der Verurteilten wegen Straßenverkehrsdelikten jünger als 25 Jahre.

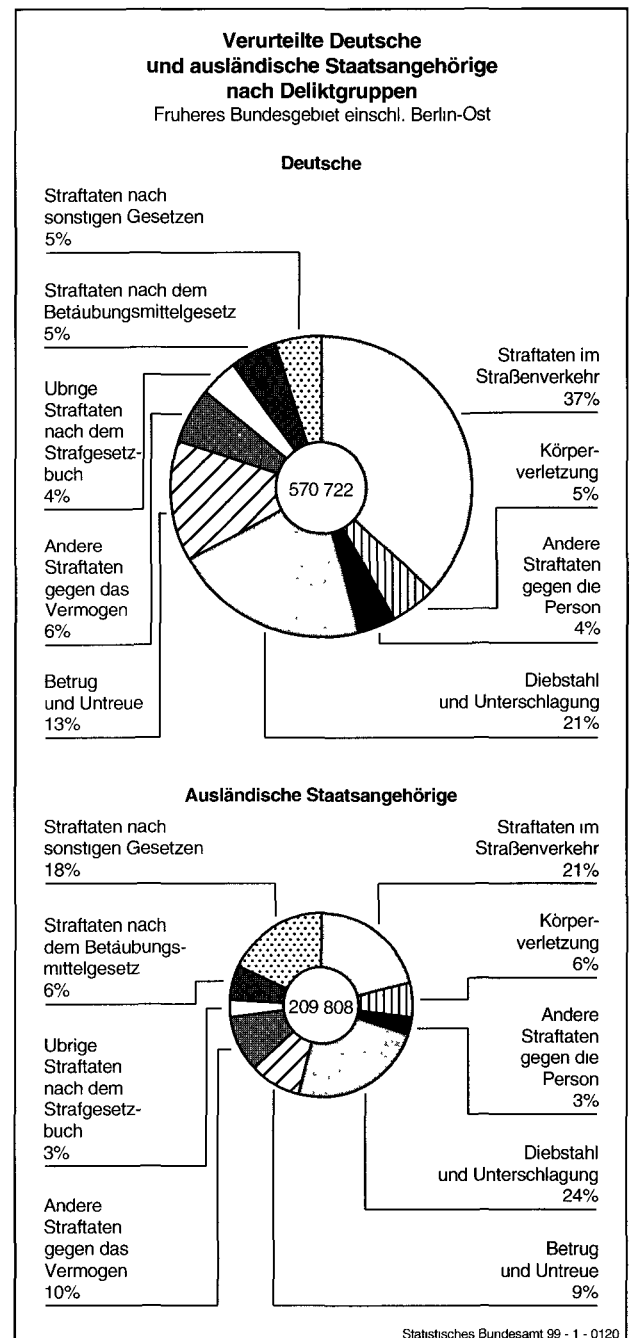
Ausländische Verurteilte waren 1997 im Durchschnitt jünger als deutsche Verurteilte. So waren im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 28,1% der Deutschen und 36,8% der Ausländer/-innen jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter (Median) der deutschen Verurteilten lag bei 32,1 Jahren, das der ausländischen bei 26,5 Jahren.

Ausländerkriminalität

Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost wurden 1997 570700 Deutsche und 209800 Ausländer/-innen (26,9%) verurteilt. Zu den ausländischen Verurteilten zählen dabei nicht nur die in Deutschland wohnenden und gemeldeten Ausländer/-innen. Auch straffällig gewordene Touristen oder in Deutschland illegal lebende Personen werden bei einer Verurteilung in der Strafverfolgungsstatistik mitgezählt.

Außerdem 25700 bzw. 12,2% aller verurteilten Ausländer/-innen standen wegen Verstößen gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz vor Gericht. Diese Delikte spielen bei den deutschen Verurteilten bestimmungsgemäß kaum eine Rolle. Der Ausländeranteil an den wegen Ver-

Schaubild 2



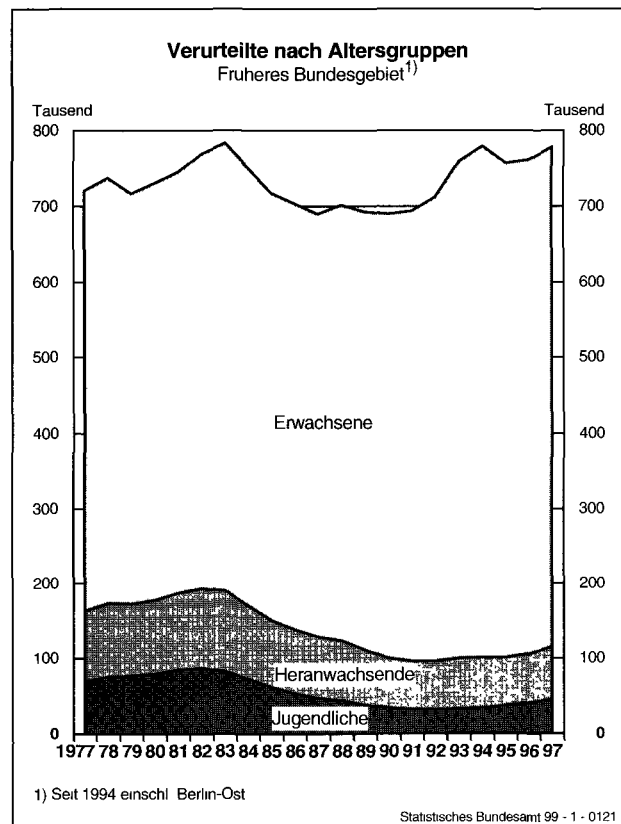
stößen gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz Verurteilten lag 1997 bei 92,4%.

Unterdurchschnittlich war dagegen mit 17,9% der Ausländeranteil an den Verurteilten wegen Straßenverkehrsdelikten. Bei den Deutschen sind die Straßenverkehrsdelikte – bezogen auf die Gesamtzahl der Verurteilungen – die mit Abstand stärkste Deliktgruppe. 1997 wurden im früheren Bundesgebiet 36,0% der verurteilten Deutschen wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt. Bei den ausländischen Staatsangehörigen lag der entsprechende Anteil bei 21,3%. Mit Ausnahme der Straßenverkehrsdelikte sowie der Verstöße gegen das sogenannte Nebenstrafrecht (unter anderem Ausländer- und Asylverfahrensgesetz) unterscheidet sich die Deliktstruktur von ausländischen und deutschen Verurteilten aber kaum.

Entwicklung der Verurteiltenzahlen seit 1977

Gegenüber 1996 (763 700) nahm die Verurteiltenzahl im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost um 2,2% zu. Sie lag damit nahe dem bisherigen Höchstwert von 782 100 Personen aus dem Jahr 1994. In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Verurteiltenzahlen uneinheitlich entwickelt. 1977 waren 723 000 Personen im früheren Bundesgebiet verurteilt worden. Einem Anstieg bis Anfang der achtziger Jahre (1983: 784 700) folgte ein Rückgang bis Anfang der neunziger Jahre (1990: 692 400).

Schaubild 3



Dabei haben sich in den letzten 20 Jahren strukturelle Verschiebungen bezüglich der strafrechtlich relevanten Altersgruppen ergeben. Während 1997 die Zahl der ver-

urteilten Erwachsenen um 19,3% höher lag als zwanzig Jahre zuvor, war bei den verurteilten Jugendlichen im gleichen Zeitraum ein Rückgang um 35,6% und bei den Heranwachsenden um 26,1% zu verzeichnen.

Die aufgezeigten Strukturveränderungen bei den Verurteiltenzahlen sind wesentlich auf demographische Veränderungen in den vergangenen zwanzig Jahren zurückzuführen. Seit 1977 hat sich die Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen im früheren Bundesgebiet um 27,3% und die der Heranwachsenden um 21,5% verringert, während 1997 im Berichtsgebiet insgesamt 21,9% mehr Erwachsene als zwanzig Jahre zuvor gemeldet waren.

Kriminalitätsentwicklung

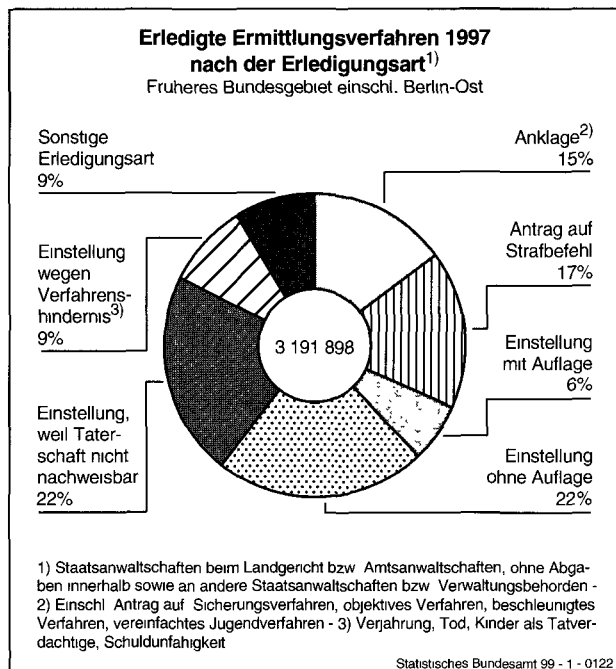
Die Strafverfolgungsstatistik ist nur bedingt geeignet, die Kriminalitätsentwicklung abzubilden. Generell können Kriminalstatistiken nur das sogenannte Hellfeld der angezeigten Straftaten erfassen. Ein geändertes Anzeigeverhalten der Bevölkerung schlägt sich als Anstieg oder Rückgang der Kriminalität in den Kriminalstatistiken nieder, obwohl gegebenenfalls die Gesamtzahl der entdeckten und unentdeckten Straftaten unverändert geblieben ist. Die in der Strafverfolgungsstatistik abgebildete Entwicklung der Verurteiltenzahlen ist außer von der Entwicklung der bekannt gewordenen Straftaten noch von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängig. So haben das Ausmaß der polizeilichen Ermittlungsintensität sowie der polizeiliche Aufklärungserfolg oder die staatsanwaltschaftliche Erledigungspraxis entscheidenden Einfluß auf Ausmaß und Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität.

Nach den Ergebnissen der Justizgeschäftsstatistik der Staatsanwaltschaften führte 1997 nahezu jedes dritte staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost zu einem Verfahren vor dem Strafgericht (31,6%) und somit zu einer Erfassung in der Strafverfolgungsstatistik.³⁾ 59,7% der 3,19 Mill. staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wurden 1997 eingestellt, davon 979 500 Verfahren (30,7%), weil die Täterschaft, die Tat oder die Tatumstände nicht nachweisbar waren, die Tatverdächtigen noch nicht strafmündig waren oder ein sonstiges Verfahrenshindernis vorlag. In 724 300 Verfahren (22,7%) erfolgte eine Verfahrenseinstellung, weil das Delikt von der Staatsanwaltschaft als geringfügig eingestuft wurde. In weiteren 201 500 Verfahren (6,3%) war die Einstellung an Auflagen – wie etwa die Zahlung eines Geldbetrags an eine gemeinnützige Einrichtung oder die Staatskasse – gebunden.

Die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaften hat sich – nach den Ergebnissen der Staatsanwaltschaftsstatistik – in den zurückliegenden Jahren geändert und somit die in der Strafverfolgungspraxis dargestellte Kriminalitätsentwick-

³⁾ Quelle: Justizgeschäftsstatistik der Staatsanwaltschaften 1997. Anteil der durch Anklage sowie durch Antrag auf Erlass eines Strafbefehls, auf Eröffnung eines Sicherungsverfahrens, auf Durchführung eines objektiven Verfahrens, auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren oder auf vereinfachtes Jugendverfahren an den von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht bzw. der Amtsanwaltschaft insgesamt erledigten Verfahren. Nicht mit einbezogen sind dabei solche Ermittlungsverfahren, die durch Abgabe innerhalb oder an eine andere Staatsanwaltschaft bzw. eine Verwaltungsbehörde erledigt wurden.

Schaubild 4



lung beeinflusst. Seit 1989 ist im früheren Bundesgebiet der Anteil der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren, bei denen durch Anklageerhebung oder Strafbefehlsantrag ein Verfahren vor dem Strafgericht eingeleitet wurden, von 37,1 auf 31,6% zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Ermittlungsverfahren, die von der Staatsanwaltschaft als geringfügig eingestuft und eingestellt wurden, von 14,9 auf 22,7% gestiegen.

Entscheidungspraxis der Strafgerichte

Die Entwicklung der Verurteilenzahlen ist nicht zuletzt von der strafgerichtlichen Entscheidungspraxis abhängig. Eine sinkende Verurteilungsquote⁴⁾ führt, auch bei konstanten Abgeurteilenzahlen, zu geringeren Verurteilenzahlen. 1997 wurden 780 500 der 960 300 Abgeurteilten (81,3%) im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost verurteilt. 1977 hatte die Verurteilungsquote bei 81,9% gelegen. Allerdings war der leichte Rückgang in der Verurteilungsquote wesentlich durch den im gleichen Zeitraum erfolgten Rückgang der Verurteilenzahlen wegen Straßenverkehrsdelikten bestimmt. Gegenüber 1977 (325 800 Verurteilte wegen Straßenverkehrsdelikten) ging die Zahl der wegen Straftaten im Straßenverkehr verurteilten Personen um fast ein Viertel zurück.⁵⁾

Nach Straßenverkehrsdelikten wird überdurchschnittlich häufig ein Strafbefehl verhängt, der in der Strafverfolgungsstatistik als Verurteilung gezählt wird. Bei den Straßenverkehrsdelikten lag die Verurteilungsquote 1997 bei 88,6%. Bezogen auf die Personen, die 1997 wegen

⁴⁾ Anteil der Verurteilten an den Abgeurteilten

⁵⁾ Eine ausführliche Darstellung der Kriminalitätsentwicklung in den Jahren 1977 bis 1997, wie sie sich in der amtlichen Strafverfolgungsstatistik darstellt, enthält die Veröffentlichung „Justiz im Spiegel der Rechtspflegestatistik, Schwerpunkt Strafrechtspflege“, die beim Statistischen Bundesamt bezogen werden kann. In diesem Bericht werden außerdem Ergebnisse der Justizstatistiken über die Geschäftserledigung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Strafvollzugsstatistiken präsentiert.

Tabelle 3. Abgeurteilte 1997 nach der Art der Entscheidung und angewendetem Strafrecht

Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost

Angewendetes Strafrecht	Abgeurteilte	Gegen die Abgeurteilten erging als Entscheidung					
		Verurteilung		Freispruch	Einstellung des Strafverfahrens		Sonstige Entscheidung ¹⁾
		Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	
Straftaten insgesamt							
Insgesamt	960 334	780 530	81,3	25 581	153 053	15,9	1 170
Allgemeines Strafrecht	821 706	692 723	84,3	22 151	105 724	12,9	1 108
Jugendstrafrecht	138 628	87 807	63,3	3 430	47 329	34,1	62
Straftaten ohne solche im Straßenverkehr							
Zusammen	677 844	530 311	78,2	21 440	125 130	18,5	963
Allgemeines Strafrecht	556 586	454 293	81,6	18 238	83 147	14,9	908
Jugendstrafrecht	121 258	76 018	62,7	3 202	41 983	34,6	55
Straftaten im Straßenverkehr							
Zusammen	282 490	250 219	88,6	4 141	27 923	9,9	207
Allgemeines Strafrecht	265 120	238 430	89,9	3 913	22 577	8,5	200
Jugendstrafrecht	17 370	11 789	67,9	228	5 346	30,8	7

¹⁾ Absehen von Strafe sowie selbständige Entscheidung auf Maßregeln

Straftaten ohne solche im Straßenverkehr abgeurteilt wurden, ergab sich eine Verurteilungsquote von 78,2%.

Das Strafrecht sieht eine Verfahrenseinstellung vor, wenn die Schuld des Angeklagten nach Ermessen des Gerichts geringfügig ist und kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht. Die Einstellung des Verfahrens ist dabei häufig an Auflagen – wie etwa Zahlung eines Geldbetrags an die Staatskasse, Ableistung gemeinnütziger Arbeiten oder Teilnahme an erzieherischen Maßnahmen – gebunden. Insbesondere in der jugendgerichtlichen Praxis wird – falls die Voraussetzungen vorliegen – die Verfahrenseinstellung häufig einer Verurteilung vorgezogen, da davon ausgegangen wird, daß eine Verurteilung eine kriminelle Karriere stärker fördert als hemmt.⁶⁾

Bezogen auf die Straftaten ohne solche im Straßenverkehr lag die Einstellungsquote 1997 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost insgesamt bei 18,5%. Bei den nach Jugendstrafrecht abgeurteilten Personen ergab sich dabei eine Einstellungsquote von 34,6%, bei den nach allgemeinem Strafrecht Abgeurteilten waren es 14,9%.

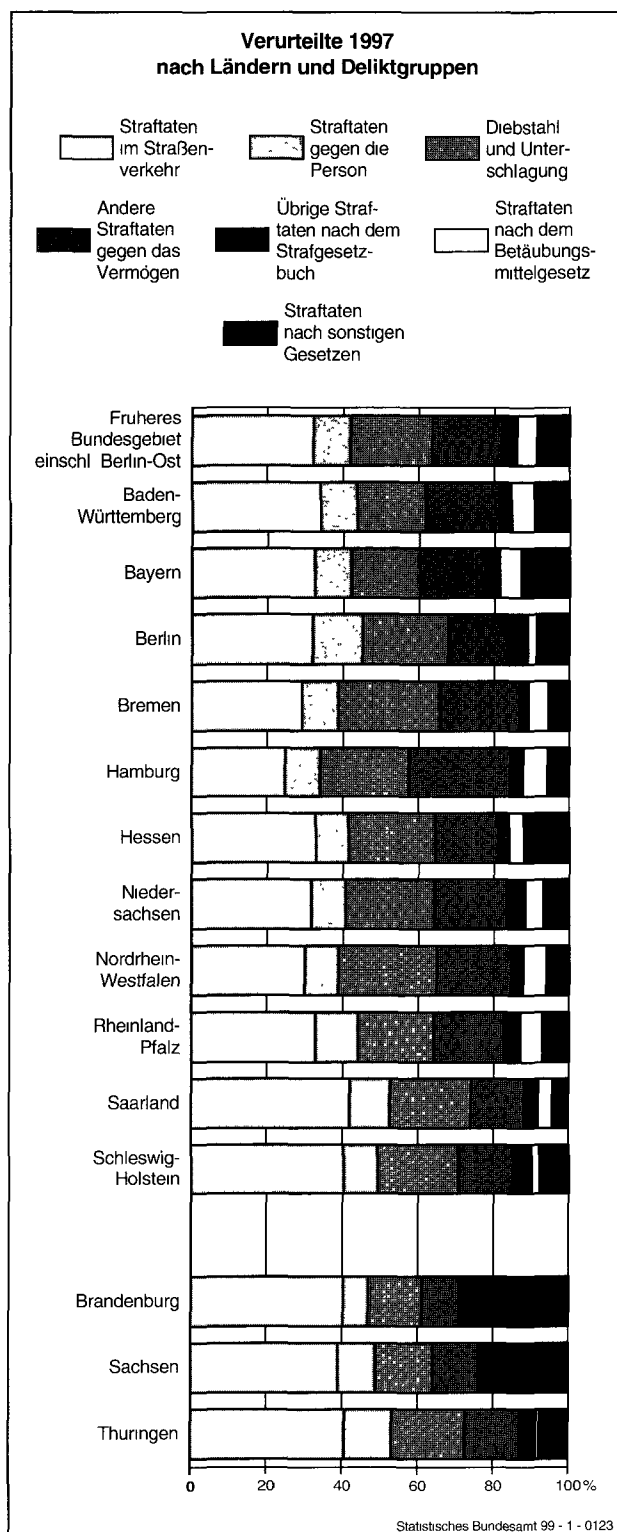
Deliktstruktur in den Ländern

Nahezu ein Drittel der 780 500 Verurteilten wurde 1997 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost wegen Straftaten im Straßenverkehr verurteilt. Insgesamt wurden 250 200 Personen (32,1%) wegen Straßenverkehrsdelikten, 170 300 (21,8%) wegen Diebstahlsdelikten und 145 100 (18,6%) wegen anderer Vermögensdelikte verurteilt. Wegen Straftaten gegen die Person – hierunter fallen insbesondere Körperverletzungs- und Sexualdelikte – wurden 75 300 (9,7%) verurteilt.

Die Deliktstruktur für 1997 weist einige Besonderheiten in den Ländern auf. So liegen die Verurteilenzahlen wegen Betäubungsmitteldelikten in den neuen Ländern, soweit hierzu Ergebnisse vorliegen, deutlich unter den vergleich-

⁶⁾ Siehe etwa Clages, H. „Diversions im Jugendstrafrecht“ in Kriminalistik 8-9/95, S. 607 ff.

Schaubild 5



baren Werten der alten Länder. Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost wurden insgesamt 41 300 Personen wegen Betäubungsmitteldelikten verurteilt; das waren 5,3% aller Verurteilten. In den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen lagen die entsprechenden Anteilswerte für Betäubungsmitteldelikte zwischen 0,2 und 0,9%

Deutliche Unterschiede zwischen den Ländern, die teilweise durch deren regionale Lage begründbar sind, lassen sich ebenfalls bezüglich der Anteilswerte für die Straftaten

des sogenannten Nebenstrafrechts nachweisen. Auf die Straftaten nach anderen Gesetzen (ohne Betäubungsmittelgesetz) entfielen 1997 in den alten Ländern durchschnittlich 8,8% der Verurteilungen. In Bayern waren es dagegen 12,9% und in Brandenburg 26,4%. Während in Bayern vergleichsweise häufig Personen wegen Verstößen gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz verurteilt wurden, schlugen in Brandenburg die Zoll- und Steuerzuwiderhandlungen besonders zu Buche.

Auch die anteilmäßige Bedeutung der Straßenverkehrsdelikte variiert stark zwischen den Ländern. Etwa 40% aller Verurteilten und im Vergleich zu den anderen Ländern überdurchschnittlich viele Personen wurden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie im Saarland und in Schleswig-Holstein wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt.

Allerdings ist die zahlenmäßige Deliktstruktur, wie sie sich aus der Strafverfolgungsstatistik ergibt, immer auch abhängig von der Einstellungspraxis der Staatsanwaltschaften. Machen die Staatsanwaltschaften bei bestimmten Delikten überproportional häufig von ihrer Möglichkeit der Verfahrenseinstellung Gebrauch, erscheinen diese Delikte in der Strafverfolgungsstatistik unterrepräsentiert. Da in der Staatsanwaltschaftsstatistik keine deliktbezogenen Angaben erhoben werden, kann der Zusammenhang aber nicht quantifiziert werden.

Sanktionenspektrum der Strafgerichte

Das allgemeine Strafrecht sieht als gerichtliche Sanktionen gegen Verurteilte Freiheits- und Geldstrafen vor. Gegen Angehörige der Bundeswehr kann zudem Strafarrrest als freiheitsentziehende Sanktion verhängt werden.

Das Sanktionenspektrum im Jugendstrafrecht ist stärker differenziert. Neben der freiheitsentziehenden Jugendstrafe sind sogenannte Zuchtmittel, wie zum Beispiel Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrags zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung und Erbringung von Arbeitsleistungen, vorgesehen sowie – als mildeste Sanktion – Erziehungsmaßnahmen. Als Erziehungsmaßnahmen können Weisungen bezüglich der Lebensführung erteilt und Hilfen zur Erziehung angeordnet werden.

Die Zuchtmittel waren 1997 die am häufigsten verhängte Sanktion bei Verurteilten nach Jugendstrafrecht. Bezogen auf alle Straftaten wurden von den insgesamt 87 800 Verurteilten nach Jugendstrafrecht im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 64 700 (73,7%) zu Zuchtmitteln verurteilt, 16 400 zu Jugendstrafe (18,7%), und 6 700 erhielten Erziehungsmaßnahmen als schwerste Sanktion (7,6%).

Im allgemeinen Strafrecht dominierte zahlenmäßig die Geldstrafe. 81,7% der Verurteilten nach allgemeinem Strafrecht (565 700 von 692 700) wurden 1997 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost zu Geldstrafe und 18,3% (126 800) zu Freiheitsstrafe verurteilt. Strafarrrest erhielten 234 Verurteilte als schwerste Sanktion.

Der hohe Anteil von Geldstrafen an den Sanktionen nach allgemeinem Strafrecht ist auch durch die große Zahl der

Tabelle 4. Verurteilte 1997 nach Art der Sanktion und Ländern
Straftaten ohne solche im Straßenverkehr

Land	Verurteilte insgesamt	Davon verurteilt nach									
		allgemeinem Strafrecht					Jugendstrafrecht				
		zusammen	zu Freiheitsstrafe		zu Geldstrafe	zu Strafrest ¹⁾	zusammen	zu Jugendstrafe		zu Zucht-mitteln ²⁾	zu Erziehungs-maßregeln ³⁾
			zusammen	dar mit Strafaussetzung				zusammen	dar mit Strafaussetzung		
Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl			
Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost	530 311	454 293	103 811	67,2	350 251	231	76 018	15 943	65,3	54 327	5 748
Baden-Württemberg	79 597	68 461	14 631	67,0	53 814	16	11 136	2 659	63,6	8 033	444
Bayern	111 806	95 825	21 705	66,8	74 088	32	15 981	3 167	69,1	11 610	1 204
Berlin	36 448	32 890	7 782	69,5	25 108	-	3 558	799	55,4	1 741	1 018
Bremen	5 676	5 184	1 021	70,0	4 163	-	492	141	65,2	296	55
Hamburg	17 664	16 812	5 325	66,8	11 476	11	852	296	61,8	467	89
Hessen	40 655	34 918	7 453	63,1	27 459	6	5 737	1 255	57,4	4 282	200
Niedersachsen	58 252	48 058	10 512	67,0	37 487	59	10 194	1 676	63,7	7 012	1 506
Nordrhein-Westfalen	133 926	112 758	26 079	67,1	86 645	34	21 168	4 351	67,9	15 679	1 138
Rheinland-Platz	27 225	23 502	5 748	69,1	17 714	40	3 723	981	70,7	2 703	39
Saarland	5 709	4 423	1 242	74,6	3 181	-	1 286	301	71,4	947	38
Schleswig-Holstein	13 353	11 462	2 313	69,0	9 116	33	1 891	317	49,8	1 557	17
nachrichtlich											
Brandenburg	22 901	20 507	3 288	76,1	17 219	-	2 394	899	76,9	1 484	11
Sachsen	41 346	35 897	6 239	71,9	29 656	2	5 449	1 549	75,7	3 787	113
Thüringen	12 673	10 092	2 010	63,3	8 076	6	2 581	722	67,5	1 857	2

¹⁾ Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden – ²⁾ Jugendarrest, Erteilung von Auflagen, Verwarnung – ³⁾ Heimerziehung, Erziehungsbeistandschaft, Erteilung von Weisungen

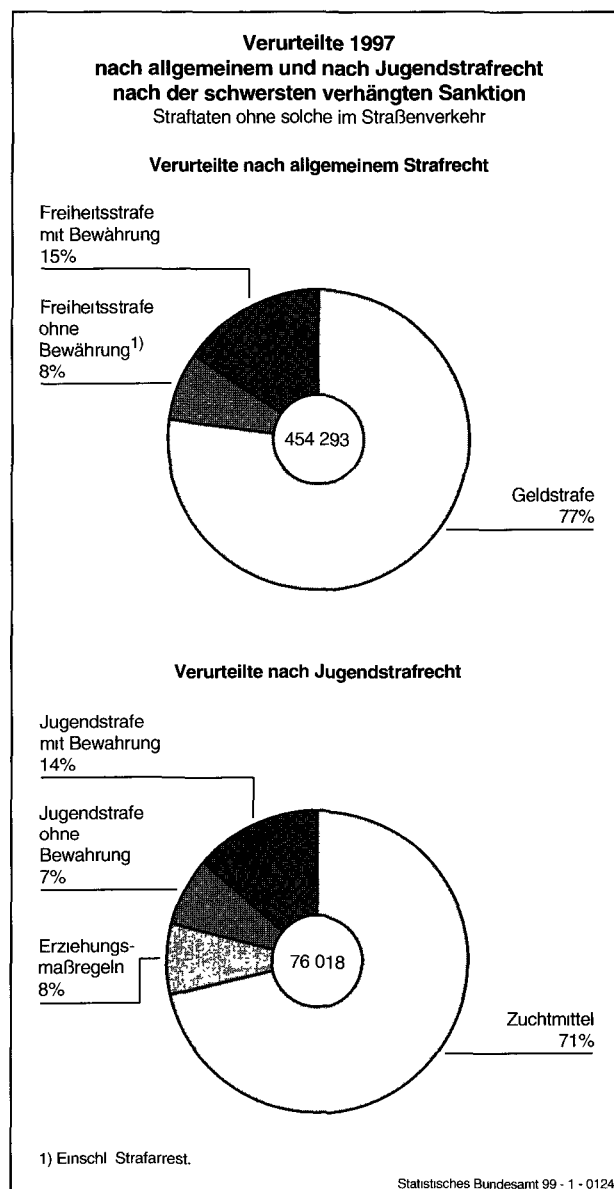
Verurteilten wegen Straßenverkehrsdelikten bestimmt Neun von zehn der nach allgemeinem Strafrecht wegen Straftaten im Straßenverkehr verurteilten Personen erhielten 1997 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost eine Geldstrafe als schwerste Sanktion. Werden die Straßenverkehrsdelikte ausgeklammert, ergibt sich für die Verurteilten nach allgemeinem Strafrecht ein Anteil der Freiheitsstrafe an allen Sanktionen von 22,9% und für die Verurteilten nach Jugendstrafrecht ein Anteil der Jugendstrafe an allen Sanktionen von 21,0%.

Wieviele Personen zu Freiheits-/Jugendstrafe bzw. nicht freiheitsentziehenden, sogenannten ambulanten Sanktionen verurteilt werden, ist unter anderem von der Deliktstruktur sowie von der Entscheidungspraxis der Strafgerichte abhängig. Auch die Einstellungspraxis der Staatsanwaltschaften hat Einfluß auf das zahlenmäßige Verhältnis von freiheitsentziehenden und ambulanten Sanktionen. Eine großzügige Handhabung der Möglichkeit zur Verfahrenseinstellung wird zu einem höheren Anteil freiheitsentziehender Sanktionen bei den Strafgerichten führen, weil verhältnismäßig mehr schwerwiegende Delikte zur Verurteilung kommen

In Hamburg und im Saarland wurden 1997 überdurchschnittlich viele Verurteilte nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafe verurteilt. Bezogen auf die Straftaten ohne solche im Straßenverkehr wurden in Hamburg 31,7% und im Saarland 28,1% aller Verurteilten nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafe verurteilt. Bei den Verurteilungen zu Jugendstrafe wiesen neben Hamburg vor allem die neuen Länder Brandenburg, Sachsen und Thüringen Werte auf, die über dem Durchschnitt der alten Länder lagen. So wurden 1997 in Hamburg 34,7%, in Brandenburg 37,6%, in Sachsen 28,4% und in Thüringen 28,0% aller Verurteilten nach Jugendstrafrecht zu Jugendstrafe verurteilt

Rund jede dritte Verurteilung zu Freiheits- oder Jugendstrafe bedeutete 1997 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost eine unbedingte Einweisung in eine Strafanstalt. Bei 67,2% der Verurteilten zu Freiheitsstrafe

Schaubild 6



und bei 65,3% der Verurteilten zu Jugendstrafe (jeweils bezogen auf die Gesamtzahl der Verurteilungen ohne solche im Straßenverkehr) wurden die freiheitsentziehenden Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Eine Strafaussetzung zur Bewährung kann bei einem Verstoß gegen die Bewährungsauflagen widerrufen werden.

Zeitlicher Zusammenhang zwischen Straftat und strafgerichtlicher Sanktion

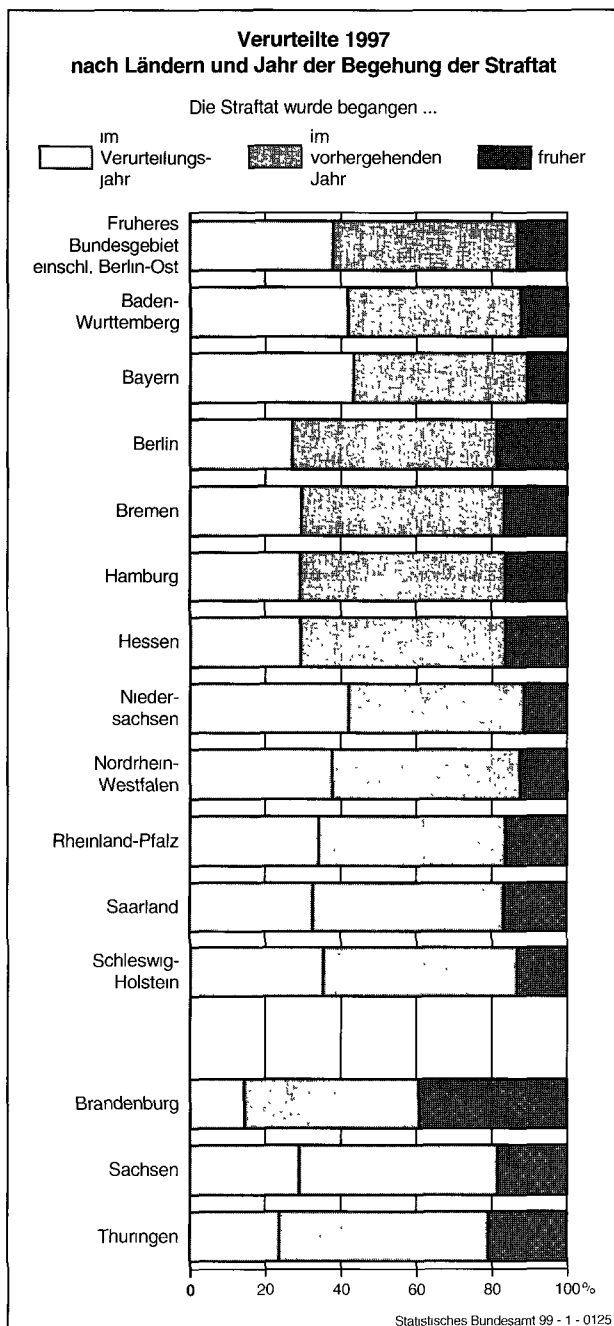
Eine zügige Sanktionierung der Straftäter ist nach der vorherrschenden kriminologischen Theorie sowohl aus general- wie aus spezialpräventiven Gründen erwünscht. Eine „der Tat auf dem Fuße folgende Strafe“ könnte am ehesten generell vor Straftaten abschrecken (Generalprävention) bzw. die Täter zur Einsicht erziehen und von weiterer Straffälligkeit abhalten (Spezialprävention).

Wieviel Zeit zwischen Tat und Verurteilung vergeht, ist nicht nur von der Geschäftserledigung der Justiz, sondern auch von der Vorarbeit der Polizei abhängig. Zudem stehen schwierige Sachverhalte auch aus rechtsstaatlichen Erwägungen einer schnellen Aburteilung entgegen.

Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost wurden 1997 insgesamt 296.200 (38,0%) der in der Strafverfolgungsstatistik erfaßten Verfahren noch im selben Jahr abgeschlossen, in dem die Straftat begangen wurde. Insgesamt 86,9% der Strafverfahren waren nach spätestens zwei Jahren abgeschlossen.

Überdurchschnittlich schnelle Verurteilungen ergingen 1997 in Bayern und Niedersachsen, wo bereits im Jahr der Straftat 43,3 bzw. 42,0% der diesbezüglichen Strafverfahren abgeschlossen waren. Im Vergleich zu den alten Ländern längere Verfahrensdauern ergaben sich 1997 für die östlichen Bundesländer, soweit für diese Ergebnisse zur Strafverfolgungsstatistik vorlagen, und für Berlin. So lag in Sachsen bei 18,5% der im Berichtsjahr 1997 verurteilten Personen die sanktionierte Straftat bereits länger als zwei Jahre zurück; in Berlin war dies bei 18,7%, in Thüringen bei 20,9% und in Brandenburg bei 39,3% der 1997 Verurteilten der Fall. Diese späten Verurteilungen erfolgten zum Teil wegen „aufgearbeiteter“ Straftaten, die noch zu DDR-Zeiten begangen worden waren und nach DDR-Strafrecht abgeurteilt wurden.

Schaubild 7



Resümee

Die vorgestellten Ergebnisse aus der Strafverfolgungsstatistik legen nahe, daß die Sanktionsmöglichkeiten, die das Strafrecht bietet, in den Ländern mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung angewendet werden. Allerdings lassen sich auf der Grundlage der verfügbaren Daten die Einflüsse der Deliktstruktur sowie der vorgerichtlichen justiziellen Maßnahmen auf die Sanktionspraxis der Strafgerichte nur ansatzweise herausfiltern.

Die vorliegenden Zahlen zur Strafverfolgung in Brandenburg, Sachsen und Thüringen illustrieren regionale Besonderheiten bezüglich der Deliktstruktur und der Anwendung des Strafrechts in den betreffenden Ländern. Repräsentative Aussagen zum gesamten Gebiet der neuen Länder lassen sich erst treffen, wenn die Strafverfolgungsstatistik dort flächendeckend eingeführt ist.

Die Strafverfolgungsstatistik allein kann die Kriminalitätsentwicklung nicht abbilden, da die zahlenmäßige Entwicklung der Verurteiltenzahlen außer von der Zu- bzw. Abnahme der Straftaten von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängig ist. Sie ist aber eine unverzichtbare Informationsquelle für die Strafrechtspolitik. Der von der neuen Regierung geplante Sicherheitsbericht will daher alle verfügbaren Datensammlungen zum Bereich der Kriminalität – die polizeilichen Kriminalstatistiken, Opferbefragungen wie auch die Informationen der Strafverfolgungsstatistik zur strafgerichtlichen Bewertung und Sanktionierung der Kriminalität – in einen Zusammenhang stellen, um die Kriminalitätsentwicklung umfassend darzustellen.

Dipl.-Sozialwissenschaftler Stefan Brings

Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland

1 Bedeutung der Wissenschafts- und Technologieindikatoren

Forschung und experimentelle Entwicklung (FuE), Innovation und Aus- und Fortbildung, Unternehmensorganisation und Marktkenntnis bestimmen in den Industrieländern zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaften.¹⁾ Diese Volkswirtschaften werden durch die Produktion, Verteilung und Nutzung von Wissen und Information wesentlich beeinflusst und mit dem Modell einer „wissensbasierten Wirtschaft“ beschrieben.²⁾ Hier wird verstärkt die Rolle von Innovationen und der Diffusion von Wissen analysiert. In der wissenschaftlichen Diskussion wird versucht, alle Komponenten der wissensbasier-

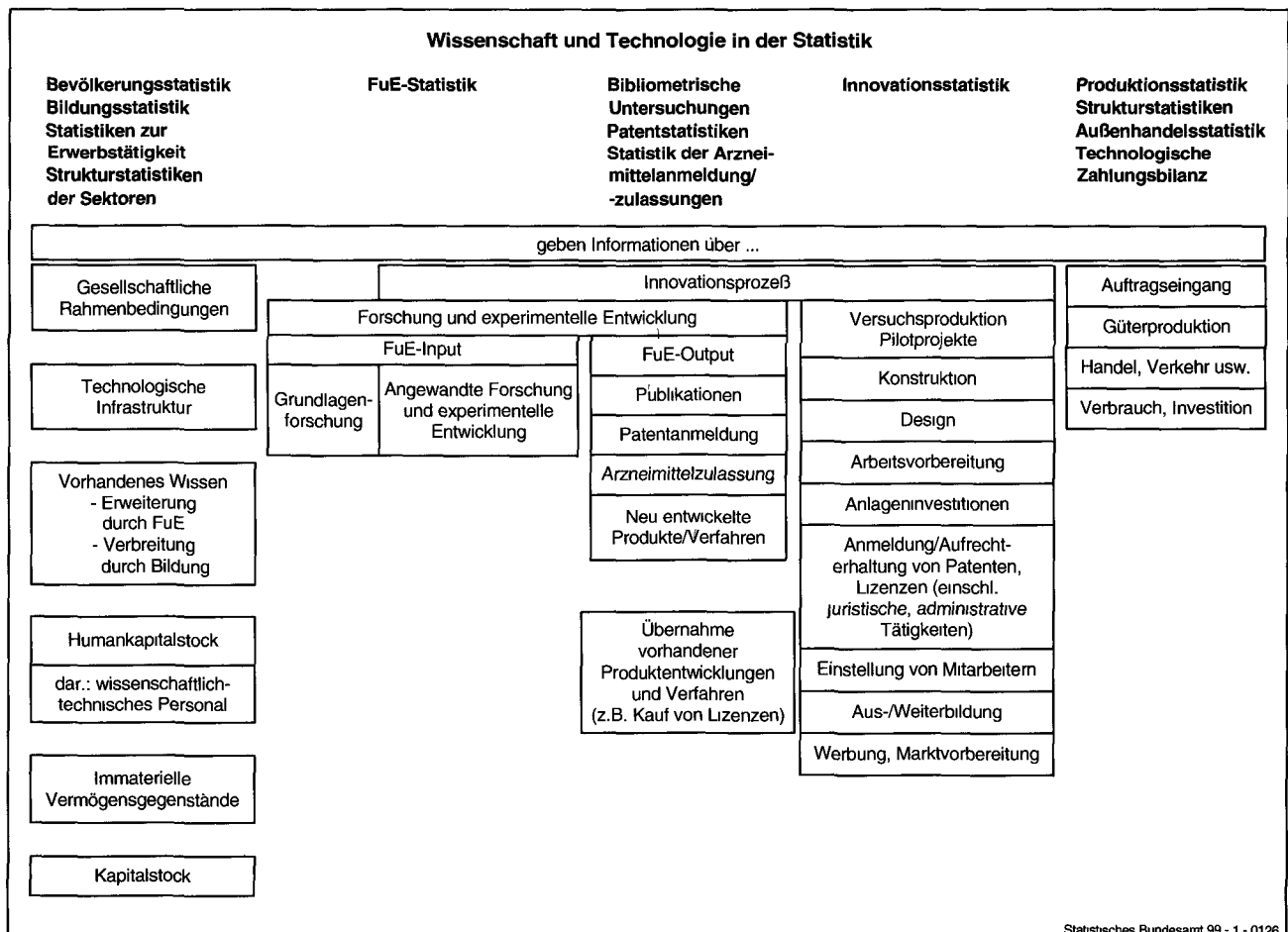
ten Wirtschaft im Zusammenhang zu sehen und die relevanten Einflußfaktoren für die Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaften aufzuspüren. Daher kann der Bereich Wissenschafts- und Technologiestatistiken nicht exakt abgegrenzt werden. Der Schwerpunkt der Betrachtungen liegt allerdings auf der Beobachtung der Phänomene, die vor der Produktionsaufnahme liegen, mittel- oder langfristig aber die Produktionstätigkeit beeinflussen.

Einen Überblick über die in die Betrachtung einbezogenen Statistiken gibt Schaubild 1. In ihm sind die einzelnen Wissenschafts- und Technologiestatistiken den einzelnen Etappen des Entwicklungsprozesses eines Gutes zugeordnet worden. Um die Transparenz zu erhalten, wurde eine lineare Darstellung gewählt. In der Realität ist jedoch von einem dynamischen System auszugehen, in dem zwischen den einzelnen Komponenten eine Vielzahl von Interdependenzen bestehen.

Ursprünglich standen auf nationaler und internationaler Ebene die Statistiken über FuE im Mittelpunkt der Betrachtung. Dabei wurde in erster Linie der FuE-Input (FuE-Aufwendungen und das FuE-Personal) untersucht, zunächst noch nicht der Erfolg der FuE-Aktivitäten. Um Aussagen über das Ergebnis von FuE zu erhalten, wurden später Outputstatistiken über Patente, wissenschaftliche Literatur oder die Ergebnisse von Innovationen entwickelt.

¹⁾ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): "Business and industry policies for knowledge-based economies" in OECD Observer No. 215, Januar 1999, S. 10
²⁾ Siehe OECD "The Knowledge-based Economy", Paris 1996, S. 9 ff

Schaubild 1



Statistisches Bundesamt 99 - 1 - 0126

Folgende Aufgaben und Ziele werden mit den Wissenschafts- und Technologiestatistiken verfolgt:

- Bereitstellung von Indikatoren zur Beurteilung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und Regionen
- Beobachtung des Technologiestandes der Volkswirtschaften und Unternehmen (FuE-intensive Wirtschaftszweige, FuE-intensive Waren)
- Dokumentation der FuE-Tätigkeiten (Ressourcen für FuE und Output der FuE-Prozesse)
- Beschreibung der Innovationstätigkeit, des Innovationserfolges und der Innovationshemmnisse der Unternehmen
- Beobachtung der menschlichen Ressourcen für Wissenschaft und Technologie (Humankapitalstock, Humankapitalbildung)
- Beobachtung der öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Technologie (Darstellung der Unterschiede in der öffentlichen „Subventionierung“ von Wissenschaft und Technologie in den einzelnen Volkswirtschaften, um die Chancengleichheit der Unternehmen verschiedener Länder im globalen Wettbewerb aufzuzeigen)
- Bereitstellung von Basisdaten zur Evaluierung von FuE- und Technologieprogrammen

Für die Analyse der Wissenschafts- und Technologiedaten ist von besonderer Bedeutung, daß die Daten für die Staaten und Regionen in vergleichbarer Form dargestellt werden. Aufgrund der Vielzahl der Statistiken, die zur Analyse herangezogen werden, ist ebenfalls die Verknüpfung der Daten aus den verschiedenen Quellen von großer Bedeu-

tung, um die Ursachen für die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und Regionen aufzuzeigen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) befassen sich seit Jahren mit der internationalen Abstimmung von Wissenschafts- und Technologiestatistiken. In den entsprechenden Arbeitsgruppen sind von deutscher Seite das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Statistische Bundesamt vertreten. Zu bestimmten Themen werden aber auch Mitglieder von Forschungseinrichtungen und Hochschulen oder andere Fachleute des Wissenschafts- und Technologiebereichs hinzugezogen. Diese Heterogenität des Teilnehmerkreises ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es für die Durchführung der Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland keine bzw. keine einheitliche Rechtsgrundlage gibt und daher viele Daten aus dem nichtamtlichen Bereich stammen oder durch Sonderaufbereitungen vorhandener Statistiken gewonnen werden.

In diesem Beitrag werden die Konzepte und Erhebungsverfahren einzelner Wissenschafts- und Technologiestatistiken vorgestellt. Da regionalisierte Daten von zunehmender Bedeutung nicht nur für die Europäische Union zur Formulierung und Evaluierung der Regionalpolitik, sondern auch für die nationale Wissenschafts- und Technologiepolitik sind, werden zu den einzelnen Statistiken, soweit möglich, regionalisierte Ergebnisse präsentiert. Die Regionalisierung der Daten verursacht eine Reihe von methodischen und praktischen Problemen, auf die bereichsweise eingegangen werden soll. Eurostat hat ein Handbuch zur Regionalisierung herausgegeben, in dem die wichtigsten

Überblick über die für Wissenschaft und Technologie relevanten Statistiken

Charakteristika	FuE-Erhebung bei den öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen	FuE-Berechnungen auf der Basis der Hochschulstatistiken	Wissenschaftsausgaben in Jahresrechnung und Haushaltsansatzstatistik
Durchführende Stelle	Statistisches Bundesamt	Statistisches Bundesamt	Statistisches Bundesamt
Rechtsgrundlage	Finanz- und Personalstatistikgesetz	Hochschulstatistikgesetz	Finanz- und Personalstatistikgesetz
Berichtskreis	öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Institute an Hochschulen	private und öffentliche Hochschulen sowie Bundes- und Landesstellen, die Mittel für die Hochschulen bewirtschaften oder Personal verwalten	Bund, Länder und Gemeinden (einschl. Gemeinde- und Zweckverbanden), Sozialversicherung und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen
Anzahl der Erhebungseinheiten	ca. 900 Einrichtungen	ca. 350 Einrichtungen	ca. 21 600 öffentliche Haushalte
Berichtsweg	Auskunftspflichtige → Statistisches Bundesamt (zentrale Erhebung)	Auskunftspflichtige → Statistische Landesämter → Statistisches Bundesamt	Auskunftspflichtige → Statistische Landesämter → Statistisches Bundesamt
Art der Erhebung	Totalerhebung mit Auskunftspflicht	Totalerhebung mit Auskunftspflicht	Sekundärstatistik
Periodizität	jährlich	jährlich	jährlich
Erhebungsmerkmale	Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Wissenschaftszweigen, Art der Einrichtung, Aufgaben der Einrichtung, Personal nach Alter, Geschlecht, Vergütungsgruppe, Arbeitsvertragsverhältnis, Bildungsabschluß und Dienstort, FuE-Anteil an der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals, Ausgaben nach sozioökonomischen Forschungszielen, Einnahmen nach Mittelgebern	Einnahmen und Ausgaben in fachlicher und organisatorischer Zuordnung und in haushaltsmäßiger Gliederung, haupt- und nebenberuflich tätiges Personal nach Personalgruppen, nach Facherguppen, nach Art der Finanzierung, nach Alter und nach Geschlecht	Rechnungsergebnisse und Haushaltsansätze nach Aufgabenbereichen und Einnahme- und Ausgabearten
Veröffentlichungen (zur Methodik, Ergebnisse)	Statistisches Bundesamt Fachserie 14, Reihe 3.6, Bundesministerium für Bildung und Forschung Bundesbericht Forschung	Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 4.3.2, Bundesministerium für Bildung und Forschung Bundesbericht Forschung	Statistisches Bundesamt Fachserie 14, Reihe 3.4, Bundesministerium für Bildung und Forschung Bundesbericht Forschung

noch. Überblick über die für Wissenschaft und Technologie relevanten Statistiken

Charakteristika	Ausgaben der staatlichen Haushalte für FuE nach sozioökonomischen Forschungszielen	Technologische Zahlungsbilanz	Strukturerhebungen des Produzierenden Gewerbes
Durchführende Stelle	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Deutsche Bundesbank	Statistisches Bundesamt
Rechtsgrundlage	keine	Außenwirtschaftsgesetz	EU-Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik
Berichtskreis	Haushalte von Bund und Ländern	Gebietsansässige, wenn sie im Einzeillauf Zahlungen von mehr als 5 000 DM für Käufe von Gebietsfremden oder Verkäufe an Gebietsfremde leisten oder entgegennehmen	Unternehmen in den Bereichen Bergbau, Gewinnung von Steinen, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe
Anzahl der Erhebungseinheiten	17	unterschiedlich	ca 25 000
Berichtsweg	Statistisches Bundesamt → Bundesministerium für Bildung und Forschung → Eurostat	Auskunftspflichtige → Landeszentralbanken → Deutsche Bundesbank	Auskunftspflichtige → Statistisches Bundesamt (zentrale Erhebung)
Art der Erhebung	Sekundärerhebung	Erhebung mit Auskunftspflicht	geschichtete Stichprobe auf der Basis des Unternehmensregisters
Periodizität	jährlich	monatlich	jährlich
Erhebungsmerkmale	Rechnungsergebnisse und Haushaltsansätze für FuE nach sozioökonomischen Forschungszielen	Einnahmen und Ausgaben im internationalen Handel mit Patenten, Lizenzen FuE und Ingenieurleistungen nach Wirtschaftszweigen und Ländern	Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche FuE, FuE-Personal
Veröffentlichungen (zur Methodik, Ergebnisse)	Eurostat: Forschung und Entwicklung Jährliche Statistiken, Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung	Deutsche Bundesbank: Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung	
Bemerkungen			Die Erhebung wird ab dem Berichtsjahr 1999 durchgeführt. Das Erhebungskonzept steht noch nicht endgültig fest

Charakteristika	FuE-Erhebung im Wirtschaftssektor	Innovationserhebungen	Patentstatistiken	Bibliometrische Untersuchungen wissenschaftlicher Literatur
Durchführende Stelle	Stiftungsverband Wissenschaftsstatistik GmbH	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH	Eurostat, Deutsches Patentamt	u. a. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung
Rechtsgrundlage	keine	keine	keine	keine
Berichtskreis	Unternehmen, die FuE durchführen, und Institute für Gemeinschaftsforschung	Unternehmen	Patentanmeldungen am Deutschen oder Europäischen Patentamt	wissenschaftliche Literatur
Anzahl der Erhebungseinheiten	ca 18 000	etwa 20 000 Unternehmen	unterschiedlich	unterschiedlich
Berichtsweg	zentrale Erhebung	zentrale Erhebung	Auswertung von Patentdatenbanken	Auswertung von Datenbanken
Art der Erhebung	Totalerhebung der Großunternehmen und der Institute für Gemeinschaftsforschung, Teilerhebung bei kleinen und mittleren Unternehmen	Panel, Stichprobe	Sekundärstatistik	Sekundärstatistik
Periodizität	alle zwei Jahre, Schätzungen in der Zwischenzeit	jährlich	beliebig	beliebig
Erhebungsmerkmale	allgemeine Angaben zum Unternehmen, neue Produkte, FuE-Gesamtaufwendungen, Finanzierung der FuE-Gesamtaufwendungen, FuE-Personal, FuE-Planungen, FuE-Standorte, FuE im Ausland	allgemeine Angaben zum Unternehmen, Innovationsprojekte, Ausgaben für Innovations- und FuE-Projekte, Ziele und Auswirkungen von Innovationen, Faktoren, die Innovationen fördern oder behindern	angemeldete oder erteilte Patente	Stichwörter nach Häufigkeit und Zusammenhang, in dem sie stehen
Veröffentlichungen (zur Methodik, Ergebnisse)	Stiftungsverband Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE in der Wirtschaft, FuE-Info, Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: Innovationsverhalten im Verarbeitenden Gewerbe, Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor	u. a. Eurostat: Forschung und Entwicklung: Jährliche Statistiken, Deutsches Patentamt: Jahresbericht	u. a. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung: Mapping of Structures in Science & Technology

methodischen Fragen und Regelungen dargestellt werden.³⁾

2 Die einzelnen Wissenschafts- und Technologiestatistiken

Die vorstehende Übersicht stellt die Konzepte und Erhebungsverfahren der für Wissenschaft und Technologie relevanten Statistiken zusammenfassend dar. Die wichtigsten Ergebnisse der Wissenschafts- und Technologiestatistiken werden regelmäßig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Bundesbericht Forschung bzw. im Faktenbericht zum Bundesbericht Forschung veröffentlicht.

2.1 Statistiken über Forschung und Entwicklung

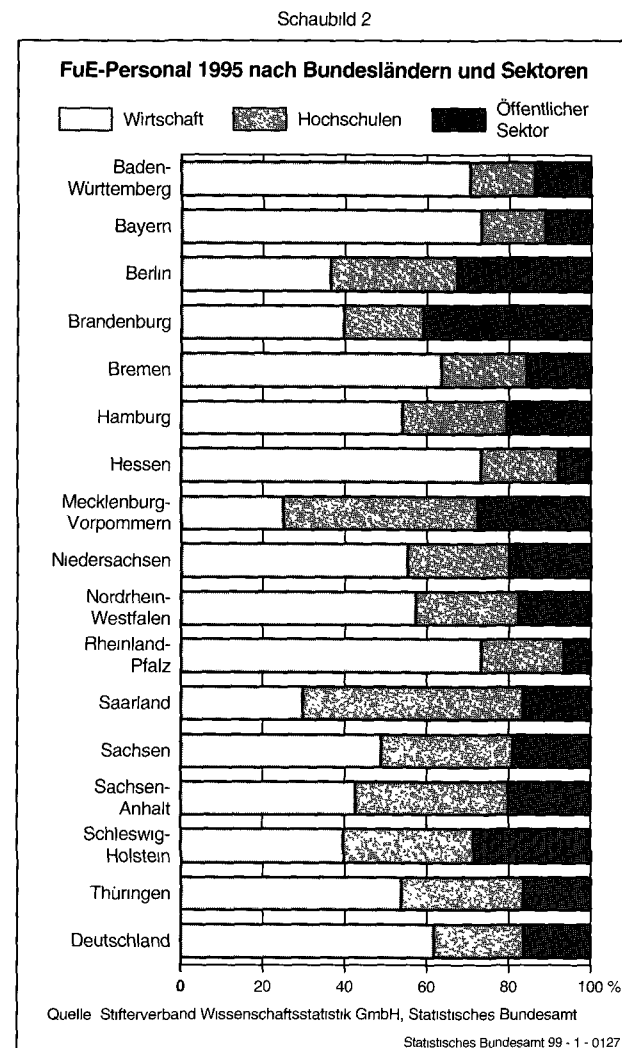
2.1.1 Allgemeines

Statistiken über FuE werden seit langem auf der Basis einer international harmonisierten Methodik erhoben und bilden deshalb den Grundstock der Wissenschafts- und Technologiestatistiken. Methodische Grundlage zur Sicherung international vergleichbarer Daten zu FuE-Ausgaben und FuE-Personal ist das Frascati Handbuch der OECD zur Erhebung von Forschung und experimenteller Entwicklung. Seit seiner ersten Veröffentlichung 1963 wurde dieses Methodenwerk mehrmals überarbeitet und liegt nun in der 5. Auflage vor. FuE wird darin definiert als systematische, schöpferische Arbeit zur Erweiterung des Kenntnisstands, einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft, sowie dessen Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.⁴⁾

Demnach ist das Hauptkriterium für die Abgrenzung von FuE gegenüber verwandten Tätigkeiten das Vorhanden-

³⁾ Siehe Eurostat „Die regionale Dimension der FuE- und Innovationsstatistik“, Luxemburg 1996

⁴⁾ Siehe OECD „Proposed Standard Practice for Surveys of Research and Experimental Development – Frascati Manual 1993“, Paris 1994, S. 29



sein eines nennenswerten Elements von Weiterentwicklung. In Anlehnung an das Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in der FuE-Statistik die Sektoren Wirtschaft, Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck und Ausland dargestellt. Die Hochschulen

Tabelle 1: FuE-Ausgaben nach Ländern und Sektoren

Land	Wirtschaft		Hochschulen ¹⁾		Öffentlicher Sektor		Insgesamt	Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt
	1995	1996 ²⁾	1995	1996	1995	1996		
	Mill. DM						1995	%
Baden-Württemberg	13 755		2 137	2 210	2 301	2 278	18 193	3,68
Bayern	12 440		2 192	2 371	1 484	1 515	16 116	2,78
Berlin	1 932		1 201	1 165	1 595	1 564	4 728	3,10
Brandenburg	355		177	205	458	481	991	1,45
Bremen	740		187	194	213	211	1 140	2,94
Hamburg	1 420		514	533	476	480	2 411	1,80
Hessen	5 531		1 065	1 052	506	502	7 102	2,13
Mecklenburg-Vorpommern	104		235	265	148	162	487	1,06
Niedersachsen	3 235		1 160	1 219	1 027	1 094	5 422	1,80
Nordrhein-Westfalen	8 103		2 781	2 948	2 277	2 145	13 161	1,71
Rheinland-Pfalz	2 188		466	484	195	206	2 849	1,88
Saarland	130		190	185	79	83	399	0,92
Sachsen	1 134		798	845	635	684	2 567	2,21
Sachsen-Anhalt	366		366	373	250	261	983	1,46
Schleswig-Holstein	512		406	423	330	359	1 249	1,17
Thüringen	501		342	370	217	235	1 060	1,75
Nicht nach Bundesland erfaßt	386		210	124	65	70	661	
Insgesamt	52 835	53 600	14 430	14 967	12 255	12 332	79 520	2,30

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH, Statistisches Bundesamt

¹⁾ Einschl. (Post-) Graduiertenförderung – ²⁾ Keine regionalisierten Daten verfügbar

werden aufgrund ihrer großen Bedeutung im Bereich FuE als zusätzlicher Sektor ausgewiesen. 1996 wurden in Deutschland für FuE 80,9 Mrd. DM ausgegeben. Mit 66% entfiel der Großteil der Ausgaben auf den Wirtschaftssektor. Im Hochschulsektor wurden 19% und im öffentlichen Sektor 15% der Ausgaben für FuE eingesetzt.

Tabelle 1 stellt die Verteilung der FuE-Ausgaben auf die Bundesländer dar. Die Höhe der FuE-Ausgaben in den Bundesländern ist natürlich stark von der Größe des jeweiligen Bundeslandes abhängig. Um diesen Effekt beim Ländervergleich auszuschalten, werden die FuE-Ausgaben in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt der Bundesländer gesetzt. Im Durchschnitt betragen 1995 die FuE-Ausgaben 2,3% des Bruttoinlandsprodukts. Überdurchschnittlich hohe Relationen wurden für Baden-Württemberg (3,7%), Berlin (3,1%), Bremen (2,9%) und Bayern (2,8%) berechnet. Relativ niedrig sind die FuE-Ausgaben im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein (1,2%), Mecklenburg-Vorpommern (1,1%) und im Saarland (0,9%)

1996 waren 453 679 Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung tätig. Ein Vergleich der Verteilung des FuE-Personals auf die Sektoren in Schaubild 2 zeigt, welche Bedeutung die Sektoren für die Forschungslandschaft in den einzelnen Bundesländern haben. In Rheinland-Pfalz (73,2%), Bayern (73,1%), Hessen (73,1%) und Baden-Württemberg (70,5%) war 1995 ein besonders großer Anteil des FuE-Personals im Wirtschaftssektor tätig. Dagegen verzeichneten das Saarland (53,7%), Mecklenburg-Vorpommern (47,4%) und Sachsen-Anhalt (37,3%) vergleichsweise hohe Anteile des Hochschulsektors am FuE-Personal. Relativ große Anteile am FuE-Personal entfielen in Berlin (32,7%) und vor allem in Brandenburg (40,9%) auf den öffentlichen Sektor.

2.1.2 FuE-Erhebungen im Wirtschaftssektor

2.1.2.1 FuE-Erhebung der Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH

FuE-Daten im Wirtschaftssektor werden von der Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH, einer Einrichtung

des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e. V., im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhoben. Erfragt werden neben allgemeinen Angaben zum Umsatz, den Beschäftigten, den Investitionen und der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Unternehmen Informationen zu neu ins Produktionsprogramm aufgenommenen Produkten, zu den FuE-Gesamtaufwendungen, zur Finanzierung der FuE-Gesamtaufwendungen, zum FuE-Personal, zu den FuE-Planungen für die kommenden Jahre, zu den Standorten, an denen FuE durchgeführt wird und zur FuE im Ausland⁵⁾ Erfaßt werden Unternehmen und Einrichtungen ohne Erwerbzweck, die in erster Linie für Unternehmen arbeiten. Entsprechend dem Erhebungskonzept der Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH wird alle zwei Jahre eine Totalerhebung bei den Unternehmen durchgeführt, die FuE betreiben. Die Daten für die Zwischenjahre werden anhand von Plandaten und einer Erhebung bei ausgewählten Unternehmen geschätzt.

An der umfassenden Erhebung 1995 beteiligten sich 17 868 Unternehmen und 352 Institute für Gemeinschaftsforschung⁶⁾ Da die Erhebung auf freiwilliger Basis stattfindet, werden Antwortausfälle durch wiederholtes schriftliches und telefonisches Nachfragen, Angaben aus Geschäftsberichten, Einsatz von Vorjahreswerten und Branchendurchschnitten bereinigt. Angestrebt wird, für die Großunternehmen möglichst vollständige Daten zu erhalten und auch die Antwortausfälle bei den kleinen und mittleren Unternehmen soweit als möglich zu bereinigen. Für die kleinen und mittleren Unternehmen, über die keine Informationen vorlagen, wurde 1995 erstmals eine Non-response-Analyse durchgeführt. Dabei wurde aus dem Kreis der nichtantwortenden Unternehmen eine Stichprobe gezogen. Bei der Befragung der in dieser Stichprobe enthaltenen Unternehmen wurde versucht, einen möglichst vollständigen Rücklauf zu erreichen, um die Ergeb-

⁵⁾ Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH erfaßt nur FuE in den Bereichen Natur-, Ingenieur-, medizinische und Agrarwissenschaften und schließt damit geistes- und sozialwissenschaftliche FuE aus

⁶⁾ Siehe Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH „Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997“, Essen 1998, S. 30 ff

Tabelle 2: FuE-Personal nach Ländern und Sektoren

Land	FuE-Personal in Vollzeitäquivalenten							
	Wirtschaft		Hochschulen ¹⁾		Öffentlicher Sektor		insgesamt	
	1995	1996 ²⁾	1995	1996	1995	1996	1995	1996
Baden-Württemberg	66 024		14 736	15 254	12 852	12 284	93 612	
Bayern	64 685		13 891	14 311	9 940	9 845	88 516	
Berlin	11 076		9 400	8 889	9 943	9 579	30 419	
Brandenburg	2 821		1 381	1 513	2 911	2 762	7 113	
Bremen	3 477		1 133	1 288	864	844	5 474	
Hamburg	7 312		3 431	3 502	2 789	2 809	13 532	
Hessen	29 549		7 639	7 341	3 215	3 214	40 403	
Mecklenburg-Vorpommern	1 018		1 927	1 896	1 122	1 180	4 067	
Niedersachsen	18 383		8 232	8 596	6 655	7 160	33 270	
Nordrhein-Westfalen	44 541		19 492	19 691	13 782	13 659	77 815	
Rheinland Pfalz	12 684		3 494	3 632	1 143	1 267	17 321	
Saarland	777		1 406	1 412	435	503	2 618	
Sachsen	9 891		6 513	6 932	3 863	3 952	20 267	
Sachsen-Anhalt	3 267		2 860	2 789	1 547	1 577	7 674	
Schleswig-Holstein	3 272		2 618	2 611	2 362	2 238	8 252	
Thüringen	4 538		2 520	2 503	1 395	1 498	8 453	
Nicht nach Bundesland erfaßt	-		-	-	331	353	331	353
insgesamt	283 316	276 794	100 674	102 160	75 148	74 725	459 138	453 679

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH, Statistisches Bundesamt

¹⁾ Einschl. Stipendiaten der (Post-) Graduiertenförderung – ²⁾ Keine regionalisierten Daten verfügbar

nisse dieser Stichprobe auf die übrigen nichtantwortenden Unternehmen übertragen zu können.

Um einen Maßstab für die Repräsentativität zu haben, werden Daten zu den Beschäftigten, die die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH in ihrer FuE-Erhebung ermittelt, mit den Daten des Statistischen Bundesamtes zu den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe verglichen. Der Anteil der in der FuE-Erhebung ermittelten Beschäftigten an den vom Statistischen Bundesamt erhobenen Beschäftigten schwankt von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig und beträgt zum Teil über 100%. Die Ursache liegt vor allem darin, daß in Teilbereichen die wirtschaftssystematische Zuordnung der Unternehmen in der amtlichen Statistik von der der Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH abweicht. Zwar wird grundsätzlich die kleinste bilanzierende Einheit erfaßt und nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, den sie in der Meldung für die amtliche Statistik angibt, befragt, doch werden auch Konzernmeldungen akzeptiert. Zudem werden Forschungs-GmbHs und Institutionen für Gemeinschaftsforschung den Branchen zugeordnet, für die sie überwiegend tätig sind. Diese Unterschiede in der Zuordnung der Unternehmen zu Wirtschaftszweigen führt auch zu Einschränkungen in der Vergleichbarkeit anderer Daten der amtlichen Statistik mit den FuE-Daten des Wirtschaftssektors. Zur Erfassung der FuE bei den Unternehmen im Dienstleistungssektor führt die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH derzeit eine Untersuchung durch.

Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH erfaßt das FuE-Personal für einzelne Standorte. Da eine näherungsweise Regionalisierung der Aufwendungen über die Personalanteile der einzelnen Standorte möglich ist, liegen Daten in einer Gliederung nach Bundesländern und Regierungsbezirken vor.

2.1.2.2 FuE-Fragen in der Strukturhebung des Produzierenden Gewerbes

Die Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik ordnet an, daß die Mitgliedstaaten spätestens ab dem Berichtsjahr 1999 für die Bereiche Bergbau, Gewinnung von Steinen, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe auch Daten über die Aufwendungen für innerbetriebliche FuE und über das FuE-Personal in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen und in der Aufschlüsselung nach öffentlichen oder privaten Unternehmen liefern sollen.

Nach dem derzeitigen Stand der Überlegungen sollen diese Merkmale in die Kostenstrukturhebungen im Produzierenden Gewerbe einbezogen werden. Die Kostenstrukturhebungen erfassen in Form einer geschichteten Stichprobe etwa 18 000 Erhebungseinheiten. Als Auswahlgrundlage wird das Unternehmensregister verwendet werden. Da geplant ist, den kleinen Unternehmen – im Baugewerbe Unternehmen unter 100 Beschäftigten und in den übrigen Bereichen Unternehmen mit weniger als 50 oder 20 Beschäftigten – nur einen gekürzten Erhebungsbogen vorzulegen und keine FuE-Merkmale zu erheben, wird die

FuE-Tätigkeit der kleinen Unternehmen nicht erfaßt werden. Die FuE-Daten aus der Kostenstrukturhebung werden den Vorteil haben, daß sie zum einen auf dem Unternehmensregister und damit auf einer umfassenden und aktuellen Auswahlgrundlage basieren. Zum anderen orientiert sich die Zuordnung der Unternehmen zu den Wirtschaftszweigen an den Regelungen der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) und gewährleistet somit sowohl die internationale Vergleichbarkeit als auch die Vergleichbarkeit mit anderen Merkmalen der amtlichen Statistik. Außerdem gestattet die Erfassung von FuE-Merkmalen in der amtlichen Statistik die Verknüpfung der FuE-Angaben mit anderen Unternehmensdaten (z.B. Produktion, Umsatz, Beschäftigte) und eröffnet somit weite Analysemöglichkeiten. Der Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH wird es dadurch möglich sein, die Vollständigkeit ihrer Erhebung zu prüfen und die Ergebnisse der amtlichen Statistik für den Ausgleich von Antwortausfällen zu nutzen.

2.1.3 FuE-Erhebung bei den öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Die Rechtsgrundlage für diese Erhebung mit Auskunftspflicht bildet das Finanz- und Personalstatistikgesetz vom 21. Dezember 1992. Im Rahmen dieser zentralen Erhebung des Statistischen Bundesamtes werden Bundes-, Landes- und andere öffentliche Forschungseinrichtungen, rechtlich selbständige Organisationen ohne Erwerbszweck für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, sofern sie öffentliche Zuwendungen von mehr als 300 000 DM erhalten, und rechtlich selbständige Institute an Hochschulen befragt. Jährlich werden das Personal sowie die Einnahmen und Ausgaben nach Arten und Wissenschaftszweigen, die Art der Einrichtung, ihre Aufgaben und der Anteil der FuE an der Gesamttätigkeit des wissenschaftlichen Personals erfaßt. Alle vier Jahre werden darüber hinaus die Ausgaben nach sozioökonomischen Forschungszielen und Technologiebereichen und die Einnahmen nach Mittelgebern erhoben. 1996 wurden 886 Einrichtungen in die Erhebung einbezogen.

Die Ausgaben für FuE werden berechnet, indem die Ausgaben mit dem Anteil der FuE-Tätigkeit an der Gesamttätigkeit des wissenschaftlichen Personals multipliziert werden. Somit basiert die Berechnung der Ausgaben für FuE auf der Annahme, daß sich die Ausgaben proportional zur Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals auf FuE- und Nicht-FuE-Tätigkeiten verteilen. Um die Belastung für die Auskunftspflichtigen möglichst gering zu halten, werden Ungenauigkeiten, die sich dadurch ergeben, daß der FuE-Koeffizient der Einrichtung für alle Wissenschaftsgebiete und Ausgabearten gilt, in Kauf genommen.⁷⁾

Während die Ausgaben, die Einnahmen und der FuE-Anteil nur für die komplette Einrichtung ohne Standortbezug

⁷⁾ Siehe Brugger, P. „Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung“ in WiSta 10/1996, S. 651 ff.

erfaßt werden, wird das Personal auch in der Gliederung nach Standorten erhoben. Im Rahmen der Aufbereitung werden die Wissenschafts- und FuE-Ausgaben unter Zuhilfenahme der Verteilung des Personals auf die einzelnen Standorte der Einrichtung den einzelnen Regierungsbezirken näherungsweise zugeordnet. Aus Geheimhaltungs- und methodischen Gründen werden nur Eckdaten zu den FuE-Ausgaben und zum FuE-Personal nach Regierungsbezirken dargestellt.

2.1.4 FuE-Berechnungen auf der Basis der Hochschulstatistiken

Die Basisdaten über die FuE-Aktivitäten der Hochschulen stammen aus der Hochschulfinanz- und der Hochschulpersonalstatistik, die auf der Grundlage des Hochschulstatistikgesetzes vom 2. November 1990 durchgeführt werden. Unabhängig von der Trägerschaft zählen zu den Hochschulen Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen sowie Verwaltungsfachhochschulen. Ebenfalls den Hochschulen zugeordnet werden die Hochschulkliniken, die Sonderforschungsbereiche sowie die Einrichtungen der Hochschulen, deren Ausgaben und Einnahmen in den Hochschulhaushalt einbezogen werden. 1996 wurden in der Finanzstatistik 338 Hochschulen und 37 Hochschulkliniken erfaßt. In der Hochschulfinanzstatistik werden Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen in fachlicher und organisatorischer Zuordnung und in haushaltmäßiger Gliederung erhoben. Die Hochschulpersonalstatistik stellt das gesamte an Hochschulen haupt- und nebenberuflich tätige Personal nach Personalgruppen, nach Fächergruppen, nach Art der Finanzierung, nach Alter und nach Geschlecht dar

Das Verfahren zur Berechnung von FuE-Ausgaben und FuE-Personal im Hochschulsektor basiert auf den internationalen Konventionen des Frascati Handbuchs.⁸⁾ Es geht grundsätzlich von der Trennung von „Grundmittelforschung“ und „Drittmittelforschung“ aus. Während aus Drittmitteln finanzierte Ausgaben und Personal insgesamt der FuE zugeordnet werden, werden die FuE-Ausgaben und das FuE-Personal aus den Grundmitteln der Hochschulen mit Hilfe von FuE-Koeffizienten ermittelt. Hierbei geht man ebenfalls von der Annahme aus, daß sich die Hochschulausgaben sowie das -personal proportional zur Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals den einzelnen Hochschulfunktionen zuordnen lassen. Allerdings werden die FuE-Koeffizienten nicht – wie bei den öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen – erhoben, sondern durch ein detailliertes Verfahren, das auf Daten aus der Hochschulpersonal-, Studierenden- und Prüfungsstatistik beruht, berechnet

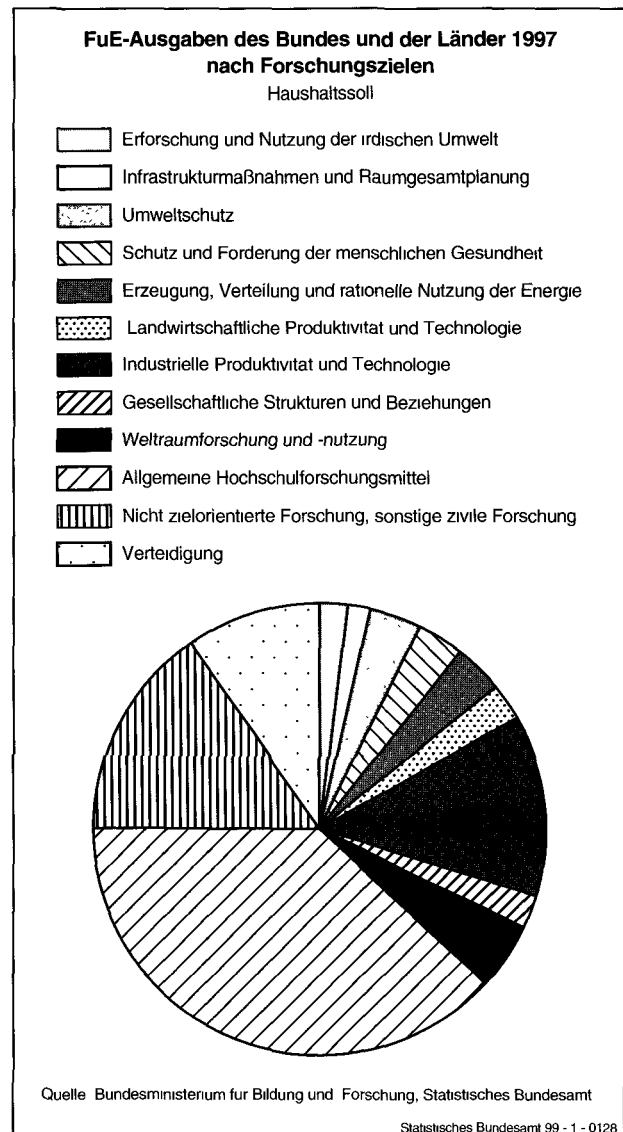
Das Statistische Bundesamt führt die FuE-Berechnungen auf der Ebene der einzelnen Hochschule durch und faßt die Ergebnisse auf Regierungsbezirks-, Landes- und

Bundesebene zusammen. Nach dem Hochschulstatistikgesetz dürfen die Ergebnisse der Hochschulstatistiken grundsätzlich auf der Ebene der einzelnen Hochschule veröffentlicht werden. Auch lassen sich die Hochschulen bis auf wenige Einzelfälle einem Regierungsbezirk regional zuordnen. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß die bundeseinheitlichen FuE-Koeffizienten die FuE-Tätigkeiten, die aus der Grundausstattung der einzelnen Hochschule finanziert werden, nur verzerrt widerspiegeln. Insofern ist es auch hier zweckmäßig, nur Eckdaten über die FuE-Ausgaben und das FuE-Personal auf Regierungsebene zu publizieren

2.1.5 Ausgaben der staatlichen Haushalte für Forschung und experimentelle Entwicklung nach sozioökonomischen Forschungszielen

Während die oben beschriebenen Statistiken bei den Einrichtungen, die FuE durchführen, erhoben werden, bezieht sich die Statistik der Ausgaben für FuE nach sozioökonomischen Forschungszielen auf die öffentlichen Haushalte

Schaubild 3



⁸⁾ Siehe Hetmeier, H.-W. „Methodik der Berechnung der Ausgaben und des Personals der Hochschulen für Forschung und experimentelle Entwicklung ab dem Berichtsjahr 1995“ in WiSta 2/1998, S. 154 ff

als Mittelgeber für FuE. Im Rahmen dieser Sekundärstatistik erfaßt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Rechnungsergebnisse und Haushaltsansätze im Bundeshaushalt und das Statistische Bundesamt die entsprechenden Daten in den Haushalten der Bundesländer. Die aufgrund der Auswertung von Haushaltsansätzen ermittelten Ausgaben der staatlichen Haushalte für FuE nach sozioökonomischen Forschungszielen lassen zwar eine Prognose über die Entwicklung der öffentlichen Forschungsförderung zu, sind jedoch mit gewissen Unsicherheiten behaftet, da nicht alle Haushaltsansätze zwangsläufig auch zu öffentlichen Ausgaben führen. Zudem werden die Ziele, die die öffentliche Hand durch ihre Finanzmittel anstrebt, nicht immer von den Empfängern umgesetzt. Bei der Interpretation ist zu beachten, daß durch die Globalisierung der Haushalte die Zuordnung vieler Haushaltstitel zu den sozioökonomischen Forschungszielen nur schwerpunktmäßig oder mit Hilfe von Zusatzinformationen, die bei den Landesministerien eingeholt werden, möglich ist. Dennoch bilden diese Daten eine wichtige Grundlage, um die Forschungspolitik in den Ländern der Europäischen Union zu koordinieren.

Schaubild 3 zeigt, daß 1997 der größte Teil der öffentlichen Ausgaben für FuE von insgesamt 31,1 Mrd. DM auf allgemeine Hochschulforschungsmittel entfiel (38,2%) 12,9% der öffentlichen Ausgaben für FuE wurden für Forschungsvorhaben zur Förderung der industriellen Produktivität und Technologie und 9,6% für die Verteidigung ausgegeben. Weitere bedeutende Forschungsziele waren die Weltraumforschung und -nutzung (4,8%), der Umweltschutz (3,7%), die Erzeugung, Verteilung und rationelle Nutzung der Energie (3,5%) und Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit (3,4%).

2.2 Innovationserhebung

Die Bedeutung von Innovationen für die Entwicklung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaften steht auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion im Mittelpunkt des Interesses. Der Begriff Innovation wird jedoch mit recht unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Nach der allgemein anerkannten Definition

der OECD werden unter Innovationen neue oder merklich verbesserte Produkte, die ein Unternehmen anbietet (Produktinnovationen), oder neue oder merklich verbesserte Fertigungs-/Verfahrenstechniken, die in einem Unternehmen eingeführt werden (Prozeßinnovationen), verstanden.⁹⁾ Aufbauend auf den methodischen Arbeiten der OECD führte die Europäische Union 1993 und 1997 Innovationserhebungen (CIS – Community Innovation Surveys) mit dem Ziel durch, EU-weit harmonisierte Verfahren und Definitionen anzuwenden und damit zu vergleichbaren Daten zu gelangen. In Deutschland beteiligte sich daran das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, das im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung jährlich Innovationserhebungen durchführt. Bei dieser Erhebung handelt es sich um eine Panelerhebung auf freiwilliger Basis. Seit 1995 wird neben der Erhebung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auch eine Erhebung des Dienstleistungssektors durchgeführt.¹⁰⁾ Erfragt wird neben allgemeinen Angaben zum Unternehmen, ob das Unternehmen Innovationen durchgeführt hat, wie hoch die Ausgaben für Innovationsprojekte und FuE waren, welche Ziele und Auswirkungen die Innovationsaktivitäten hatten und welche Faktoren die Innovationen förderten oder behinderten.¹¹⁾ Aufgrund des relativ geringen Stichprobenumfangs und des geringen Rücklaufs wurden bisher keine Analysen in regionaler Gliederung vorgenommen.

2.3 Patentstatistiken

Patente sind gewerbliche Schutzrechte, die von den nationalen und internationalen Patentämtern gewährt werden und dem Inhaber ein zeitlich begrenztes Marktmonopol für seine technische Erfindung sichern. Somit kann nur der

⁹⁾ Siehe OECD/Eurostat "Proposed Guidelines for Collecting and Interpreting Technological Innovation Data – Oslo Manual", Paris 1997, S. 47 ff.

¹⁰⁾ Siehe Licht, G. u. a. „Innovationen im Dienstleistungssektor“, Baden-Baden 1997, S. 19 ff.

¹¹⁾ Siehe Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH „Innovationsverhalten im Verarbeitenden Gewerbe, Erhebung 1997“, S. 4 ff. sowie Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH „Innovationsverhalten im Dienstleistungssektor, Erhebung 1997“, S. 10 ff.

Tabelle 3: Patentanmeldungen¹⁾ im Verhältnis zu den Einwohnern und zu den Erwerbspersonen nach Bundesländern

Land	Patentanmeldungen		Patentanmeldungen je Mill. Einwohner		Patentanmeldungen je Mill. Erwerbspersonen	
	1995	1996 ²⁾	1995	1996 ²⁾	1995	1996 ²⁾
Baden-Württemberg	3 200,0	3 219,1	311,7	311,9	636,7	638,6
Bayern	2 943,0	3 125,5	247,0	260,6	489,0	519,5
Berlin	369,4	421,5	106,5	121,4	201,9	234,1
Brandenburg	61,2	71,1	24,1	28,0	48,0	55,1
Bremen	42,7	38,4	62,8	56,5	136,3	123,5
Hamburg	281,1	214,6	164,9	125,6	327,9	255,8
Hessen	1 637,0	1 590,5	273,9	264,6	573,4	554,0
Mecklenburg-Vorpommern	19,1	20,5	10,4	11,3	20,4	22,0
Niedersachsen	703,5	733,6	91,2	94,3	198,2	204,1
Nordrhein-Westfalen	3 234,8	3 199,3	181,7	178,8	414,7	408,2
Rheinland-Pfalz	935,7	952,5	236,9	239,5	517,8	520,1
Saarland	96,4	99,9	89,0	92,1	217,1	225,8
Sachsen	165,7	179,6	36,2	39,3	73,3	78,8
Sachsen-Anhalt	63,5	61,9	23,0	22,6	45,3	44,8
Schleswig-Holstein	195,0	218,2	72,0	80,1	148,1	163,8
Thüringen	72,6	100,0	28,8	40,0	57,1	78,2
Deutschland	14 075,0 ³⁾	14 332,3 ⁴⁾	172,7	175,2	361,3	366,7

Quelle: Eurostat

¹⁾ Deutsche Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt – ²⁾ Vorläufige Daten – ³⁾ Einschl. 54,4 Patentanmeldungen, die nicht regional zugeordnet werden konnten – ⁴⁾ Einschl. 86,1 Patentanmeldungen, die nicht regional zugeordnet werden konnten

Patentinhaber diese Erfindung zu Produktion, Verkauf oder anderweitiger Nutzung einsetzen. Patente werden als Outputindikatoren für Erfindertätigkeiten verwendet. Ein großer Vorteil von Patentanalysen ist, daß sie sich als Sekundärstatistiken auf die Auswertung von verschiedenen Patentdatenbanken stützen können. Außerdem können die Auswertungen auf der Basis der Internationalen Patentklassifikation, nach der sämtliche Patente eingeordnet werden, vorgenommen werden. Da sich diese Klassifikation aus mehr als 60 000 Positionen zusammensetzt, erlaubt sie eine sehr genaue Abgrenzung des Untersuchungsfeldes. Einschränkungen der Vergleichbarkeit von Patentstatistiken ergeben sich daraus, daß die Neigung, Patente anzumelden, von Land zu Land, von Unternehmen zu Unternehmen und von Technologiebereich zu Technologiebereich, in Abhängigkeit von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, von der Unternehmensstrategie und der Effizienz des Patentschutzes schwankt.¹²⁾

Wie Tabelle 3 zeigt, wurden 1996 14 332 Patente, deren Erfinder ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, beim Europäischen Patentamt angemeldet. Da in der Regel Unternehmen von ihrem Hauptsitz aus Patente anmelden, würde eine Zuordnung nach dem Anmelder dazu führen, daß das Ergebnis zugunsten der Länder, in denen relativ viele Unternehmen ihren Hauptsitz haben, ausfällt. Um die Patentanmeldungen den Regionen zuzuordnen, in denen auch die FuE-Tätigkeit erfolgte, werden sie nach der Anschrift der Erfinder regional verteilt. Gibt es zu einer Anmeldung mehrere Erfinder in verschiedenen Regionen, so wird die Patentanmeldung proportional zwischen den Regionen aufgeteilt.¹³⁾ Betrachtet man die Verteilung der Patentanmeldungen auf die Bundesländer, so fällt auf, daß in Be-

zug auf 1 Mill. Einwohner/-innen besonders viele Patentanmeldungen aus Baden-Württemberg (312), Hessen (265), Bayern (261) und Rheinland-Pfalz (240) stammen. Setzt man die Patentanmeldungen in Bezug zu 1 Mill. Erwerbepersonen, so ergibt sich wiederum, daß Baden-Württemberg (639), Hessen (554), Bayern (520) und Rheinland-Pfalz (520) relativ viele Patentanmeldungen aufweisen. Da dies genau die Bundesländer sind, in denen der Wirtschaftssektor einen relativ hohen Anteil am FuE-Personal hat, stützt dies die Annahme, daß FuE-Tätigkeit im Wirtschaftssektor relativ häufig zu Patentanmeldungen führt.

2.4 Technologische Zahlungsbilanz

Die technologische Zahlungsbilanz ist der Teil der Zahlungsbilanz eines Landes, in dem Transaktionen, die im Zusammenhang mit dem Handel von technischem Wissen stehen, erfaßt werden. Im allgemeinen werden in der technologischen Zahlungsbilanz Einnahmen und Ausgaben eines Landes für den internationalen Handel mit Patenten und Lizenzen, FuE, EDV- und Ingenieurleistungen nachgewiesen.

Wie Tabelle 4 zeigt, wies 1996 die technologische Zahlungsbilanz Deutschlands¹⁴⁾ wie auch in den Vorjahren ein Defizit (-5 356 Mill. DM) auf. Bei Patenten und Lizenzen ergab sich ein Ausgabenüberhang von 3 780 Mill. DM, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Während sich für die grenzüberschreitenden Transaktionen für FuE in den Vorjahren ein Einnahmenüberschuß errechnete, ergab sich 1996 ein Defizit von 390 Mill. DM, auch hier maßgeblich gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Bei den EDV-Leistungen wurde 1996 ein

¹²⁾ Siehe OECD "Using Patent Data as Science and Technology Indicators", Paris 1994, S. 15 ff.
¹³⁾ Siehe Eurostat: „Forschung und Entwicklung, Jährliche Statistiken“, Luxemburg 1997, S. 82.

¹⁴⁾ Eine Aufteilung der technologischen Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz nach Bundesländern würde zu Verzerrungen führen, da sämtliche Ausgaben und Einnahmen im internationalen Handel nach dem Hauptsitz der Unternehmen nachgewiesen werden.

Tabelle 4: Grenzüberschreitende Zahlungen für technologische Dienstleistungen 1996 nach Arten sowie ausgewählten Ländergruppen und Ländern

Mill. DM

Länder/Ländergruppen	Technologische Dienstleistungen insgesamt	Patente und Lizenzen			Forschung und Entwicklung	EDV-Leistungen	Ingenieurleistungen
		zusammen	Patente, Erfindungen, Verfahren	übrige Schutzrechte			
Einnahmen							
Insgesamt	16 162	5 063	3 692	1 371	4 974	2 398	3 726
darunter							
EU-Länder	8 446	1 947	1 122	825	3 464	1 231	1 805
Andere europäische Industrieländer	1 026	222	130	93	261	367	176
Japan	555	353	296	57	60	102	40
Vereinigte Staaten	3 081	1 530	1 361	169	914	384	252
Ausgaben							
Insgesamt	21 517	8 844	5 420	3 424	5 364	2 806	4 504
darunter							
EU-Länder	9 517	2 265	1 109	1 156	3 122	1 465	2 665
Andere europäische Industrieländer	2 500	1 417	1 142	274	270	423	390
Japan	379	239	230	9	67	22	51
Vereinigte Staaten	7 561	4 785	2 853	1 933	1 568	718	489
Saldo							
Insgesamt	- 5 356	- 3 780	- 1 728	- 2 053	- 390	- 408	- 777
darunter							
EU-Länder	- 1 071	- 318	+ 13	- 331	+ 342	- 234	- 860
Andere europäische Industrieländer	- 1 474	- 1 195	- 1 013	- 182	- 9	- 56	- 214
Japan	+ 176	+ 113	+ 66	+ 48	- 7	+ 89	- 11
Vereinigte Staaten	- 4 480	- 3 256	- 1 492	- 1 764	- 654	- 334	- 237

Quelle: Deutsche Bundesbank

Defizit von 408 Mill. DM nachgewiesen. Der Ausgabenüberhang bei den Ingenieurleistungen (-777 Mill. DM) ist in erster Linie gegenüber den EU-Ländern (-860 Mill. DM) entstanden.

Als Indikator für die internationale Verbreitung von Technologie und die nationale technologische Stärke ist die technologische Zahlungsbilanz allerdings nur eingeschränkt geeignet. Erstens werden in der technologischen Zahlungsbilanz auch Transaktionen wie der Handel mit Warenzeichen, Design, Mustern verbucht, die kaum etwas mit der Verbreitung von Technologie zu tun haben. Zweitens wird die technologische Zahlungsbilanz durch Konjunkturschwankungen beeinflusst und drittens wird der größte Teil der in der technologischen Zahlungsbilanz nachgewiesenen Transaktionen zwischen verbundenen Unternehmen abgewickelt, so daß die Höhe der Einnahmen und Ausgaben wesentlich von konzernpolitischen Entscheidungen beeinflusst wird.¹⁵⁾ Schließlich werden die Aktivitäten, die vermutlich am meisten zur internationalen Verbreitung von Technologie beitragen, nämlich die Imitation von Produkten durch unabhängige FuE, der internationale Handel mit hochwertigen Industrieprodukten, der Verkauf von industriellen Anlagen und die Errichtung von Vertriebs- und Produktionsstätten nicht in der technologischen Zahlungsbilanz erfaßt.¹⁶⁾ Die OECD rät deshalb, die technologische Zahlungsbilanz nur in Zusammenhang mit anderen Daten als Indikator für die internationale Verbreitung von Wissen und Technologie zu verwenden.¹⁷⁾

2.5 Bibliometrische Untersuchungen

Um Strukturen in Wissenschaft und Technik zu analysieren, einen Überblick über die wissenschaftlich-technische Entwicklung insgesamt zu bekommen oder einzelne Teilfelder zu untersuchen, werden bibliometrische Untersuchungen durchgeführt. Hierzu werden Datenbanken zu wissenschaftlicher Literatur oder Patentdatenbanken nach bestimmten Stichworten durchsucht. Bei diesen Stichworten handelt es sich entweder um Begriffe, die durch einen datenbankspezifischen Thesaurus vorgegeben werden, oder um Begriffe, die den Dokumenten vom Datenbankhersteller oder auch vom Autor zusätzlich zu den kontrollierten Begriffen zur Inhaltsbeschreibung zugeordnet wurden. Auf der Grundlage der Häufigkeit, mit der die Stichwörter gefunden werden, werden Indikatoren gebildet, die zum Beispiel die relative Stärke eines Landes in einem Wissenschaftsgebiet,¹⁸⁾ Entwicklungstrends¹⁹⁾ oder wichtige Akteure²⁰⁾ zeigen. Aufgrund der Zusammenhänge, in denen die Stichwörter auftauchen, werden Schaubilder

¹⁵⁾ Siehe Deutsche Bundesbank „Patent- und Lizenzverkehr sowie anderer Austausch von technischem Wissen mit dem Ausland in den Jahren 1990 und 1991“ in Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1992, S. 33 ff.

¹⁶⁾ Siehe Patel, P./Pavitt, K. "Patterns of Technological Activity: their Measurement and Interpretation" in Stoneman, P. (Hrsg.) "Handbook of the Economics of Innovation and Technological Change", Oxford, 1995, S. 24.

¹⁷⁾ Siehe OECD "Proposed Standard Method of Compiling and Interpreting Technology Balance of Payment Data", Paris 1990, S. 19.

¹⁸⁾ Siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung „Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“, Bonn 1998, S. 26.

¹⁹⁾ Siehe Reiß, T./Strauß, E. "Patent trends in drug delivery" in Expert Opinion in Therapeutic Patents 1999/1, S. 2 ff.

²⁰⁾ Siehe Reiß, T./Strauß, E. "Vaccines – patenting dynamics of a powerful healthcare tool", Expert Opinion in Therapeutic Patents 1998/8, S. 955 ff.

erstellt, die die Vernetzung einzelner Wissenschafts- und Technologiefelder²¹⁾ darstellen.

Bibliometrische Untersuchungen haben den Vorteil, daß sie sich als Sekundärstatistiken auf Literatur- oder Patentdatenbanken stützen können und relativ differenzierte Analysen für einzelne Wissenschafts- und Technologiefelder erlauben. Ihre Aussagekraft wird allerdings dadurch eingeschränkt, daß keine standardisierte Klassifikation existiert und damit die Ergebnisse von der Qualität der Klassifikation, die der verwendeten Literaturdatenbank zugrundeliegt, maßgeblich beeinflusst werden.²²⁾

2.6 Spezielle Bereichsstatistiken

Je nachdem welcher Wissenschafts- und Technologiebereich analysiert werden soll und wie das Untersuchungsziel lautet, können spezielle Bereichsstatistiken wichtige Zusatzinformationen liefern. So wurde vom Statistischen Bundesamt in einem Projekt zur Gesundheitsforschung die Bedeutung der angemeldeten bzw. zugelassenen Pharmazeutika als Outputindikator untersucht. Ferner hat das Statistische Bundesamt eine Sondererhebung im Bereich biotechnologische FuE abgeschlossen. Verschiedene Institute führen Untersuchungen zu einzelnen Forschungs- und Technologiebereichen durch. Von großer Bedeutung ist, daß sich diese Sondererhebungen mit dem allgemeinen statistischen System verbinden lassen, da nur so die relative Bedeutung eines Wissenschafts- und Technologiebereiches eingeschätzt werden kann.

3 Sonderauswertungen von amtlichen Statistiken

3.1 Humanressourcen für Wissenschaft und Technologie

Wissenschaftlich und technisch ausgebildete Menschen sind ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung und Verbreitung von Wissen. Da immer mehr Volkswirtschaften den Charakter einer wissensbasierten Wirtschaft haben, werden Humanressourcen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit immer entscheidender. 1995 veröffentlichte die OECD mit dem Canberra Handbuch eine international anerkannte Methodik, die als Grundlage dazu dient, um quantitative Daten über den Bestand und die Ströme von Humanressourcen in international vergleichbaren Abgrenzungen zu sammeln und zu analysieren. Unter Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie (HRST) werden Personen verstanden, die entweder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, die einem Meister-, Techniker-, Hochschul- oder Fachhochschulabschluß entspricht, oder in einem wissenschaftlich-technischen Beruf arbeiten.²³⁾

Vergleicht man die Definitionen des FuE-Personals und der HRST, so wird deutlich, daß einerseits zu den Human-

²¹⁾ Siehe Hinze, S. "Mapping of Structures in Science & Technology: Bibliometric Analyses for Policy Purposes", Dissertationsschrift, Karlsruhe 1997, S. 190 ff.

²²⁾ Siehe Hinze, S., a. a. O., S. 287 f.

²³⁾ Siehe OECD "Manual on the Measurement of Human Resources Devoted to S&T – Canberra Manual", Paris 1995, S. 16 ff.

ressourcen in Wissenschaft und Technologie auch Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen, und Berufstätige in wissenschaftlich-technischen Berufen, die nicht im Bereich FuE arbeiten, gehören. Andererseits wird beim FuE-Personal auch Hilfspersonal erfaßt, das im Bereich FuE arbeitet, aber weder durch Ausbildung noch durch seine Berufstätigkeit wissenschaftlich-technisch qualifiziert ist.

Die Daten über HRST sollen grundsätzlich nicht über zusätzliche Erhebungen, sondern über die Auswertung bestehender Erhebungen gewonnen werden. Eurostat hat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern eine Pilotstudie zu den vorhandenen HRST in der Gliederung nach Ausbildungsabschlüssen, Berufen, Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftszweigen, in denen sie tätig sind, Alter und Geschlecht abgeschlossen. Da sich die Daten zu einem beträchtlichen Teil aus der Europäischen Arbeitskräfteerhebung gewinnen lassen, wird zur Zeit geprüft, ob die Aufbereitung der HRST-Bestände in Zukunft direkt von Eurostat durchgeführt werden kann.

Angaben zu den Humanressourcen (Bestand) für Wissenschaft und Technologie lassen sich in Deutschland aus den Daten der Volkszählung, des Mikrozensus, der EU-Arbeitskräfteerhebung oder aus den Daten der Beschäftigtenstatistik gewinnen. Grundsätzlich sind diese Daten auch auf Regierungsbezirksebene verfügbar. Lediglich bei den Stichprobenerhebungen sind die Möglichkeiten detaillierter Auswertungen kombinierter Merkmale begrenzt. Wünschenswert wäre eine Verknüpfung verschiedener Statistiken über die Erwerbstätigkeit. Schwierigkeiten bereiten hier aber besonders die unterschiedlichen Kriterien für die Regionalisierung (z. B. nach dem Wohnsitz, Sitz des Betriebes). Die Bildungsstatistiken (z. B. die Prüfungsstatistik der Hochschulen) können Informationen über die Zugänge zu den Humanressourcen bereitstellen.

3.2 FuE-intensive Wirtschaftszweige und FuE-intensive Waren

Für die künftige wirtschaftliche Entwicklung kommt nach allgemeiner Auffassung den Hochtechnologiebereichen eine Schlüsselstellung zu. Deshalb fördern die Europäische Union, die Bundes- und viele Landesregierungen diese Technologiebereiche durch FuE- und Innovationsprogramme (z. B. die Luft- und Raumfahrt, Mikroelektronik, Biotechnologie). Zur Positionierung der Länder und Regionen in diesen Hochtechnologiebereichen werden Sonderaufbereitungen der Struktur-, Produktions- und Außenhandelsstatistiken durchgeführt. Dabei wird zwischen Spitzentechnik, höherwertiger Technik und nicht FuE-intensiven Branchen unterschieden. Der Spitzentechnik werden nach den Konventionen der OECD Wirtschaftszweige, deren FuE-Aufwendungen mindestens 8,5% des Umsatzes betragen, zugeordnet. Zur höherwertigen Technik gehören Wirtschaftszweige mit FuE-Aufwendungen zwischen 3,5 und 8,5% des Umsatzes. Die anderen Wirtschaftszweige gehören zu den nicht FuE-intensiven Branchen.

Mit diesen Kriterien lassen sich die einzelnen Wirtschaftszweige den Technologiebereichen zuordnen. Ihr Kernpro-

duktionsprogramm wird durch die einzelnen Positionen der Güterklassifikationen der Produktions- und Außenhandelsstatistiken näher erläutert. Daraus wurden dann Listen der Waren der Spitzentechnik, der höherwertigen Technik und der nicht FuE-intensiven Waren entwickelt, die Sonderauswertungen der Produktions- und Außenhandelsstatistiken zur Bestimmung des Produktions- und Außenhandelsvolumens für die drei Technologiebereiche ermöglichen. Entsprechende Untersuchungen werden regelmäßig von der OECD sowie einigen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten durchgeführt.²⁴⁾ Grundsätzlich lassen sich alle Statistiken des Produzierenden Gewerbes und somit eine Vielzahl der statistischen Daten, die in einer Gliederung nach Wirtschaftszweigen vorliegen, in einer Gliederung nach den o.a. Technologiebereichen aufbereiten. Darauf hinzuweisen ist jedoch, daß das Kriterium FuE-Intensität der Wirtschaftszweige aufgrund der nicht sehr feinen institutionellen Gliederung der FuE-Statistiken teilweise zu schwer nachvollziehbaren Zuordnungen von Einzelpositionen der Produktions- und Außenhandelsklassifikationen führt und hierdurch die Aussagekraft der Ergebnisse beeinträchtigt wird.

Aufgrund der statistischen Geheimhaltung ist die Möglichkeit, die Daten der Produktions- und Unternehmensstatistiken in tiefer regionaler Gliederung nach Produktarten und Wirtschaftszweigen zu gliedern, begrenzt.²⁵⁾

3.3 Wissenschaftsausgaben in der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen und Haushaltsansatzstatistik der staatlichen Haushalte

In der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte werden jährlich die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden (einschl. Gemeinde- und Zweckverbänden), der Sozialversicherung und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen in einer Gliederung nach Aufgabenbereichen sowie Ausgabe- und Einnahmearten erhoben. Im Rahmen der Aufbereitung werden die Haushaltsdaten auf der Ebene der Körperschaftsgruppen und der Aufgabenbereiche unter Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs aggregiert und zu unterschiedlichen homogenen Kategorien zusammengefaßt.

Grundlage der Haushaltsansatzstatistik der staatlichen Haushalte sind die den jährlichen Haushaltsplänen beigefügten Haushaltsquerschnitte. In den Haushaltsquerschnitten werden die Haushaltsdaten in komprimierter Form nach Aufgabenbereichen und Einnahme-/Ausgabearten dargestellt. Die Haushaltsansatzstatistik läßt funktional nur eine Auswertung der Haushalte von Bund und Ländern zu. Mit der Haushaltsansatzstatistik können auch Daten über die aktuellen Entwicklungen zur Verfügung gestellt werden.

²⁴⁾ Siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung „Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Zusammenfassender Endbericht 1998“, Bonn 1999, S. 74 ff., S. 11 ff.

²⁵⁾ Siehe Legler, H. „Regionale Verteilung industrieller FuE-Kapazitäten in Westdeutschland“ in Quartalshefte des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, Nr. 4, 1994, S. 420 ff., siehe auch Gehrke, B. u. a. „Forschung, Entwicklung und Qualifikation in der niedersächsischen Industrie“, Hannover 1997, S. 10 ff.

In der Oberfunktion 13 der Haushaltssystematik werden die Hochschulen und in der Oberfunktion 16/17 wird der Aufgabenbereich „Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen“ nachgewiesen. Nach Abschluß der aktuellen Revision des Funktionenplans wird es möglich sein, auch für einzelne Bereiche des Aufgabengebietes „Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen“ Ergebnisse auf der Grundlage der Jahresrechnungs- und Haushaltsansatzstatistik zur Verfügung zu stellen.

Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik und der Haushaltsansatzstatistik von Bund und Ländern werden regional grundsätzlich nur auf der Ebene der Bundesländer ausgewertet. Zwar lassen sich die Ist-Ausgaben der Gemeinden auch auf Regierungsbezirksebene darstellen, da aber Wissenschaftsausgaben für die Gemeinden von untergeordneter Bedeutung sind, ist nur eine Darstellung auf Länderebene zweckmäßig.

Entsprechend ihren Haushaltsansätzen beabsichtigten die öffentlichen Haushalte, im Jahr 1998 50 395 Mill. DM zur Finanzierung von Wissenschaft auszugeben. Davon entfielen mit Ausgaben in Höhe von 33 394 Mill. DM 66,3% auf die Hochschulen und 33,7% auf die Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen (17 001 Mill. DM). Während der Bund mit 77,6% seiner Wissenschaftsausgaben Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen finanzierte, setzten die Länder 85,5% ihrer Wissenschaftsausgaben für die Hochschulen ein. Auffallend ist der relativ hohe Anteil an den Wissenschaftsausgaben, der in den neuen Bundesländern auf die Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt (24,2%). Die Gemeinden und Zweckverbände finanzierten mit lediglich 299 Mill.

DM nur Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen.

4 Ausblick

Die Bedeutung der Wissenschafts- und Technologiestatistiken wird in einer Welt, die immer stärker vom raschen technologischen Wandel geprägt ist, zunehmen. Um die relevanten Einflußfaktoren für den Technologiestand und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaften herauszufinden, die Ursachen für erfolgreiche Innovationen aufzuspüren, Innovationssysteme darzustellen und Basisdaten zur Evaluierung von FuE- und Technologieprogrammen bereitzustellen, wird es nicht genügen, Daten über Wissenschaft und Technologie auf nationaler Ebene darzustellen, sondern es werden auch auf regionaler Ebene tief gegliederte Daten erforderlich sein.

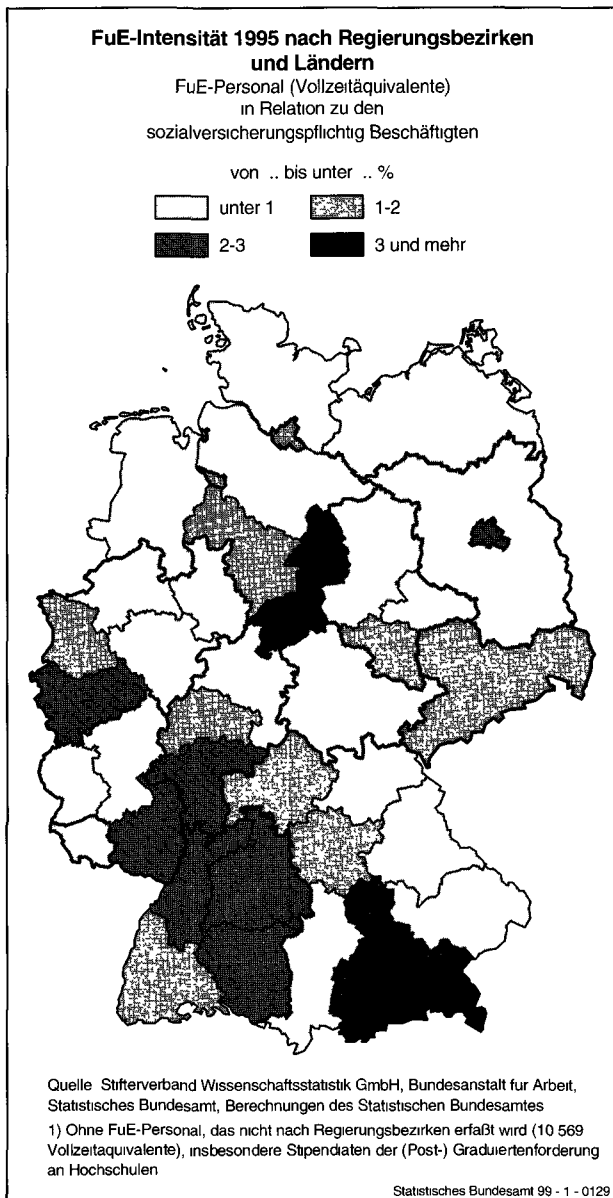
Neben den Basisdaten (siehe die Tabelle „FuE-Ausgaben und FuE-Personal 1995 nach Sektoren und Regierungsbezirken“ im Anhangteil auf S. 177*) sind Kennzahlen erforderlich, die die Ergebnisse der Wissenschafts- und Technologiestatistiken zu geeigneten Basisdaten in Beziehung setzen, um je nach Aussagezweck die Zahl der Einwohner und Erwerbstätigen, die Wirtschaftskraft und -struktur beim Vergleich zwischen Regionen zu berücksichtigen. Schaubild 4 stellt den Anteil des FuE-Personals an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Regierungsbezirken bzw. Bundesländern dar und gibt somit einen Überblick über die Bedeutung der FuE-Beschäftigten in den einzelnen Regionen. Es zeigt, daß die Regionen mit hohen und sehr hohen FuE-Intensitäten (Anteil des FuE-Personals über 2%) im früheren Bundesgebiet liegen, während die neuen Bundesländer mit Ausnahme von

Tabelle 5: Grundmittel¹⁾ der öffentlichen Haushalte für Wissenschaft nach Bundesländern und Körperschaftsgruppen
Mill. DM

Land	Hochschulen			Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen			Wissenschaft insgesamt		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
Bund ²⁾	3 435	3 416	3 442	12 024	10 044	11 922	15 459	13 460	15 364
Flächenländer									
Baden-Württemberg	3 869	3 710	4 105	586	565	627	4 455	4 275	4 732
Bayern	4372	4 214	4 664	807	914	1 010	5 179	5 128	5 674
Brandenburg	489	489	501	211	195	180	700	684	681
Hessen	2 047	2 040	2 165	270	275	272	2 317	2 315	2 437
Mecklenburg-Vorpommern	641	626	625	132	126	150	773	752	775
Niedersachsen	2 350	2 339	2 528	328	285	290	2 678	2 624	2 817
Nordrhein-Westfalen	5 625	5 668	5 681	605	593	585	6 230	6 261	6 265
Rheinland-Pfalz	1 027	1 085	1 155	147	149	156	1 174	1 234	1 311
Saarland	353	348	363	36	43	45	389	391	408
Sachsen	1 613	1 568	1 656	572	572	570	2 185	2 141	2 226
Sachsen-Anhalt	795	871	929	231	184	236	1 026	1 056	1 165
Schleswig-Holstein	835	810	834	163	144	142	998	954	977
Thüringen	976	800	871	280	257	330	1 256	1 057	1 201
Flächenländer insgesamt									
Alte Bundesländer	20 479	20 215	21 494	2 942	2 968	3 127	23 421	23 183	24 622
Neue Bundesländer	4 514	4 355	4 582	1 425	1 335	1 465	5 939	5 689	6 048
Stadtstaaten insgesamt									
Berlin	4 129	3 912	3 876	453	466	486	4 582	4 378	4 362
Bremen	2 734	2 640	2 595	289	296	312	3 023	2 936	2 906
Hamburg	313	330	333	75	56	58	388	386	391
Hamburg	1 082	943	948	90	114	116	1 172	1 056	1 065
Länder (einschl. Stadtstaaten)	29 122	28 482	29 952	4 820	4 768	5 079	33 942	33 251	35 031
Insgesamt	32 557	31 898	33 394	16 844	14 813	17 001	49 401	46 711	50 395

¹⁾ 1996 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik, 1997 vorläufige Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik, 1998 Haushaltsansatzstatistik, Gemeinden ab 1997 geschätzt – ²⁾ Rückgang der Grundmittel des Bundes für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen 1997 aufgrund von außerordentlichen Kreditrückzahlungen

Schaubild 4



Sachsen und dem Regierungsbezirk Halle durch niedrige FuE-Intensitäten (Anteil des FuE-Personals unter 1%) geprägt sind. Deutlich wird auch, daß das FuE-Personal im Verhältnis zu den Beschäftigten in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich verteilt ist. Während zum Beispiel in Baden-Württemberg alle Regierungsbezirke mit Ausnahme von Freiburg FuE-Intensitäten zwischen 2% und 3% aufweisen, gibt es in Bayern neben dem Regierungsbezirk Oberbayern mit dem Spitzenwert von 3,88% Regierungsbezirke mit sehr niedrigen FuE-Anteilen (Niederbayern 0,33%, Schwaben 0,83%)

*Dipl.-Volkswirtin Pia Brugger/
Dipl.-Kaufmann Heinz-Werner Hetmeier*

Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Vorbemerkung

Wie bereits angekündigt¹⁾, wird mit diesem Aufsatz die Berichterstattung zu weiteren Erhebungsmerkmalen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 mit Ergebnissen aus dem Einführungsinterview zum Stichtag 1. Januar 1998 fortgesetzt. Im folgenden werden

- der Haus- und Grundbesitz und dessen Verteilung sowie
- die Wohnverhältnisse

der befragten privaten Haushalte betrachtet, und zwar getrennt für die beiden Gebietsstände früheres Bundesgebiet sowie neue Länder und Berlin-Ost. Als Vergleichsdaten liegen Angaben privater Haushalte aus dem Schlußinterview der EVS 1993 (Erhebungsstichtag 31. Dezember 1993) zum Haus- und Grundbesitz sowie aus dem Grundinterview der EVS 1993 (Erhebungsstichtag 1. Januar 1993) zu den Wohnverhältnissen vor.²⁾ Vermutlich waren die Ergebnisse des Jahres 1993 für das frühere Bundesgebiet durch Rückübertragungsansprüche von Eigentumsrechten beeinflusst, was den Zuwachs gegenüber 1988 erklären könnte; nicht jeder von westdeutschen Haushalten gestellte Antrag führte auch zu einer Rückübertragung von Eigentum. Um bei der Betrachtung des Haus- und Grundbesitzes Sondereinflüsse auszuschalten, werden auch Ergebnisse des Schlußinterviews der EVS 1988 mit einbezogen. Für die neuen Länder und Berlin-Ost muß der Vergleich allerdings auf das Jahr 1993 beschränkt bleiben, da hier die entsprechenden Daten für das Jahr 1988 nicht vorliegen.

Zum Haus- und Grundbesitz werden in der EVS

- unbebaute Grundstücke (ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche),
- Einfamilienhäuser,
- Zweifamilienhäuser,
- Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen,

¹⁾ Siehe Munnich, M./Illgen, M. „Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern“ in WiSta 1/1999, S. 46 ff.

²⁾ Da die Erhebungsdaten der EVS stets an den nächstverfügbaren Ergebnissen des Mikrozensus hochgerechnet werden, kommt es zu Abweichungen bei der Zahl der ausgewiesenen Haushalte zwischen den Tabellen 1 und 5, da dem Grundinterview Mikrozensusdaten des Jahres 1992 zugrunde liegen, dem Schlußinterview solche des Jahres 1993.

- Eigentumswohnungen sowie
 - sonstige Gebäude
- gezählt.

Zu letzteren gehören u. a. Wochenend- und Ferienhäuser, Kleingartenlauben, kombinierte Wohn-/ Geschäftsgebäude sowie Betriebsgebäude, die nicht für eigene geschäftliche Zwecke genutzt werden. Nicht erfragt wurde, wo dieser Besitz liegt. Allerdings waren die Haushalte gebeten worden, den gesamten Immobilienbesitz anzugeben, unabhängig davon, ob sich dieser im Inland oder Ausland befand, bzw. ob dieser eigengenutzt, vermietet oder verpachtet wurde. Weiterhin sollte angegeben werden, wie sich der Besitz begründete; das heißt, ob er durch Erbe bzw. Schenkung oder Kauf erworben worden war.

Die Wohnsituation wird durch Angaben der Haushalte über Raumzahl, Quadratmeterfläche der Wohnung und über die Ausstattung mit Heizung beschrieben. Ferner gehören die Gartennutzung sowie Garagen und Stellplätze für Kraftfahrzeuge zu diesem Merkmalskomplex. Mit der Erfassung der Wohnverhältnisse von Haushalten innerhalb der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – darauf sei in diesem Zusammenhang ausdrücklich hingewiesen – wird ein ganz anderes Ziel verfolgt als bei Wohnungszählungen im Rahmen der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe. Während bei letzterer Zahl und Art der Wohnungen im Mittelpunkt der Erhebung und Auswertung stehen, geht es bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe darum darzustellen, wie die privaten Haushalte wohnen und welche Aufwendungen (als Mieter oder Eigentümer) im Rahmen des Haushaltsbudgets anfallen. Da die EVS lediglich Wohnungen der in die Erhebung einbezogenen privaten Haushalte erfaßt, fehlen die im Unternehmensbesitz befindlichen Wohnungen, so daß Aussagen über Höhe und Art des Wohnungsbestandes insgesamt anhand der Ergebnisse der EVS nicht getroffen werden können.

Verteilung des Haus- und Grundbesitzes

Über Haus- und Grundbesitz verfügten am 1. Januar 1998 – wie Tabelle 1 zeigt – 47,8% der privaten Haushalte aus dem früheren Bundesgebiet, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 33,3%. Ein Achtel dieser Besitztümer entfällt auf den Osten, obwohl der Anteil der Bevölkerung bzw. Haushalte jeweils ein Fünftel beträgt.

Die Zahl der Haushalte, die unbebaute Grundstücke und/oder Immobilien besaßen, wuchs im Westen von rund 11,5 Mill. 1988 auf rund 14,3 Mill. 1998. Der Anteil der Haushalte, die über Haus- und Grundbesitz verfügen, hat sich in diesen 10 Jahren von 46,7 auf 47,8% leicht erhöht. Verglichen mit dem Jahr 1993 ist die Zahl der Haushalte im früheren Bundesgebiet, die solche Güter besitzen, allerdings absolut (um rund 0,3 Mill.) und relativ (von 50,5 auf 47,8%) zurückgegangen. Die Angaben der Haushalte im Jahr 1993 enthalten wahrscheinlich auch vermögensrechtliche Ansprüche, die nach der deutschen Vereinigung gestellt worden waren, denen später aber nicht stattgegeben wurde. So lagen nach Angaben des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen allein im Immobilienbereich mehr als zwei Millionen vermögensrechtliche Ansprüche

Tabelle 1: Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz sowie Anzahl der Güter im Besitz der privaten Haushalte¹⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte mit Haus- und Grundbesitz						Anzahl der Güter im Besitz der Haushalte	
	1988		1993		1998		1 000	je 100 Haushalte
	1 000	%	1 000	%	1 000	%		
Früheres Bundesgebiet								
Hochgerechnete Haushalte	24 684	100	28 928	100	29 921	100	x	x
Haushalte mit Grundbesitz	11 529	46,7	14 595	50,5	14 303	47,8	19 822	139
und zwar								
unbebaute Grundstücke	1 352	5,5	1 675	5,8	1 424	4,8	2 274	160
dar geerbt/geschenkt	-	-	-	-	826	x	1 410	171
Einfamilienhäuser					8 711	29,1	9 233	106
dar geerbt/geschenkt	9 466	38,3	11 404	39,4	1 439	x	1 510	105
Zweifamilienhäuser	2 038	x	2 677	x	2 225	7,4	2 412	108
dar geerbt/geschenkt	-	-	-	-	672	x	712	106
Wohngebäude mit 3 und mehr								
Wohnungen	691	2,8	840	2,9	773	2,6	927	120
dar geerbt/geschenkt	268	x	371	x	258	x	310	120
Eigentumswohnungen	1 925	7,8	3 062	10,6	3 592	12,0	4 391	122
dar geerbt/geschenkt	123	x	232	x	236	x	269	114
sonstige Gebäude	331	1,3	368	1,3	495	1,7	585	118
dar geerbt/geschenkt	-	-	-	-	177	x	219	124
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hochgerechnete Haushalte	-	-	6 682	100	6 783	100	x	x
Haushalte mit Grundbesitz	-	-	1 853	27,7	2 261	33,3	2 799	124
und zwar								
unbebaute Grundstücke	-	-	305	4,6	326	4,8	399	122
dar geerbt/geschenkt	-	-	-	-	171	x	228	133
Einfamilienhäuser	-	-			1 364	20,1	1 395	102
dar geerbt/geschenkt	-	-	1 310	19,6	373	x	380	102
Zweifamilienhäuser	-	-	492	x	245	3,6	252	103
dar geerbt/geschenkt	-	-	-	-	121	x	122	101
Wohngebäude mit 3 und mehr								
Wohnungen	-	-	89	1,3	88	1,3	98	111
dar geerbt/geschenkt	-	-	(59)	x	(44)	x	(48)	(109)
Eigentumswohnungen	-	-	(57)	0,9	203	3,0	216	106
dar geerbt/geschenkt	-	-	/	x	/	x	/	/
sonstige Gebäude	-	-	354	5,3	389	5,7	439	113
dar geerbt/geschenkt	-	-	-	-	59	x	73	124

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr (1988: 25 000 DM und mehr und ohne Haushalte von Ausländern) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1988/1993: Angaben zum Stichtag 31. Dezember, 1998: Angaben zum Stichtag 1. Januar)

vor.³⁾ Der überwiegende Anteil davon betraf nicht den Unternehmensbereich, sondern private Haushalte und hier vorwiegend solche, die im Westen ihren Wohnsitz hatten. Ein Großteil dieser Ansprüche (mehr als 760 000) war jedoch bis zum 31. Dezember 1997 abschlägig beschieden worden.⁴⁾

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist zwischen 1993 und 1998 ein kräftiger Zuwachs bei der Zahl der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz zu beobachten (um 22%). Verfügten 1993 rund 28% der Haushalte über diese Güter, so waren es 1998 gut 33%

Am häufigsten Haus- und Grundbesitz haben die Haushalte von Landwirten (91% im Westen und 77% im Osten) sowie Gewerbetreibenden und Freiberuflern (65% im Westen und 53% im Osten). Unter den abhängig Beschäftigten weisen – wie aus Tabelle 2 auf S. 212 zu ersehen ist – Beamtenhaushalte die höchste Eigentumsquote auf (West: 65%, Ost: 41%), sicherlich eine Folge von gesichertem Arbeitsplatz und Einkommenshöhe. Haushalte mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher besaßen vergleichsweise selten unbebaute Grundstücke und Wohneigentum. Im Osten traf das auch noch für Nichterwerbstätige zu. In der ehemaligen DDR war Grundvermögen einschließlich des Besitzes von Wohneigentum weitaus geringer ver-

breitet als im Westen. Eine gewisse Ausnahme bildeten allerdings Familien mit Kindern. Diesem Haushaltstyp waren spezielle staatliche Förderprogramme gewidmet. So erhielten auf Antrag beispielsweise ab Mai 1972 junge Eheleute (unter 26 Jahren), die erstmals eine Ehe eingingen, u. a. zinslose Kredite für den Bau bzw. die Erweiterung eines Eigenheimes oder den Erwerb von Anteilen in Wohnungsbaugenossenschaften. Diese Maßnahme zielte vor allem darauf, den bestehenden Wohnraumangel zu mildern, förderte aber zugleich die Wohneigentumsbildung. Dies wird auch durch die hohe Besitzquote älterer Paare, deren Kinder inzwischen erwachsen sind, unterstrichen.

Paare mit Kindern nannten 1998 in West (58%) und Ost (48%) öfter als andere Haushaltstypen Haus- und Grundbesitz ihr eigen. Vergleichsweise hoch war die Eigentumsquote auch bei Haushalten von Paaren ohne Kinder. Sie belief sich im Westen auf 57%; im Osten betrug sie 37%. Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende mit Kindern wiesen dagegen die niedrigsten Eigentumsquoten aus, wobei diese im Westen mit Werten zwischen 21 und 29% fast doppelt so hoch lagen wie im Osten (12 bis 18%).

Haushalte mit jüngeren Haupteinkommensbezieher verfügten seltener über Haus- und Grundbesitz als lebensältere. Im früheren Bundesgebiet nimmt mit zunehmendem Alter der Besitz zunächst stetig zu und erreicht in der Gruppe der 55- bis unter 65jährigen mit 62% die höchste Quote. In den folgenden Altersgruppen sinkt dann dieser Wert ab, hat aber bei den 70jährigen und älteren immer noch ein Niveau von rund 44%. In den neuen Ländern und

³⁾ Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, Pressemitteilung vom 23. Februar 1993, S. 3 ff.

⁴⁾ Ebenda, Pressemitteilung „Über 80% der vermögensrechtlichen Ansprüche im Immobilienbereich bearbeitet“ vom 12. Februar 1998.

Tabelle 2 Anteil der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz an den Haushalten der jeweiligen Gruppe¹⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1988	1993	1998	1993	1998
	1 000				
Hochgerechnete Haushalte	24 684	28 928	29 921	6 682	6 783
	%				
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	46,7	50,5	47,8	27,7	33,3
	nach ausgewählten Haushaltstypen				
Paare ²⁾ ohne Kind	56,2	59,2	56,7	32,4	37,2
Paare ²⁾ mit 1 Kind ³⁾	53,9	54,5	48,4	30,7	42,4
Paare ²⁾ mit 2 Kindern ³⁾	63,1	63,9	63,2	38,9	51,3
Paare ²⁾ mit 3 und mehr Kindern ³⁾	71,0	66,9	67,5	41,6	52,0
Alleinerziehende ³⁾	21,2	25,2	21,3	(8,9)	13,7
Alleinlebende Frau	25,3	30,4	28,5	12,1	11,5
Alleinlebender Mann	23,1	26,8	27,5	(13,7)	17,9
	nach der Haushaltsgröße				
Haushalte mit Person(en)					
1	24,6	29,1	28,2	12,5	13,5
2	51,2	56,5	53,4	30,1	33,9
3	59,3	61,9	59,3	32,8	46,0
4	67,3	68,7	67,3	40,3	53,9
5 und mehr	76,4	72,1	72,4	46,1	61,9
	nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbezieher(s)/in				
Landwirt/-in	92,1	88,0	90,8	(87,7)	(76,5)
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	73,5	71,2	64,6	53,5	52,9
Beamter/Beamtin	56,8	63,9	65,1	(20,5)	41,1
Angestellte(r)	48,3	51,2	49,1	30,4	40,2
Arbeiter/-in	48,5	48,8	45,8	30,3	39,8
Arbeitslose(r)	22,0	28,4	28,2	21,5	24,8
Nichtberufstätige(r)	40,6	47,1	44,1	23,2	23,4
	nach dem Alter des/der Haupteinkommensbezieher(s)/in				
von bis unter Jahren					
unter 25	(5,4)	(6,8)	(7,2)	1	(6,1)
25 – 35	28,2	27,3	28,5	21,7	29,3
35 – 45	54,8	55,3	51,2	33,1	41,4
45 – 55	60,2	64,1	60,7	34,9	44,0
55 – 65	57,6	63,3	61,8	34,3	36,6
65 – 70	52,6	57,7	53,9	25,6	28,2
70 und älter	36,3	46,1	43,7	18,9	19,8

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr (1988: 25 000 DM und mehr und ohne Haushalte von Ausländern) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1988/1993: Angaben zum Stichtag 31. Dezember, 1998: Angaben zum Stichtag 1. Januar) – ²⁾ 1988: Ehepaare – ³⁾ Ledige Kinder unter 18 Jahren

Berlin-Ost verzeichnen Haushalte der 45- bis unter 55jährigen mit rund 44% die höchste Eigentumsquote. Die im früheren Bundesgebiet beobachtete fallende Tendenz bei der Eigentumsquote tritt in den neuen Ländern und Berlin-Ost bereits in der Altersgruppe der 55- bis unter 65jährigen ein. Bei den 70jährigen und älteren lag diese Quote mit 20% um mehr als die Hälfte niedriger als in den vergleichbaren Haushalten im früheren Bundesgebiet. Am Zuwachs des Haus- und Grundbesitzes in der Zeit nach der deutschen Vereinigung waren die Haushalte der 55- bis unter 65jährigen, die damals acht Jahre jünger gewesen sind, nicht mehr beteiligt. Diese Altersgruppe hat wegen fehlender größerer finanzieller Rücklagen und der Unsicherheiten eines eventuellen Arbeitsplatzverlustes in der Regel kein Immobilieneigentum bilden können.

Auffallend ist, daß „gutsituierte“ Haushalte mehr als ein unbebautes Grundstück und/oder Haus bzw. eine Eigentumswohnung ihr eigen nannten. So verfügten 1998 im früheren Bundesgebiet Haushalte, die ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 15 000 bis unter 35 000 DM (nach Selbsteinschätzung) erzielten, im Schnitt über mehr als drei Besitztümer.

Zum Wert des Haus- und Grundbesitzes

Die Bewertung des Haus- und Grundbesitzes ist sehr problematisch. Die an der EVS teilnehmenden Haushalte wurden beim einleitenden Interview 1998 – wie auch schon 1993 beim Schlußinterview – gebeten, Angaben zum Einheits- und Verkehrswert ihres Haus- und Grundbesitzes zu machen.

Der Einheitswert sollte dem Grundsteuer-, gegebenenfalls dem Vermögensteuerbescheid entnommen werden. Dieser dort vermerkte Wert wurde in einem besonderen Verfahren durch das Finanzamt festgesetzt. Die letzte Hauptfeststellung für den Grundbesitz erfolgte im früheren Bundesgebiet zum 1. Januar 1964, für die neuen Länder und Berlin-Ost gelten Einheitswerte nach dem Wertverhältnis vom 1. Januar 1935 bzw. nach derzeit gültigen Grundstücks- und Vermögensrichtlinien. Einheitswerte sind somit eine durch unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe geprägte Angabe. Daraus gewonnene zusammengefaßte Informationen sind inhomogen. Unter diesen Umständen ist die Zweckmäßigkeit der Frage für die nächste EVS, die voraussichtlich im Jahr 2003 stattfinden wird, erneut zu prüfen.

Der Verkehrswert hat zumindest den Vorteil, daß er – wenn auch stark subjektiv geprägt – annähernd nach vergleichbaren Grundsätzen ermittelt worden ist. Er soll der Preis sein, der bei Veräußerung des Haus- und Grundbesitzes unter normalen Umständen erzielt werden könnte. Ausgangspunkt bilden dabei die Vorstellungen der Befragten darüber, welchen Preis sie erzielen möchten. Ob sich diese Erwartungen jedoch am Markt zu diesem Zeitpunkt realisieren lassen, bleibt freilich fraglich; häufig gewinnt man den Eindruck, daß die Schätzungen der Haushalte eher optimistisch sind, was in teilweise sehr hohen Verkehrswerten zum Ausdruck kommt.

Der durchschnittliche Einheitswert des Haus- und Grundbesitzes belief sich am 1. Januar 1998 im früheren Bundesgebiet je Haushalt mit Immobilienbesitz auf 46 600 DM, der der ostdeutschen Haushalte auf 19 300 DM (siehe die Tabelle auf S. 183* im Anhangteil). Verglichen mit dem Ergebnis der EVS 1993 blieb der Einheitswert im Westen nahezu konstant (46 900 DM), im Osten ging er leicht zurück (1993: 21 100 DM). Diese Übereinstimmung ist um so erstaunlicher, weil 1993 – wegen fehlender Angaben der Haushalte – die Einheitswerte öfter vom Bearbeiter geschätzt werden mußten. Das war 1998 anders. Infolge der schnellen Bearbeitung der Interviews konnten fehlende Angaben durch Rückfragen der Landesämter bei den Haushalten nachträglich ergänzt werden.

Auf die in der EVS vertretenen privaten Haushalte in Deutschland entfiel 1998 ein Immobilienvermögen von 7,2 Billionen DM, im Jahr 1993 waren es 6,6 Billionen DM. Die Deutsche Bundesbank kommt bei der Bewertung des Immobilienvermögens privater Haushalte nach Wiederbeschaffungspreisen abzüglich der Abschreibungen Ende 1997 mit „schätzungsweise gut 7 Billionen DM“ auf einen vergleichbaren Wert.⁵⁾

⁵⁾ Siehe „Privates Sachvermögen“ in Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Januar 1999, 51. Jahrgang, Nr. 1, S. 41 ff.

Im Durchschnitt wuchs der Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes der immobilienbesitzenden Haushalte in West und Ost um rund 10%. Haushalte mit Hypothekenbelastungen wiesen in beiden Teilgebieten im Durchschnitt einen deutlich höheren Verkehrswert für ihr Grundvermögen aus, als Haushalte, die ohne Kreditverpflichtung waren (siehe Tabelle 3). Hierin kommen offensichtlich auch die starken Verteuerungen beim Bauland zum Ausdruck. Belief sich der durchschnittliche Kaufwert für baureifes Land in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1993 auf 44 DM/m², so war dieser Preis mit 80 DM 1997 reichlich 1,8mal so hoch. Die Steigerung im früheren Bundesgebiet verlief moderater (das 1,2fache), allerdings auf einem deutlich höheren Niveau (durchschnittlicher Kaufwert je m² baureifes Land 1993: 130 DM, 1997: 152 DM).⁶⁾ Bemerkenswert ist weiterhin, daß im Osten der durchschnittliche Verkehrswert für Haus- und Grundbesitz der Haushalte ohne Hypothekenbelastung leicht gesunken ist.

Tabelle 3: Verkehrswert¹⁾ des Haus- und Grundbesitzes der privaten Haushalte mit Immobilienvermögen²⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
1 000 DM

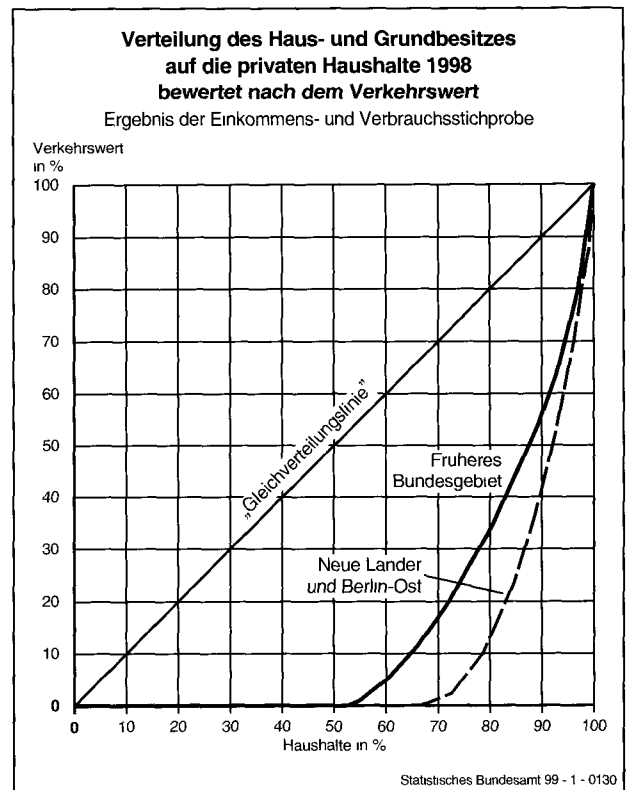
Gegenstand der Nachweisung	1993		1998	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Durchschnitt je Haushalt	426	211	467	231
darunter				
mit Restschuld	480	281	515	299
ohne Restschuld	365	170	410	163

¹⁾ Geschätzte Werte – ²⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1993: Angaben zum Stichtag 31. Dezember, 1998: Angaben zum Stichtag 1. Januar)

Insgesamt war der Verkehrswert des Grundvermögens pro Haushalt im Westen doppelt so hoch wie im Osten. Gründe dafür sind offensichtlich höhere Bodenpreise sowie größere und vielfach besser ausgestattete Eigenheime im Westen. Hier waren auch mehr Häuser selbst gebaut bzw. gekauft worden als im Osten, in dem der Anteil der Haushalte, deren Grundvermögen ererbt bzw. geschenkt war, beträchtlich höher lag als im Westen. Nicht zuletzt werden die niedrigeren Verkehrswerte in den neuen Ländern und Berlin-Ost – verglichen zum früheren Bundesgebiet – durch den relativ hohen Anteil sonstiger Gebäude beeinflusst, wozu auch Datschen zählen.

Haus- und Grundbesitz ist nicht nur zwischen Ost (Verkehrswert rd. 0,5 Billionen DM) und West (rd. 6,7 Billionen DM), sondern auch zwischen den Haushalten äußerst unterschiedlich verteilt: 52% der in der EVS vertretenen Haushalte des früheren Bundesgebietes hatten im Januar 1998 überhaupt keinen Immobilienbesitz. Dagegen entfielen – wie das Schaubild 1 zeigt – auf 10% der westdeutschen Haushalte 46% des Verkehrswerts, allein die obersten 3% der Haushalte besaßen 20% der ausgewiesenen Verkehrswerte, das waren mehr als 1,3 Billionen DM.

Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Gewerbetreibender bzw. freiberuflich Tätiger war, hatten im früheren



Bundesgebiet im Januar 1998 im Schnitt Haus- und Grundbesitz zum Verkehrswert von 527 000 DM pro Haushalt (bezogen lediglich auf die Haushalte mit Haus- und Grundbesitz waren es mehr als 800 000 DM). Bei Arbeiterhaushalten lagen diese Werte bei 173 000 bzw. 379 000 DM. Gewerbetreibende und Freiberufler nahmen auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Spitzenposition ein. Der durchschnittliche Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes dieser Haushalte betrug – bezogen auf alle Haushalte dieser sozialen Gruppe – 212 000 DM (bezogen auf die Haushalte mit Haus- und Grundbesitz 400 000 DM). Das war weniger als die Hälfte des Wertes, den die entsprechenden Haushalte im früheren Bundesgebiet angegeben hatten (siehe die Tabelle auf S. 184* im Anhangteil). Am Ende der Skala im Osten lagen Haushalte Nichterwerbstätiger, deren Besitz einen durchschnittlichen Verkehrswert von 38 000 DM hatte, unter Ausschluß der „Nullfälle“ belief sich der durchschnittliche Verkehrswert auf reichlich 160 000 DM.

Restschulden für Haus- und Grundbesitz

Mit dem Einführungsinterview wurden Haushalte auch darüber befragt, ob sie für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und/oder Eigentumswohnungen oder für deren Instandsetzung Darlehen aufgenommen hatten, die noch getilgt werden. Wurde diese Eingangsfrage mit ja beantwortet, sollte die Höhe der Restschuld angegeben werden. Erfragt war die Summe der tatsächlich noch zu leistenden Gesamttilgungen.

Im Januar 1998 hatten von den über Haus- und Grundbesitz verfügenden Haushalten im früheren Bundesgebiet 54% noch Schulden zu begleichen (1993: 53%), die im

⁶⁾ Siehe Fachserie 17 „Preise“, Reihe 5 „Kaufwerte für Bauland“ für die Jahre 1993 und 1997, jeweils S. 7

Durchschnitt 154000 DM je Haushalt bzw. insgesamt 1,2 Billionen DM betragen (1993: 0,9 Billionen DM).

Die Schulden wuchsen in vier Jahren – verglichen zum Dezember 1993 – um rund 30%. Dabei nahm die Zahl der Haushalte ab, die im Einzelfall noch Schulden bis zu 50000 DM zurückzahlen hatten. Der Anteil der Haushalte, die ihren Haus- und Grundbesitz mit 100000 DM und mehr verschuldet hatten, erhöhte sich dagegen von 43 auf 57%.

Rasant stieg die Schuldensumme der über Haus- und Grundbesitz verfügenden Haushalte im Osten, nämlich von rund 39 Mrd. DM auf 127 Mrd. DM, was sicherlich eine Folge der enormen (Neu)bautätigkeit sein dürfte. Je Haushalt mit Restschuld waren durchschnittlich 112000 DM zu tilgen (1993: 56000 DM). Dabei verdreifachte sich – verglichen mit 1993 – im Jahr 1998 der Anteil der Haushalte, die im Einzelfall Schulden von 100000 DM und mehr gemacht hatten.

Arten des Haus- und Grundbesitzes

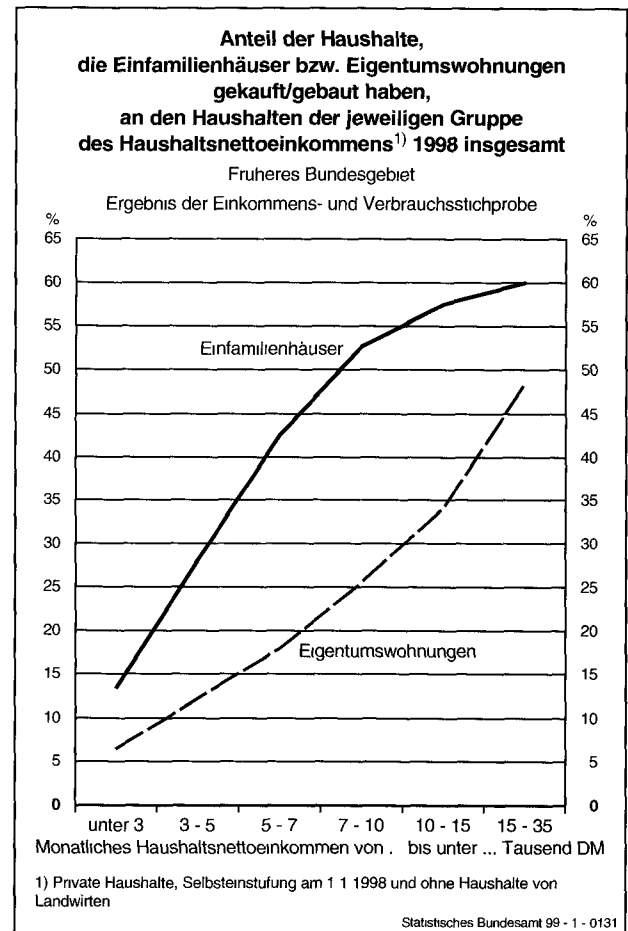
Jeweils 4,8% der Haushalte in Ost und West besaßen 1998 unbebaute Grundstücke. Mehr als die Hälfte dieser Haushalte hatten unbebaute Grundstücke geerbt oder geschenkt erhalten (im Westen 58%, im Osten 52%). Der Anteil der Haushalte, die unbebaute Grundstücke ihr eigen nannten, ist im früheren Bundesgebiet im letzten Jahrzehnt – nach einem zwischenzeitlich geringen Anstieg 1993 – leicht zurückgegangen. Die Zahl der unbebauten Grundstücke, die die an der EVS teilnehmenden Haushalte im früheren Bundesgebiet besaßen, blieb zwischen 1988 (2,4 Mill.) und 1998 (2,3 Mill.) ungefähr gleich. Damit entfielen 1998 auf jeden Haushalt, der über unbebaute Grundstücke verfügte, im Schnitt 1,6 dieser Güter. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich die Eigentumsquote bei unbebauten Grundstücken in den letzten Jahren kaum verändert. Grundstücke sind – abgesehen von deren Teilung und einigen Neuerschließungen – ihrem Wesen nach ein nicht vermehrbares Gut. Bei zunehmendem Bau von Eigenheimen wird der Anteil der Haushalte, die unbebaute Grundstücke besitzen, daher künftig eher abnehmen.

Einfamilienhäuser besaßen 29% der Haushalte im Westen und 20% im Osten (siehe die Tabelle auf S. 185* im Anhangteil). Die Eigentumsquote steigt dabei mit der Zahl der Haushaltsmitglieder. Während im Westen im Januar 1998 lediglich 13% der Einpersonenhaushalte ein Einfamilienhaus besaßen (Ost: 6%), waren es 46% der Vierpersonenhaushalte (Ost: 38%). Eine hohe Eigentumsquote bei Einfamilienhäusern wiesen Haushalte von Paaren mit Kindern (unter 18 Jahren) auf (West: 38%, Ost: 32%).

Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher betrachtet, lagen Haushalte von Landwirten beim Besitz von Einfamilienhäusern an der Spitze, gefolgt von Pensionären und Beamten im früheren Bundesgebiet. Immerhin mehr als 42% dieser Haushalte nannten Einfamilienhäuser ihr eigen.

Einfamilienhäuser sind im früheren Bundesgebiet von den Haushalten vorwiegend gekauft bzw. selbst gebaut worden. Obgleich die Höhe des im Januar 1998 ausgewiese-

Schaubild 2



nen Haushaltsnettoeinkommens nicht die wirtschaftliche Lage der Haushalte zum Zeitpunkt des Erwerbs des Grundeigentums reflektieren muß, ist ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen nicht völlig auszuschließen. Schaubild 2 zeigt, daß mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil der Haushalte, die Einfamilienhäuser bzw. Eigentumswohnungen gekauft oder gebaut haben, stetig zunimmt.

Offensichtlich als Folge der ungünstigeren Einkommens-, Geldvermögens- und Arbeitsmarktlage war der Anteil der ererbten und geschenkten Häuser bei den Besitzenden im Osten um zehn Prozentpunkte höher als im Westen (West 1998: 17%, Ost: 27%).

Zweifamilienhäuser besaß im Januar 1998 im früheren Bundesgebiet nur noch jeder 13. in der EVS vertretene Haushalt, bei Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen war es gar nur noch jeder 38. Haushalt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war es jeder 28. bzw. 77. Haushalt.

Dagegen besaßen ostdeutsche Haushalte erheblich mehr sonstige Gebäude (5,7%) als westdeutsche (1,7%). Offensichtlich hängt das mit der in der ehemaligen DDR weit verbreiteten Nutzung einer Datsche, dem Wochenendgrundstück mit Wohnmöglichkeit, zusammen.

Im früheren Bundesgebiet ist im letzten Jahrzehnt ein Anstieg beim Besitz von Eigentumswohnungen festzustellen. Während 1988 lediglich 8% der Haushalte (siehe die

Tabelle auf S 186* im Anhangteil) 2,2 Mill. Eigentumswohnungen besaßen, waren es 1998 12% der Haushalte mit 4,4 Mill. (1993 besaßen 11% der Haushalte rund 3,7 Mill. Eigentumswohnungen.)

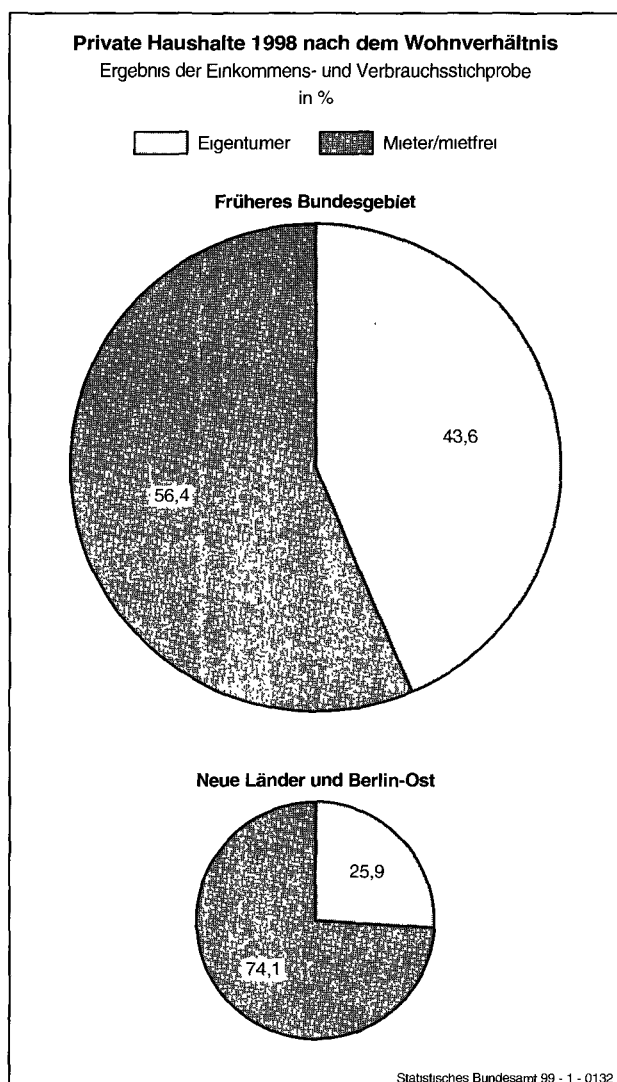
Haushalte mit Eigentumswohnungen hatten häufig mehrere davon im Besitz: Im Schnitt kamen auf 100 dieser Haushalte rund 122 Wohnungen (1993: 121); bei Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 7 000 bis unter 10 000 DM waren es 146 (1993: 137) und in der Einkommensklasse 25 000 bis unter 35 000 DM schon 218 (1993: 180) Eigentumswohnungen. Eigentumswohnungen werden damit von „Besserverdienenden“ zunehmend als Kapitalanlage oder Renditeobjekte genutzt.⁷⁾

Die Eigentumsquote bei Wohnungen lag 1998 mit 19% in Baden-Württemberg am höchsten, gefolgt von Bayern mit 15%.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war in den letzten fünf Jahren ein beschleunigter Prozeß der Eigentumsbildung

⁷⁾ Genaue zahlenmäßige Aussagen können erst getroffen werden, wenn die Angaben über Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung vorliegen

Schaubild 3



zu beobachten. Während 1993 noch nicht einmal 1% der privaten Haushalte eine Eigentumswohnung besaßen, waren es 1998 immerhin schon 3% der Haushalte. Die Zahl dieser Wohnungen erhöhte sich von rund 60 000 auf rund 220 000.

Ein Zeitvergleich der Eigentumsquoten, unterschieden nach Einfamilien- und Zweifamilienhäusern, ist nicht möglich, da in den Erhebungen bis zum Jahr 1993 Ein- und Zweifamilienhäuser nicht getrennt erfragt worden sind. Der Anteil der Haushalte im früheren Bundesgebiet, denen Ein- und Zweifamilienhäuser gehörten, war im Zeitverlauf 1988 bis 1998 leicht rückläufig. Nannten 1988 38% der Haushalte Ein- und Zweifamilienhäuser ihr eigen, so besaßen 37% der Haushalte 1998 rund 11,6 Mill. Häuser (1993 besaßen 39% der Haushalte 12,2 Mill. Ein- und Zweifamilienhäuser).

Die Eigentumsquote der Haushalte bei Ein- und Zweifamilienhäusern lag 1998 mit 54% im Saarland am höchsten, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 50%.

Auch bei Ein- und Zweifamilienhäusern war das Tempo der Eigentumsbildung in den neuen Ländern und Berlin-Ost zwischen 1993 und 1998 recht hoch. Während 1993 20% der Haushalte solche Häuser besaßen, waren es 1998 schon 24%. Absolut hatten die an der EVS teilnehmenden ostdeutschen Haushalte 1993 rund 1,3 Mill. Ein- und Zweifamilienhäuser in Besitz. 1998 waren es 1,6 Mill. Dabei stieg der Anteil der gekauften oder selbst gebauten Häuser von 62 auf 70%.

Wohnverhältnisse

Das „Wohnen zur Miete“ ist in Deutschland nach wie vor die vorherrschende Wohnform. Im Januar 1998 hatten – wie aus dem Schaubild 3 und Tabelle 4 ersichtlich – 56% der westdeutschen Haushalte ein Mietverhältnis, deutlich mehr waren es mit 74% im Osten

Tabelle 4 Private Haushalte nach Wohnverhältnis und Wohnfläche¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1993	1998	1993	1998
	1 000			
Haushalte insgesamt	28 446	29 921	6 624	6 783
Haushalte als Mieter/mietfrei	15 655	16 871	5 368	5 024
	mit einer Wohnfläche			
von bis unter m ²				
unter 50	3 211	3 253	1 446	1 267
50 – 75	6 562	7 048	3 049	2 926
75 – 100	3 913	4 248	672	632
100 – 120	1 168	1 333	126	137
120 und mehr	802	991	74	63
	m ² je Haushalt			
Durchschnittliche Wohnfläche	69,4	70,8	60,0	60,7
	1 000			
Haushalte in Wohneigentum	12 791	13 050	1 256	1 759
	mit einer Wohnfläche			
von bis unter m ²				
unter 50	243	154	(50)	(33)
50 – 75	1 494	1 241	284	286
75 – 100	2 945	2 674	350	411
100 – 120	2 780	2 618	291	454
120 und mehr	5 331	6 362	280	575
	m ² je Haushalt			
Durchschnittliche Wohnfläche	113,4	120,1	95,2	105,5

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (Angaben zum Stichtag 1. Januar)

In einer Eigentumswohnung oder im eigenen Haus wohnen im früheren Bundesgebiet rund 44 % aller Haushalte, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 26 %. Dabei wurde in diesem Zusammenhang nur die Hauptwohnung erfragt. Daraus folgt, daß Haushalte, die beispielsweise in einer Eigentumswohnung in der Stadt leben und während der Sommermonate in einem Ferienhaus, welches sie selbst besitzen, nur einmal erfaßt sind

Das selbstgenutzte Wohneigentum war sehr unterschiedlich verteilt. Den höchsten Anteil wiesen – wie aus Tabelle 5 zu ersehen – Haushalte von Landwirten auf. Fast 90 % dieser Haushalte im früheren Bundesgebiet wohnten im Januar 1998 in ihren eigenen vier Wänden (neue Länder und Berlin-Ost: rund 80 %) Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Gewerbetreibender, Freiberufler,

Tabelle 5: Anteil privater Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum an der jeweiligen Gruppe¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

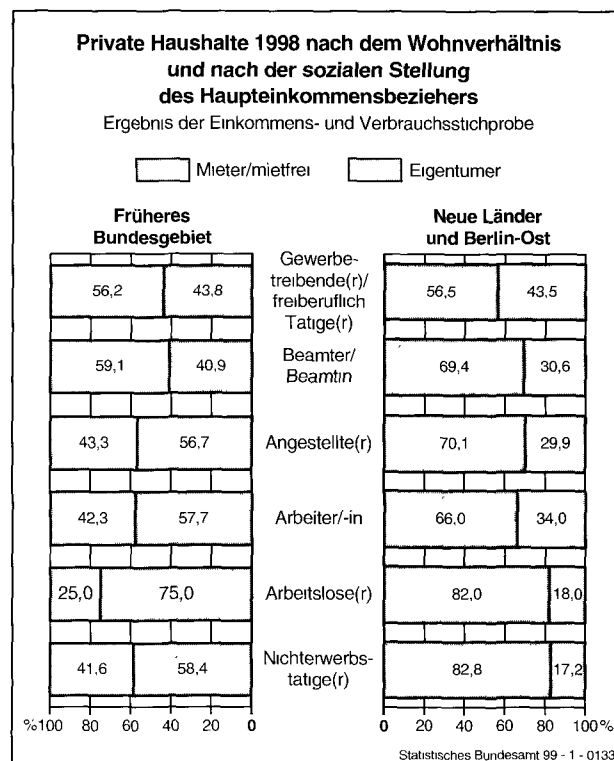
Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin Ost	
	1993	1998	1993	1998
Hochgerechnete Haushalte	28 446	29 921	6 624	6 783
	1 000			
Haushalte insgesamt	45,0	43,6	19,0	25,9
	%			
	nach ausgewählten Haushaltstypen			
Paare ohne Kind	52,3	52,6	21,8	27,0
Paare mit 1 Kind ²⁾	44,5	42,4	19,2	33,8
Paare mit 2 Kindern ²⁾	55,9	57,7	25,7	43,4
Paare mit 3 und mehr Kindern ²⁾	59,7	63,8	33,6	46,1
Alleinerziehende ²⁾	18,3	17,5	(5,1)	(10,4)
	nach der Haushaltsgröße			
Haushalte mit Person(en)				
1	26,6	24,2	10,5	8,7
2	49,4	49,1	19,9	24,8
3	54,1	54,9	19,6	36,9
4	61,6	62,4	26,6	46,4
5 und mehr	66,2	69,4	37,0	56,4
	nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin			
Landwirt/-in	89,8	88,7	(80,3)	(76,5)
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	62,0	56,2	(35,7)	43,5
Beamter/Beamtin	54,9	59,1	/	30,8
Angestellte(r)	41,0	43,3	15,4	29,9
Arbeiter/-in	41,5	42,3	23,1	34,0
Arbeitslose(r)	24,5	25,0	13,8	18,0
Nichterwerbstätige(r)	46,0	41,6	17,7	17,2
	nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin			
von bis unter Jahren				
unter 25	(6,0)	(5,3)	/	/
25–35	18,5	23,3	13,1	22,4
35–45	46,7	45,6	21,8	35,1
45–55	57,4	55,7	25,7	34,8
55–65	59,9	58,5	21,6	25,7
65–70	56,5	50,6	20,8	20,3
70 und älter	47,0	41,4	19,3	15,4

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1993: Angaben zum Stichtag 31. Dezember, 1998: Angaben zum Stichtag 1. Januar) – /) Ledige Kinder unter 18 Jahren

Beamter oder Pensionär war, hatten mit nahezu 60 % im Westen ebenfalls eine hohe Quote beim selbstgenutzten Wohneigentum (siehe Schaubild 4). Im Osten folgten den Gewerbetreibenden und Freiberuflern (gut 40 % dieser Haushalte lebten in den eigenen vier Wänden) Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Arbeiter war (34 %).

Während Alleinerziehende mit Kindern in Ost und West vorwiegend in Mietwohnungen lebten (Ost 90 %, West 82 %), wohnten beinahe zwei Drittel der Paare mit drei und mehr Kindern (unter 18 Jahren) im früheren Bundesgebiet

Schaubild 4



in den eigenen vier Wänden, in den neuen Ländern und Berlin-Ost war es jedes zweite Paar.

Paare ohne Kind hatten im früheren Bundesgebiet ebenfalls eine hohe Quote beim selbstgenutzten Wohneigentum (rund 53 %), ebenso wie Paare mit einem Kind (rund 42 %). Im Osten lagen diese Quoten deutlich niedriger (Paare ohne Kind: 27 %, Paare mit einem Kind: 34 %). Auffallend ist, daß immerhin 41 % der Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher 70 Jahre und älter ist, im früheren Bundesgebiet noch im selbstgenutzten Wohneigentum lebte, in den neuen Ländern und Berlin-Ost traf das lediglich auf 15 % dieser Haushalte zu.

Die Zahl der Haushalte, die ihr Wohneigentum selbst bewohnten, nahm im früheren Bundesgebiet 1998 – verglichen mit 1993 – leicht zu. Trotzdem lebten 1998 mehr Haushalte zur Miete als im selbstgenutzten Wohneigentum. Die daraus ableitbare leicht rückläufige Quote hängt mit der raschen Zunahme der Einpersonenhaushalte zusammen, die vorwiegend zur Miete wohnen.

Einen weiteren Einflußfaktor stellt sicherlich auch die starke Zunahme der Zwangsversteigerungen dar. Wurden 1993 rund 21 000 Zwangsversteigerungstermine für Objekte mit einem Verkehrswert von etwa 8 Mrd. DM von deutschen Amtsgerichten anberaumt, waren es 1997 mehr als 40 000 Termine mit einem Verkehrswert von rund 20 Mrd. DM. Die meisten Objekte waren Ein- und Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen.³⁾ Dies zeigt, daß der Wunsch nach Haus- und Grundbesitz, insbesondere nach einem Eigen-

³⁾ Siehe ARGETRA GmbH, Verlagsagentur, Aulterbeck W. „VIZ-Jahresbericht 1998“

heim, häufig unter Überschätzung des finanziell Möglichen realisiert wird. Viele private Haushalte erkaufen den Besitz durch langjährige Verschuldung und damit einhergehenden Einschränkungen beim Privaten Verbrauch. Änderungen in der wirtschaftlichen Lage, zum Beispiel der Ausfall von Arbeitseinkommen durch Arbeitslosigkeit oder Scheidung, können dann für solche Haushalte zu einer prekären Situation führen. Andererseits nutzen vor allem „gutsituierte“ Haushalte den Erwerb von Haus- und Grundbesitz als Art der Vermögensbildung.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost nahm die Zahl der Haushalte, die zur Miete wohnten, innerhalb der letzten fünf Jahre deutlich ab (1. Januar 1993: 81 %, 1. Januar 1998: 74 %) Umfangreiche Neubauaktivitäten und die Inanspruchnahme preisgünstiger Offerten zum Erwerb von Eigentumswohnungen gemäß dem Altschuldenhilfegesetz brachten einen entsprechenden Zuwachs beim selbstgenutzten Wohneigentum (1993: 19 %, 1998: 26 %). Mit jedem vierten in den eigenen vier Wänden lebenden Haushalt bleibt der Osten allerdings auch 1998 weit hinter dem Westen zurück. Hier nutzte 1998 immerhin fast jeder zweite Haushalt sein eigenes Wohneigentum.

Seit 1993 haben sich die Strukturen des selbstgenutzten Wohneigentums in Ost und West erheblich verändert. Das Einfamilienhaus blieb zwar die beliebteste Wohnform. Danach stand aber nicht mehr – wie noch 1993 – das Leben in Zweifamilienhäusern an zweiter Stelle beim selbstgenutzten Wohneigentum. Haushalte präferierten zunehmend stärker Eigentumswohnungen als preisgünstigere Alternative zum Eigenheim.

Dem Rückgang der Zahl bei der Selbstnutzung von Zweifamilienhäusern liegen einerseits methodische und andererseits steuerliche Einflußfaktoren zugrunde. In den Erhebungspapieren des Jahres 1993 war das Einfamilienhaus als Wohngebäude mit einer Wohnung und das Zweifamilienhaus als Wohngebäude mit zwei Wohnungen definiert. Zum Sonderfall Einliegerwohnung gab es weder im Grundinterview noch in den Interviewrichtlinien eine Regelung. Diese wurde beim Einführungsinterview 1998 getroffen. Danach sollte auch dann der Eintrag in die Position „Einfamilienhaus“ erfolgen, wenn sich im Einfamilienhaus eine Einliegerwohnung befand, was tendenziell dazu führte, daß die ausgewiesene Zahl der Einfamilienhäuser zu-, die der Zweifamilienhäuser abnahm. Die gleiche Wirkung ging von den veränderten steuerrechtlichen Regelungen aus.

Um die Steuerschuld – insbesondere bei hoher Fremdfinanzierung – zu reduzieren, gaben Bauherren bis Ende 1986 dem Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung den Vorzug, denn bei einem Zwei- (oder Mehr-)familienhaus bestand die Möglichkeit, die degressive Abschreibung, den Werbungskostenabzug und die Schuldzinsen für das gesamte Objekt geltend zu machen. Zwischen 1987 bis zum 31. Dezember 1998 galt eine Übergangszeit, in der an der alten Überschußbesteuerung festgehalten bzw. zur neuen Regelung gewechselt werden konnte. Steuerpflichtige, die bereits positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielten – weil sie in der Regel keine hohen

Zinsbelastungen mehr hatten – wandelten ihr Haus in ein Einfamilienhaus um, zumal dann, wenn bereits beim Bauen keine dauerhafte Absicht bestand, ein Zweifamilienhaus zu errichten.

Bewohnte Räume und Wohnflächen

Im Einführungsinterview wurden die Haushalte u.a. auch danach gefragt, wie viele Wohn- und Schlafräume ihre Wohnung hat. Nicht einbezogen waren dabei Bad, Toilette, Flur und Küche sowie Keller-, Boden- und Wirtschaftsräume, die nicht zu Wohnzwecken genutzt wurden, und Räume unter 6 m². Die durchschnittliche Wohnfläche pro Haushalt betrug 1998 – wie aus der Tabelle auf S. 187* im Anhangteil zu ersehen ist – im Westen 92 m², im Osten 72 m².

Aus den Angaben der Haushalte ist zu entnehmen, daß Mieterhaushalte weniger Räume bewohnen als Eigentümerhaushalte. Im Westen hatten Mieterhaushalte im Schnitt 2,7 Räume mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von rund 71 m², im Osten waren es 2,6 Räume mit durchschnittlich rund 61 m² (siehe die Tabelle auf S. 188* im Anhangteil). Dagegen verfügten Eigentümerhaushalte über 4,5 Räume (120 m²) im Westen und 4,1 Räume (106 m²) im Osten.

Einfamilienhäuser, die selbst oder von Mietern bewohnt worden waren, hatten im Schnitt mehr Wohnräume als andere Gebäude.

Zur Miete wohnende Einpersonenhaushalte nutzten in Ost und West durchschnittlich zwei Wohnräume. Die Zahl der Räume wächst mit steigender Haushaltsgröße, so daß beispielsweise Vierpersonenhaushalte im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 3,8 Räume (95 m²) bewohnten, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 3,6 Räume (77 m²).

Auch Haushalte mit geringem Einkommen (Haushaltsnettoeinkommen unter 1 400 DM monatlich) bewohnten in Ost und West jeweils zwei Räume. Dagegen hatten Haushalte, die ihr Haushaltsnettoeinkommen mit 7 000 DM und mehr monatlich einschätzten, im Westen fast zwei Räume mehr zur Verfügung (3,9), im Osten waren es 1,5 Räume mehr (3,5).

Auch bei den Eigentümerhaushalten sind eindeutige Abhängigkeiten zwischen der Zahl der Haushaltsmitglieder, der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens einerseits und den verfügbaren Räumen andererseits festzustellen. Eigentümerhaushalte, in denen mehr als fünf Personen leben, hatten im früheren Bundesgebiet im Schnitt sechs Räume zur Verfügung, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 5,5.

Erhebliche Unterschiede sind bei den Wohnflächen sowohl zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten als auch zwischen Ost und West zu erkennen.

Zur Wohnfläche zählen die Flächen folgender Räume.

- Wohn- und Schlafräume (auch untervermietete sowie außerhalb des Wohnungsabschlusses befindliche Räume, wie z. B. Mansarden),
- Küchen,

- Nebenräume (Bad, Toilette, Flur usw),
- Wohnräume, die auch teilweise oder zeitlich begrenzt gewerblich genutzt werden (z. B Praxis- und Wartezimmer in Arzt- oder Rechtsanwaltswohnungen),
- Balkone bzw. Loggien: ein Viertel bis die Hälfte der anrechenbaren Grundfläche zählt zur Wohnfläche.

Nicht zu berücksichtigen sind Keller-, Boden- und Wirtschaftsräume, die nicht zu Wohnzwecken genutzt werden.

In Mieterhaushalten betrug die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im früheren Bundesgebiet rund 71 m² (1993: 69 m²), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es jeweils rund 10 m² weniger (1998: 61 m², 1993: 60 m²) Damit hat sich die Wohnfläche von der Quadratmeterzahl her in den letzten fünf Jahren im Grunde genommen nicht sehr verändert.

25 % der Mieterhaushalte im Osten gaben an, in einer Wohnung unter 50 m² zu leben, im Westen waren es nicht ganz 20 %. In Wohnungen, die eine Fläche von 75 m² und mehr hatten, lebten rund 17 % der Mieterhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, im früheren Bundesgebiet waren es 39 %

Einpersonenhaushalte im Westen, die zur Miete wohnten, gaben eine durchschnittliche Wohnfläche von 58 m² an (1993: 55 m²), im Osten betrug diese 49 m² (1993: 48 m²). Die Wohnfläche korreliert – ebenso wie die Zahl der Räume – positiv mit der Haushaltgröße und dem Haushaltsnettoeinkommen. So belief sich die durchschnittliche Wohnfläche derjenigen Mieterhaushalte, die sich mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1400 DM einstuften, im früheren Bundesgebiet auf 52 m² (im Osten auf 48 m²) Dagegen lebten im früheren Bundesgebiet Mieterhaushalte in der Einkommensklasse 7000 DM und mehr in großen Wohnungen mit einer Wohnfläche von 108 m² (neue Länder und Berlin-Ost: 81 m²).

Betrachtet man die durchschnittliche Wohnfläche je Haushalt nach dem Alter des Haupteinkommensbezieher, so ist zu konstatieren, daß die Altersgruppe der 35- bis unter 55jährigen im früheren Bundesgebiet die größten Wohnflächen gemietet hatte (gut 76,5 m²), dagegen lebten unter 25jährige in Wohnungen von rund 49 m² (im Osten 48 m²). Im Westen fällt die durchschnittlich gemietete Wohnfläche von der Altersgruppe 45 bis unter 55 Jahre (76,6 m²) auf 68,9 m² bei den 70jährigen und älteren ab. In den größten Mietwohnungen im Osten (67,8 m²) wohnten Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher 35 bis unter 45 Jahre sind. Bereits in der Gruppe der 45- bis unter 55jährigen nimmt die durchschnittliche Wohnfläche ab, sie belief sich auf 62,6 m² pro Haushalt. Diese Durchschnittswerte sinken schnell, so daß die Mieterhaushalte der 70jährigen und älteren im Osten im Schnitt nur noch eine Wohnfläche von 55 m² hatten; das waren fast 14 m² weniger als im Westen.

Haushalte im früheren Bundesgebiet, die ihr Wohneigentum selbst nutzen, konnten Anfang 1998 über eine durchschnittliche Wohnfläche von 120 m² (1993: 113 m²) verfügen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es rund 106 m² (1993: 95 m²). Hatte im früheren Bundesgebiet fast jeder zweite dieser Haushalte (49 %) eine Wohnfläche von 120 m² und mehr, so war es in den neuen Ländern und Berlin-Ost jeder dritte Haushalt (33 %); kleine Wohnungen mit unter 50 m² bewohnten lediglich unter 2 % dieser Haushalte. Auch bei den Haushalten mit selbstgenutztem Wohnraum steigt die Wohnfläche mit der Zahl der Haushaltsmitglieder und der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens. Einpersonenhaushalte bewohnten eine Wohnfläche von 95 m² im Westen (Osten: 83 m²), Vierpersonenhaushalte dagegen hatten Wohnflächen von 135 m² im Westen (Osten: 118 m²).

Wohnflächen für Kinder und Jugendliche

Auch wenn Kinder das Zusammensein mit ihren Eltern oder einem Elternteil schätzen, haben sie doch auch den

Tabelle 6: Durchschnittliche Wohnfläche von ausgewählten privaten Haushalten und von Kindern am 1. Januar 1998¹⁾

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	Durchschnittliche Wohnfläche							
	insgesamt	dar für Kinder			insgesamt	dar für Kinder		
		zusammen	Anteil an der Gesamtwohnfläche	dar Wohnfläche für 1 Kind		zusammen	Anteil an der Gesamtwohnfläche	dar Wohnfläche für 1 Kind
m ²		%	m ²		%	m ²		
Haushalte insgesamt								
Alleinerziehende mit 1 Kind ²⁾	73,9	16,3	22,1	16,3	62,8	13,8	22,0	13,8
Paare ohne Kind	98,3	-	-	-	71,4	-	-	-
Paare mit 1 Kind ²⁾	98,7	16,7	16,9	16,7	83,8	14,6	17,4	14,6
Paare mit 2 Kindern ²⁾	115,3	28,0	24,3	14,0	94,9	24,2	25,5	12,1
Paare mit 3 und mehr Kindern ²⁾	132,3	42,8	32,4	13,1	109,8	34,8	31,7	10,9
Mieterhaushalte								
Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁾	68,7	15,5	22,6	15,5	60,0	13,1	21,8	13,1
Paare ohne Kind	78,0	-	-	-	63,0	-	-	-
Paare mit 1 Kind ¹⁾	83,9	14,6	17,4	14,6	70,9	13,0	18,3	13,0
Paare mit 2 Kindern ¹⁾	94,4	23,2	24,6	11,6	77,7	20,2	26,0	10,1
Paare mit 3 und mehr Kindern ¹⁾	105,0	34,1	32,5	10,5	88,9	29,7	33,4	9,3
Eigentümerhaushalte								
Alleinerziehende mit 1 Kind ¹⁾	104,0	20,8	20,0	20,8	(90,3)	(20,5)	(22,7)	(20,5)
Paare ohne Kind	116,7	-	-	-	94,1	-	-	-
Paare mit 1 Kind ¹⁾	118,8	19,5	16,4	19,5	109,3	17,7	16,2	17,7
Paare mit 2 Kindern ¹⁾	130,7	31,5	24,1	15,8	117,5	29,6	25,2	14,8
Paare mit 3 und mehr Kindern ¹⁾	147,9	47,7	32,3	14,6	134,5	40,7	30,3	12,8

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften – ²⁾ Ledige Kinder unter 18 Jahren

Wunsch, sich zum Spielen oder Lernen in einen eigenen Raum zurückziehen zu können. Wie sie dieses zeitweise verwirklichen konnten, soll im folgenden betrachtet werden.

Im einleitenden Interview wurden im Januar 1998 – wie auch bereits 1993 – die Haushalte danach gefragt, wie viele Quadratmeter von der Gesamtläche der Wohnung auf Wohn- oder Schlafräume von Kindern und Jugendlichen (unter 18 Jahren) entfallen. Als Wohn- und Schlafräume von Kindern und Jugendlichen sollten nur die Flächen der Räume angegeben werden, die ganz oder überwiegend von Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Auf die Frage nach der Zahl der Räume, die noch 1993 gestellt worden war, war bei der Neukonzeption der EVS 1998 verzichtet worden.

Im Durchschnitt der befragten Haushalte standen Familien – wie Tabelle 6 zeigt – zwischen 11 m² und 17 m² Wohnfläche je Kind zur Verfügung. Kinderzahl und Wohnungsgröße insgesamt beeinflussen diese Größe. Offenbar hat – mit wachsender Kinderzahl zunehmend – nicht jedes Kind ein eigenes Kinderzimmer.

Mieter haben, wie an anderer Stelle nachgewiesen, in der Regel kleinere Wohnungen als Haushalte in Wohneigentum. Dabei war jedoch regelmäßig der Anteil der Kinderzimmerfläche – bezogen auf die Gesamtwohnfläche – in Mieterhaushalten größer als in Eigentümerhaushalten. In Mieterhaushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind war die Kinderzimmerfläche durchschnittlich größer als in Haushalten von Paaren mit einem Kind. Bemerkenswert ist dabei, daß die von diesen Alleinerziehenden bewohnte Mietwohnung um mehr als 10 m² kleiner war als die Wohnung der Paare mit einem Kind.

Dieser Sachverhalt traf auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu, obwohl die Wohnungen im Osten durchschnittlich kleiner waren.

Gärten, Garagen sowie Stellplätze für Kraftfahrzeuge

Auch bei der EVS 1998 wurden den teilnehmenden Haushalten – ähnlich wie bei den vorherigen Erhebungen – Fragen zu Gärten gestellt, und zwar diesmal beim Einführungsgespräch. 1993 waren diese Fragen im Schlußinterview eingeordnet. Zu beantworten war, ob die Haushalte einen Garten nutzen; unerheblich war dabei, ob es sich um eigene oder gepachtete Haus- oder Schrebergärten handelte. Erhoben wurden Angaben zur Größe dieser Gärten und der bewirtschafteten Fläche. Dies ist jener Teil der Gartenfläche, der für den Anbau von Obst, Gemüse, Blumen, Zier-, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen genutzt wird. Zur bewirtschafteten Gartenfläche zählen nicht durch Häuser, Lauben, Ställe usw. bebaute Flächen. Im Jahr 1998 ist auf Fragen zu Nutzflächen für den Anbau von Gemüse und Kartoffeln, der Zahl und Art ertragbringender Obstbäume verzichtet worden.

Die Tabelle auf S. 189* im Anhangteil zeigt, daß mehr Haushalte Gärten nutzten. Im früheren Bundesgebiet gab es im Januar 1998 gut 51 % privater Haushalte mit Gärten

(1993: 47 %), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es fast 48 % der Haushalte (1993: 44 %). Daß Haushalte im Osten – trotz des erheblich niedrigeren Anteils an Ein- und Zweifamilienhäusern (verglichen mit dem früheren Bundesgebiet) – bei der Gartennutzung eine so hohe Quote erreichten, deutet darauf hin, daß „jener eigentümliche DDR-Luxus – die Datsche, das Wochenendgrundstück (auch noch im achten Jahr der staatlichen Einigung – die Verfasserin) – stilprägend bleibt . . .“⁹⁾

Bemerkenswert ist weiterhin, daß die Gartenflächen, die von ostdeutschen Haushalten genutzt wurden, im Schnitt reichlich 100 m² größer waren als die der westdeutschen Haushalte. Der Vergleich zu den Daten des Jahres 1993 zeigt zunehmende Gartenflächen im Osten (1993: 568 m², 1998: 587 m²), sich verkleinernde Gartenflächen im Westen (1993: 515 m², 1998: 480 m²). Auch bei der bewirtschafteten Fläche zeichnen sich zwischen Ost und West zunehmende Unterschiede ab. Im Jahr 1998 bewirtschafteten die privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet im Schnitt – wie schon 1993 – 147 m², der Anteil der bewirtschafteten Fläche an der Gesamtgartenfläche blieb in diesem Zeitraum mit rund 30 % ungefähr gleich. Dagegen bewirtschafteten private Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 durchschnittlich mehr als 260 m², das waren gut 20 m² mehr als 1993.

Haushalte von Landwirten hatten in Ost und West am häufigsten (über 80 % aller Haushalte) Gärten, zudem mit den größten Flächen (Ost: rund 720 m², West: rund 600 m²). Auch Haushalte von Gewerbetreibenden und Freiberuflern waren in beiden Teilen Deutschlands (im früheren Bundesgebiet darüber hinaus noch Beamte) anteilig gut mit Gärten versorgt, deren durchschnittliche Größe zwischen 500 und fast 690 m² lag.

Jüngere Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher unter 25 Jahre alt war, nutzten relativ selten Gärten. Die höchste Nutzungsquote weisen Haushalte der 45- bis unter 65jährigen auf. Über 60 % dieser privaten Haushalte nutzten Gärten. Dagegen hat nur noch jeder dritte Haushalt der 70jährigen und älteren im Osten einen Garten, im Westen war es noch jeder zweite Haushalt.

Für Freizeit und Erholung gaben vor allem Paare mit zwei und mehr Kindern unter 18 Jahren Gärten den Vorzug. Rund drei Viertel der privaten Haushalte mit zwei und mehr Kindern (Paare mit zwei Kindern: 72 %, Paare mit drei und mehr Kindern: 79 %) hatten im Westen 1998 einen Garten, im Osten waren es ungefähr zwei Drittel dieser Haushalte (Paare mit zwei Kindern: 63 %, Paare mit drei und mehr Kindern: 66 %). Alleinerziehende mit Kindern bleiben weit hinter diesen Ausstattungsgraden zurück (West: 36 %; Ost: 23 %).

Über Garagen oder Stellplätze für Kfz verfügten im Januar 1998 rund 49 % der an der EVS teilnehmenden privaten Haushalte im Westen und rund 40 % im Osten (siehe die Tabelle auf S. 190* im Anhangteil). Vor allem in Haushalten, die ihren Wohnsitz in Wohngemeinden unter 5000 Ein-

⁹⁾ Siehe Zapf, W. „Modernisierung und Modernisierungstheorien“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Oktober 1990, S. 14.

wohnern hatten, war selbstgenutztes Garageneigentum stark ausgeprägt.

Summiert man die Zahl der Haushalte, die Garagen und Stellplätze nutzten, so hatten etwa 75 % der privaten Haushalte im Westen und gut 50 % der Haushalte im Osten feste Stellflächen für ihre Kfz. Sicher auch im Zusammenhang mit den zunehmend knapper werdenden Parkflächen hat der Anteil der Haushalte mit Stellplatz 1998 – verglichen zu 1993 – im Westen auf das 1,5fache zugenommen (1993: 17 %, 1998: 27 %), im Osten war es mehr als das 3,5fache (1993: 4 %, 1998: 13 %).

Zusammenfassung

Aus der Analyse der Daten des Einführungsinterviews über den Haus- und Grundbesitz sowie zur Wohnsituation ergeben sich zusammenfassend folgende Erkenntnisse:

1. Auch im Jahr 1998 wohnten in Deutschland mehr private Haushalte zur Miete als in den „eigenen vier Wänden“, wobei im Osten weitaus mehr Haushalte in Mietwohnungen lebten als im Westen.
2. Mieterhaushalte hatten in der Regel kleinere Wohnungen als Eigentümerhaushalte. Die Wohnfläche privater Haushalte im früheren Bundesgebiet war im Schnitt mindestens 10 m² größer als die der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost.
3. Am beliebtesten beim Wohneigentum waren Einfamilienhäuser. Als preisgünstige Alternative des Eigenheims nutzten allerdings – verglichen zu 1993 – zunehmend mehr Haushalte Eigentumswohnungen selbst.
4. Die Mehrzahl der Haushalte besaß weder unbebaute Grundstücke noch Häuser oder Eigentumswohnungen.
5. Der Haus- und Grundbesitz war sehr unterschiedlich verteilt. Nur ein Achtel dieser Besitztümer entfiel auf die neuen Länder und Berlin-Ost, obwohl der Anteil der Bevölkerung bzw. Haushalte ein Fünftel betrug.
6. Anteilig am häufigsten Haus- und Grundbesitz hatten Haushalte von Landwirten sowie Gewerbetreibenden und Freiberuflern. Unter den Nichtselbständigen wiesen Beamtenhaushalte die höchste Eigentumsquote auf.
7. Auffallend war der Mehrfachbesitz an unbebauten Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen bei Haushalten im früheren Bundesgebiet, die ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 15000 DM bis unter 35000 DM angegeben hatten.

Weitergehende Informationen können der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 und dem Sonderheft „Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte“ entnommen werden.

Die Angaben zum Geldvermögen, den Einnahmen und Ausgaben der an der Erhebung teilnehmenden Haushalte für den Privaten Verbrauch und sonstige Zwecke werden gegenwärtig aufbereitet. Da die rund 70000 an der EVS teilnehmenden Haushalte jeweils nur während eines Quar-

tals ihre Angaben in Haushaltsbüchern aufzeichneten, ist vorgesehen, vor Veröffentlichung der Jahresdaten vorab – voraussichtlich im dritten Quartal dieses Jahres – hochgerechnete Daten über Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs von rund 14000 Haushalten, die im ersten Quartal 1998 ein Haushaltsbuch geführt haben, zu publizieren.

Dr. Margot Münnich

Preise im Februar 1999

Für den Preisindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte liegen erstmalig Ergebnisse auf Basis 1995 vor und werden nachstehend kommentiert. Auch die Ergebnisse der Indizes der Einzelhandelspreise und der Lebenshaltung aller privaten Haushalte beziehen sich auf Basis 1995.

Im Februar 1999 hielt die in Deutschland seit längerem zu beobachtende Preisstabilität an. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und vor allem die Großhandelsverkaufspreise gaben im Vorjahresvergleich erneut deutlich nach. Der Index der Einzelhandelspreise und der Preisindex für die Lebenshaltung blieben annähernd unverändert. Zu dem günstigen Preisklima beigetragen haben Preis-senkungen für wichtige, auf den Weltmärkten gehandelte Rohstoffe, welche die Importe der deutschen Wirtschaft stark verbilligten. Insbesondere Preisnachlasse bei Mineralölzeugnissen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen beeinflussten die Entwicklung auf der Erzeugerstufe wie auf der Großhandels- und Endverbraucherstufe positiv. Hingegen sind die Preise für Saisonwaren im Jahresvergleich leicht gestiegen.

Deutschland	Veränderungen Februar 1999 gegenüber	
	Januar 1999	Februar 1998
	%	
Index der Einfuhrpreise		
insgesamt	+ 0,1	- 5,6
ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse	+ 0,2	- 4,1
Erdöl, roh	- 2,4	-32,4
Mineralölzeugnisse	- 1,4	-30,6
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	- 0,1	- 2,4
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,1	- 2,1
Mineralölzeugnisse	- 1,4	- 9,7
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	- 0,5	- 4,5
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,3	- 4,0
Mineralölzeugnisse	- 1,8	-11,2
ohne Saisonwaren	- 0,3	- 4,6
Saisonwaren	- 2,9	+ 0,6
Index der Einzelhandelspreise	- 0,1	- 0,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,2	+ 0,2
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 0,5
Heizöl und Kraftstoffe	- 1,1	- 6,3
ohne Saisonwaren	+ 0,2	+ 0,1
Saisonwaren	+ 0,7	+ 1,4

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) für Deutschland lag im Februar 1999 um 2,4% unter dem Stand vom Februar 1998. Dieser Rückgang war bei Vorleistungsgütern (Energie -7,6%, sonstige Vorleistungsgüter -2,8%) besonders ausgeprägt. Konsumgüter verbilligten sich nur leicht (-0,9%), während sich die Investitionsgüter sogar leicht verteuerten (+0,7% gegenüber Februar 1998).

Im Vorjahresvergleich gab es im Februar 1999 größere Preisrückgänge bei folgenden Erzeugnissen. Erdgas (-13,8%), Flüssiggas (-24,3%), Motorenbenzin (-5,4%), Dieselmotoren (-8,1%), leichtes Heizöl (-21,1%), schweres Heizöl (-21,2%), Bitumen (-12,3%), elektrischer Strom (-3,3%), Walzstahl (-12,9%), Betonstahlmatten (-29,3%), nichtlegiertes Aluminium (-21,7%), raffiniertes Kupfer

Ausgewählte Preisindizes 1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- ver- kaufs- preise ²⁾	Einzel- handels- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1994 D	98,3	101,6	99,3	98,3	98,4	98,1
1995 D	100	103,7	100	100	100	100
1996 D	98,8	103,1	100,7	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	105,6	102,1	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	103,4	102,7	104,3	104,1	105,3
1997 Dez	100,2	105,6	102,7	103,9	103,8	104,8
1998 Jan	100,1	105,5	102,5	103,9	103,7	104,8
Febr	100,1	105,5	102,5	104,1	103,9	105,1
Marz	100,0	105,2	102,3	104,0	103,8	104,9
April	100,0	105,2	102,8	104,1	103,9	105,0
Mai	100,0	104,8	103,0	104,4	104,2	105,4
Juni	99,9	104,4	103,0	104,5	104,4	105,5
Juli	99,7	103,5	102,8	104,8	104,6	105,7
Aug	99,5	102,6	102,6	104,6	104,5	105,6
Sept	99,4	101,9	102,7	104,4	104,2	105,4
Okt	98,9	100,9	102,6	104,2	104,0	105,2
Nov	98,5	100,5	102,7	104,2	104,1	105,3
Dez	98,3	100,9	102,6	104,3	104,1	105,3
1999 Jan	97,8	101,2	102,4	104,1	103,9	105,0
Febr	97,7	100,7	102,3	104,3	104,1	105,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1997 Dez	- 0,1	+ 0,4	-	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
1998 Jan	- 0,1	- 0,1	- 0,2	-	- 0,1	-
Febr	-	-	-	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Marz	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
April	-	-	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Mai	-	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Juni	- 0,1	- 0,4	-	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Juli	- 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Aug	- 0,2	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Okt	- 0,5	- 1,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
Dez	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	-	-
1999 Jan	- 0,5	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Febr	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6
1995 D	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
1996 D	- 1,2	- 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1997 Dez	+ 1,1	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3
1998 Jan	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Febr	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4
Marz	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
April	+ 0,3	-	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Mai	+ 0,1	- 2,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Juni	- 0,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Juli	- 0,4	- 2,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Aug	- 0,8	- 3,5	-	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Sept	- 1,0	- 4,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Okt	- 1,4	- 4,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Nov	- 1,8	- 4,5	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Dez	- 1,9	- 4,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
1999 Jan	- 2,3	- 4,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Febr	- 2,4	- 4,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2

1) Ohne Umsatzsteuer -2) Originalbasis 1991 = 100 -3) Einschl. Umsatzsteuer

(-18,2%), Schweinefleisch (-20,5%), gerösteter Kaffee (-13,7%). Hingegen stiegen die Preise für Fischerzeugnisse um 14,5%

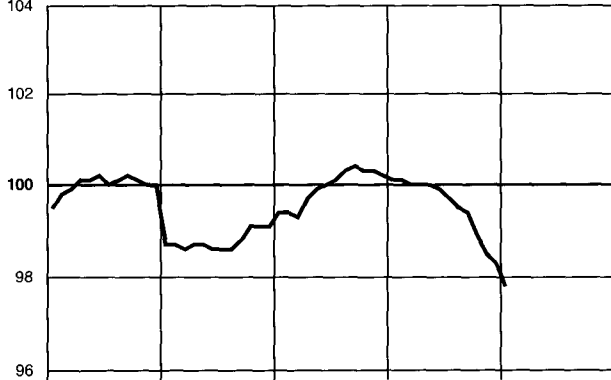
Der Index der Großhandelsverkaufspreise für Deutschland lag im Februar 1999 um 4,5% niedriger als vor zwölf Monaten. Damit hält die rückläufige Preisentwicklung bereits seit Mai 1998 ununterbrochen an. Gegenüber Januar 1999 sanken die Großhandelsverkaufspreise um 0,5%

Schaubild 1

Ausgewählte Preisindizes
Deutschland

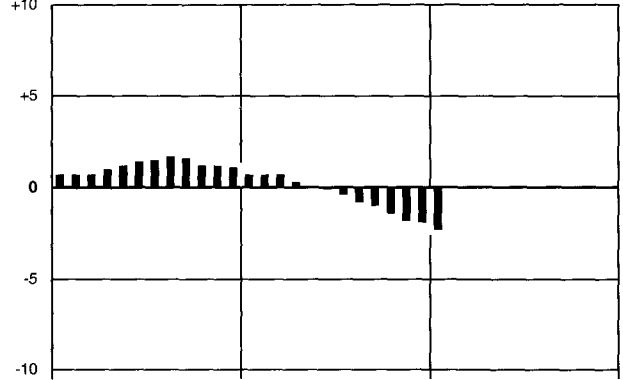
1995 = 100
Log Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



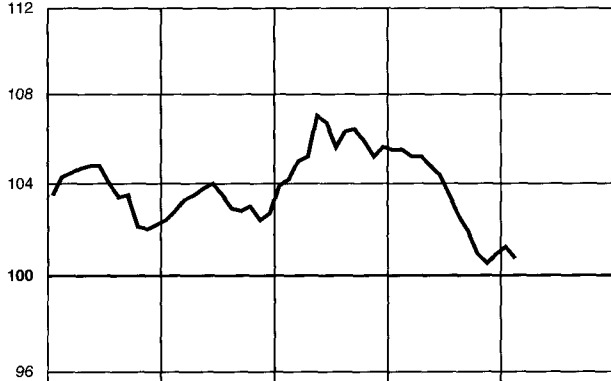
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Arithm Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



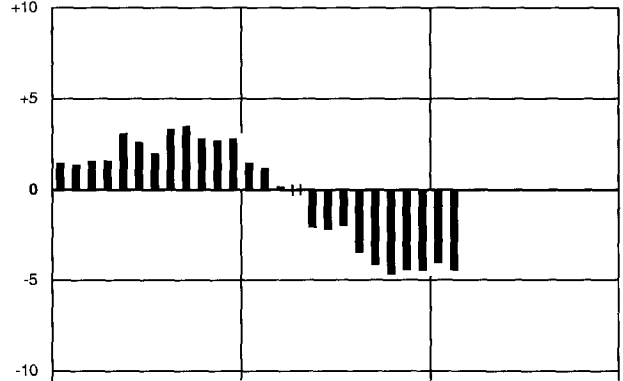
1991 = 100
Log Maßstab

Großhandelsverkaufspreise



Arithm Maßstab

Großhandelsverkaufspreise

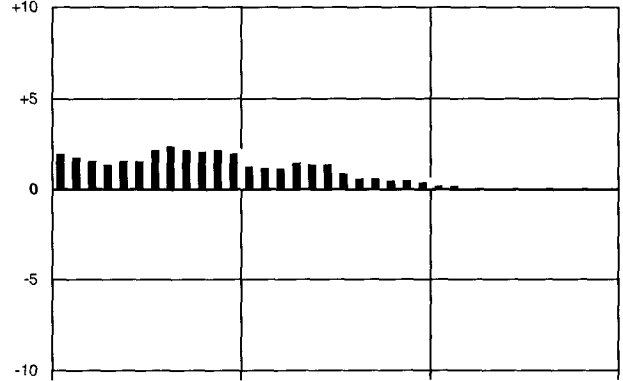


1995 = 100
Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



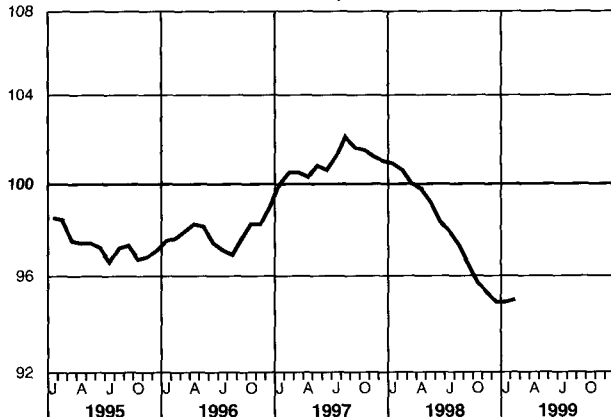
Arithm Maßstab

Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



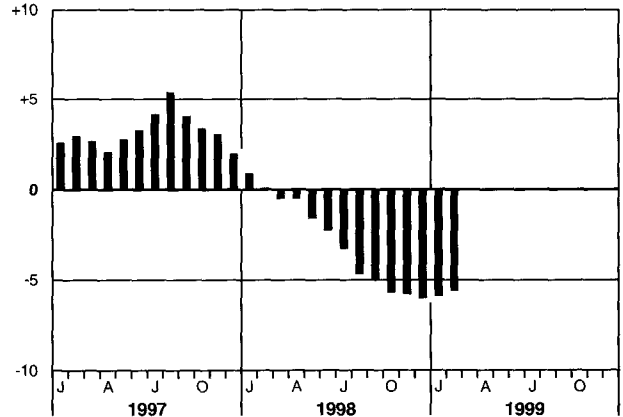
1991 = 100
Log Maßstab

Einfuhrpreise



Arithm Maßstab

Einfuhrpreise



Statistisches Bundesamt 99 - 1 - 0101

Eine gütersystematische Aufgliederung der Großhandelspreise nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang zeigt folgendes Bild: Erhebliche Preisnachlässe gegenüber dem Vorjahr verzeichneten landwirtschaftliche Erzeugnisse (-13,1%), und hier vor allem Rohkaffee (-36,6%) und lebendes Schlachtvieh (-31,1%). Daneben ergab sich bei wichtigen Gütern auf der Großhandelsstufe ein weitgehend paralleler Preistrend zur Erzeugerstufe. So wiesen Mineralölzeugnisse (-11,2%), NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug (-18,3%), Eisen und Stahl (-12,8%) und Gießereierzeugnisse (-13,2%) deutliche Preisminierungen in den letzten zwölf Monaten auf. Andererseits verteuerten sich bei den Nahrungsmitteln Speisekartoffeln ganz erheblich (+69,6%) gegenüber Februar 1998.

In institutioneller Gliederung nach Wirtschaftszweigen des Großhandels lag der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren im Februar 1999 um 9,2% unter dem Vorjahresniveau, wobei vor allem der Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen hohe Preiseinbußen hinnehmen mußte (-30,6%). Hingegen lagen die Preisrückgänge beim Großhandel mit Fertigwaren bei lediglich 2,2%. Die Teilindizes für die einzelnen Wirtschaftsgruppen des Großhandels wiesen folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

Deutschland	Veränderungen Februar 1999 gegenüber	
	Januar 1999	Februar 1998
	%	
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	- 0,4	- 9,2
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	- 0,4	-13,4
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw	- 0,7	-20,3
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	- 0,9	- 2,2
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	- 1,5	-10,1
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	- 0,2	-10,9
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	- 0,1	- 0,8
Altmaterial, Reststoffen	+ 2,3	-30,6
Fertigwaren	- 0,4	- 2,2
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 1,0	- 5,5
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	-	+ 0,3
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	-	- 0,4
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw	-	- 0,5
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	-	- 0,5
pharmazeutischen, kosmetischen u a Erzeugnissen	+ 0,1	+ 1,7
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o a S)	- 0,2	- 1,4

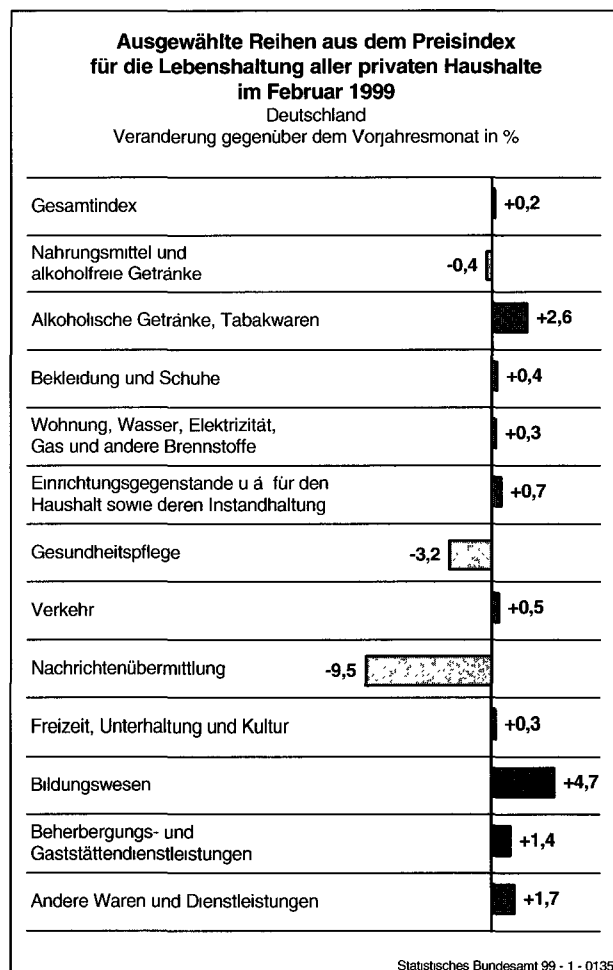
Der Index der Einzelhandelspreise ermäßigte sich um 0,1% innerhalb eines Monats und damit zum dritten Mal in Folge (Januar 1999: -0,2%, Dezember 1998: -0,1% jeweils gegenüber Vormonat). Der Einzelhandel setzte seine Produkte im Schnitt um 0,2% billiger ab als vor einem Jahr. Zu der rückläufigen Preisentwicklung trugen Apotheken maßgeblich bei. In die Preisberechnungen für die Apotheken gehen sowohl die Marktpreise für Medikamente als auch die Rezeptgebühren ein, so daß die jüngsten Veränderungen bei den Rezeptgebühren zu beachten sind.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland lag im Februar 1999 gegenüber Februar 1998 um 0,2% höher. Im Vergleich zum Januar 1999 stieg der Index ebenfalls um 0,2%.

Die niedrige Jahresteuersatzrate im Februar wurde erneut stark von den rückläufigen Preisen für Heizöl (-17,6%) und Kraftstoffe (-4,8%) beeinflusst. Ohne die Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre der Index um 0,5% gegenüber Februar 1998 gestiegen. Starke Preisrückgänge gab es außerdem bei Telekommunikationsdienstleistungen (-11,5%) und bei der Gesundheitspflege (-3,2%). Die Preisrückgänge bei den Gütern für Gesundheitsleistungen sind im wesentlichen auf die Reduzierung der Rezeptgebühren sowie der Zuzahlungen beim Zahnersatz im Januar 1999 zurückzuführen.

Stärkere Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr waren bei folgenden Gütergruppen zu verzeichnen: Gemüse (+4,5%), Tabakwaren (+4,4%), Personenkraftwagen (+1,7%), Bücher (+4,6%), Restaurantbesuche (+1,6%). Die Nettokaltmieten stiegen gegenüber Februar 1998 um 0,9%, die kalten Wohnungsnebenkosten um durchschnittlich 2,8% (darunter Müllabfuhr +5,3%). Die durchschnittliche Verteuerung der Güter für das Bildungswesen um 4,7% von Februar 1998 bis Februar 1999 ist vor allem auf die Anhebung der Kindergartengebühren sowie von Gebühren für Volkshochschulkurse zurückzuführen, die im Februar 1999 im Durchschnitt um 4,4 bzw. 5,4% höher lagen als im Februar 1998.

Schaubild 2



Für Februar 1999 wurden im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost sehr

ähnliche Preisentwicklungen beobachtet. Im Vorjahresvergleich ergaben sich jeweils Steigerungen von 0,2 %

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland ist gegenüber Februar 1998 ebenfalls um 0,1 % gestiegen.

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
auf Basis 1995 = 100**
Veränderung in %

Deutschland	Februar 1999 gegenüber	
	Januar 1999	Februar 1998
Gesamtindex	+ 0,2	+ 0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-	- 0,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 2,6
Bekleidung und Schuhe	- 0,1	+ 0,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw	-	+ 0,3
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausstattungen für den Haushalt u a	-	+ 0,7
Gesundheitspflege	- 0,2	- 3,2
Verkehr	+ 0,2	+ 0,5
Nachrichtenübermittlung	- 0,6	- 9,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 1,6	+ 0,3
Bildungswesen	+ 0,7	+ 4,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,7	+ 1,4
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,4	+ 1,7

Auf der Erzeuger- und Großhandelsstufe ergaben sich im einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat.

Deutschland	Veränderungen Februar 1999 gegenüber	
	Januar 1999	Februar 1998
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Erdgas	- 0,7	- 13,8
Flussgas	- 14,7	- 24,3
Motorenbenzin	- 0,6	- 5,4
Dieselmotorenkraftstoff	- 0,5	- 8,1
Leichtes Heizöl	- 1,4	- 21,1
Schweres Heizöl	- 5,1	- 21,2
Bitumen aus Erdöl	- 5,4	- 12,3
Elektrischer Strom	+ 0,3	- 3,3
Walzstahl	- 1,3	- 12,9
Betonstahlmatten	+ 4,7	- 29,3
Nichtlegiertes Aluminium in Rohform	+ 0,7	- 21,7
Raffiniertes Kupfer	- 1,0	- 18,2
Schweinefleisch	+ 1,7	- 20,5
Gerösteter Kaffee	- 0,8	- 13,7
Fischerzeugnisse	+ 1,5	+ 14,5
Großhandelsverkaufspreise		
Motorenbenzin	- 0,1	- 6,2
Dieselmotorenkraftstoff	- 0,7	- 10,1
Leichtes Heizöl	- 3,0	- 20,3
Schweres Heizöl	- 5,7	- 14,7
Eisen und Stahl	- 0,2	- 12,8
dar Stahlschrott	- 0,1	- 43,8
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	+ 0,3	- 18,3
Gießereierzeugnisse	-	- 13,2
Rohkaffee	- 1,6	- 36,6
Speisekartoffeln	+ 1,4	+ 69,6
Lebendes Schlachtvieh	- 1,1	- 31,1
Gekühltes Fleisch	- 3,2	- 24,9
Tiefgefrorenes Schlachtgeflügel	- 1,5	- 10,3
Ölkuchen und -schrote	- 1,5	- 25,7

Dipl.-Volkswirt Peter Roemer

Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheits- berichterstattung des Bundes

Der Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes wurde von vier Methodenforschungsprojekten begleitet. Ziel war es dabei, Schwachstellen und Lücken in den verfügbaren Daten zum Gesundheitswesen schrittweise zu schließen und Auswertungsverfahren zu entwickeln, die bislang in der GBE noch keine Anwendung finden.

Der nachfolgende Beitrag ist die Kurzfassung eines Projektberichtes, der im Auftrag und mit Unterstützung des Statistischen Bundesamtes sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Gesundheitsberichterstattung“ von der Bonner Arbeitsgruppe für empirische Wirtschaftsforschung, Bonn, erstellt wurde.

Mit diesem Projekt wurde eine neue Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für das Gesundheitswesen konzeptionell erarbeitet und in wesentlichen Teilen empirisch umgesetzt. Die bisherige Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) des Statistischen Bundesamtes konnte so zu einer gesundheitsbezogenen Ausgaben- und Finanzierungsrechnung weiterentwickelt werden. Nunmehr kann der Frage nachgegangen werden, wer finanziert was und wo wird was produziert?

Die Daten des neuen Rechensystems sind teilweise schon in den Kapiteln des Gesundheitsberichtes für Deutschland¹⁾ verarbeitet. Allerdings stehen die Angaben der neuen Ausgabenrechnung bislang nur für die Jahre 1980, 1992 und 1994 zur Verfügung.

Es ist geplant, die bisherige Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes durch die neue gesundheitsbezogene Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der GBE abzulösen. Zuvor muß sich das neue Rechensystem aber im kritischen Diskurs der Öffentlichkeit bewähren; er soll durch die Veröffentlichung der konzeptionellen Vorgehensweise und einiger ausgewählter Ergebnisse in Gang gesetzt werden.

¹⁾ Der Gesundheitsbericht für Deutschland war das erste Produkt des Forschungsvorhabens „Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung des Bundes“, das veröffentlicht wurde. Für nähere Informationen siehe Bohm, K. „Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland“ in WiSta 2/1999, S. 92 ff.

1 Überblick

Die Projektarbeiten knüpfen an Methodik, Klassifikationen und Datengrundlagen der GAR an und entwickeln diese weiter. Neben der GAR bilden die Arbeiten an einem Satellitensystem für das Gesundheitswesen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Arbeiten des Arbeitskreises GBE weitere wichtige Grundlagen für die durchgeführten Forschungsarbeiten.²⁾

Hauptziele des Vorhabens waren,

- die neue Ausgaben- und Finanzierungsrechnung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abzustimmen,
- neben der Nachfrage- auch die Angebotsseite des Marktes für Gesundheitsgüter zu betrachten,
- die Berichtsfelder und Klassifikationen der Gesundheitsberichterstattung stärker zu berücksichtigen sowie
- die internationale Vergleichbarkeit der Daten zu verbessern

Der zuletzt genannte Punkt gewinnt angesichts vielfältiger internationaler Aktivitäten auf dem Gebiet der Gesundheitsberichterstattung an Bedeutung.³⁾

Die neue Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der GBE besteht aus zwei Teilen.

- Der erste Teil beschreibt die Gütersphäre des Gesundheitswesens. Ein erweitertes Input-Output-System der Volkswirtschaft bildet hierfür einen geeigneten analytischen Rahmen. Sämtliche ökonomischen Transaktionen, die mit Herstellung und Verwendung der Gesundheitsgüter verbunden sind, lassen sich in konsistenter Weise in diesen Rahmen einfügen. Innerhalb des Methodenforschungsprojektes wurde für die ausgewählten Berichtsjahre 1980, 1992 und 1994 der letzte Verbrauch der Gesundheitsgüter nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und produzierenden Einrichtungen berechnet
- Der zweite Teil beschäftigt sich mit gesundheitsbezogenen Einkommensleistungen und mit der Finanzierung des Gesundheitswesens. Analytisches Hilfsmittel ist hier ein Kontensystem, das das gesundheitsbezogene Mittelaufkommen und die entsprechende Mittelverwendung der Volkswirtschaftlichen Sektoren erfaßt und den resultierenden (Netto-)Finanzierungsanteil der Sektoren als Differenzgröße ermittelt. In den folgenden Ausführungen streifen wir diesen Teil des neuen Berichtssystems nur am Rande. Seine empirische Umsetzung war nicht Gegenstand der Projektarbeiten.

Das folgende Kapitel 2 beschäftigt sich zunächst mit dem methodischen Konzept der GAR des Statistischen Bun-

²⁾ Siehe Sarrazin, H T / Statistisches Bundesamt „Ein Satellitensystem für das Gesundheitswesen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, Endbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn/Wiesbaden 1992

³⁾ Zum detaillierten Konzept der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) siehe „Principles of Health Accounting for International Data Collections“, OECD Dokument DEELSA/ELSA/HP(97)3, 1997 Eurostat Working Papers 3/1998/E/n° 13 sowie Bruckner, G / Huber, M / Montserrat, A / Rasmussen, E E. „Developing a Comprehensive Framework for Health Care Statistics“, Luxembourg, 1998

desamtes, das den Ausgangspunkt für weitergehende Überlegungen bildet. Es wird gezeigt, wie sich neue Klassifikationen bzw. Darstellungsschnitte in dieses Rechenwerk einführen lassen. Kapitel 3 entwickelt einen Analyse-rahmen für die Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE. Hier steht insbesondere die Gütersphäre des Gesundheitswesens im Mittelpunkt, die sich in einem erweiterten Input-Output-System der Volkswirtschaft in konsistenter Weise darstellen läßt. Kapitel 4 erläutert die Klassifikationen, die im neuen Berichtssystem eingesetzt werden, und diskutiert die Probleme, die mit ihrer empirischen Umsetzung verbunden sind. Schließlich präsentiert Kapitel 5 die wichtigsten Ergebnisse des neuen Rechenwerks. Dabei werden die Gesundheitsausgaben in gemischter Gliederung nach Leistungsarten, Ausgaben-trägern, produzierenden Einrichtungen und VGR-Zugehörigkeit dargestellt.

2 Methodische Konzepte der Gesundheitsausgabenrechnung und Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung

Die Gesundheitsausgaben werden in der GAR nach Leistungsarten, Ausgabenarten sowie Ausgaben-trägern unterschieden.

- Die Leistungsarten sind ausschließlich funktional abgegrenzt. Entscheidend sind die Intention bzw. der Verwendungszweck, die mit einer bestimmten gesundheitsbezogenen Ausgabe verbunden sind.

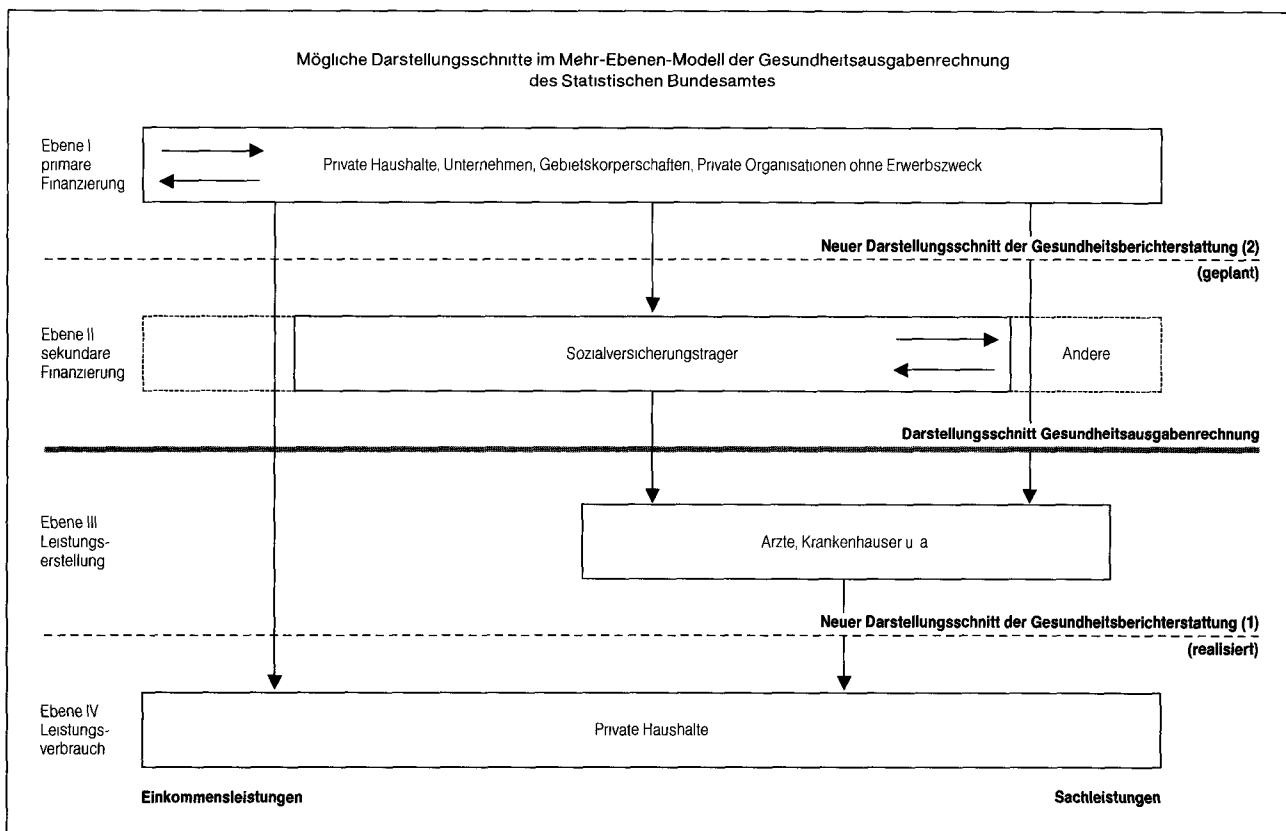
- Die Ausgabenarten sortieren die verschiedenen Ausgabepositionen nach ökonomischen Charakteristika. In der GAR werden insbesondere Sach- und Einkommensleistungen unterschieden, ferner bestimmte Zuschüsse, Personal- und laufende Sachausgaben u. a.
- Die Gliederung nach Ausgaben-trägern fragt danach, welche der in der Regel institutionell abgegrenzten Einheiten (gesetzliche Krankenversicherung (GKV), öffentliche Haushalte u. a.) die betrachteten Gesundheitsausgaben tätigen.

Die Gesundheitsausgabenrechnung basiert konzeptionell auf einem Mehr-Ebenen-Modell (siehe Schaubild 1).⁴⁾

- Die Ebene der primären Finanzierung (Ebene I) zeigt die Mittelherkunft im Gesundheitswesen. Als Sektoren werden hier primäre Finanzierer (öffentliche Haushalte, Arbeitgeber, private Haushalte, private Organisationen) unterschieden.
- Die Ebene der sekundären Finanzierung (Ebene II) erfaßt die unterschiedlichen Versicherungssysteme (GKV, Rentenversicherungsträger, gesetzliche Unfallversicherung, private Krankenversicherung (PKV) u. ä.), die gesundheitsbezogene Ausgaben tätigen und als intermediäre Finanzierer angesehen werden.
- Die Leistungserstellung im Gesundheitswesen ist Gegenstand der Ebene III. Sektoren sind hier die ver-

⁴⁾ Siehe Essig, H./Gauch, E./Müller, W. „Die Struktur der Ausgaben im Gesundheitsbereich und ihre Entwicklung seit 1970“, Bonn 1978

Schaubild 1



schiedenen Einrichtungen bzw. Wirtschaftszweige, die Gesundheitsgüter herstellen.

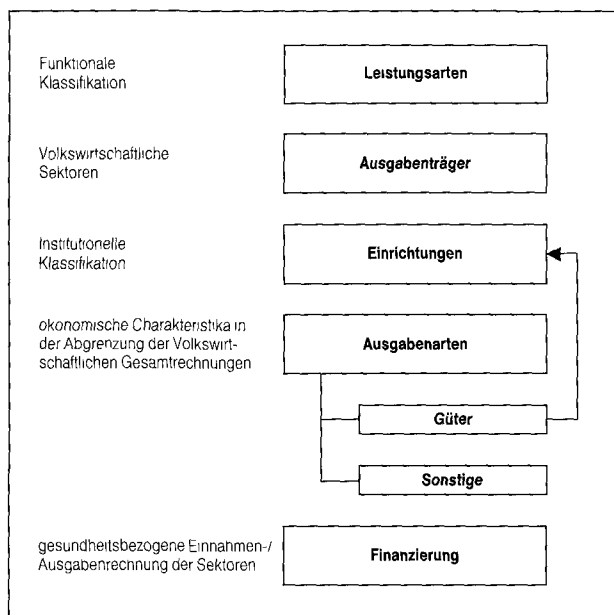
- Sämtliche Leistungen des Gesundheitswesens (Einkommens- und Sachleistungen) kommen den privaten Haushalten zugute. Deren Leistungsverbrauch bildet die Ebene IV des Modells.

Statistisch gibt es in der GAR nur einen Darstellungsschnitt, der zwischen den Ebenen II und III angesiedelt ist. Für die Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der GBE ist zusätzlich von Interesse, welche Wirtschaftszweige bzw. Einrichtungen des Gesundheitswesens die Gesundheitsgüter herstellen (neuer Darstellungsschnitt 1). In der GAR werden die Käufe der verschiedenen Ausgabenträger lediglich nach Leistungsarten klassifiziert, die nur bedingt Rückschlüsse auf die Hersteller dieser Güter zulassen.⁵⁾

Die GAR erfaßt im Sinne der oben genannten Ausgabenträgerrechnung lediglich die sekundäre Finanzierung der Leistungen des Gesundheitswesens (Ebene II im Mehr-Ebenen-Modell der Ausgabenrechnung). Die primäre Finanzierung (Ebene I) bleibt dagegen im Dunkeln. Es wird zum Beispiel nicht gezeigt, woher der intermediäre Finanzierer „Rentenversicherung“ seine Finanzierungsmittel bezieht. Soll auch die primäre Finanzierung der Gesundheitsausgaben dargestellt werden, so ist ein zusätzlicher Darstellungsschnitt (2) erforderlich (siehe Schaubild 1)

Übersicht 1 zeigt zusammenfassend die möglichen Darstellungsdimensionen einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE. Zusätzlich zu den Klassifika-

Übersicht 1. Darstellungsdimensionen einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der Gesundheitsberichterstattung



tionen der Ausgabenrechnung interessiert sich die GBE für die produzierenden Einheiten (Einrichtungen) sowie die (primäre) Finanzierung der Gesundheitsausgaben.

⁵⁾ Diese angebotsseitige Betrachtung bezieht sich nur auf Güter, nicht jedoch auf gesundheitsbezogene Einkommensleistungen

3 Analyserahmen einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung des Gesundheitswesens in der Gesundheitsberichterstattung

3.1 Funktionale Abgrenzung des Gesundheitswesens

Es ist erfahrungsgemäß nicht ganz einfach, das Gesundheitswesen, das die Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE statistisch ausleuchten soll, zweifelsfrei abzugrenzen. Naheliegender ist ein funktionaler Ansatzpunkt, nach dem die Intention, die ein Wirtschaftssubjekt mit einer bestimmten ökonomischen Transaktion verfolgt, über die Systemzugehörigkeit entscheidet. Beispielsweise könnte man im vorliegenden Zusammenhang postulieren, daß all die ökonomischen Transaktionen, die damit zusammenhängen, die Gesundheit zu erhalten bzw. wiederherzustellen oder zumindest die Folgen einer Krankheit zu lindern, zum Gesundheitswesen zählen. So schön sich derartige Definitionen zunächst anhören, so schwierig ist es, sie praktisch umzusetzen.

Während ein bestimmter Kernbereich des Gesundheitswesens, zu dem beispielsweise die ambulante und stationäre Krankenversorgung durch niedergelassene Ärzte und durch Krankenhäuser gehören, unstrittig ist, gibt es an den Rändern des Untersuchungsgegenstands vielfach Abgrenzungsprobleme. In den Übergangszonen zwischen dem Gesundheitswesen und angrenzenden Funktionsbereichen läßt sich nur schwer eine genaue Trennlinie ziehen. Wo endet das Gesundheitswesen und beginnt der übrige Sozialbereich? Bei welchen Ausgaben dominiert das Umweltschuttmotiv? Wo verläuft die Grenze zwischen medizinisch veranlaßten Kuren und Erholungsmaßnahmen mit touristischem Schwerpunkt? Inwieweit zählen berufliche Rehabilitationsmaßnahmen im Anschluß an eine Heilbehandlung zum Gesundheitswesen? In welchem Ausmaß soll das breite Leistungsspektrum, das Behinderten in Deutschland zugute kommt, berücksichtigt werden? Wodurch unterscheiden sich bestimmte Pflegeausgaben von „normalen“ Ausgaben für die Lebenshaltung alter Menschen?

In der statistischen Praxis wird man sich mit einer enumerativen Abgrenzung bescheiden müssen, die das Wichtige vom Unwichtigen unterscheidet und die Grenzen, die durch die zur Verfügung stehenden Ausgangsdaten gezogen sind, berücksichtigt. Die im Einzelfall gewählten Abgrenzungen sind zudem im Dialog zwischen Datennutzern und -produzenten regelmäßig zu überprüfen. Die Abgrenzung des Gesundheitswesens schlägt sich in der funktional orientierten Klassifikation der Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten nieder, auf die der Abschnitt 4.3 näher eingeht.

3.2 Abgrenzung der ökonomischen Transaktionen, Abstimmung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Es ist aus verschiedenen Gründen sinnvoll, die Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der GBE mit den Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen abzustimmen. Die VGR bilden dabei ein übergeordnetes statistisches Referenzsystem. Sie bieten ein klares methodisches Gerüst, das notwendig ist, um die komplexen Verflechtungen in der Güter- und Einkommenssphäre des Gesundheitswesens transparent zu machen. Die methodische Abstimmung mit den VGR

- erleichtert den Aufbau einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE,
- sichert die Konsistenz und Überschneidungsfreiheit des Berichtssystems,
- erhöht die Akzeptanz des neuen Rechenwerks,
- fördert die internationale Vergleichbarkeit der Daten,
- macht das Rechenwerk transparenter und
- verbessert die Auswertungsmöglichkeiten des neuen Zahlenwerks entscheidend, da sich die erfaßten ökonomischen Transaktionen des Gesundheitswesens als Teil der entsprechenden Aggregate der gesamten Volkswirtschaft identifizieren lassen.

Die Integration in die VGR hat allerdings in erster Linie methodischen Charakter. Das bedeutet, daß die ökonomischen Transaktionen, die in der Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der GBE nachgewiesen werden sollen, nach den Kategorien der VGR klassifiziert sind und – von begründeten Ausnahmen abgesehen – nach den Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbucht werden.

Aufgrund der Vielfalt der gesundheitsbezogenen ökonomischen Transaktionen muß man sich über die ökonomischen Charakteristika bzw. VGR-Zugehörigkeit der zu erfassenden Größen genau im klaren sein. Sollen auf der Ausgabenseite nur gesundheitsbezogene Sachleistungen (Gesundheitsgüter) oder auch gesundheitsbezogene Einkommensleistungen erfaßt werden? Soll nur der letzte Verbrauch von Gesundheitsgütern nachgewiesen werden, darunter vielleicht nur die Sachleistungskäufe, und nicht der Eigenverbrauch von Gesundheitseinrichtungen des Staates und der privaten Organisationen? Soll die gesamte letzte Verwendung erfaßt werden, also auch die Exporte von Gesundheitsgütern sowie gesundheitsbezogene Investitionen? Wie sind gesundheitsrelevante Ausgaben der Unternehmen mit Vorleistungscharakter (z. B. Forschungsausgaben der Pharmazeutischen Industrie) zu behandeln?

Es macht keinen Sinn, Ausgaben der verschiedensten Art, zum Beispiel Ausgaben für den letzten Verbrauch und solche mit Vorleistungscharakter, zu „Gesundheitsausgaben“ zusammenzufassen und beispielsweise als „Gesundheitsquote“ oder ähnliches auf das Bruttoinlandsprodukt zu beziehen.

3.3 Herstellung und Verwendung der Gesundheitsgüter

Güterentstehung und Güterverwendung im Gesundheitswesen lassen sich in konsistenter Weise in einer erweiterten Input-Output-Tabelle der Volkswirtschaft darstellen

(siehe Schaubild 2). Die Zeilen des I. und II. Quadranten – als Quadranten werden die einzelnen Bereiche einer Input-Output-Tabelle bezeichnet – informieren über die Verwendung der Produktion. Während der I. Quadrant über die Vorleistungsverflechtung zwischen den Sektoren Auskunft gibt, sind im II. Quadranten die Lieferungen der Sektoren an die Endnachfrage aufgezeichnet. Die Lieferungen von Vorleistungs- und Endnachfragegütern aus inländischer Produktion lassen sich zur sektoralen Gesamtproduktion addieren. Die Endnachfrage besteht aus privatem und staatlichem Verbrauch, aus Investitionen sowie aus Exporten. Die Spalten des I. und III. Quadranten der Input-Output-Tabelle zeigen die Entstehung der Produktion. Die Spalten des I. Quadranten erfassen die Vorleistungsbezüge aus inländischer und ausländischer Produktion. Der III. Quadrant zeichnet den Einsatz der primären Inputs und damit die Einkommensentstehung auf.

Das erweiterte Input-Output-System in Schaubild 2 isoliert das Gesundheitswesen als Teil der gesamten Volkswirtschaft und berücksichtigt sämtliche Klassifikationen, die die neue Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der GBE einsetzt (Leistungsarten, Ausgabenarten bzw. VGR-Aggregate, Ausgabenträger, Einrichtungen). Das Schaubild illustriert schematisch den Güterkreislauf innerhalb des Gesundheitswesens und verdeutlicht, welche statistischen Informationen zu seiner Quantifizierung erforderlich sind. Die bisherigen Berechnungen beschränken sich auf den grau unterlegten Bereich von Schaubild 2 und behandeln eine gesundheitsbezogene Konsumverflechtungsmatrix (letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und Einrichtungen).

Entstehungsseite der Produktion

Die Vorspalte von Schaubild 2 zeigt zunächst (in einstelliger Klassifikation) die produzierenden Einheiten, die ausschließlich oder zumindest als Haupttätigkeit Gesundheitsgüter herstellen und deren Lieferungen an den letzten Verbrauch die Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE gesondert nachweist. Diese Wirtschaftszweige bilden in unserem Sprachgebrauch das Gesundheitswesen im engeren Sinne. Daneben enthält die Vorspalte das sogenannte Übrige Gesundheitswesen, das in unseren Berechnungen keine Rolle spielt und zum Beispiel die pharmazeutische und medizintechnische Industrie umfassen könnte, zwei Wirtschaftszweige, die in der Regel nicht an den letzten Verbrauch liefern, sondern andere Verwendungsaggregate bedienen (Vorleistungen, Investitionen, Exporte). Die verbleibenden Sektoren werden unter Sonstige Wirtschaftszweige zusammengefaßt.

Es ist zu beachten, daß die Wirtschaftszweige in Schaubild 2 wie in der Sozialproduktberechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen institutionell abgegrenzt sind. Das bedeutet, daß die einzelnen Einrichtungen nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Aktivität zusammengefaßt werden und es möglich ist, daß sie neben Gesundheitsgütern in Nebenproduktion Güter außerhalb des Gesundheitswesens herstellen.

Aus der Sicht der Entstehungsseite besteht der Produktionswert aus den Vorleistungsbezügen, die aus inländischer und ausländischer (Importe) Produktion stammen können, sowie aus der Bruttowertschöpfung der betrachteten Einrichtung. Letztere zerfällt bekanntlich in die Komponenten Abschreibungen, Produktionssteuern abzüglich Subventionen, Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus den residual ermittelten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Bei den im Staatssektor und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck beheimateten Einrichtungen des Gesundheitswesens fallen ex definitione keine Gewinne an, da auf der Verwendungsseite der Produktion der Eigenverbrauch dieser Einrichtungen (siehe unten) als Differenz zwischen Verkaufserlösen (einschließlich selbsterstellter Anlagen) und Produktionskosten verbucht wird.

Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern

Die Kopfzeilen von Schaubild 2 zeigen, nach welchen Kriterien die Verwendung der Gesundheitsgüter gegliedert ist. Zunächst werden intermediäre (Vorleistungen) und letzte Verwendung unterschieden, wobei die in der Vorspalte als Gesundheitswesen im engeren Sinne zusammengefaßten Einrichtungen fast ausschließlich an die letzte Verwendung und hier insbesondere an den letzten Verbrauch (Staatsverbrauch und privater Verbrauch) liefern. Dieser letzte Verbrauch von Gesundheitsgütern umfaßt die Käufe der verschiedenen Ausgabenträger (staatliche Ausgabenträger, private Haushalte einschl. PKV u. ä.) sowie den Eigenverbrauch der Einrichtungen des Gesundheitswesens, die beim Staat und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck beheimatet sind.

Schaubild 2: Güterentstehung und Güterverwendung im Gesundheitswesen in einem erweiterten Input-Output-System

Güterentstehung		VGR-Aggregate		Güterverwendung																Produktionswert							
				Intermediäre Verwendung ¹⁾		Letzte Verwendung ²⁾																					
				Vorleistungen		Letzter Verbrauch						Investitionen			Exporte												
						Staatsverbrauch			Privater Verbrauch			Gesundheitswesen			Sonstige Wirtschaftszweige												
				Gesundheitswesen		Sonstige Wirtschaftszweige		Gesundheitsgüter			Sonstige Güter			Gesundheitsgüter			Sonstige Güter										
Gesundheitswesen i e S		Übriges Gesundheitswesen		Sozialversicherung			Gebietskörperschaften			Private Haushalte			Private Organisationen			Gesundheitswesen i e S			Übriges Gesundheitswesen			Gesundheitsgüter i e S			Übrige Gesundheitsgüter		
Basistherapie		Ambulante Gesundheitsversorgung		Gesundheitliche Krankenversicherung			Sonderleistungen			PKV			Gesundheits-Jetzt			Ambulante Gesundheitsversorgung			Ausland			Ausland					
1		2											1			2											
Leistungsarten																											
Produktion																											
Produzierende Einrichtungen																											
Gesundheitswesen: e S																											
1 Gesundheitschutz																											
2 Ambulante Gesundheitsversorgung																											
3 stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung																											
4 Krankentransporte und Rettungswesen																											
5 Verwaltungseinrichtungen																											
Übriges Gesundheitswesen (in Ausgabekategorie 4-6)																											
6 Sonstige Wirtschaftszweige																											
Inlandsproduktion																											
7 Ausland (Importe)																											
SUMME																											
Bruttowertschöpfung ³⁾																											
Abschreibungen																											
Produktionssteuern abzüglich Subventionen																											
Einkommen aus unselbständiger Arbeit																											
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen																											
Produktionswert																											

Fußnoten 1) I Quadrant
2) II Quadrant
3) III Quadrant

Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern

Der Eigenverbrauch erfaßt bekanntlich die Differenz zwischen dem Produktionswert der betrachteten Einrichtung, der über die Kostenseite bestimmt wird, und den Verkäufen an andere volkswirtschaftliche Sektoren (z. B. an die GKV) sowie den selbsterstellten Anlagen. Damit mißt der Eigenverbrauch den Wert der (gesundheitsbezogenen) Güter, die den privaten Haushalten von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie von staatlichen Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Der Eigenverbrauch privater Einrichtungen ist Bestandteil des privaten Verbrauchs. Ein Beispiel hierfür sind gesundheitsbezogene Leistungen der freien Wohlfahrtsverbände, die nicht von anderen Ausgabenträgern (z. B. von der Sozialhilfe) bezahlt werden. Der Eigenverbrauch staatlicher Einrichtungen des Gesundheitswesens wird im Staatsverbrauch (als dem Wert der Güter, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden) nachgewiesen. Ein Beispiel ist der Eigenverbrauch der Universitätskliniken, der den Teil des Produktionswertes mißt, der nicht verkauft (oder als Investitionsgut selbst erstellt) wird. Im Eigenverbrauch spiegeln sich zum Beispiel Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten der Universitätskliniken wider, die nicht durch Pflegesatzeinnahmen oder sonstige Entgelte finanziert werden.

In den Kopfzeilen von Schaubild 2 ist als zusätzliche Charakterisierung der Verwendungsseite die in der Ausgabenrechnung der GBE eingesetzte Gliederung nach Leistungsarten eingearbeitet, siehe zu dieser Klassifikation Abschnitt 4.3

Der letzte Verbrauch von Gesundheitsgütern, dargestellt nach dem Inländerkonzept, umfaßt neben dem Inlandsverbrauch der Inländer auch die Gesundheitsgüter, die die Inländer im Ausland kaufen (Import von Gesundheitsleistungen). Er stimmt weitgehend mit den Sachleistungen der GAR zuzüglich der Personal- und laufenden Sachausgaben überein. Auf ihn entfallen rund 70 vH der gesamten Gesundheitsausgaben in der Abgrenzung der GAR. Im vorliegenden Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung ist der letzte Verbrauch von Gesundheitsgütern eine Schlüsselgröße. Ausgehend von dieser Größe wird eine Brücke zur Entstehungsseite der Produktion geschlagen, das heißt es wird gezeigt, welche Einrichtungen des Gesundheitswesens die Gesundheitsgüter produzieren.

Investitionen

Neben der Konsumverflechtungsmatrix, auf die sich die tatsächlichen Berechnungen beziehen, enthält das erweiterte Input-Output-System eine gesundheitsbezogene Investitionsverflechtungsmatrix⁶⁾ In der Kopfzeile dieser Matrix stehen die investierenden Sektoren, wobei die Einrichtungen des Gesundheitswesens im engeren Sinne (Arztpraxen, Krankenhäuser, Pflegeheime

u. a.) im Mittelpunkt des Interesses stehen. Auf der Güterebene lassen sich gesundheitspezifische Investitionsgüter (z. B. elektromedizinische Großgeräte) sowie sonstige Investitionsgüter (z. B. Bauten) unterscheiden. In erweiterter Sichtweise könnte man investive Forschungsausgaben sowie Investitionsausgaben für die Ausbildung in medizinischen Berufen u. ä. erfassen.

In der Vorspalte der Verflechtungsmatrix finden sich die Wirtschaftszweige, die die Investitionsgüter liefern. Das Gesundheitswesen im engeren Sinne tritt hier vermutlich nicht in Erscheinung. Wichtig sind dagegen Teile des übrigen Gesundheitswesens (z. B. die medizintechnische Industrie) sowie sonstige Wirtschaftszweige, die u. a. die Bauleistungen beisteuern. Nicht zuletzt stammen die im Gesundheitswesen eingesetzten Anlagegüter aus dem Ausland (Importe).

Die skizzierte Investorenrechnung bildet den Ausgangspunkt für eine Anlagevermögensrechnung, die das im Gesundheitswesen eingesetzte Realkapital erfaßt und fortschreibt. Leider ist die empirische Basis, auf die sich eine derartige Vermögensrechnung stützen könnte, außerordentlich schmal.

Die Investitionen der Wirtschaftszweige werden durch Abschreibungen als Aufwand verrechnet. Die Abschreibungen, die sich auf der Entstehungsseite der Produktion als Komponente der Bruttowertschöpfung wiederfinden, sind Teil der Produktionskosten und damit in der Ausgabenrechnung enthalten.

Exporte und Importe von Gesundheitsgütern

Den Exporten als weiterer Komponente der letzten Verwendung von Gesundheitsgütern wurde in der Vergangenheit wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der GAR des Statistischen Bundesamtes treten sie nicht in Erscheinung. Soweit erkennbar, werden die Exporte der im Gesundheitswesen im engeren Sinne angesiedelten Einrichtungen in den VGR im Privaten Verbrauch der Gebietsfremden im Inland nachgewiesen. Bei den exportierten Gesundheitsgütern könnte zunächst das Leistungsspektrum unterschieden werden, das auch dem letzten Verbrauch von Gesundheitsgütern zugrunde liegt (Gesundheitsgüter im engeren Sinne). Daneben könnten sonstige gesundheitsbezogene Verbrauchsgüter (z. B. Exporte der pharmazeutischen Industrie) sowie ausgeführte gesundheitspezifische Investitionsgüter (z. B. elektromedizinische Erzeugnisse) erfaßt werden.

Bei den Einfuhren von Gesundheitsgütern ist die Datenlage ebenfalls lückenhaft. In den VGR scheinen diese Importe im Privaten Verbrauch der Inländer in der übrigen Welt enthalten zu sein. Der Kontenrahmen der GKV weist Ausgaben in Verbindung mit Leistungen im Ausland gesondert nach⁷⁾, bei anderen Ausgabenträgern stehen diese Zahlen leider nicht zur Verfügung. Die Ein-

⁶⁾ Die GAR erfaßt lediglich bestimmte Investitionen der in diesem Rechenwerk unterschiedenen Ausgabenträger (z. B. Investitionen der Krankenkassen und der Rentenversicherungsträger). Die Realkapitalbildung von Ärzten, Krankenhäusern u. a. wird dagegen nicht nachgewiesen.

⁷⁾ Diese Ausgaben zählen in den VGR zu den sozialen Leistungen an die privaten Haushalte, so daß die korrespondierenden Sachleistungen Teil des privaten Verbrauchs sein müßten.

richtungsgliederung (siehe Abschnitt 4.4) enthält das Ausland als eigenständige Größe. Als Einfuhren werden hier jedoch nur die Leistungspositionen nachgewiesen, die ohne weiteres als solche erkennbar waren.

Zusätzliche Größen auf der Verwendungsseite

Von der Verwendungsseite her gesehen läßt sich der Produktionswert der Einrichtungen des Gesundheitswesens als Summe aus Vorleistungslieferungen sowie aus den Lieferungen an die verschiedenen Endnachfragekategorien ermitteln. Bei den Einrichtungen des Gesundheitswesens im engeren Sinne wird der Produktionswert weitestgehend durch die Lieferungen von Gesundheitsgütern für den letzten Verbrauch bestimmt. Die verbleibende sonstige Produktion besteht aus

- Vorleistungslieferungen innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens,
- Lieferungen von Nicht-Gesundheitsgütern an den letzten Verbrauch,
- Lieferung von Investitions- sowie von
- Exportgütern.⁸⁾

Daneben sind weitere Auswertungen möglich, die an der Verwendungsseite der Gesundheitsgüter anknüpfen. Im neuen Rechenwerk wird der letzte Verbrauch von Gesundheitsgütern nach Ausgabenträgern, Einrichtungen und Leistungsarten dargestellt. Eine Aufgliederung eines bestimmten Teils dieses Verbrauchs nach demographischen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht), nach sozioökonomischen Merkmalen (z. B. Einkommen, Beruf) oder Krankheitsarten ist denkbar. Ähnliche Fragestellungen finden sich bereits im aktuellen Gesundheitsbericht für Deutschland.⁹⁾

3.4 Gesundheitsbezogene Einkommensleistungen und Finanzierung des Gesundheitswesens

Neben der Entstehung und Verwendung der Gesundheitsgüter beleuchtet die neue Ausgaben- und Finanzierungsrechnung des Gesundheitswesens in der GBE gesundheitsbezogene Einkommensleistungen sowie die Finanzierung des Gesundheitswesens. Zu den gesundheitsbezogenen Einkommensleistungen zählen zum Beispiel das Krankengeld sowie Übergangsgelder im Rahmen der medizinischen Rehabilitation. Diese Leistungen gehören in den VGR überwiegend zu den sozialen Leistungen an private Haushalte. Eine Sonderrolle spielt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die in den VGR als Teil der primären Einkommensverteilung nachgewiesen wird.

⁸⁾ Es ist gegenwärtig noch Zukunftsmusik, die Produktionswerte der Einrichtungen des Gesundheitswesens zu berechnen und die Entstehungsseite dieser Produktion statistisch auszuleuchten, um auf diese Weise den Güterkreislauf innerhalb des Gesundheitswesens zu schließen. Für dieses Vorhaben wäre es notwendig, die o.g. sonstige Produktion zu ermitteln oder den Produktionswert der Einrichtungen auf andere Weise, z. B. auf der Basis der Entstehungsseite der Produktion, zu berechnen. Im zuletzt genannten Fall ergibt sich die o.g. sonstige Produktion als Differenz zwischen Produktionswert und den gesundheitsbezogenen Lieferungen an den letzten Verbrauch.

⁹⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Gesundheitsbericht für Deutschland“, Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Wiesbaden 1998, Kapitel 8.3 „Ausgaben nach Bevölkerungsgruppen“ und 8.6 „Kosten nach Krankheitsarten“.

Wie bereits erwähnt, erfaßt die GAR im Sinne einer Ausgabenträgerrechnung nur die sekundäre Finanzierung der Gesundheitsausgaben (siehe den Darstellungsschnitt in Schaubild 1). Eine Analyse der primären Finanzierung zeigt darüber hinaus, woher die sekundären Finanzierungsträger ihre Einnahmen beziehen. Die statistische Erfassung dieser Finanzierungsebene ist komplizierter. Hierzu ist im Rahmen der Arbeiten an einem Satellitensystem für das Gesundheitswesen ein Konzept entwickelt worden, das im Prinzip auf die Fragestellungen der GBE übertragbar ist und auf das in diesem Beitrag nicht weiter eingegangen werden soll.¹⁰⁾

4 Klassifikationen in der neuen Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der Gesundheitsberichterstattung

4.1 Klassifikation der Ausgabenarten bzw. VGR-Aggregate

Die Ausgabenarten in der GAR orientieren sich an den Konzepten der Finanzstatistik; die GAR unterscheidet

- Sachleistungen,
- Einkommensleistungen,
- Personal- und laufende Sachausgaben,
- Investitionsausgaben,
- laufende Zuschüsse sowie
- Investitionszuschüsse

Die neue Ausgabenrechnung der GBE verwendet eine Klassifikation, die mit der VGR-Methodik abgestimmt ist, und die, was den Güterteil angeht, an das oben vorgestellte erweiterte Input-Output-System anknüpft. Die empirischen Berechnungen beziehen sich gegenwärtig allerdings nur auf den letzten Verbrauch von Gesundheitsgütern (privater Verbrauch und Staatsverbrauch), der weitgehend der Summe aus Sachleistungen sowie Personal- und laufenden Sachausgaben in der Klassifikation der GAR entspricht.

4.2 Klassifikation der Ausgabenträger

Bei den Ausgabenträgern unterscheidet die GAR

- die öffentlichen Haushalte,
- die gesetzliche Krankenversicherung,
- die gesetzliche Pflegeversicherung,
- die Rentenversicherung,
- die gesetzliche Unfallversicherung,
- die private Krankenversicherung,
- die Arbeitgeber sowie
- die privaten Haushalte.

¹⁰⁾ Siehe Sarrazin, H.T./Statistisches Bundesamt „Ein Satellitensystem für das Gesundheitswesen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, a.a.O., Kapitel 8.

Die VGR unterteilen in die volkswirtschaftlichen Sektoren

- Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung),
- Unternehmen,
- private Haushalte einschließlich privater Organisationen sowie
- übrige Welt.

Die Ausgabenträger der GAR lassen sich weitgehend diesen Sektoren unmittelbar zuordnen ¹¹⁾ Zusätzlich zur GAR enthält die Trägergliederung der neuen Ausgabenrechnung die gesundheitsrelevanten privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Deutsches Rotes Kreuz, Wohlfahrtsverbände u. a.). Je nach Abgrenzung tritt auch das Ausland als Ausgabenträger in Erscheinung, indem es bei inländischen Einrichtungen des Gesundheitswesens Gesundheitsgüter kauft.

4.3 Klassifikation der Leistungsarten

Eine Gliederung nach Leistungsarten kann an unterschiedlichen Klassifikationsmerkmalen ansetzen. Denkbar sind technische und ökonomische Charakteristika der betrachteten Gesundheitsleistungen, Krankheiten oder andere medizinische Kriterien, die Ziele der betrachteten Ausgaben (z. B. Prävention, Kuration) sowie institutionell orientierte Kriterien. Vielfach sind Mischformen der verschiedenen Merkmale anzutreffen. Eine international abgestimmte Klassifikation der Gesundheitsausgaben liegt nicht vor. Bei einer sehr starken Detaillierung der Leistungsartenklassifikation sind die Begrenzungen, die sich aus der Datenlage ergeben, zu beachten. Ferner muß berücksichtigt werden, daß mit jeder zusätzlichen Aufgliederung der Leistungsarten reine Ermessensentscheidungen bei der Zuordnung an Bedeutung gewinnen, da sich einzelne Leistungsarten immer schlechter voneinander abgrenzen lassen.

Ein weiterer Punkt ist bedeutsam: In unserer Rechnung werden die Leistungsarten, soweit es sich um Güter handelt, auf die produzierenden Einheiten verteilt. Ferner wird nach Ausgabenträgern und Ausgabenarten bzw. VGR-Aggregaten differenziert. Daher darf man die Gliederung nach Leistungsarten nicht isoliert betrachten. Sämtliche Klassifikationen der Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE (Ausgabenträger, Ausgabenarten, Leistungsarten, Einrichtungen) sind vielmehr im Zusammenhang zu bewerten. Ihr Informationsgehalt bemißt sich nach den verschiedenen Kombinationen, die sich aus den genannten Merkmalen bilden lassen.

Übersicht 2 zeigt die bekannte Leistungsartengliederung der GAR, die seit dem Jahr 1980 praktisch unverändert gültig ist. In grober Gliederung werden Vorbeugende und betreuende Maßnahmen, Behandlung, Krankheitsfolge-

Übersicht 2: Klassifikation nach Leistungsarten in der Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes

1	Vorbeugende und betreuende Maßnahmen
11	Gesundheitsdienste
12	Gesundheitsvorsorge und Früherkennung (soweit nicht Gesundheitsdienste)
13	Betreuende Maßnahmen (soweit nicht Gesundheitsdienste)
2	Behandlung
21	Ambulante Behandlung
22	Stationäre Behandlung
23	Stationäre Kurzbehandlung
24	Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz
3	Krankheitsfolgeleistungen
31	Berufliche und soziale Rehabilitation
32	Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität
33	Sonstige Krankheitsfolgeleistungen
4	Ausbildung und Forschung
41	Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen
42	Forschung außerhalb von Hochschulen
5	Nicht aufteilbare Ausgaben

leistungen, Ausbildung und Forschung sowie Nicht aufteilbare Leistungen unterschieden. Für die Informationsanforderungen in der Gesundheitsberichterstattung reicht diese Gliederung nicht aus. So vermischt die Gliederung funktionale und institutionelle Merkmale. Unter den Arzneien werden beispielsweise nur diejenigen subsumiert, die aus Apotheken stammen. Die Arzneimittelausgaben der Krankenhäuser sind dagegen in der homogenen Leistungsart Stationäre Behandlung enthalten. Die Behandlungsleistungen werden insbesondere danach unterschieden, wo sie stattfinden (ambulanter Sektor, Krankenhäuser, Kureinrichtungen). Die Ausgaben- und Finanzierungsrechnung in der GBE möchte dagegen das Leistungsgeschehen innerhalb der einzelnen Einrichtungen bzw. Einrichtungsgruppen transparent und miteinander vergleichbar machen.

Aus all diesen Gründen hat der Arbeitskreis GBE eine neue Gliederung für die Leistungsarten im Gesundheitswesen vorgelegt, auf deren Grundlage die Gesundheitsausgaben in der Ausgabenrechnung der GBE funktional klassifiziert werden. Übersicht 3 zeigt die Gliederung im Überblick (zweistellige Klassifikation). Ein wesentliches Charakteristikum der neuen Gliederung besteht darin, daß die einzelnen Leistungen im Vergleich zur Klassifikation der GAR in stärkerem Maße gütermäßig abgegrenzt sind. Zu diesem Zweck werden ursprünglich nachgewiesene Leistungsarten in verschiedene Teilleistungen aufgespalten. Nach dem neuen System produzieren zum Beispiel die Krankenhäuser keine (homogenen) stationären Behandlungsleistungen, sondern stellen ihren Patienten ein (heterogenes) Bündel unterschiedlicher Güter (ärztliche Behandlung, sonstige medizinische Leistungen, Unterkunft und Verpflegung, Arzneimittel, Verwaltungsleistungen u. a.) zur Verfügung. Im alten System wurden diese Teilleistungen nicht gesondert betrachtet.

Durch die stärkere gütermäßige Differenzierung werden zum einen Informationen gewonnen, da man einiges über die Leistungserstellung im Gesundheitswesen erfährt. Zum anderen gehen durch das neue System Informationen verloren, da Leistungsarten der ursprünglichen Klassifikation nicht mehr in Erscheinung treten. So entfällt in der zweistelligen Klassifikation die übliche Trennung zwischen

¹¹⁾ Lediglich der Begriff des „Arbeitgebers“ ist in den VGR unbekannt. Daher müssen in einer „reinen“ VGR-Gliederung die Arbeitgeberleistungen auf die volkswirtschaftlichen Sektoren verteilt werden. Es ist zu beachten, daß die VGR-kompatible Betrachtungsweise in der GAR bereits teilweise angelegt ist. In der Darstellung des Staates in institutioneller Gliederung, die in der GAR ebenfalls enthalten ist, werden z. B. die Leistungen der öffentlichen Arbeitgeber den öffentlichen Haushalten zugeschlagen und einige andere Umbuchungen vorgenommen, die der VGR-Abgrenzung nahekommen.

Übersicht 3: Neugliederung der Leistungsarten in der Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der Gesundheitsberichterstattung

1	Prävention/Gesundheitsschutz
11	Allgemeiner Gesundheitsschutz (Öffentliche Gesundheitsgüter)
12	Gesundheitsförderung Gesundheitsgüter mit individuellem und Gruppenbezug
13	Fruherkennung von Krankheiten
14	Gutachten und Koordination
15	Förderung der Selbsthilfe
2	Ärztliche Leistungen
21	Grundleistungen
22	Sonderleistungen (ohne Labor und Strahlendiagnostik)
23	Laborleistungen
24	Strahlendiagnostische Leistungen (einschl. MRT)
3	Pflegende und therapeutische Leistungen
31	Pflegische Leistungen
32	Therapeutische Leistungen
33	Mutterschaftsleistungen
4	Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen
5	Unterkunft und Verpflegung
6	Waren
61	Arzneimittel
62	Hilfsmittel
63	Zahnersatz
64	Implantate, Blutprodukte, Medizinischer Bedarf
7	Transporte
71	Rettungsfahrten
72	Krankentransporte
73	Krankenfahrten
8	Verwaltungsleistungen
9	Forschung
10	Ausbildung

ambulanter und stationärer Behandlung.¹²⁾ In bestimmten Bereichen führt die neue Gliederung zu einem funktionalen Informationsverlust im Hinblick auf soziale Tatbestände. Mutterschaftsausgaben werden zum Beispiel nicht durchgehend gesondert nachgewiesen; lediglich eine Teilgröße erscheint unter den pflegenden und therapeutischen Leistungen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die neue Leistungsartengliederung der GBE hauptsächlich am Prozeß der medizinischen Leistungserstellung anknüpft. Die sozialen Tatbestände, die die Gesundheitsausgaben der verschiedenen Art auslösen (z. B. Mutterschaft, Arbeitsunfall), spielen dagegen eine untergeordnete Rolle.¹³⁾

Die gegenwärtig vorgesehenen Leistungsarten 9 (Forschung) und 10 (Ausbildung) lassen sich nicht ohne weiteres abgrenzen. Hier ist zu fragen, welche Forschungsausgaben erfaßt werden sollen, nur diejenigen, die zum letzten Verbrauch rechnen, oder auch Ausgaben, die eindeutig Vorleistungscharakter haben (z. B. die Forschungsausgaben der Pharmazeutischen Industrie). Ähnliche Probleme gibt es bei Leistungsart 10 (Ausbildung).¹⁴⁾ Da die geschilderten methodischen Schwierigkeiten einer weiteren Abklärung bedürfen, verzichten die bisherigen

¹²⁾ Auf der Ebene der Einrichtungen des Gesundheitswesens wird natürlich zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen unterschieden. Ferner ist zu beachten, daß die Trennung zwischen ambulanten und stationären Leistungen in der GAR nur unvollständig ist

¹³⁾ Das Sozialbudget der Bundesregierung ist ein Beispiel für eine Ausgabenrechnung, deren funktionale Gliederung konsequent an den sozialen Tatbeständen, die die Leistungsgewährung auslösen, anknüpft

¹⁴⁾ Die Leistungsarten 9 und 10 stehen im Zusammenhang mit den Produktionsfaktoren des Gesundheitssektors. Ausbildungsausgaben betreffen den Produktionsfaktor Arbeit, Ausgaben für Forschung und Entwicklung kommen dem Stand der Technologie bzw. dem technischen Fortschritt im Gesundheitswesen zugute. Schließlich dienen die nicht unter den Leistungsarten erscheinenden Investitionen der Gesundheitseinrichtungen dazu, den Produktionsfaktor Kapital zu erhalten oder zu erweitern

Berechnungen weitgehend auf die Einbeziehung von Forschungs- und Ausbildungsleistungen

Empirische Umsetzung

Bei zahlreichen Positionen war die direkte Zuordnung der neuen Leistungskategorien unproblematisch. In anderen, quantitativ bedeutsamen Fällen mußten jedoch geeignete Aufteilschlüssel gefunden und empirisch abgesichert werden, mit denen die jeweiligen Positionen auf unterschiedliche Leistungsarten verteilt wurden. Dies betraf insbesondere weite Bereiche der ambulanten und stationären Heilbehandlung, deren funktionale Zuordnung in der neuen Leistungsartengliederung der GBE wie erwähnt am Prozeß der Erstellung dieser Leistungen anknüpft. Der Arbeitskreis GBE hat hierzu Schlüssel bereitgestellt, die überwiegend auf GKV- und PKV-Frequenzstatistiken nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) bzw. der Gebührenordnung für Ärzte bzw. Zahnärzte (GOÄ/GOZ) sowie Kostenstrukturinformationen aus der Krankenhausstatistik basieren. In einigen Fällen konnten die eingesetzten Aufteilmaßstäbe noch nicht empirisch abgesichert werden, so daß hier Expertenschätzungen ausreichen mußten.

Verhältnis zwischen alter und neuer Systematik

Die alte Leistungsartengliederung der GAR und die neue funktionale Klassifikation in der Ausgabenrechnung der GBE spannen eine Art Brückenmatrix auf, die deutlich macht, in welchem Verhältnis beide Systematiken zueinander stehen. Eine derartige Matrix läßt erkennen, inwieweit beide Klassifizierungen einander ähneln oder voneinander verschieden sind. Im ersten Fall sind zwei Leistungsarten beider Systematiken in etwa gleich. Im zweiten Fall stellen Klassifikationsmerkmale ganz andere Informationen bereit als die Vergleichsrechnung. Die Berechnung einer derartigen Brückenmatrix für die gemeinsame Schnittmenge beider Ausgabenrechnungen hat gezeigt, daß sich die funktionalen Klassifikationen in beiden Rechenwerken stark voneinander unterscheiden. Eine bestimmte Leistungsart in der einen Klassifikation verteilt sich in der Regel auf ganz unterschiedliche Leistungsarten in der Vergleichsrechnung und umgekehrt. Das bedeutet, daß die neue Leistungsartenklassifikation der GBE ganz neue Informationen zur Verfügung stellt

4.4 Klassifikation der Einrichtungen des Gesundheitswesens

Die Verknüpfung der Angebots- und Nachfrageseite der gesundheitsbezogenen Güterproduktion erfordert eine Klassifikation der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Die Klassifikation muß sich zum einen in die Gesundheitsberichterstattung einfügen; sie sollte zum anderen mit den Wirtschaftszweigsystematiken des Statistischen Bundesamtes, die nicht nur in den VGR eingesetzt werden, möglichst gut übereinstimmen.

Die Wirtschaftszweigsystematik der amtlichen Statistik folgt dem institutionellen Aggregationsprinzip. Danach werden wirtschaftlich selbständige Unternehmenseinheiten nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einem bestimmten Sektor zugeordnet

Die Produktion einer institutionell abgegrenzten Darstellungseinheit enthält daher nicht nur die Produktion des „Schwerpunktgutes“, nach der die sektorale Zuordnung erfolgt, sondern auch die gesamte Nebenproduktion. Für die neue Ausgabenrechnung ist eine saubere Trennung zwischen funktionaler und institutioneller Abgrenzung von enormer Bedeutung, da die Gesundheitsausgaben, soweit sie auf den letzten Verbrauch von Gesundheitsgütern entfallen, nach beiden Merkmalen klassifiziert werden. Das neue Konzept geht davon aus, daß institutionell abgegrenzte Einheiten (Einrichtungen) Gesundheitsgüter mit einer bestimmten funktionalen Spezifikation (Leistungsart) herstellen, die den privaten Haushalten über die verschiedenen Ausgabenträger (GKV, PKV u. a.) zur Verfügung gestellt werden. Die Systematik der Einrichtungen ist folglich ebenfalls institutioneller Natur.

Betrachtet wird zum Beispiel die Gesamtheit der Krankenhäuser, die sowohl ambulante und stationäre Behandlungsleistungen der verschiedenen Art erbringen als auch bestimmte Vorsorge- und Früherkennungsleistungen und gegebenenfalls Forschungsleistungen u. ä. Bei einer rein funktionalen Betrachtungsweise sind diese Aufgaben zu trennen, bei einer rein institutionellen Betrachtungsweise, die zum Beispiel auf Anzahl, Größe und Erwerbstätigenzahlen der Krankenhäuser abstellt, müssen sie zusammengefaßt werden. Ein weiteres Beispiel sind die zahnarzt-eigenen Dentallabors, die in institutioneller Betrachtungsweise den Zahnarztpraxen zugeordnet werden müssen, in funktionaler Betrachtungsweise dem Gesundheitshandwerk. Die einzelnen Einrichtungen des Gesundheitswesens können in diesem Sinne als Mehrproduktunternehmen angesehen werden.¹⁵⁾

Eine Analyse der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik des Statistischen Bundesamtes zeigt, daß das Gesundheitswesen dort nur verstreut über mehrere Wirtschaftszweige und zum Teil in nicht ausreichender Trennschärfe enthalten ist. Daher wird in der neuen Ausgabenrechnung eine Klassifikation eingesetzt, die auf der in Kapitel 6 des aktuellen Gesundheitsberichtes für Deutschland gewählten Einteilung basiert und über die in zweistelliger Gliederungstiefe Übersicht 4 informiert.¹⁶⁾ Da die Gütersphäre des vorliegenden Konzeptes am letzten Verbrauch der Gesundheitsgüter ansetzt, umfaßt die Gliederung nicht sämtliche Produktionsstufen innerhalb des Gesundheitswesens, sondern nur Einrichtungen, die Güter an dieses Verwendungsaggregat liefern. Es fehlt zum Beispiel die pharmazeutische Industrie.

Die Einrichtungsgliederung unterscheidet in grober Gliederung Einrichtungen, die schwerpunktmäßig in der

Übersicht 4: Klassifikation der Einrichtungen des Gesundheitswesens in der Ausgaben- und Finanzierungsrechnung der Gesundheitsberichterstattung

1	Gesundheitsschutz
11	Öffentlicher Gesundheitsdienst
12	Obere Gesundheitsbehörden
13	Sonstige Einrichtungen des Gesundheitsschutzes
2	Ambulante Gesundheitsversorgung
21	Arztpraxen
22	Zahnarztpraxen
23	Praxen nichtärztlicher medizinischer Berufe
24	Apotheken
25	Gesundheitshandwerk
26	Einrichtungen der ambulanten Pflege
27	Sonstige ambulante Einrichtungen
3	Stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung
31	Krankenhäuser
32	Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen
33	Stationäre und teilstationäre Pflege
34	Einrichtungen der beruflichen und sozialen Rehabilitation
4	Krankentransporte/ Rettungsdienste
5	Verwaltung
6	Sonstige Wirtschaftszweige
7	Ausland (Importe)

Prävention, in der ambulanten Gesundheitsversorgung sowie in der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung angesiedelt sind. Daneben werden Einrichtungen des Krankentransportes bzw. Rettungsdienstes gesondert nachgewiesen. Verwaltungseinrichtungen sind als quasi-institutionelle Einheiten aus bestimmten Sektoren (z. B. GKV) herausgelöst. Alle übrigen Einrichtungen bzw. Unternehmen, die Gesundheitsgüter an den letzten Verbrauch liefern, sind unter den sonstigen Wirtschaftszweigen zusammengefaßt. Hier finden sich zum Beispiel Taxiunternehmen, die Krankentransporte durchführen. Die bisher aufgeführten Einrichtungen sind im Inland beheimatet; ausländische Einrichtungen, die ein Inländer in Anspruch nimmt, werden unter Ausland zusammengefaßt. Diese ausländischen Einrichtungen stellen die importierten Gesundheitsgüter her.

Empirische Umsetzung

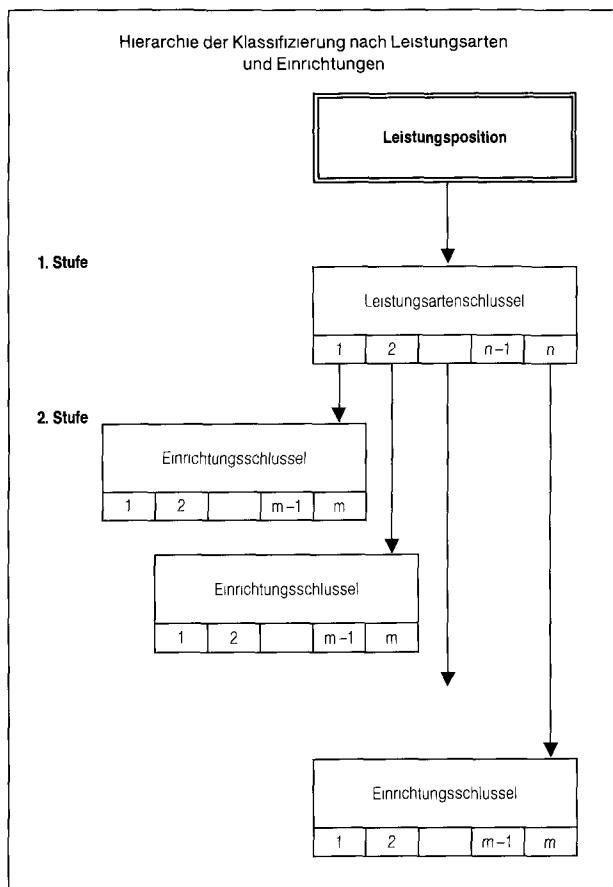
Bei der empirischen Implementierung dieses Darstellungsschnittes resultiert ein gravierendes Problem daraus, daß die in den letzten Verbrauch gehenden Gesundheitsgüter sowohl auf Leistungsarten als auch auf produzierende Einrichtungen verteilt werden. Natürlich sind beide Klassifikationen nicht unabhängig voneinander. Weiß man beispielsweise, aus welchen Leistungsarten sich die Beihilfeausgaben zusammensetzen, kann man die einzelnen Leistungsarten auf die für ihre Herstellung typischerweise zuständigen Einrichtungen verteilen. Kennt man dagegen die Hersteller der betrachteten Ausgabenposition, so lassen sich daraus Rückschlüsse auf das dahinterstehende Leistungsspektrum ziehen.

Daher muß man bei der Verschlüsselung zweistufig vorgehen, wobei die erste Stufe durch den Einrichtungs- oder Leistungsartenschlüssel gebildet wird. Wir haben in unseren Berechnungen das in Schaubild 3 skizzierte Verfahren gewählt, wonach bei einer Ausgabenposition zunächst die Leistungsarten bestimmt werden, die in einer

¹⁵⁾ Institutionelle und funktionale Merkmale lassen sich in einer Matrix in gemischter Gliederung darstellen. Die repräsentative Spalte zeigt das Produktionsprogramm der betrachteten Einrichtung, die Zeile informiert über die Lieferstruktur des betrachteten Gesundheitsgutes bzw. der betrachteten Leistungsart, siehe das erweiterte Input-Output-System in Abschnitt 3.4. Eine derartige Tabelle ist mit einer aus der Input-Output-Rechnung bekannten Produktionswertmatrix vergleichbar, die die Gesamtproduktion einer Volkswirtschaft in gemischter Gliederung nach institutionell abgegrenzten Wirtschaftsbereichen und funktional abgegrenzten Gütergruppen (homogene Produktionsbereiche) zeigt.

¹⁶⁾ Es ist zu beachten, daß verschiedene Einrichtungen der Klassifikation, insbesondere im Bereich des Gesundheitsschutzes, in der VGR keine eigenständigen, institutionellen Einheiten bilden. Das bedeutet, daß diese Einrichtungen aus ihren Ursprungssektoren, insbesondere dem Staatssektor, herausgelöst werden.

Schaubild 3



weiteren Stufe auf die produzierenden Einheiten verteilt werden. Bei n Leistungsarten und m Einrichtungen kann eine gegebene Ausgabenposition theoretisch in $n \times m$ Kombinationen beider Merkmale zerfallen. Das heißt, daß eine einzelne Position in diesem Fall die vollständige Verflechtungsmatrix zwischen Leistungsarten und Einrichtungen ausfüllt.

Die statistische Praxis sieht natürlich einfacher aus. In vielen Fällen verrät die zum Beispiel durch einen gesetzlichen Kontenrahmen abgegrenzte Ausgabenposition, zu welcher Leistungsart sie gehört oder welche Einrichtung an ihrer Erstellung beteiligt ist. Vielfach liegen auch beide Merkmale fest. Oft fehlen jedoch Informationen über die liefernden Einrichtungen des Gesundheitswesens. Beispielsweise können Ausgaben der GKV für Dialyse sowohl Krankenhäusern als auch Arztpraxen zufließen. Ein weiteres Problem besteht darin, daß eine Ausgabenposition häufig hoch aggregiert ist und Gesundheitsgüter der verschiedensten Art zusammenfaßt. Ein Beispiel sind die Ausgaben für Krankenhilfe im Rahmen der Sozialhilfe. In diesem Fall sind in einer ersten Stufe die verschiedenen Leistungsarten festzulegen, die in einer zweiten Stufe den liefernden Einrichtungen zugeordnet werden. Die bei derartig hochaggregierten Größen zwangsläufig recht komplexen Schlüsselungen werden in der Regel in Anlehnung an die Verhältnisse vergleichbarer Ausgaben bei anderen Ausgabenträgern, die über breitere Datengrundlagen verfügen, festgelegt. In den meisten Fällen werden hierfür Strukturinformationen aus der GKV zugrunde gelegt

Angesichts der Datenlage und des vorgegebenen Zeitrahmens war es nicht möglich, sämtliche Aufteilmaßstäbe mit tragfähigen Ansätzen empirisch abzusichern. Zum Teil mußte man sich mit relativ groben Schätzungen zufriedengeben.

5 Ergebnisse der Berechnungen

In den Berechnungen wurden die verschiedenen Ausgabenpositionen auf der Ebene der kleinsten statistischen Einheit (also in maximaler Gliederungstiefe der Ausgangsdaten) mit sämtlichen Klassifikationsmerkmalen versehen. Dadurch ist es möglich, die Gesundheitsausgaben in gemischter Gliederung zweier beliebiger Merkmale ohne (vermeidbaren) Aggregationsfehler darzustellen. Als Untersuchungsjahre wurden die Jahre 1980, 1992 und 1994 herangezogen. In Anlehnung an die GAR trennen die Berechnungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Die Verteilung der Käufe von Gesundheitsgütern auf Leistungsarten und liefernde Einrichtungen basiert in West und Ost jedoch auf identischen Aufteilschlüsseln.

Tabelle 1 auf der folgenden Seite zeigt die wichtigsten Ergebnisse der Neuberechnung der Gesundheitsausgaben im Überblick. Daneben enthält der Anhangteil zum vorliegenden Heft verschiedene Kreuztabellen, die für die drei Berichtsjahre über die Gesundheitsausgaben in gemischter Gliederung von je zwei Klassifikationsmerkmalen (Ausgabenträger, Leistungsarten, Einrichtungen) informieren¹⁷⁾ Insgesamt erreichen die in der neuen Rechnung erfaßten Gesundheitsgüter im Jahr 1994 ein Volumen von 344,6 Mrd. DM, was einem Anteil von 10,4 vH am Bruttoinlandsprodukt dieses Jahres entspricht. Das Jahr 1980 verzeichnete noch eine Quote von 8,8 vH, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich diese Zahl nur auf das frühere Bundesgebiet bezieht.

An der Struktur der Ausgabenträger hat sich im Untersuchungszeitraum nur wenig verändert. Es fällt lediglich auf, daß die Ausgaben der privaten Haushalte an Bedeutung gewonnen haben, eine Entwicklung, die wesentlich auf steigende Zuzahlungen der Versicherten zurückzuführen ist. Insgesamt werden drei Viertel der betrachteten Gesundheitsgüter den privaten Haushalten über den Staatsverbrauch zur Verfügung gestellt, rund ein Viertel über den privaten Verbrauch. Die in Tabelle 1 erscheinende „sonstige“ VGR-Zuordnung ist quantitativ bedeutungslos und betrifft die Ausgaben für den betrieblichen Gesundheitsdienst, die in den VGR Vorleistungscharakter haben.

Nach der in Tabelle 1 wiedergegebenen einstelligen Klassifikation nach Leistungsarten hat der Anteil der ärztlichen Leistungen an den gesamten hier betrachteten Gesundheitsausgaben im Zeitablauf abgenommen bzw. ist konstant geblieben, während die Bedeutung der pflegenden und therapeutischen Leistungen deutlich gestiegen

¹⁷⁾ Die Berechnung der Gesundheitsausgaben nach dem neuen Konzept der GBE ist bereits in den aktuellen Gesundheitsbericht für Deutschland eingeflossen. Dort werden die Ergebnisse der Neuberechnung an verschiedenen Stellen interpretiert, siehe z. B. Kapitel 8.2 „Ausgaben nach Leistungsarten“, 8.4 „Ausgaben und Kosten nach Sektoren“ sowie 8.11 „Finanzierung nach Trägern“

Tabelle 1: Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern nach Ausgabenträgern, Leistungsarten, Einrichtungen und Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Deutschland		
	Deutschland			Deutschland		
	1980	1992	1994	1980	1992	1994
	Mrd DM			%		
Öffentliche Haushalte	14,1	34,3	37,4	10,9	11,0	10,9
Gesetzliche Krankenversicherung	79,5	192,8	209,8	61,2	61,9	60,9
Gesetzliche Rentenversicherung	4,2	7,2	8,5	3,2	2,3	2,5
Gesetzliche Unfallversicherung	2,4	5,3	6,2	1,8	1,7	1,8
Private Krankenversicherung Arbeitgeber	9,6	22,7	26,5	7,4	7,3	7,7
Private Haushalte	6,8	13,7	14,7	5,2	4,4	4,3
Private Organisationen u a	10,5	29,0	34,2	8,1	9,3	9,9
	2,9	6,6	7,3	2,2	2,1	2,1
Ausgabenträger	129,9	311,6	344,6	100	100	100
Prävention/Gesundheitsschutz	5,4	13,9	15,6	4,2	4,5	4,5
Ärztliche Leistungen	42,1	90,0	99,4	32,4	28,9	28,9
Pflegende und therapeutische Leistungen	18,7	57,5	68,4	14,4	18,5	19,8
Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	1,9	7,5	9,3	1,5	2,4	2,7
Unterkunft und Verpflegung	12,9	25,9	28,5	9,9	8,3	8,3
Waren	35,7	84,2	85,7	27,5	27,0	24,9
Transporte	1,5	3,7	5,1	1,1	1,2	1,5
Verwaltungsleistungen	9,1	22,3	25,5	7,0	7,2	7,4
Forschung/Ausbildung	2,7	6,6	7,2	2,1	2,1	2,1
Leistungsarten	129,9	311,6	344,6	100	100	100
Gesundheitsschutz	3,4	7,7	8,0	2,6	2,5	2,3
Öffentlicher Gesundheitsdienst	1,6	3,7	3,6	1,3	1,2	1,0
Obere Gesundheitsbehörden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Einrichtungen des Gesundheitsschutzes	1,8	4,0	4,4	1,4	1,3	1,3
Ambulante						
Gesundheitsversorgung	63,5	143,0	152,2	48,9	45,9	44,2
Ärztpraxen	19,1	41,8	47,8	14,7	13,4	13,9
Zahnarztpraxen	14,0	27,2	27,5	10,8	8,7	8,0
Praxen nichtärztlicher medizinischer Berufe	3,0	8,0	9,0	2,3	2,6	2,6
Apotheken	18,3	44,6	43,5	14,1	14,3	12,6
Gesundheitshandwerk	8,5	17,3	18,4	6,5	5,6	5,3
Einrichtungen der ambulanten Pflege	0,5	3,6	5,4	0,4	1,1	1,6
Sonstige ambulante Einrichtungen	0,1	0,5	0,6	0,1	0,2	0,2
Stationäre und teilstationäre						
Gesundheitsversorgung	52,5	132,4	151,0	40,4	42,5	43,8
Krankenhäuser	41,4	101,3	113,6	31,9	32,5	33,0
Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen	4,7	10,8	12,9	3,6	3,5	3,8
Stationäre und teilstationäre Pflege	6,3	20,3	24,5	4,8	6,5	7,1
Einrichtungen der beruflichen und sozialen Rehabilitation	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
Krankentransporte/Rettingsdienste	0,9	2,2	3,2	0,7	0,7	0,9
Verwaltung	6,9	18,3	21,5	5,3	5,9	6,2
Sonstige Wirtschaftszweige	2,6	7,6	8,5	2,0	2,5	2,5
Ausland	0,0	0,3	0,3	0,0	0,1	0,1
Einrichtungen	129,9	311,6	344,6	100	100	100
Staatsverbrauch	100,6	240,3	262,5	77,4	77,1	76,2
Privater Verbrauch	28,1	69,1	79,9	21,7	22,2	23,2
Privater Verbrauch ohne Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	25,3	62,7	72,9	19,5	20,1	21,1
Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	2,8	6,4	7,1	2,2	2,0	2,1
Sonstige Zuordnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	1,2	2,2	2,1	0,9	0,7	0,6
Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	129,9	311,6	344,6	100	100	100

ist.¹⁸⁾ Ein Viertel der Gesundheitsausgaben besteht aus gesundheitsbezogenen Waren (insbesondere Arzneien, Zahnersatz), wobei das relative Gewicht dieser Ausgaben-

¹⁸⁾ Hierbei ist zu beachten, daß Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung erst ab dem Jahr 1995 gezahlt wurden.

kategorie im Zeitablauf kleiner geworden ist. Ebenfalls an Bedeutung verloren bzw nicht hinzugewonnen haben die Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung. Hinter diesen groben Trends verbergen sich auf der zweistelligen Klassifikationsebene vielfältige Einzelentwicklungen, deren Interpretation den Rahmen dieses Beitrages überschreitet.¹⁹⁾

Neben der Gliederung nach Ausgabenträgern und Leistungsarten zeigt Tabelle 1, welche Einrichtungen die betrachteten Gesundheitsgüter herstellen. Diese angebotsseitige Betrachtung des Gesundheitswesens ist mit der neuen Ausgabenrechnung der GBE erstmalig möglich. Man kann erkennen, daß im letzten Berichtsjahr fast 90 vH der hier erfaßten Gesundheitsleistungen von Einrichtungen der ambulanten Gesundheitsversorgung und der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung erstellt wurden. Beide Einrichtungsgruppen waren zu etwa gleichen Teilen daran beteiligt, wobei der stationäre Bereich gegenüber dem Jahr 1980 deutlich zugelegt hat. Unter den stationären Einrichtungen erzielten sowohl die Krankenhäuser als auch die Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation sowie der stationären und teilstationären Pflege Anteilsgewinne. Im ambulanten Bereich konnten zwischen 1980 und 1994 Arzt- und Zahnarztpraxen, Apotheken und das Gesundheitshandwerk mit den gesamten Gesundheitsausgaben nicht Schritt halten. Insbesondere die Einrichtungen der ambulanten Pflege konnten ihren Anteil dagegen steigern. Schließlich fällt auf, daß die Verwaltungseinrichtungen des Gesundheitswesens (insbesondere die Krankenkassen) für einen größeren Teil der Gesundheitsausgaben verantwortlich zeichnen. Detailliertere Zahlenangaben enthalten die Tabellen im Anhangteil auf S. 180* ff

Hermann T. Sarrazin
Bonner Arbeitsgruppe
für empirische Wirtschaftsforschung, Bonn

¹⁹⁾ Einzelheiten finden sich im aktuellen Gesundheitsbericht für Deutschland, Kapitel 8.2 „Ausgaben nach Leistungsarten“

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Unterschiedliche Verfahrensweisen der Statistischen Ämter in der Europäischen Union bei der Saisonbereinigung	1	23
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	2	111
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland	2	92
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung	3	171
Bevölkerung		
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Ehescheidungen 1997	1	39
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163
Erwerbstätigkeit		
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Außenhandel		
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1998	2	77
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Rechtspflege		
Strafverfolgungsstatistik 1997	3	189
Bildung und Kultur		
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Gesundheitswesen		
Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland	2	92
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1997	2	96
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	2	111
Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern	1	46
Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland	3	210
Löhne und Gehälter		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996	2	116
Preise		
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung	3	171
Preisentwicklung im Jahr 1998	1	55
Preise im Januar 1999	2	138
Februar 1999	3	221
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 1998	1	13

Umwelt

	Heft	Seite
Erlöse und Konzessionsabgaben in der Energie- und Wasserwirtschaft	2	134

Gastbeiträge

Verbrauch der privaten Haushalte in der Europäischen Union. – Wichtigste Trends und Struktur der Ausgaben –	2	142
Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes	3	225

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	138*	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	162*	
Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen	165*	
 Ausgewählte Tabellen		
Produzierendes Gewerbe		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	166*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	172*	“
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	173*	“
Bildung und Kultur		
FuE-Ausgaben und FuE-Personal 1995 nach Sektoren und Regierungsbezirken	177*	einmalig
Rechtspflege		
Verurteilte Personen 1997 nach Ländern und Art der Straftat	178*	“
Gesundheitswesen		
Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern in gemischter Gliederung nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und Einrichtungen	180*	“
Wirtschaftsrechnungen		
Private Haushalte mit Grundvermögen nach Höhe des Einheitswertes und des Verkehrswertes sowie mit Restschuld; durchschnittliche Verkehrswerte des Haus- und Grundbesitzes und Restschulden privater Haushalte am 1.1.1998; Anteil privater Haushalte mit Besitz von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen an den Haushalten der jeweiligen Gruppe; durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte; durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte am 1.1.1998; private Haushalte mit Garten am 1.1.1998; private Haushalte mit Garage bzw. Stellplatz am 1.1.1998	183*	“
Preise		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	191*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	192*	“
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte – Wägungsschemata 1995 = 100	198*	einmalig
Preisindex für die Lebenshaltung	201*	monatlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	34 423 p	33 962 p	33 970 p	34 458 p	34 459 p	34 317 p	34 121 p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	34 372 p	33 909 p	33 916 p	34 382 p	34 389 p	34 262 p	34 081 p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	28 156 p	27 884 p	27 915 p	28 248 p	28 249 p	28 137 p	28 001 p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	6 267 p	6 078 p	6 055 p	6 210 p	6 210 p	6 180 p	6 120 p	.	.
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 279	3 965	3 892	3 946	4 197	4 455	4 465 p
dar.: Männer	1 000	2 112	2 342	2 273	2 047	2 008	2 053	2 252	2 441	2 466 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	107	114	108	126	109	103	103	103	103 p
Ausländer/-innen	1 000	496	548	535	503	507	518	538	555	556 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	11,5	12,7	12,3	11,4	11,2	11,3	12,0	12,8	12,8 p
Offene Stellen	1 000	327	337	422	432	393	364	345	395	451 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	277	183	115	77	90	108	107	145	161 p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	2 796	3 021	2 904	2 733	2 704	2 745	2 885	3 025	3 023 p
dar.: Männer	1 000	1 617	1 741	1 641	1 499	1 482	1 516	1 635	1 740	1 750 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	83	82	75	80	74	73	73	74	74 p
Ausländer/-innen	1 000	482	522	505	474	477	487	506	522	522 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	10,1	11,0	10,5	9,8	9,7	9,9	10,4	10,9	10,9 p
Offene Stellen	1 000	270	282	342	350	319	300	290	331	372 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	206	133	81	53	66	82	81	114	123 p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	1 169	1 364	1 375	1 232	1 188	1 201	1 313	1 430	1 442 p
dar.: Männer	1 000	495	602	632	548	526	537	617	701	716 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	25	32	33	46	35	30	30	29	29 p
Ausländer/-innen	1 000	14	26	30	29	30	30	32	33	33 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	16,7	19,5	19,5	17,4	16,8	17,0	18,6	20,3	20,4 p
Offene Stellen	1 000	57	56	79	81	73	64	55	63	79 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	71	49	34	24	24	25	26	31	39 p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	31 471	33 398	..	2 657	2 613	2 557	3 202
Unternehmen	Anzahl	25 530	27 474	..	2 189	2 164	2 051	2 615
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 643	3 598	..	233	250	237	329
Baugewerbe	Anzahl	7 041	7 788	..	648	611	568	687
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	5 967	6 111	..	500	480	471	611
Gastgewerbe	Anzahl	1 476	1 679	..	138	169	152	177
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	7 403	8 298	..	670	654	623	811
Übrige Gemeinschaftsdar. ⁸⁾	Anzahl	5 941	5 924	..	468	449	506	587
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	23 078	24 212	..	1 923	1 908	1 830	2 403
dar.: Unternehmen	Anzahl	18 111	19 348	..	1 526	1 508	1 400	1 895
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	8 393	9 186	..	734	705	727	799
dar.: Unternehmen	Anzahl	7 419	8 126	..	663	656	651	720
		1995	1996	1997	1998					
					Juni	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov.
Deutschland										
Gewerbebeanzeigen										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	-	780 013	802 935	64 869	66 560	59 480	66 000	64 929	..
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	Anzahl	-	217 210	210 091	17 497	18 269	16 075	17 756	17 522	..
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	-	647 889	681 864	55 267	56 335	48 887	54 090	54 224	..
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	Anzahl	-	104 689	111 331	9 739	9 841	8 507	9 312	9 442	..
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	-	170 004	178 395	14 841	15 581	13 322	15 101	15 091	..

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 162* ff dargestellt - 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw in den neuen Ländern oder Berlin-Ost (Inlandskonzept) - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986 - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar - 8) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse - 9) Gründung bzw vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 1,3p	+ 0,0p	+ 0,5p	+ 0,5p	- 0,4p	- 0,6p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	- 1,3p	+ 0,0p	+ 0,5p	+ 0,5p	- 0,4p	- 0,5p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 1,0p	+ 0,1p	+ 0,3p	+ 0,3p	- 0,4p	- 0,5p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 3,0p	- 0,4p	+ 1,4p	+ 1,2p	- 0,5p	- 1,0p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	+ 10,6	- 2,4	- 8,7	- 7,2	- 7,6	- 7,4p	+ 1,4	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,2p
dar.: Männer	+ 10,9	- 3,0	- 8,1	- 6,4	- 7,6	- 7,4p	+ 2,3	+ 9,7	+ 8,4	+ 1,0p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 5,8	- 4,5	- 7,9	- 5,6	- 5,8	- 7,1p	- 5,6	+ 0,4	- 0,2	- 0,1p
Ausländer/-innen	+ 10,5	- 2,4	- 5,1	- 4,5	- 5,2	- 4,9p	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,1	+ 0,1p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 3,0	+ 25,1	+ 20,0	+ 13,7	+ 16,7	+ 14,5p	- 7,2	- 5,2	+ 14,3	+ 14,2p
Kurzarbeiter/-innen	- 34,1	- 37,0	- 14,0	- 10,5	- 0,6	- 6,1p	+ 20,3	- 0,6	+ 35,4	+ 11,4p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	+ 8,0	- 3,9	- 6,7	- 5,9	- 6,5	- 5,9p	+ 1,5	+ 5,1	+ 4,9	- 0,1p
dar.: Männer	+ 7,7	- 5,7	- 8,2	- 7,0	- 8,0	- 7,4p	+ 2,3	+ 7,8	+ 6,5	+ 0,5p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 1,2	- 7,6	- 9,0	- 7,7	- 7,4	- 8,3p	- 1,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3p
Ausländer/-innen	+ 8,3	- 3,2	- 5,9	- 5,4	- 6,1	- 5,8p	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,3p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 4,1	+ 21,5	+ 24,7	+ 17,6	+ 17,5	+ 14,4p	- 5,8	- 3,5	+ 14,2	+ 12,3p
Kurzarbeiter/-innen	- 35,4	- 39,1	- 10,0	- 6,0	+ 7,8	- 1,0p	+ 25,3	- 1,4	+ 40,9	+ 7,5p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	+ 16,7	+ 0,8	- 12,9	- 9,9	- 9,9	- 10,2p	+ 1,1	+ 9,3	+ 8,9	+ 0,8p
dar.: Männer	+ 21,5	+ 5,0	- 7,9	- 4,6	- 6,3	- 7,2p	+ 2,2	+ 14,9	+ 13,5	+ 2,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 29,3	+ 3,3	- 5,1	- 0,2	- 1,5	- 4,0p	- 13,9	- 0,8	- 1,9	- 1,0p
Ausländer/-innen	+ 84,1	+ 12,7	+ 11,3	+ 12,4	+ 12,7	+ 11,0p	+ 2,2	+ 4,7	+ 4,4	+ 0,4p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	- 2,2	+ 42,9	+ 2,1	- 3,0	+ 12,8	+ 15,4p	- 13,0	- 13,1	+ 14,4	+ 24,1p
Kurzarbeiter/-innen	- 30,2	- 31,4	- 24,8	- 22,2	- 23,1	- 19,3p	+ 6,6	+ 1,9	+ 18,2	+ 25,7p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	+ 6,1	..	- 6,8	+ 14,8	- 2,1	+ 25,2
Unternehmen	+ 7,6	..	- 10,6	+ 13,7	- 5,2	+ 27,5
Verarbeitendes Gewerbe	- 1,2	..	- 22,3	+ 5,8	- 5,2	+ 38,8
Baugewerbe	+ 10,6	..	- 9,6	+ 4,9	- 7,0	+ 21,0
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	+ 2,4	..	- 12,9	+ 27,0	- 1,9	+ 29,7
Gastgewerbe	+ 13,8	..	+ 6,3	+ 29,2	- 10,1	+ 16,4
Sonstige Wirtschaftszweige	+ 12,1	..	- 8,0	+ 13,3	- 4,7	+ 30,2
Übrige Gemeinschaftsdar. ⁸⁾	- 0,3	..	+ 12,4	+ 19,8	+ 12,7	+ 16,0
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	+ 4,9	..	- 6,5	+ 16,0	- 4,1	+ 31,3
dar.: Unternehmen	+ 6,8	..	- 11,6	+ 14,2	- 7,2	+ 35,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	+ 9,4	..	- 7,5	+ 11,1	+ 3,1	+ 9,9
dar.: Unternehmen	+ 9,5	..	- 8,3	+ 12,3	- 0,8	+ 10,6
	1996	1997	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	-	+ 2,9	+ 1,9	- 0,5	- 2,8	..	- 10,6	+ 11,0	- 1,6	..
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	-	- 3,3	+ 3,8	+ 2,5	+ 1,5	..	- 12,0	+ 10,5	- 1,3	..
Gewerbeabmeldungen	-	+ 5,2	+ 2,9	+ 1,8	- 1,5	..	- 13,2	+ 10,6	+ 0,2	..
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	-	+ 6,3	+ 11,4	+ 10,4	+ 7,8	..	- 13,6	+ 9,5	+ 1,4	..
Gewerbeummeldungen	-	+ 4,9	+ 1,6	+ 5,2	+ 0,6	..	- 14,5	+ 13,4	- 0,1	..

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 162* ff. dargestellt. - 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern oder Berlin-Ost (Inlandskonzept) - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986 - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar - 8) Natürliche Personen, Nachiaßkonkurse - 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 890	15 760	15 227	15 170	14 942
Schweine	1 000	23 737	24 283	24 795	26 299
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 105	4 283	4 274	315	315	308	354	367	357
Kälber	1 000	480	494	479	39	38	35	38	42	41
Schweine	1 000	38 350	38 650	37 724	3 425	3 321	3 303	3 503	3 683	3 805
Schlachtmenge	1 000 t	4 884	4 992	4 893	423	412	408	442	465	473
dar.: Rinder	1 000 t	1 303	1 363	1 336	101	101	98	112	116	113
Kälber	1 000 t	58	61	57	5	5	4	5	5	5
Schweine	1 000 t	3 504	3 547	3 481	317	305	304	323	342	353
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	563 025	574 128	590 675	50 427	52 756	50 663	50 245	47 017	43 841
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	591 471	597 487	643 360	56 274	58 853	55 701	59 755	59 456	57 498
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	12 971	12 879 ⁵⁾	12 437 ⁵⁾	12 378 ⁵⁾	12 229
Schweine	1 000	20 572	21 061	21 470	22 717
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	3 777	3 931	3 883	283	283	278	322	331	322
Kälber	1 000	470	485	464	37	37	33	37	41	40
Schweine	1 000	32 766	33 089	32 247	2 945	2 867	2 839	3 010	3 177	3 274
Schlachtmenge	1 000 t	4 287	4 388	4 284	371	362	357	388	408	414
dar.: Rinder	1 000 t	1 207	1 260	1 224	91	92	89	103	105	103
Kälber	1 000 t	58	61	55	5	4	4	5	5	5
Schweine	1 000 t	3 004	3 048	2 987	273	264	263	279	296	305
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	401 741	401 818	405 569	33 790	35 485	34 729	33 691	31 010	30 705
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	425 136	416 129	448 834	39 053	40 851	37 630	40 806	40 396	38 843
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	2 919	2 880 ⁵⁾	2 789 ⁵⁾	2 790 ⁵⁾	2 712
Schweine	1 000	3 164	3 222	3 325	3 582
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	328	352	390	31	32	30	32	36	34
Kälber	1 000	9	10	15	1	1	1	1	1	2
Schweine	1 000	5 584	5 561	5 476	481	455	463	493	506	531
Schlachtmenge	1 000 t	598	604	609	53	50	50	54	57	59
dar.: Rinder	1 000 t	96	103	112	9	9	9	9	10	10
Kälber	1 000 t	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Schweine	1 000 t	500	499	494	43	41	42	45	46	48
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	161 284	172 310	185 106	16 637	17 271	15 934	16 554	16 007	13 136
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	166 335	181 358	194 525	17 221	18 001	18 071	18 948	19 059	18 655
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	100	99,5	102,1	109,8	108,6	96,2	113,0	114,0	112,6
Energieversorgung	1995 = 100	100	105,9	105,1	90,9	96,0	95,5	98,5	107,7	116,0
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	532 621	549 990	547 097	40 370	42 372	42 199	43 388	47 185	. .
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	493 441	499 798	500 507	38 051	39 341	38 362	40 291	43 772	. . .
Gaserzeugung	Mill. kWh	365 575	371 701	373 719	27 755	28 751	27 166	26 867	30 788	33 846
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	909 241	1 037 814	979 116	59 154	47 370	50 711 r	66 861	85 472	111 525

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember – 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr – 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat – 4) Arbeitstaglich bereinigter Wert – 5) Ohne Berlin.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,8	- 3,4	.	.	.	- 1,9
Schweine	+ 2,3	+ 2,1	.	.	.	+ 6,1
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 4,3	- 0,2	- 5,5	- 7,5	- 12,6	- 4,3	- 2,2	+ 15,2	+ 3,4	- 2,8
Kälber	+ 3,1	- 3,1	+ 9,0	- 3,3	+ 3,3	+ 11,4	- 8,1	+ 11,2	+ 9,0	- 1,3
Schweine	+ 0,8	- 2,4	+ 15,1	+ 7,6	+ 10,6	+ 16,7	- 0,6	+ 6,1	+ 5,1	+ 3,3
Schlachtmenge	+ 2,2	- 2,0	+ 10,6	+ 4,4	+ 4,5	+ 11,8	- 1,1	+ 8,5	+ 5,1	+ 1,8
dar.: Rinder	+ 4,6	- 2,0	- 3,3	- 4,8	- 10,4	- 1,6	- 3,6	+ 15,3	+ 2,7	- 2,3
Kälber	+ 5,5	- 7,9	+ 13,9	+ 0,6	+ 8,8	+ 14,6	- 8,2	+ 10,9	+ 10,0	- 3,7
Schweine	+ 1,2	- 1,9	+ 15,9	+ 8,1	+ 10,7	+ 16,9	- 0,1	+ 6,2	+ 5,8	+ 3,3
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,0	+ 2,9	- 0,2	- 5,9	- 3,2	+ 4,4	- 4,0	- 0,8	- 6,4	- 6,8
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 1,0	+ 7,7	+ 9,4	+ 4,5	+ 5,9	+ 8,8	- 5,4	+ 7,3	- 0,5	- 3,3
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,7 ⁵⁾	- 3,4 ⁵⁾	.	.	.	- 1,7 ⁵⁾
Schweine	+ 2,4	+ 1,9	.	.	.	+ 5,8
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 4,1	- 1,2	- 6,3	- 7,6	- 13,3	- 4,9	- 1,7	+ 16,0	+ 2,7	- 2,5
Kälber	+ 3,1	- 4,2	+ 9,1	- 3,4	+ 3,3	+ 10,9	- 8,3	+ 10,7	+ 9,5	- 2,1
Schweine	+ 1,0	- 2,5	+ 15,9	+ 8,2	+ 10,9	+ 18,2	- 1,0	+ 6,0	+ 5,6	+ 3,0
Schlachtmenge	+ 2,4	- 2,4	+ 10,9	+ 4,6	+ 4,3	+ 12,4	- 1,3	+ 8,5	+ 5,2	+ 1,6
dar.: Rinder	+ 4,4	- 2,9	- 3,8	- 4,8	- 11,0	- 2,2	- 3,4	+ 15,9	+ 1,9	- 2,1
Kälber	+ 5,3	- 8,7	+ 14,1	+ 0,7	+ 8,8	+ 14,9	- 8,1	+ 10,5	+ 10,4	- 3,9
Schweine	+ 1,5	- 2,0	+ 16,8	+ 8,6	+ 11,0	+ 18,3	- 0,5	+ 6,0	+ 6,3	+ 3,0
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 0,0	+ 0,9	- 3,2	- 8,6	- 4,8	+ 4,7	- 2,1	- 3,0	- 8,0	- 1,0
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	- 2,1	+ 7,9	+ 7,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 5,1	- 7,9	+ 8,4	- 1,0	- 3,8
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 1,3 ⁵⁾	- 3,1 ⁵⁾	.	.	.	- 2,8 ⁵⁾
Schweine	+ 1,8	+ 3,2	.	.	.	+ 7,7
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 7,2	+ 10,9	+ 2,3	- 6,0	- 5,2	+ 1,9	- 6,5	+ 7,9	+ 11,2	- 5,3
Kälber	+ 2,4	+ 54,3	+ 6,4	+ 0,9	+ 3,4	+ 24,7	- 2,9	+ 27,7	- 4,3	+ 22,8
Schweine	- 0,4	- 1,5	+ 9,9	+ 3,9	+ 8,4	+ 8,1	+ 2,0	+ 6,5	+ 2,5	+ 4,9
Schlachtmenge	+ 1,1	+ 0,7	+ 9,0	+ 3,3	+ 6,0	+ 8,0	+ 0,6	+ 7,8	+ 4,6	+ 3,3
dar.: Rinder	+ 7,7	+ 8,5	+ 2,8	- 4,9	- 3,8	+ 4,8	- 6,2	+ 8,6	+ 11,7	- 4,4
Kälber	+ 15,5	+ 49,5	+ 6,5	- 3,7	+ 10,0	+ 3,6	- 13,9	+ 38,2	- 6,4	+ 9,1
Schweine	- 0,2	- 1,0	+ 10,3	+ 5,1	+ 8,5	+ 8,6	+ 2,2	+ 7,5	+ 3,1	+ 5,0
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 6,8	+ 7,4	+ 6,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 3,8	- 7,7	+ 3,9	- 3,3	- 17,9
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 9,0	+ 7,3	+ 15,0	+ 7,0	+ 11,7	+ 17,3	+ 0,4	+ 4,9	+ 0,6	- 2,1
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew. ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe	- 0,5	+ 2,6	+ 6,2	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,0	- 11,4	+ 17,5	+ 0,9	- 1,2
Energieversorgung	+ 5,9	- 0,8	+ 8,3	+ 4,2	- 1,3	- 0,3	- 5,0	+ 3,1	+ 9,3	+ 7,7
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	+ 3,2	+ 3,3	+ 6,7	+ 3,5	- 0,8	...	- 0,4	+ 2,8	+ 8,8	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,8	+ 3,5	+ 0,5	...	- 2,5	+ 5,0	+ 8,6	...
Gaserzeugung	+ 1,7	+ 0,5	- 0,5	- 5,5	- 4,5	+ 1,0	- 5,5	- 1,1	+ 14,6	+ 9,9
Inlandsversorgung mit Gas	+ 14,1	- 5,7	- 7,4	+ 40,2	- 3,7	+ 5,0	+ 7,1	+ 31,8	+ 27,8	+ 30,5

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember. - 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 5) Ab Dezember 1996 ohne Berlin

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 311	6 403	6 461	6 472	6 448	6 436	6 402	6 376
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 352	2 290	2 319	2 328	2 339	2 333	2 333	2 329	2 324
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	4 168	4 021	4 084	4 133	4 133	4 114	4 103	4 073	4 052
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	167	148	138	138	138	136	136	134	131
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 353	6 163	6 265	6 324	6 335	6 312	6 300	6 268	6 245
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 970	2 874	2 866	2 898	2 897	2 885	2 880	2 862	2 826
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 165	2 102	2 146	2 163	2 174	2 165	2 163	2 156	2 173
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	327	308	305	306	306	306	305	302	298
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 059	1 027	1 086	1 095	1 095	1 092	1 088	1 082	1 079
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	6 483	6 283	6 444	486	557	570	563	495	505
Bruttolohnsumme	Mill. DM	215 263	210 694	217 168	17 556	17 582	18 386	22 831	18 611	16 724
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	196 067	193 952	199 056	15 566	15 665	15 772	21 335	18 021	15 810
Kohleverbrauch	1 000 t	42 781	40 780	35 897	-	8 363 a)	-	-	8 613 b)	-
Heizölverbrauch	1 000 t	10 388	10 028	9 945	-	2 209 a)	-	-	2 970 b)	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	326 728	331 331	327 994	-	70 386 a)	-	-	87 228 b)	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	209 236	215 128	218 227	17 584	18 363	19 029	18 573	17 096	17 606
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	5 932	5 748	5 816	5 868	5 873	5 848	5 838	5 808	5 788
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 167	2 115	2 141	2 150	2 160	2 154	2 154	2 150	2 146
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	3 765	3 633	3 675	3 718	3 713	3 694	3 684	3 658	3 642
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	138	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	5 794	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 715	2 624	2 609	2 637	2 634	2 622	2 617	2 602	2 569
Investitionsgüterproduzenten	1 000	1 977	1 929	1 966	1 981	1 989	1 981	1 980	1 973	1 991
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	302	285	281	281	282	281	280	277	275
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	938	911	960	968	967	964	961	955	954
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	5 812	5 636	5 753	433	496	508	503	442	450
Bruttolohnsumme	Mill. DM	200 129	195 726	201 249	16 256	16 248	17 011	21 232	17 178	15 469
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	185 254	183 384	188 075	14 692	14 773	14 844	20 224	17 000	14 944
Kohleverbrauch	1 000 t	32 987	32 713	30 606	-	7 395 a)	-	-	7 621 b)	-
Heizölverbrauch	1 000 t	9 391	9 087	8 621	-	1 834 a)	-	-	2 454 b)	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	282 898	288 243	282 415	-	59 601 a)	-	-	74 884 b)	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	187 738	192 806	194 947	15 796	16 314	16 948	16 532	15 180	15 649
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	588	563	587	594	599	600	598	594	587
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	185	175	178	178	179	180	179	179	177
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	403	388	409	415	420	420	419	415	410
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	29	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	559	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	255	251	257	261	263	263	262	260	257
Investitionsgüterproduzenten	1 000	187	173	180	182	185	185	184	182	182
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	25	24	24	24	24	25	25	25	24
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	121	115	126	127	127	128	127	127	124
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	671	648	690	53	61	62	60	53	56
Bruttolohnsumme	Mill. DM	15 134	14 969	15 919	1 299	1 334	1 376	1 599	1 432	1 254
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	10 813	10 569	10 981	874	891	927	1 111	1 020	866
Kohleverbrauch	1 000 t	9 795	8 067	5 291	-	969 a)	-	-	993 b)	-
Heizölverbrauch	1 000 t	997	941	1 324	-	376 a)	-	-	516 b)	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	43 830	43 087	45 579	-	10 785 a)	-	-	12 334 b)	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	21 498	22 322	23 281	1 788	2 048	2 081	2 041	1 916	1 957

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in der übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) Verbrauch im 3. Vj. 1998 - b) Verbrauch im 4. Vj. 1998

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ^{1) 2)}										
Deutschland										
Beschäftigte	- 3,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,6	- 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	- 0,2	± 0,0	- 0,2	- 0,2
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,7	- 0,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 11,3	- 6,8	- 6,8	- 6,6	- 6,8	- 6,4	- 0,9	- 0,3	- 1,0	- 2,7
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,6	- 1,3
Investitionsgüterproduzenten	- 2,9	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,4	- 0,4	- 0,1	- 0,4	+ 0,8
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,6	- 1,8	- 1,0	- 1,1	- 1,4	- 2,0	- 0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,2
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,1	+ 0,7	- 0,7	+ 2,1	+ 0,4	- 2,7	+ 2,3	- 1,2	- 12,1	+ 2,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 5,1	+ 1,1	+ 2,7	+ 29,3	- 17,1	- 11,0
Kohleverbrauch	- 4,7	- 12,0	-	-	- 18,3 ^{a)}	-	-	-	+ 3,0 ^{b)}	-
Heizölverbrauch	- 3,5	- 4,0	-	-	+ 3,2 ^{a)}	-	-	-	+ 34,4 ^{b)}	-
Gasverbrauch	+ 1,4	- 1,1	-	-	- 1,9 ^{a)}	-	-	-	+ 17,3 ^{b)}	-
Stromverbrauch	+ 2,8	+ 1,2	- 0,7	+ 0,4	- 1,5	- 2,9	+ 3,6	- 2,4	- 8,0	+ 3,2
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 3,1	- 0,3	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,3
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	± 0,0	- 0,2	- 0,2
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,5	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,7	- 0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,4	- 1,1	- 0,7	- 0,8	- 0,9	- 0,6	- 0,5	- 0,2	- 0,6	- 1,3
Investitionsgüterproduzenten	- 2,5	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,4	- 0,4	± 0,0	- 0,3	+ 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,7	- 2,1	- 1,3	- 1,5	- 1,7	- 2,1	- 0,3	- 0,4	- 0,9	- 1,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,6	± 0,0
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,0	+ 0,4	- 1,3	+ 1,7	+ 0,1	- 3,0	+ 2,4	- 1,0	- 12,1	+ 2,4
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 4,9	+ 1,0	+ 2,7	+ 30,1	- 17,6	- 10,8
Kohleverbrauch	- 0,8	- 6,4	-	-	- 10,5 ^{a)}	-	-	-	+ 3,1 ^{b)}	-
Heizölverbrauch	- 3,2	- 8,3	-	-	- 4,4 ^{a)}	-	-	-	+ 33,8 ^{b)}	-
Gasverbrauch	+ 1,9	- 2,1	-	-	- 3,4 ^{a)}	-	-	-	+ 17,8 ^{b)}	-
Stromverbrauch	+ 2,7	+ 0,9	- 1,3	+ 0,2	- 2,3	- 3,7	+ 3,9	- 2,5	- 8,2	+ 3,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 4,2	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,7	- 1,1
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 5,5	- 1,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	± 0,0	- 1,2
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,7	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1	± 0,0	- 0,3	- 1,0	- 1,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,7	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,9	- 1,2
Investitionsgüterproduzenten	- 7,5	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,0	± 0,0	- 0,6	- 0,7	- 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,7	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,3	- 1,1	+ 0,8	+ 0,8	- 0,7	- 3,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,3	- 0,7	- 0,2	- 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 2,0
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,5	+ 2,9	+ 4,5	+ 5,5	+ 3,4	- 0,1	+ 1,1	- 2,7	- 12,2	+ 5,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 3,3	+ 1,5	+ 6,9	+ 8,3	+ 2,6	+ 3,5	+ 17,7	- 9,5	- 13,5
Kohleverbrauch	- 17,6	- 34,4	-	-	- 51,2 ^{a)}	-	-	-	+ 2,5 ^{a)}	-
Heizölverbrauch	- 5,6	+ 38,9	-	-	+ 65,7 ^{a)}	-	-	-	+ 37,4 ^{a)}	-
Gasverbrauch	- 1,7	+ 5,6	-	-	+ 8,0 ^{a)}	-	-	-	+ 14,5 ^{a)}	-
Stromverbrauch	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0	+ 1,8	+ 5,5	+ 3,9	+ 1,6	- 1,9	- 6,1	+ 2,0

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1997, endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) 4 Vj 1998 gegenüber 4. Vj 1997 - b) 4 Vj 1998 gegenüber 3 Vj 1998

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe⁷⁾	1995 = 100	99,7	106,7	111,2	97,8	118,7	112,4	109,0	103,2	100,8
Vorleistungsgüterproduzenten ⁷⁾	1995 = 100	98,0	106,8	108,8	96,4	112,6	109,6	107,1	97,4	100,2
Investitionsgüterproduzenten ⁷⁾	1995 = 100	101,3	108,4	116,3	99,6	127,3	116,6	112,7	114,9	101,6
Gebrauchsgüterproduzenten ⁷⁾	1995 = 100	103,2	106,2	113,5	92,3	119,8	122,3	121,6	105,8	108,9
Verbrauchsgüterproduzenten ⁷⁾	1995 = 100	98,2	98,3	97,8	107,2	115,0	94,8	84,7	80,3	88,3
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,6	102,2	106,3	97,0	113,5	114,3	112,9	101,0	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	93,8	90,8	83,2	81,1	88,7	93,8	90,5	76,2	...
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100,2	104,2	109,9	98,5	116,9	117,6	116,6	106,1	...
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,9	104,4	109,2	101,8	115,4	116,9	113,5	95,8	...
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,6	106,1	115,3	99,5	124,0	121,0	123,7	129,6	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	99,7	106,5	79,4	118,6	123,0	120,0	94,2	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,9	99,9	99,9	94,3	103,3	107,1	106,9	96,5	...
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	48 194	46 792	...	3 269	3 622	3 944	3 933
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	187 180	178 203	...	13 309	13 669	14 152	14 344
Erdöl, roh	1 000 t	2 849	2 821	...	245	237	220	240
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	35 872	36 125	...	3 348	3 732	3 663	2 940
Roheisen für die Stahlerzeugung	1 000 t	27 347	30 466	...	2 473	2 298	2 327	2 298
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flussstahl unlegiert	1 000 t	31 921	35 633	...	2 821	2 690	2 670	2 690
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	393	424	...	28	34	33	33
Motorenbenzin	1 000 t	24 854	24 393	...	2 144	2 101	2 253	2 017
Heizöl	1 000 t	38 222	35 291	...	2 936	3 006	3 044	2 842
Schnittholz	1 000 m ³	14 267	14 850	...	1 208	1 409	1 440	1 256
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	1 000 St.	746	730	...	67	86	91	91
von mehr als 1 500 cm ³	1 000 St.	2 915	2 977	...	185	297	325	316
mit Selbstzündung	1 000 St.	1 086	1 049	...	80	123	136	127
Fernsehempfangsgeräte ²⁾	1 000 St.	6 875	49	185	190	178
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	1 659	1 872	...	171	279	389	348
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	1 241	1 744	...	161	242	268	261
Ein- oder Ausgabereinheiten	1 000 St.	4 108	4 482	...	348	314	367	376
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	69	65
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	1 000 DM	2 516 259	2 614 531	...	247 739	267 349	300 863	319 892
Baumwollgarn	t	126 537	135 066	...	5 206	12 229	12 051	11 352
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	1 917 337	1 895 471	...	155 979	167 999	170 641	166 972
Zigaretten	Mill. St.	192 462	181 644	...	15 505	16 655	16 405	16 978
Gesamtumsatz^{3) 4) 5)}	Mrd. DM	2 079,3	2 186,2	2 270,1	169,4	203,0	200,5	196,7	192,6	163,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	29 335,3	25 605,7	23 221	1 804	1 977	2 038	1 929,6	1 815,6	1 760,6
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 050,0	2 160,6	2 246,9	167,6	201,0	198,4	194,8	190,8	161,3
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	943 476	985 536	972 558	73 707	86 910	85 037	81 809	72 606	70 007
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	649 500	705 478	781 888	55 178	70 494	70 543	70 993	76 955	53 201
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	87 933	87 158	90 247	6 006	8 634	8 320	8 326	7 451	6 582
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	398 388	408 032	425 390	34 529	36 947	36 572	35 620	35 623	33 243
dar.: Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	617 255	696 767	751 903	54 752	67 523	65 655	65 121	64 044	53 931

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert – 2) Ab 1995 einschl Videomonitoren und Videoprojektoren. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4 1 1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 4) Ohne Umsatzsteuer – 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse – 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren – 7) 1998 Jahreskorrektur

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe ⁷⁾										
Vorleistungsgüterproduzenten ⁷⁾	+ 7,0	+ 4,2	- 1,6	+ 0,9	- 0,4	- 7,7	- 5,3	- 3,0	- 5,3	- 2,3
Investitionsgüterproduzenten ⁷⁾	+ 9,0	+ 1,9	- 5,3	- 3,1	- 3,3	- 8,6	- 2,7	- 2,3	- 9,1	+ 2,9
Gebrauchsgüterproduzenten ⁷⁾	+ 7,0	+ 7,3	+ 1,4	+ 3,4	+ 1,0	- 9,3	- 8,4	- 3,3	+ 2,0	- 11,6
Verbrauchsgüterproduzenten ⁷⁾	+ 2,9	+ 6,9	+ 5,6	+ 12,7	+ 10,0	+ 0,2	+ 2,1	- 0,6	- 13,0	+ 2,9
	+ 0,1	- 0,5	- 3,8	- 1,5	- 4,3	- 4,2	- 17,6	- 10,7	- 5,2	+ 10,0
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,6	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	..	+ 0,7	- 1,2	- 10,5	..
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,2	- 8,4	- 3,7	- 5,5	- 9,5	..	+ 5,7	- 3,5	- 15,8	..
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,0	+ 5,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 2,0	..	+ 0,6	- 0,9	- 9,0	..
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,6	+ 4,6	+ 1,5	+ 1,6	- 1,8	..	+ 1,3	- 2,9	- 15,6	..
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,4	+ 8,7	+ 8,5	+ 6,7	+ 7,0	..	- 2,4	+ 2,2	+ 4,8	..
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,4	+ 6,8	+ 12,0	+ 4,3	+ 4,7	..	+ 3,7	- 2,4	- 21,5	..
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,0	-	- 1,6	-	- 0,2	..	+ 3,7	- 0,2	- 9,7	..
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	- 2,9	..	- 3,6	+ 1,1	+ 8,9	- 0,3
Braunkohle, roh (Förderung)	- 4,8	..	- 4,3	- 6,6	+ 3,5	+ 1,4
Erdöl, roh	- 1,0	..	- 7,2	+ 0,8	- 7,2	+ 9,1
Zement (ohne Zementklinker)	+ 0,7	..	+ 3,2	- 9,8	- 1,8	- 19,7
Roheisen für die Stahlherzeugung	+ 11,4	..	- 14,3	- 11,6	+ 1,3	- 1,2
Stahlrohblöcke und -brammen
Flüssigstahl unlegiert	+ 11,6	..	- 14,9	- 12,3	- 0,7	+ 0,8
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 8,1	..	- 1,2	- 1,0	- 3,5	- 3,3
Motorenbenzin	- 1,9	..	+ 2,5	+ 3,9	+ 7,2	- 10,5
Heizöl	- 7,7	..	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,3	- 6,6
Schnittholz	+ 4,1	..	+ 1,7	- 2,7	+ 2,2	- 12,8
Personenkraftwagen mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	- 2,1	..	+ 41,8	+ 40,0	+ 5,8	± 0,0
von mehr als 1 500 cm ³	+ 2,1	..	+ 23,8	+ 15,8	+ 9,4	- 2,7
mit Selbstzündung	- 3,4	..	+ 52,0	+ 9,5	+ 10,6	- 6,6
Fernsehempfangsgeräte ²⁾	+ 2,7	- 6,3
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 12,8	..	+ 99,5	+ 42,6	+ 39,4	- 10,5
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 40,5	..	+ 78,7	+ 43,4	+ 10,7	- 2,6
Ein- oder Ausgabereinheiten	+ 9,0	..	- 22,6	- 9,6	+ 16,9	+ 2,5
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	- 5,8
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	+ 3,9	..	+ 67,8	+ 14,3	+ 12,5	+ 6,3
Baumwollgarn	+ 6,7	..	- 3,3	- 5,7	- 1,5	- 5,8
Würste u.a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	- 1,1	..	- 0,5	+ 11,5	+ 1,6	- 2,2
Zigaretten	- 5,6	..	+ 4,1	+ 9,4	- 1,5	+ 3,5
Gesamtumsatz ^{3) 4) 5)}	+ 5,1	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	- 2,9	- 1,2	- 1,9	- 2,1	- 15,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 12,7	- 9,3	- 12,3	- 17,8	- 17,4	- 8,8	+ 3,1	- 5,3	- 5,9	- 1,9
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,4	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	- 2,8	- 1,3	- 1,8	- 2,1	- 15,5
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,5	- 1,6	- 5,7	- 4,5	- 7,4	- 9,2	- 2,2	- 3,8	- 11,3	- 3,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,6	+ 9,9	+ 13,8	+ 7,0	+ 9,0	+ 7,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 8,4	- 31,0
Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,9	+ 3,1	- 1,2	+ 2,6	+ 7,0	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 10,5	- 11,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,0	- 0,8	+ 3,8	+ 3,2	- 3,2	- 1,0	- 2,6	± 0,0	7,0
dar: Auslandsumsatz ⁶⁾	+ 12,9	+ 7,8	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,6	- 1,0	- 2,8	- 0,8	- 1,7	- 15,8

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszentrum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden. - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) 1998 Jahreskorrektur

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe ⁶⁾	1995 = 100	99,9	106,7	110,4	96,5	118,1	110,6	108,0	102,0	99,7
Vorleistungsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	97,7	106,0	107,4	95,0	110,5	108,0	105,6	96,2	98,7
Investitionsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	102,5	109,7	116,6	98,3	129,1	114,6	112,8	113,9	101,3
Gebrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	103,1	105,9	112,2	90,6	118,0	120,2	119,7	104,2	107,2
Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	97,9	97,8	97,2	107,2	114,8	94,0	83,5	79,2	87,9
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,5	102,1	106,2	96,2	113,0	114,0	112,6	101,3	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	94,2	91,8	85,0	82,6	89,8	95,5	92,1	78,0	...
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	99,9	103,7	109,1	97,4	115,8	116,6	115,5	105,3	...
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,8	104,1	108,5	100,9	114,4	116,0	112,5	95,2	...
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,5	105,9	114,9	98,6	122,9	120,2	123,0	129,5	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	99,0	105,4	78,1	117,4	122,0	118,6	92,7	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,3	98,9	98,8	93,3	102,1	105,8	105,7	94,8	...
Gesamtumsatz ^{2) 3) 4)}	Mrd. DM	1 947,6	2 044,0	2 113,1	157,2	188,6	186,4	182,9	179,3	151,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	23 096	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 924,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	881 481	919 796	901 226	68 093	80 308	78 490	75 611	67 333	64 898
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	616 846	669 086	738 309	51 817	66 334	66 594	66 934	72 432	50 156
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	83 335	82 291	84 876	5 651	8 120	7 808	7 815	7 018	6 147
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	365 904	372 836	388 666	31 626	33 830	33 462	32 589	32 481	30 595
dar.: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	601 197	675 746	724 604	52 596	65 032	63 170	62 535	61 351	51 814
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe ⁶⁾	1995 = 100	95,5	106,8	124,3	119,4	129,1	142,2	126,0	124,0	118,9
Vorleistungsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	103,1	119,5	133,1	119,6	148,7	137,9	134,1	118,3	126,5
Investitionsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	84,2	91,2	112,3	118,2	102,0	144,7	111,1	128,2	107,0
Gebrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	105,6	113,4	145,1	134,0	165,2	174,7	167,8	146,3	152,8
Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	1995 = 100	104,5	110,4	113,7	106,8	123,1	112,7	114,1	108,4	98,6
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	101,2	103,9	107,0	106,4	119,5	118,0	116,2	97,8	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	92,1	85,3	73,7	73,4	82,6	84,8	82,2	66,7	...
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	104,2	112,5	123,6	117,8	136,8	135,3	134,8	119,8	...
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	101,3	108,6	119,6	116,2	131,3	131,0	129,1	105,5	...
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	103,2	110,4	122,4	117,0	143,7	136,7	137,0	130,5	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	121,7	142,5	121,1	158,6	156,2	164,0	141,3	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	107,0	112,5	113,3	106,6	118,3	122,2	121,4	116,8	...
Gesamtumsatz ^{2) 3) 4)}	Mrd. DM	131,7	142,2	157,0	12,2	14,4	14,1	13,8	13,4	11,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	6 240	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	125,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	61 995	65 740	71 332	5 614	6 602	6 547	6 198	5 273	5 109
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	32 654	36 392	43 579	3 361	4 160	3 949	4 059	4 524	3 045
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 597	4 867	5 371	355	514	512	511	433	436
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	32 483	35 195	36 724	2 903	3 117	3 110	3 031	3 142	2 648
dar.: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	16 058	21 021	27 300	2 156	2 491	2 486	2 587	2 693	2 117

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 6) 1998 Jahreskorrektur

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe ⁶⁾	+ 6,8	+ 3,5	- 3,3	+ 0,4	- 1,4	- 8,8	- 6,4	- 2,4	- 5,6	- 2,3
Vorleistungsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 8,5	+ 1,3	- 6,0	- 3,6	- 3,9	- 9,2	- 2,3	- 2,2	- 8,9	+ 2,6
Investitionsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 7,0	+ 6,3	- 2,0	+ 2,6	- 0,7	- 11,1	- 11,2	- 1,6	+ 1,0	- 11,1
Gebrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 2,7	+ 5,9	+ 4,2	+ 11,9	+ 8,7	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 12,9	+ 2,9
Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	- 0,1	- 0,6	- 3,9	- 1,8	- 4,9	- 4,0	- 18,1	- 11,2	- 5,1	+ 11,0
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,8	...	+ 0,9	- 1,2	- 10,0	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 2,5	- 7,4	- 2,8	- 4,2	- 8,8	...	+ 6,3	- 3,6	- 15,3	...
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,8	+ 5,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,9	...	+ 0,7	- 0,9	- 8,8	...
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,4	+ 4,2	+ 1,0	+ 1,3	- 2,3	...	+ 1,4	- 3,0	- 15,4	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,3	+ 8,5	+ 8,0	+ 6,5	+ 7,2	...	- 2,2	+ 2,3	+ 5,3	...
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,9	+ 6,5	+ 11,7	+ 3,9	+ 4,4	...	+ 3,9	- 2,8	- 21,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,4	- 0,1	- 1,7	+ 0,3	- 0,2	...	+ 3,6	- 0,1	- 10,3	...
Gesamtumsatz ^{2) 3) 4)}	+ 5,0	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,8	- 3,4	- 1,2	- 1,8	- 2,0	- 15,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,4	- 2,3	- 6,7	- 5,2	- 8,3	- 10,0	- 2,3	- 3,7	- 11,0	- 3,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 9,5	+ 13,7	+ 6,4	+ 8,8	+ 6,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 8,2	- 30,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,3	+ 2,7	- 2,0	+ 2,1	+ 6,9	- 4,3	- 3,9	+ 0,1	- 10,2	- 11,8
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 3,1	- 0,6	+ 4,2	+ 3,7	- 2,9	- 1,1	- 2,6	- 0,3	- 6,1
dar: Auslandsumsatz ⁵⁾	+ 12,4	+ 7,1	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,7	- 1,6	- 2,9	- 1,0	- 1,9	- 15,6
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe ⁶⁾	+ 11,8	+ 16,4	+ 27,5	+ 10,3	+ 17,4	+ 10,5	+ 10,1	- 11,4	- 1,6	- 4,1
Vorleistungsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 15,9	+ 11,4	+ 6,9	+ 5,6	+ 7,1	+ 1,0	- 7,3	- 2,8	- 11,8	+ 6,9
Investitionsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 8,3	+ 23,1	+ 61,9	+ 14,2	+ 27,2	+ 25,9	+ 41,9	- 23,2	+ 15,4	- 16,5
Gebrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 7,4	+ 28,0	+ 41,0	+ 28,4	+ 39,7	+ 21,9	+ 5,8	- 3,9	- 12,8	+ 4,4
Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	+ 5,6	+ 3,0	- 3,1	+ 1,7	+ 6,2	- 9,8	- 8,4	+ 1,2	- 5,0	- 9,0
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 1,6	- 1,1	...	- 1,3	- 1,5	- 15,8	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 7,4	- 13,6	- 8,6	- 12,8	- 13,6	...	+ 2,7	- 3,1	- 18,9	...
Verarbeitendes Gewerbe	+ 8,0	+ 9,9	+ 10,7	+ 7,1	+ 4,0	...	- 1,1	- 0,4	- 11,1	...
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 7,2	+ 10,1	+ 8,5	+ 6,8	+ 4,2	...	- 0,2	- 1,5	- 18,3	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 10,9	+ 18,7	+ 10,8	+ 3,0	...	- 4,9	+ 0,2	- 4,7	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 11,8	+ 17,1	+ 22,2	+ 12,6	+ 9,5	...	- 1,5	+ 5,0	- 13,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 5,1	+ 0,7	- 0,4	- 2,8	- 0,3	...	+ 3,3	- 0,7	- 3,8	...
Gesamtumsatz ^{2) 3) 4)}	+ 7,9	+ 9,0	+ 7,5	+ 8,1	+ 5,7	+ 3,7	- 1,9	- 2,3	- 3,1	- 16,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,0	+ 8,1	+ 7,6	+ 6,3	+ 5,2	+ 2,5	- 0,8	- 5,3	- 14,9	- 3,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 11,5	+ 17,4	+ 16,4	+ 18,6	+ 12,2	+ 16,7	- 5,1	+ 2,8	+ 11,4	- 32,8
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,9	+ 9,9	+ 14,6	+ 10,1	+ 9,2	+ 8,1	- 0,4	- 0,2	- 15,2	+ 0,7
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 8,4	+ 1,8	- 3,0	- 0,4	- 2,0	- 6,8	- 0,2	- 2,6	+ 3,7	- 15,8
dar: Auslandsumsatz ⁵⁾	+ 30,9	+ 29,8	+ 25,5	+ 34,2	+ 29,1	+ 16,6	- 0,2	+ 4,1	+ 4,1	- 21,4

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtsreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 6) 1998 Jahreskorrektur.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1)										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 156	1 177	1 183	1 186	1 177	1 163	1 129
dar.: Angestellte	1 000	220	213	207	206	207	207	207	206	204
Arbeiter/-innen	1 000	1 038	953	890	911	916	919	911	898	866
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 562	1 480	1 395	138	118	139	135	122	84
im Hochbau	Mill. Std	1 064	1 004	947	94	79	93	91	82	58
Wohnungsbau	1 000 Std	646 458	629 648	602 582	60 631	49 893	60 101	58 467	51 841	36 483
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	317 485	283 441	260 400	24 951	21 961	24 299	24 145	22 235	16 572
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	99 866	90 411	84 143	8 008	7 281	8 277	8 106	7 452	5 115
im Tiefbau	1 000 Std	498 396	476 178	447 936	44 905	38 387	45 875	44 667	40 028	26 315
Straßenbau	1 000 Std	145 664	142 516	137 291	14 521	12 151	15 024	14 584	12 327	7 379
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	180 362	169 085	158 058	15 107	13 402	15 355	15 239	14 123	10 044
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	172 370	164 577	152 587	15 277	12 834	15 496	14 844	13 578	8 892
Bruttolohnsumme	Mill. DM	47 363	43 749	40 821	3 683	3 527	3 585	3 559	4 007	3 306
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	14 772	14 325	13 948	1 169	1 138	1 115	1 120	1 447	1 196
Gesamtumsatz	Mill. DM	220 743	213 517	203 954	19 558	17 605	19 173	19 721	19 686	19 822
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	217 305	210 354	200 894	29 264	17 343	18 895	19 427	19 416	19 547
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	893	834	802	816	820	821	815	807	788
dar.: Angestellte	1 000	160	155	152	151	152	153	152	152	150
Arbeiter/-innen	1 000	689	635	604	618	621	622	617	609	591
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 038	988	951	94	78	94	92	83	57
im Hochbau	Mill. Std	703	665	644	64	52	63	62	56	39
Wohnungsbau	1 000 Std	435 672	420 420	415 015	41 689	32 971	41 416	40 387	35 925	24 959
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	203 894	186 592	176 975	17 066	14 780	16 416	16 329	15 101	11 213
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	62 950	57 729	52 311	4 950	4 408	5 099	4 922	4 604	3 111
im Tiefbau	1 000 Std	335 603	323 474	306 223	30 706	25 549	31 273	30 243	27 066	18 091
Straßenbau	1 000 Std	102 467	99 437	93 957	9 932	8 048	10 221	9 821	8 372	5 142
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	111 665	107 655	102 981	9 765	8 570	9 910	9 890	9 151	6 681
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	121 471	116 382	109 285	11 009	8 931	11 142	10 532	9 543	6 268
Bruttolohnsumme	Mill. DM	34 571	31 890	30 233	2 722	2 607	2 639	2 618	3 086	2 437
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	11 197	10 858	10 689	897	870	850	855	1 152	921
Gesamtumsatz	Mill. DM	156 109	152 897	149 142	14 192	12 734	13 972	14 330	14 218	14 506
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	153 628	150 547	146 834	13 970	12 535	13 764	14 107	14 014	14 296
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	418	387	354	361	362	365	361	355	342
dar.: Angestellte	1 000	60	58	55	55	55	55	54	54	53
Arbeiter/-innen	1 000	349	318	286	292	294	297	294	288	275
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	524	491	445	44	40	44	44	39	27
im Hochbau	Mill. Std	361	339	303	30	27	30	29	26	19
Wohnungsbau	1 000 Std	210 786	209 228	187 567	18 942	16 922	18 685	18 080	15 916	11 524
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	113 591	96 849	83 425	7 885	7 181	7 883	7 816	7 134	5 359
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	36 916	32 682	31 832	3 058	2 873	3 178	3 184	2 848	2 004
im Tiefbau	1 000 Std	162 793	152 704	141 713	14 199	12 838	14 602	14 424	12 962	8 224
Straßenbau	1 000 Std	43 197	43 079	43 334	4 589	4 103	4 803	4 763	3 955	2 237
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	68 697	61 430	55 077	5 342	4 832	5 445	5 349	4 972	3 363
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	50 899	48 195	43 302	4 268	3 903	4 354	4 312	4 035	2 624
Bruttolohnsumme	Mill. DM	12 792	11 859	10 589	960	920	946	940	921	869
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	3 575	3 468	3 258	271	268	265	266	294	276
Gesamtumsatz	Mill. DM	64 634	60 621	54 811	5 366	4 871	5 201	5 391	5 468	5 317
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	63 677	59 807	54 061	5 294	4 808	5 131	5 321	5 402	5 251
Deutschland										
Index des Auftragsengangs 2)	1995 = 100	92,1	84,3	..	95,9	83,6	102,9	84,8	75,1	75,8
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	95,8	84,6	81,6	76,6
Produktionsindex 3)	1995 = 100	93,6	89,9	86,9	100,8	90,9	103,4	99,5	91,0	62,6
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsengangs 2)	1995 = 100	91,0	86,0	..	98,8	84,3	105,8	89,3	75,3	78,6
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	95,7	86,8	83,4	78,1
Produktionsindex 3)	1995 = 100	92,7	89,2	87,5	101,4	89,6	103,9	100,3	91,1	62,9
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsengangs 2)	1995 = 100	94,7	80,2	..	88,9	81,9	96,2	74,0	74,6	69,3
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	96,0	78,6	77,0	72,5
Produktionsindex 3)	1995 = 100	96,9	92,6	85,0	98,6	95,5	101,5	96,8	90,7	61,5
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk 4)										
Beschäftigte	1 000
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Wertindex – 3) Arbeitstägig bereinigter Wert. – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	- 6,9	- 5,4	- 5,6	- 5,1	- 5,1	- 5,3	+ 0,3	- 0,8	- 1,2	- 2,9
dar.: Angestellte	- 3,3	- 3,0	- 2,6	- 2,4	- 2,4	- 2,5	+ 0,2	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Arbeiter/-innen	- 8,2	- 6,6	- 7,0	- 6,4	- 6,4	- 6,7	+ 0,3	- 0,9	- 1,4	- 3,5
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,3	- 5,7	- 6,9	- 7,0	- 5,9	- 10,3	+ 17,9	- 2,3	- 10,2	- 30,5
im Hochbau	- 5,7	- 5,6	- 6,6	- 6,3	- 4,7	- 8,3	+ 17,1	- 2,1	- 10,1	- 28,7
Wohnungsbau	- 2,6	- 4,3	- 4,7	- 4,9	- 2,6	- 6,6	+ 20,5	- 2,7	- 11,3	- 29,6
Gewerblicher Hochbau	- 10,7	- 8,1	- 10,5	- 8,9	- 7,8	- 9,7	+ 10,6	- 0,6	- 7,9	- 25,5
Öffentlicher Hochbau	- 9,5	- 6,9	- 8,1	- 8,6	- 9,0	- 15,0	+ 13,7	- 2,1	- 8,1	- 31,4
im Tiefbau	- 4,5	- 5,9	- 7,5	- 8,5	- 8,1	- 14,4	+ 19,5	- 2,6	- 10,4	- 34,3
Straßenbau	- 2,2	- 3,7	- 4,9	- 5,5	- 9,8	- 17,7	+ 23,6	- 2,9	- 15,5	- 40,1
Gewerblicher Tiefbau	- 6,3	- 6,5	- 9,0	- 7,9	- 5,9	- 9,8	+ 14,6	- 0,8	- 7,3	- 28,9
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,5	- 7,3	- 8,3	- 11,8	- 8,7	- 16,3	+ 20,7	- 4,2	- 8,5	- 34,5
Bruttolohnsumme	- 7,6	- 6,7	- 7,4	- 9,3	- 8,1	- 9,2	+ 1,6	- 0,7	+ 12,6	- 17,5
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 2,6	- 2,3	- 2,7	- 6,2	- 0,8	- 2,0	+ 0,5	+ 29,1	- 17,3
Gesamtumsatz	- 3,3	- 4,5	- 5,5	- 5,9	- 3,8	- 8,2	+ 8,9	+ 2,9	- 0,2	+ 0,7
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 3,2	- 4,5	- 5,4	- 6,0	- 3,8	- 8,2	+ 9,0	+ 2,8	- 0,1	+ 0,7
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 6,7	- 3,8	- 4,1	- 3,8	- 3,9	- 3,9	+ 0,1	- 0,8	- 1,0	- 2,4
dar.: Angestellte	- 3,2	- 2,0	- 1,4	- 1,3	- 1,4	- 1,7	+ 0,4	- 0,3	- 0,3	- 1,0
Arbeiter/-innen	- 7,9	- 4,8	- 5,4	- 5,0	- 5,0	- 5,2	+ 0,1	- 0,8	- 1,2	- 3,0
Geleistete Arbeitsstunden	- 4,8	- 3,8	- 5,4	- 7,0	- 5,2	- 9,4	+ 21,2	- 2,5	- 10,0	- 30,6
im Hochbau	- 5,4	- 3,1	- 4,7	- 5,7	- 3,6	- 7,3	+ 20,7	- 2,1	- 9,7	- 29,4
Wohnungsbau	- 3,5	- 1,3	- 1,9	- 3,4	- 1,0	- 5,8	+ 25,6	- 2,5	- 11,0	- 30,5
Gewerblicher Hochbau	- 8,5	- 5,2	- 8,8	- 8,1	- 7,1	- 8,2	+ 11,1	- 0,5	- 7,5	- 25,7
Öffentlicher Hochbau	- 8,3	- 9,4	- 11,9	- 15,1	- 10,3	- 15,2	+ 15,7	- 3,5	- 6,5	- 32,4
im Tiefbau	- 3,6	- 5,3	- 6,9	- 9,4	- 8,4	- 13,6	+ 22,4	- 3,3	- 10,5	- 33,2
Straßenbau	- 3,0	- 5,5	- 6,8	- 8,7	- 11,3	- 17,1	+ 27,0	- 3,9	- 14,8	- 38,6
Gewerblicher Tiefbau	- 3,6	- 4,3	- 7,3	- 7,0	- 5,0	- 7,3	+ 15,6	- 0,2	- 7,5	- 27,0
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,2	- 6,1	- 6,7	- 12,3	- 9,1	- 16,7	+ 24,8	- 5,5	- 9,4	- 34,3
Bruttolohnsumme	- 7,8	- 5,2	- 6,0	- 8,3	- 8,2	- 8,4	+ 1,2	- 0,8	+ 17,9	- 21,0
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 1,5	- 1,1	- 1,7	- 6,2	+ 0,6	- 2,3	+ 0,5	+ 34,8	- 20,1
Gesamtumsatz	- 2,1	- 2,5	- 2,6	- 4,8	- 3,2	- 8,0	+ 9,7	+ 2,6	- 0,8	+ 2,0
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,0	- 2,5	- 2,5	- 4,9	- 3,2	- 8,0	+ 9,8	+ 2,5	- 0,7	+ 2,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 7,4	- 8,7	- 8,8	- 7,8	- 7,7	- 8,2	+ 0,6	- 0,9	- 1,6	- 3,9
dar.: Angestellte	- 3,8	- 5,4	- 5,8	- 5,2	- 5,0	- 4,9	- 0,3	- 0,6	- 0,7	- 1,0
Arbeiter/-innen	- 8,7	- 10,2	- 10,1	- 9,2	- 9,1	- 9,8	+ 0,8	- 1,0	- 1,9	- 4,6
Geleistete Arbeitsstunden	- 6,2	- 9,5	- 9,9	- 7,1	- 7,2	- 12,2	+ 11,4	- 1,9	- 10,7	- 30,2
im Hochbau	- 6,2	- 10,6	- 10,5	- 7,5	- 7,1	- 10,4	+ 10,3	- 2,2	- 10,9	- 27,1
Wohnungsbau	- 0,7	- 10,4	- 10,4	- 7,9	- 6,2	- 8,4	+ 10,4	- 3,2	- 12,0	- 27,6
Gewerblicher Hochbau	- 14,7	- 13,9	- 14,0	- 10,5	- 9,3	- 12,8	+ 9,8	- 0,8	- 8,7	- 24,9
Öffentlicher Hochbau	- 11,5	- 2,6	- 1,2	+ 3,7	- 6,9	- 14,7	+ 10,6	+ 0,2	- 10,6	- 29,6
im Tiefbau	- 6,2	- 7,2	- 8,6	- 6,4	- 7,3	- 16,1	+ 13,7	- 1,2	- 10,1	- 36,6
Straßenbau	- 0,3	+ 0,6	- 0,7	+ 1,9	- 6,5	- 19,1	+ 17,1	- 0,8	- 17,0	- 43,4
Gewerblicher Tiefbau	- 10,6	- 10,3	- 11,8	- 9,7	- 7,5	- 14,6	+ 12,7	- 1,8	- 7,0	- 32,4
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 5,3	- 10,2	- 12,2	- 10,6	- 7,8	- 15,3	+ 11,6	- 1,0	- 6,4	- 35,0
Bruttolohnsumme	- 7,3	- 10,7	- 10,9	- 11,8	- 7,7	- 11,4	+ 2,8	- 0,6	- 2,0	- 5,6
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 6,0	- 6,0	- 5,5	- 6,3	- 5,3	- 1,1	+ 0,4	+ 10,7	- 6,3
Gesamtumsatz	- 6,2	- 9,6	- 12,5	- 8,7	- 5,4	- 8,8	+ 6,8	+ 3,6	+ 1,4	- 2,8
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 6,1	- 9,6	- 12,4	- 8,7	- 5,3	- 8,7	+ 6,7	+ 3,7	+ 1,5	- 2,8
Deutschland										
Index des Auftragsingangs ²⁾	- 8,5	...	+ 5,2	- 1,7	+ 7,3	- 3,1	+ 23,1	- 17,6	- 11,4	+ 0,9
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 11,7	...	- 3,8	+ 1,5	- 2,6	- 6,1
Produktionsindex ³⁾	- 4,0	- 3,3	- 3,7	- 4,9	- 6,0	- 10,2	+ 13,8	- 3,8	- 8,5	- 31,2
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsingangs ²⁾	- 5,5	...	+ 5,2	+ 3,2	+ 6,4	- 2,0	+ 25,5	- 15,6	- 15,7	+ 4,4
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 9,3	...	- 5,0	- 0,4	- 3,4	- 6,4
Produktionsindex ³⁾	- 3,8	- 1,9	- 2,6	- 4,2	- 5,5	- 9,5	+ 16,0	- 3,5	- 9,2	- 31,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsingangs ²⁾	- 15,3	...	+ 5,4	- 13,8	+ 9,5	- 5,5	+ 17,5	- 23,1	+ 0,8	- 7,1
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 18,1	...	+ 0,4	+ 7,6	+ 0,3	- 5,8
Produktionsindex ³⁾	- 4,4	- 8,2	- 7,6	- 7,0	- 7,8	- 12,5	+ 6,3	- 4,6	- 6,3	- 32,2
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk ⁴⁾										
Beschäftigte
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Wertindex. – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1998					1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	213 230	221 197	...	21 187	20 233	19 849	16 546
Rauminhalt	1 000 m ³	254 121	243 746	...	20 376	19 999	19 683	17 048
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	113 677	107 709	...	8 966	8 713	8 681	7 538
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	40 037	40 265	..	4 149	3 798	3 875	3 280
Rauminhalt	1 000 m ³	219 163	204 963	..	25 868	18 408	20 076	17 150
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	58 623	53 265	...	4 809	4 314	4 927	4 446
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	576 238	529 323	...	41 550	40 574	40 009	34 903
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	243 754	251 822	...	8 463	10 657	14 406	13 696
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	207 075	210 508	...	8 455	12 670	11 992	10 019
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	559 488	570 596	..	18 104	23 501	31 367	28 185
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	152 913	162 224	..	16 115	15 733	15 450	13 101
Rauminhalt	1 000 m ³	185 849	185 105	..	16 501	16 295	16 135	14 080
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	82 598	81 461	..	7 255	7 131	7 183	6 227
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	31 589	32 934	..	3 522	3 226	3 283	2 782
Rauminhalt	1 000 m ³	151 626	150 917	..	17 272	15 316	15 115	14 535
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	38 940	37 469	..	3 646	3 502	3 413	3 590
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	390 083	373 578	...	31 216	30 679	30 738	26 861
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	188 884	184 788	...	6 932	8 139	9 993	9 963
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	143 563	150 430	...	7 494	10 433	8 163	6 130
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	416 122	392 676	...	14 377	16 714	20 614	19 460
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	60 317	58 973	...	5 072	4 500	4 399	3 445
Rauminhalt	1 000 m ³	68 273	58 641	..	3 875	3 704	3 548	2 968
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	31 079	26 248	...	1 711	1 581	1 499	1 312
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	8 448	7 331	..	627	572	592	498
Rauminhalt	1 000 m ³	67 537	54 046	..	8 596	3 092	4 961	2 615
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	19 682	15 796	..	1 163	812	1 514	855
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	186 155	155 745	..	10 334	9 895	9 271	8 042
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	54 869	67 034	...	1 531	2 518	4 413	3 733
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	63 513	60 078	..	961	2 237	3 829	3 889
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	143 366	177 920	...	3 727	6 787	10 753	8 725
Binnenhandel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	1995 = 100	97,9	100,9	101,8	95,6	107,2	105,2	102,4	100,9	83,8
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	100,2	99,0	99,7	91,5	97,9	104,2	106,4	125,1	91,0
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	97,5	97,1	95,1	104,0	103,5	102,5	86,7	93,3	...
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	75 734	77 305	80 289	7 889	8 521	8 132	5 930	4 886	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	13 193	13 833	14 461	1 594	1 589	1 352	952	843	..
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	254 818	241 153	245 773	29 404	26 662	23 997	14 896	13 798	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 345	30 400	31 654	3 702	3 378	2 916	2 020	1 848	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	14 546	15 319	16 141	1 671	1 702	1 556	1 090	1 049	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 005	1 058	1 133	137	133	106	73	57	...
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	45 174	46 017	48 771	6 457	5 072	4 479	2 884	2 850	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	2 906	2 987	2 814	349	324	260	183	140	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1996	1997 ¹⁾	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	
Bautätigkeit und Wohnungen											
Deutschland											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	+ 3,7	..	+ 4,4	+ 1,0	- 1,9	- 16,6	
Rauminhalt	- 4,1	..	- 4,6	- 3,1	- 1,6	- 13,4	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 5,2	..	- 5,6	- 3,8	- 0,4	- 13,2	
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 0,6	..	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,0	- 15,4	
Rauminhalt	- 6,5	..	+ 9,2	+ 7,6	+ 9,1	- 14,6	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 9,1	..	- 5,5	+ 9,2	+ 14,2	- 9,8	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 8,1	..	- 12,1	- 11,8	- 1,4	- 12,8	
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 3,3	..	- 7,9	+ 11,2	+ 35,2	- 4,9	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 1,7	..	- 4,1	+ 25,0	- 5,4	- 16,5	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 2,0	..	- 14,0	- 0,7	+ 33,5	- 10,1	
Früheres Bundesgebiet											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	+ 6,1	..	+ 8,0	+ 9,9	- 1,8	- 15,2	
Rauminhalt	- 0,4	..	+ 0,1	+ 5,1	- 1,0	- 12,7	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 1,4	..	+ 0,5	+ 3,4	+ 0,7	- 13,3	
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 4,3	..	+ 5,6	+ 9,2	+ 1,8	- 15,3	
Rauminhalt	- 0,5	..	+ 8,8	+ 22,3	- 1,3	- 3,8	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 3,8	..	- 11,9	+ 21,2	- 2,5	+ 5,2	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 4,2	..	- 9,1	- 3,6	+ 0,2	- 12,6	
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 2,2	..	- 4,6	+ 20,4	+ 22,8	- 0,3	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 4,8	..	- 12,8	+ 28,1	- 21,8	- 24,9	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 5,6	..	- 8,3	+ 7,3	+ 23,3	- 5,6	
Neue Länder und Berlin-Ost											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	- 2,2	..	- 6,4	- 22,7	- 2,2	- 21,7	
Rauminhalt	- 14,1	..	- 21,3	- 29,3	- 4,2	- 16,3	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 15,5	..	- 26,7	- 27,7	- 5,2	- 12,5	
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 13,2	..	- 4,5	- 19,4	+ 3,5	- 15,9	
Rauminhalt	- 20,0	..	+ 10,4	- 35,6	+ 60,4	- 47,3	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,7	..	+ 13,0	- 22,9	+ 86,5	- 43,5	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 16,3	..	- 20,8	- 31,4	- 6,3	- 13,3	
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 22,2	..	- 14,8	- 7,6	+ 75,3	- 15,4	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 5,4	..	+ 21,7	+ 20,3	+ 71,2	+ 1,6	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 24,1	..	- 23,2	- 14,9	+ 58,4	- 18,9	
Binnenhandel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Tourismus											
Deutschland											
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	+ 3,1	+ 0,9	- 5,5	+ 0,4	- 0,1	- 9,6	- 1,9	- 2,7	- 1,5	- 16,9	
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	- 0,8	+ 0,7	- 1,1	+ 3,6	+ 0,8	- 2,5	+ 6,4	+ 2,1	+ 17,6	- 17,3	
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	- 0,4	- 2,1	- 1,1	- 3,0	- 3,2	..	- 1,0	- 15,4	+ 7,6	..	
Früheres Bundesgebiet											
Tourismus											
Ankünfte ⁴⁾	+ 2,1	+ 3,9	+ 2,4	+ 6,4	+ 5,9	..	- 4,6	- 27,1	- 17,6	..	
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,0	+ 6,5	..	- 14,9	- 29,6	- 11,4	..	
Übernachtungen ⁴⁾	- 5,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 6,3	+ 6,1	..	- 10,0	- 37,9	- 7,4	..	
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,3	+ 2,7	+ 6,5	..	- 13,7	- 30,7	- 8,5	..	
Neue Länder und Berlin-Ost											
Tourismus											
Ankünfte ⁴⁾	+ 5,3	+ 5,4	+ 2,2	+ 5,2	+ 8,3	..	- 8,6	- 29,9	- 3,7	..	
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 5,3	+ 7,1	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,3	..	- 20,3	- 31,1	- 22,0	..	
Übernachtungen ⁴⁾	+ 1,9	+ 6,0	+ 4,0	+ 6,0	+ 8,9	..	- 11,7	- 35,6	- 1,2	..	
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,8	- 5,8	- 5,5	- 4,8	- 5,0	..	- 19,8	- 29,6	- 23,5	..	

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998						
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Außenhandel 1) 2)											
Deutschland											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	664 234	690 399	772 149	71 541 r	71 682 r	61 260 r	65 991 r	71 960 r	67 186 r	
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	68 087	71 405	74 872	6 103	6 665	5 632	5 273	6 193	5 410	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	560 905	584 269	647 257	58 649	58 383	50 168	54 947	59 204	55 558	
Rohstoffe	Mill. DM	31 631	36 045	38 339	2 487	2 985	2 489	2 673	2 606	2 169	
Halbwaren	Mill. DM	62 039	62 845	73 293	6 092	5 569	5 071	4 974	5 403	5 016	
Fertigwaren	Mill. DM	467 235	485 378	535 626	50 071	49 829	42 608	47 300	51 195	48 373	
Ländergruppen (Ursprungsländer)											
EU-Länder	Mill. DM	375 094	388 558	424 430	38 675	38 606	31 860	33 211	38 060	35 883	
EFTA-Länder	Mill. DM	39 645	41 781	46 324	4 093	4 245	2 954	4 086	4 046	3 800	
NAFTA-Länder	Mill. DM	51 593	55 520	65 466	6 429	6 288	5 711	6 240	6 439	6 100	
ASEAN-Länder 3)	Mill. DM	17 294	18 488	22 223	1 830	1 918	1 783	1 962	2 138	1 784	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	749 537	788 937	888 616	82 141 r	85 305 r	69 272 r	76 957 r	83 976 r	82 495 r	
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	38 049	41 841	43 960	3 847	3 821	3 473	3 102	3 939	3 454	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	690 908	720 712	821 023	75 061	78 268	63 226	70 850	76 771	75 830	
Rohstoffe	Mill. DM	7 517	7 018	7 200	586	594	435	459	536	590	
Halbwaren	Mill. DM	37 249	38 822	44 032	3 899	3 612	2 751	3 199	3 283	3 544	
Fertigwaren	Mill. DM	646 142	674 872	769 791	70 576	74 062	60 039	67 192	72 953	71 696	
Ländergruppen (Bestimmungslander)											
EU-Länder	Mill. DM	437 164	453 715	493 554	47 265	46 788	36 746	42 514	48 198	46 347	
EFTA-Länder	Mill. DM	46 407	45 153	48 368	4 314	4 631	3 888	4 331	4 610	5 141	
NAFTA-Länder	Mill. DM	62 143	68 181	88 727	8 605	9 545	7 481	8 594	9 039	9 081	
ASEAN-Länder 3)	Mill. DM	20 616	22 089	23 735	1 244	1 457	1 320	1 474	1 307	1 432	
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+) . .	Mill. DM	+ 85 303	+ 98 538	+ 116 467	+ 10 600 r	+ 13 623 r	+ 8 012 r	+ 10 966 r	+ 12 016 r	+ 15 309 r	
Verkehr											
Deutschland											
Güterverkehr											
Beförderungsaufkommen											
Eisenbahnverkehr	1 000 t	333 195	319 436	321 578	27 324	26 546	24 450	26 033	25 304	25 917	
Binnenschifffahrt	1 000 t	237 884	227 019	233 455	20 071	20 760	18 234	20 159	20 448	18 801	
Seeverkehr	1 000 t	197 954	129 467	136 249	18 640	18 183	17 422	17 404	18 289	17 598	
Luftverkehr 4)	1 000 t	1 773	1 859	2 004	159	162	151	160	176	177	
Rohöl-Rohrfernleitungen 5)	1 000 t	87 198	89 365	87 385	7 248	7 902	7 945	7 536	8 010	6 988	
Straßengüterverkehr 6) 7)	1 000 t	3 169 559	3 014 946	2 979 981	289 759	308 963	265 067	301 465	296 327	257 377	
Beförderungsleistung im Inland											
Eisenbahnverkehr	Mill. tkm	70 863	69 714	73 987	6 527	6 394	5 636	6 233	6 258	6 483	
Binnenschifffahrt	Mill. tkm	63 982	61 292	62 153	5 347	5 748	4 878	5 374	5 444	5 003	
Rohöl-Rohrfernleitungen 5)	Mill. tkm	14 758	14 500	13 151	1 215	1 395	1 365	1 304	1 355	1 131	
Straßengüterverkehr 6)	Mill. tkm	237 798	236 584	245 882	22 644	23 491	21 122	23 378	24 628	22 258	
Personenverkehr											
Beforderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 655,9	1 709,0	1 854,9	150,1 r	147,6 r	144,8 r	157,1 r	163,0 r	154,9	
Luftverkehr	Mill.	90,0	93,2	99,3	9,6	10,1	10,9	10,5	10,3	7,7	
Öffentlicher Straßenverkehr	Mill.	7 873,3	7 834,5	7 838,0	1 923,6 a)	.	.	1 750,6 b)	.	.	
Kraftfahrzeuge 8)											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge .	1 000	3 820,1	4 045,7	4 132,8	409,7	385,7	301,3	345,1	363,0	329,6	
dar.: Personenkraftwagen	1 000	3 314,1	3 496,3	3 528,2	343,5	323,1	256,0	302,6	327,3	297,2	
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge											
Kraftfahrzeuge	1 000	8 337,4	8 447,1	8 342,3	717,6	760,5	648,6	687,2	681,0	630,3	
dar.: Personenkraftwagen	1 000	7 483,7	7 583,1	7 382,1	628,0	669,6	572,9	620,8	624,2	584,9	
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	388 003	373 082	380 835	35 820	35 895	34 804	34 447 r	34 446 r	29 215	
getötete Personen	Anzahl	9 454	8 758	8 549	682	736	744	639 r	682 r	568	
schwerverletzte Personen	Anzahl	122 973	116 456	115 414	10 435	10 602	10 727	9 481 r	9 473 r	7 823	
leichtverletzte Personen	Anzahl	389 168	376 702	385 680	36 297	36 790	35 038	35 592 r	36 256 r	30 637	
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 841,2	1 896,5	1 851,5	148,8	151,7	144,1	156,3 r	178,1 r	181,2	
dar.: schwerwiegende Unfälle	1 000	163,7	152,5	140,7	10,6	10,7	10,2	11,5 r	13,5 r	12,9	
		1996	1997	1998	1998						1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Geld und Kredit											
Deutschland											
Bargeldumlauf 9)	Mrd. DM	246,8	247,0	242,6	241,7	238,8	239,1	241,2	242,6	...	
Deutsche Bundesbank 9)											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 10)	Mrd. DM	121,0	116,8	135,1	132,6	133,4	134,1	140,3	135,1	...	
Kredite an inländische Kreditinstitute . .	Mrd. DM	226,2	235,2	216,0	210,2	204,3	203,0	196,5	216,0	...	

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen – 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen. – 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar. – 4) Einschl. Doppelzahlungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) – 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn – 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg – 7) Nur inländische Lkw. (einschl. tkm im Ausland) – 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg – 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt – 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse

a) 2 Vj 1998. – b) 3 Vj 1998

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum																																																																																																																																		
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat																																																																																																																												
	1996	1997	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98																																																																																																																									
	gegenüber		gegenüber				gegenüber																																																																																																																												
	1995	1996	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98																																																																																																																									
Außenhandel ¹⁾																																																																																																																																			
Deutschland																																																																																																																																			
Einfuhr (Spezialhandel)																																																																																																																																			
Warengruppen	+ 3,9	+ 11,8	+ 4,5	+ 0,6	- 0,2	- 1,1	- 14,5	+ 7,7	+ 9,0	- 6,6																																																																																																																									
Ernährungswirtschaft	+ 4,9	+ 4,9	- 2,6	- 16,1	- 7,8	- 19,6	- 15,5	- 6,4	+ 17,4	- 12,6																																																																																																																									
Gewerbliche Wirtschaft	+ 4,2	+ 10,8	+ 2,2	- 0,6	- 2,8	- 2,6	- 14,1	+ 9,5	+ 7,7	- 6,2																																																																																																																									
Rohstoffe	+ 14,0	+ 6,4	- 21,0	- 8,5	- 30,7	- 32,8	- 16,6	+ 7,4	- 2,5	- 16,8																																																																																																																									
Halbwaren	+ 1,3	+ 16,6	- 19,6	- 13,4	- 18,2	- 22,6	- 8,9	- 1,9	+ 8,6	- 7,2																																																																																																																									
Fertigwaren	+ 3,9	+ 10,4	+ 7,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,3	- 14,5	+ 11,0	+ 8,2	- 5,5																																																																																																																									
Ländergruppen (Ursprungsländer)																																																																																																																																			
EU-Länder	+ 3,6	+ 9,2	+ 0,8	- 3,3	- 3,1	- 4,0	- 17,5	+ 4,2	+ 14,6	- 5,7																																																																																																																									
EFTA-Länder	+ 5,4	+ 10,9	- 15,4	+ 0,0	- 9,4	- 7,8	- 30,4	+ 38,3	- 1,0	- 6,1																																																																																																																									
NAFTA-Länder	+ 7,6	+ 17,9	+ 14,8	+ 9,6	+ 6,5	+ 7,2	- 9,2	+ 9,3	+ 3,2	- 5,3																																																																																																																									
ASEAN-Länder ²⁾	+ 6,9	+ 20,2	- 0,4	- 6,7	- 3,9	- 5,9	- 7,1	+ 10,0	+ 8,9	- 16,6																																																																																																																									
Ausfuhr (Spezialhandel)																																																																																																																																			
Warengruppen	+ 5,3	+ 12,6	+ 4,7	- 2,7	+ 2,5	+ 4,0	- 18,8	+ 11,1	+ 9,1	- 1,8																																																																																																																									
Ernährungswirtschaft	+ 10,0	+ 5,1	- 10,6	- 16,7	- 0,6	- 18,1	- 9,1	- 10,7	+ 27,0	- 12,3																																																																																																																									
Gewerbliche Wirtschaft	+ 4,3	+ 13,9	+ 4,5	- 3,5	+ 1,2	+ 3,8	- 19,2	+ 12,1	+ 8,4	- 1,2																																																																																																																									
Rohstoffe	- 6,6	+ 2,6	- 21,8	- 18,5	- 10,6	- 12,0	- 26,7	+ 5,4	+ 16,7	+ 10,1																																																																																																																									
Halbwaren	+ 4,2	+ 13,4	- 20,1	- 12,4	- 10,9	- 6,7	- 23,8	+ 16,3	+ 2,6	+ 8,0																																																																																																																									
Fertigwaren	+ 4,4	+ 14,1	+ 6,2	- 2,9	+ 1,9	+ 4,6	- 18,9	+ 11,9	+ 8,6	+ 1,7																																																																																																																									
Ländergruppen (Bestimmungsländer)																																																																																																																																			
EU-Länder	+ 3,8	+ 8,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 8,0	+ 4,6	- 21,5	+ 15,7	+ 13,4	- 3,8																																																																																																																									
EFTA-Länder	- 2,7	+ 7,1	+ 11,6	+ 1,6	- 5,0	+ 22,8	- 16,0	+ 11,4	+ 6,5	+ 11,5																																																																																																																									
NAFTA-Länder	+ 9,7	+ 30,1	+ 16,5	- 0,0	+ 5,8	+ 14,2	- 21,6	+ 14,9	+ 5,2	+ 0,5																																																																																																																									
ASEAN-Länder ²⁾	+ 7,1	+ 7,5	- 33,5	- 31,5	- 38,7	- 23,7	- 9,4	+ 1,2	- 11,3	+ 9,5																																																																																																																									
Verkehr																																																																																																																																			
Deutschland																																																																																																																																			
Güterverkehr																																																																																																																																			
Beförderungsaufkommen																																																																																																																																			
Eisenbahnverkehr	- 4,1	+ 0,7	+ 0,7	- 6,7	- 11,8	- 9,8	+ 7,9	+ 6,5	- 2,8	+ 2,4																																																																																																																									
Binnenschifffahrt	- 4,6	+ 2,8	- 9,4	- 1,7	+ 3,4	+ 0,9	- 12,2	+ 10,6	+ 1,4	- 8,1																																																																																																																									
Seeverkehr	- 34,6	+ 5,2	+ 0,0	- 2,7	+ 2,2	- 4,3	- 4,2	- 0,1	+ 5,1	- 3,8																																																																																																																									
Luftverkehr ³⁾	+ 4,8	+ 7,8	- 7,3	- 7,6	- 6,5	- 6,4	- 7,0	+ 5,9	+ 9,9	+ 0,7																																																																																																																									
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	+ 2,5	- 2,2	+ 7,0	+ 7,4	+ 7,3	- 2,3	+ 0,5	- 5,1	+ 6,3	- 12,8																																																																																																																									
Straßengüterverkehr ^{5) 6)}	- 4,9	- 1,2	+ 3,9	- 3,9	- 3,4	- 5,7	- 14,2	+ 13,7	- 1,7	- 13,1																																																																																																																									
Beförderungseistung im Inland																																																																																																																																			
Eisenbahnverkehr	- 1,6	+ 6,1	+ 3,8	- 2,1	- 7,9	- 4,0	- 11,9	+ 10,6	+ 0,4	+ 3,6																																																																																																																									
Binnenschifffahrt	- 4,2	+ 1,4	- 14,2	- 1,9	+ 11,3	+ 8,8	- 15,1	+ 10,2	+ 1,3	- 8,1																																																																																																																									
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	- 1,7	- 9,3	+ 28,0	+ 28,3	+ 28,4	- 2,5	- 2,2	- 4,5	+ 3,9	- 16,5																																																																																																																									
Straßengüterverkehr ⁵⁾	- 0,5	+ 3,9	+ 7,7	+ 0,6	+ 4,1	+ 2,8	- 10,1	+ 10,7	+ 5,3	- 9,6																																																																																																																									
Personenverkehr																																																																																																																																			
Beförderte Personen																																																																																																																																			
Eisenbahnverkehr	+ 3,2	+ 8,5	- 2,7 r	+ 3,3 r	+ 3,4	- 1,4	- 1,9	+ 8,5	+ 3,8	- 5,0																																																																																																																									
Luftverkehr	+ 3,5	+ 6,6	+ 2,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 6,9	+ 7,9	- 3,0	- 2,2	- 25,3																																																																																																																									
Öffentlicher Straßenverkehr	- 0,4	+ 0,0	.	- 0,8 a)	.	.	.	- 9,0 b)	.	.																																																																																																																									
Kraftfahrzeuge ⁷⁾																																																																																																																																			
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge																																																																																																																																			
dar: Personenkraftwagen	+ 5,9	+ 2,2	+ 4,9	+ 7,7	+ 5,3	+ 15,6	- 21,9	+ 14,6	+ 5,2	- 9,2																																																																																																																									
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 5,5	+ 0,9	+ 5,2	+ 9,0	+ 6,1	+ 18,5	- 20,8	+ 18,2	+ 8,2	- 9,2																																																																																																																									
dar: Personenkraftwagen																																																																																																																																			
Kraftfahrzeuge	+ 1,3	- 1,2	+ 3,0	- 0,4	- 3,3	+ 6,3	- 14,7	+ 5,9	- 0,9	- 7,5																																																																																																																									
dar: Personenkraftwagen	+ 1,3	- 2,6	+ 4,3	+ 1,7	- 2,1	+ 7,7	- 14,4	+ 8,4	+ 0,5	- 6,3																																																																																																																									
Straßenverkehrsunfälle																																																																																																																																			
Unfälle mit Personenschaden																																																																																																																																			
getötete Personen	- 3,8	+ 2,1	- 6,2	- 3,2 r	- 0,2 r	+ 0,7	- 3,0	- 1,0 r	+ 0,0 r	- 15,2																																																																																																																									
schwerverletzte Personen	- 7,4	- 2,4	- 13,4	- 18,8 r	- 15,7 r	- 14,7	+ 1,1	- 14,0 r	+ 6,7 r	- 16,7																																																																																																																									
leichtverletzte Personen	- 5,3	- 0,9	- 9,2	- 11,0 r	+ 3,0 r	+ 4,3	+ 1,2	- 11,6 r	- 0,1 r	- 17,4																																																																																																																									
Unfälle mit nur Sachschaden	- 3,2	+ 2,4	- 4,6	+ 1,5 r	+ 3,0 r	+ 4,3	- 4,8	+ 1,6 r	+ 1,9 r	- 15,5																																																																																																																									
dar: schwerwiegende Unfälle	+ 3,0	- 2,4	+ 1,4	+ 5,6 r	+ 2,8 r	+ 14,9	- 5,0	+ 8,5 r	+ 14,0 r	+ 1,7																																																																																																																									
dar: schwerwiegende Unfälle	- 6,9	- 7,7	- 2,7	+ 8,9 r	+ 3,3 r	+ 4,7	- 4,6	+ 12,6 r	+ 17,6 r	- 4,8																																																																																																																									
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th></th> <th>1997</th> <th>1998</th> <th>Okt. 98</th> <th>Nov. 98</th> <th>Dez. 98</th> <th>Jan. 99</th> <th>Okt. 98</th> <th>Nov. 98</th> <th>Dez. 98</th> <th>Jan. 99</th> </tr> <tr> <th></th> <th colspan="2">gegenüber</th> <th colspan="4">gegenüber</th> <th colspan="4">gegenüber</th> </tr> <tr> <th></th> <th>1996</th> <th>1997</th> <th>Okt. 97</th> <th>Nov. 97</th> <th>Dez. 97</th> <th>Jan. 98</th> <th>Sept. 98</th> <th>Okt. 98</th> <th>Nov. 98</th> <th>Dez. 98</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="11">Geld und Kredit</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutschland</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Bargeldumlauf ⁸⁾</td> </tr> <tr> <td>Bargeldumlauf</td> <td>+ 0,1</td> <td>- 1,8</td> <td>- 2,0</td> <td>- 1,8</td> <td>- 1,8</td> <td>...</td> <td>+ 0,1</td> <td>+ 0,9</td> <td>+ 0,6</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutsche Bundesbank ⁹⁾</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva</td> </tr> <tr> <td>Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva</td> <td>- 3,5</td> <td>+ 15,7</td> <td>+ 17,5</td> <td>+ 22,6</td> <td>+ 15,7</td> <td>...</td> <td>+ 0,5</td> <td>+ 4,6</td> <td>- 3,7</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>Kredite an inländische Kreditinstitute</td> <td>+ 4,0</td> <td>- 8,2</td> <td>- 9,4</td> <td>- 12,6</td> <td>- 8,2</td> <td>...</td> <td>- 0,6</td> <td>- 3,2</td> <td>+ 9,9</td> <td>...</td> </tr> </tbody> </table>												1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99		gegenüber		gegenüber				gegenüber					1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Geld und Kredit											Deutschland											Bargeldumlauf ⁸⁾											Bargeldumlauf	+ 0,1	- 1,8	- 2,0	- 1,8	- 1,8	...	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	...	Deutsche Bundesbank ⁹⁾											Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva											Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva	- 3,5	+ 15,7	+ 17,5	+ 22,6	+ 15,7	...	+ 0,5	+ 4,6	- 3,7	...	Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 4,0	- 8,2	- 9,4	- 12,6	- 8,2	...	- 0,6	- 3,2	+ 9,9	...
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99																																																																																																																									
	gegenüber		gegenüber				gegenüber																																																																																																																												
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98																																																																																																																									
Geld und Kredit																																																																																																																																			
Deutschland																																																																																																																																			
Bargeldumlauf ⁸⁾																																																																																																																																			
Bargeldumlauf	+ 0,1	- 1,8	- 2,0	- 1,8	- 1,8	...	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	...																																																																																																																									
Deutsche Bundesbank ⁹⁾																																																																																																																																			
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva																																																																																																																																			
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva	- 3,5	+ 15,7	+ 17,5	+ 22,6	+ 15,7	...	+ 0,5	+ 4,6	- 3,7	...																																																																																																																									
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 4,0	- 8,2	- 9,4	- 12,6	- 8,2	...	- 0,6	- 3,2	+ 9,9	...																																																																																																																									

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen - 2) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 3) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. - 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. - 6) Nur inländische Lkw (einschl. tkm im Ausland). - 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. - 9) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse

a) 3. Vj 1998 gegenüber 3. Vj 1997. - b) 3. Vj 1998 gegenüber 2. Vj 1998

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute¹⁾										
Kredite an inländische Nichtbanken	+ 6,0	+ 6,4	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,4	...	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,6	...
an Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,2	+ 7,7	+ 7,0	+ 7,4	+ 7,7	...	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,6	...
an öffentliche Haushalte	+ 5,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,2	...	+ 1,1	+ 1,1	- 2,7	...
Einlagen inländischer Nichtbanken	+ 3,1	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,5	+ 5,3	...	+ 0,5	+ 1,4	+ 3,0	...
dar.: Spareinlagen	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	...	+ 0,3	+ 0,3	+ 2,9	...
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 11,2	+ 0,4	- 3,2	+ 2,1	+ 4,7	...	+ 5,3	+ 8,8	+ 65,3	...
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 6,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	...	- 0,2	+ 0,2	+ 3,6	...
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	+ 4,2	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	...	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	...
Wertpapiermarkt¹⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 15,7	+ 21,8	+ 24,4	+ 26,1	+ 18,1	X	- 11,2	+ 9,6	- 7,4	X
Aktien (Nominalwert) ⁴⁾	- 50,0	+ 45,2	- 16,7	+ 250,0	+ 100,0	X	+ 66,7	+ 40,0	- 14,3	X
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 8,9	- 11,8	- 24,5	- 22,6	- 35,6	- 26,5	- 2,4	+ 2,5	- 7,3	- 5,3
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 8,4
Arbeitslosenhilfe	+ 21,2
Unterhaltsgeld ⁵⁾	- 22,7
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,4	- 2,2	- 2,2	+ 7,2	- 2,4	+ 1,5	+ 17,4	+ 0,3	+ 27,0	- 29,9
dar.: Beiträge	+ 0,8	+ 0,4	- 1,2	+ 10,1	- 2,3	+ 1,3	+ 10,0	+ 7,4	+ 20,7	- 26,9
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 2,7	- 3,8	+ 3,7	+ 11,9	+ 1,9	+ 38,1	+ 2,3	+ 9,8	+ 16,8	- 37,2
dar.: Arbeitslosengeld	+ 6,4	- 10,8	- 18,5	- 12,0	- 20,3	+ 11,0	- 7,3	+ 0,7	+ 24,3	- 33,3
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,0	...	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	- 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	- 0,7	...	- 0,8	- 0,7	+ 0,3	- 0,0
Rentner/-innen	+ 0,7	...	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 2,9
Arbeitslosenhilfe	+ 19,3
Unterhaltsgeld ⁵⁾	- 21,0
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 4,8	- 6,1	- 2,6	+ 5,3	- 1,9	+ 34,1	+ 0,7	+ 11,5	+ 19,3	- 36,7
dar.: Arbeitslosengeld	+ 0,4	- 11,8	- 16,3	- 8,6	- 17,1	+ 15,2	- 6,4	+ 1,2	+ 24,5	- 34,0
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,2	...	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	- 0,5	...	- 0,3	- 0,3	+ 0,3	- 0,0
Rentner/-innen	+ 0,3	...	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 18,8
Arbeitslosenhilfe	+ 29,5
Unterhaltsgeld ⁵⁾	- 24,7
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,0	+ 0,1	+ 14,1	+ 23,0	+ 8,3	+ 44,8	+ 4,7	+ 7,5	+ 13,2	- 38,1
dar.: Arbeitslosengeld	+ 20,7	- 8,8	- 22,6	- 18,3	- 26,3	+ 3,3	- 9,1	- 0,4	+ 23,7	- 31,9
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,5	...	- 1,0	- 1,0	+ 0,2	- 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	- 1,6	...	- 2,4	- 2,4	+ 0,5	- 0,1
Rentner/-innen	+ 1,9	...	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁷⁾										
Gemeinschaftsteuern	- 0,1	...	+ 9,9	+ 8,4	- 36,2	+ 3,6
Lohnsteuer ⁸⁾	- 1,0	...	+ 4,2	+ 4,5	+ 1,4	+ 0,5
Veranlagte Einkommensteuer	- 50,4	...	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 10,1	...	+ 59,0	+ 54,1	X	X
Zinsabschlag	- 5,9	...	+ 0,2	+ 1,2	+ 20,2	+ 16,6
Körperschaftsteuer	+ 12,9	...	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 0,2	...	+ 5,0	+ 6,1	+ 1,2	+ 10,7
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,2	...	+ 7,6	+ 4,2	+ 6,8	+ 2,7
Bundessteuern	- 1,9	...	- 2,3	- 2,3	- 6,2	- 11,8
dar.: Versicherungssteuer	+ 1,5	...	+ 1,5	+ 2,0	- 1,7	+ 48,6
Tabaksteuer	+ 2,2	...	+ 4,1	+ 10,7	+ 52,3	- 63,0
Brantweinsteuer	- 8,5	...	- 7,1	+ 3,0	+ 22,5	- 33,7
Mineralölsteuer	- 3,3	...	+ 0,7	+ 0,5	- 8,9	+ 6,7
Solidaritätszuschlag	- 0,8	...	- 24,8	- 22,7	- 52,6	+ 0,4
Landessteuern	- 10,0	...	- 6,9	+ 2,7	+ 4,1	- 6,5
dar.: Vermögensteuer	- 80,6	...	- 49,5	- 24,6	+ 8,0	- 10,3
Grundwerbsteuer ⁹⁾	+ 42,8	...	+ 9,4	+ 13,9	+ 4,1	- 6,8
Kraftfahrzeugsteuer	+ 4,9	...	- 16,7	- 2,0	+ 5,2	- 7,1
Biersteuer	+ 1,2	...	- 12,3	- 7,9	- 11,7	- 7,1
Zölle	+ 4,7	...	- 10,1	- 20,7	+ 5,0	- 1,0
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹⁰⁾	- 2,4	...	+ 13,9	+ 45,8	X	- 62,8
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹¹⁾	- 3,3	...	+ 28,5	+ 29,5	+ 40,0	+ 0,6
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	-	...	X	X	+ 2,2	+ 9,2
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse¹²⁾										
Zigaretten (Menge)	+ 0,9	+ 1,0	- 2,3	+ 8,0	- 8,0	- 1,2	- 2,4	+ 11,3	- 29,0	+ 22,1
Bierabsatz	- 0,2	- 2,9	- 6,9	+ 0,9	- 1,7	- 8,3	- 4,5	- 4,6	+ 17,8	- 23,9
Leichtöle: Benzin bierfrei	+ 3,1	+ 0,4	- 3,0	+ 4,4	+ 0,0	- 5,0	+ 1,2	- 5,5	+ 2,0	- 13,2
Benzin bierhaltig	- 98,5	- 99,4	- 100,0	- 100,0	X	X	X	X	X	X
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,5	+ 6,0	+ 4,8	- 2,0	+ 1,5	+ 1,0	- 16,5	- 14,1
Heizöl (EL und L)	- 4,7	- 5,6	- 13,1	+ 11,4	+ 23,6	- 22,5	- 10,6	- 17,1	+ 22,6	- 27,1
Erdgas	- 5,0	- 4,4	+ 0,3	- 20,2	+ 40,3	- 5,9	+ 55,6	+ 44,3	+ 3,6	+ 0,4

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung - 4) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten. - 5) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 6) Ohne Rentner/-innen - 7) Zolle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel - 8) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt - 9) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 10) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 11) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 12) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					
					Juni	Juli	Aug.	Sept	Okt.	Nov.
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	539 423	542 587	...	59 619	41 988	40 500	60 217	38 703	39 770
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	249 298	250 231	...	21 289	23 294	21 065	19 209	19 394	19 442
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	15 534	11 079	...	7 261	- 3 110	- 1 816	9 954	- 1 489	- 1 645
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	12 895	14 162	...	2 610	6 700	1 838	901	1 193	686
Zinsabschlag	Mill. DM	11 951	11 270	...	619	793	711	568	682	798
Körperschaftsteuer	Mill. DM	29 549	32 719	...	9 234	- 4 939	- 1 194	10 630	- 401	- 520
Umsatzsteuer	Mill. DM	184 385	183 251	...	14 728	15 311	16 022	15 338	15 462	17 077
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	35 810	39 875	...	3 877	3 939	3 875	3 618	3 862	3 933
Landessteuern	Mill. DM	34 262	29 859	...	2 718	2 863	2 702	2 458	2 550	2 386
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	9 031	1 760	...	67	83	78	81	87	78
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	4 776	7 057	...	698	777	744	760	742	708
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 726	12 332	...	1 213	1 200	880	862	923	840
Biersteuer	Mill. DM	1 458	1 423	...	125	133	129	123	109	100
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	8 714	8 710	...	1	1 880	669	6	1 837	679
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	39 421	39 534	...	3 449	2 945	3 290	4 047	3 158	3 549
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	25 808	25 867	...	2 044	2 314	2 222	2 011	2 116	2 190
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 3 919	- 5 315	...	- 190	- 908	- 652	49	- 590	- 499
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	451	532	...	5	49	114	50	62	25
Zinsabschlag	Mill. DM	159	128	...	8	74	- 56	8	10	10
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 91	548	...	177	- 55	- 33	406	- 51	- 21
Umsatzsteuer	Mill. DM	15 996	16 683	...	1 218	1 343	1 568	1 431	1 512	1 709
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 017	1 091	...	186	128	126	91	98	134
Landessteuern	Mill. DM	4 278	4 823	...	416	436	362	362	386	360
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	4	4	...	0	0	0	0	0	0
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	1 614	2 070	...	136	195	156	138	192	163
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 018	2 086	...	200	186	145	146	138	146
Biersteuer	Mill. DM	261	276	...	27	26	28	26	23	22
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	231	22	...	- 9	4	8	0	5	6
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	37,7	37,7	37,8		37,9			38,0	
Index	Okt. 1995 = 100	98,3	98,2	98,6		98,9			99,2	
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,74	27,30		27,25			27,47	
Index	Okt. 1995 = 100	101,8	103,1	104,9		104,9			105,7	
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	996	1 010	1 033		1 033			1 044	
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	101,2	103,3		103,7			104,7	
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 481	5 588	5 721		5 727			5 759	
Index	Okt. 1995 = 100	101,5	103,1	105,2		105,6			105,9	
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1991 = 100	96,8	96,8	96,7		96,7			96,7	
Index der tariflichen Stundenlöhne	1991 = 100	122,6	124,3	126,5		127,0			127,2	
Index der tariflichen Monatsgehälter	1991 = 100	118,0	119,5	121,6		122,0			122,2	
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	39,5	39,5	39,7		40,1			40,0	
Index	Okt. 1995 = 100	98,4	98,4	98,8		99,7			99,5	
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	18,92	19,32	19,65		19,57			19,68	
Index	Okt. 1995 = 100	101,7	104,6	106,8		106,4			107,3	
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	752	767	782		784			787	
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	102,8	105,4		106,0			106,6	
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 988	4 124	4 246		4 262			4 264	
Index	Okt. 1995 = 100	103,8	107,2	110,1		110,6			110,7	
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers. -Haush. von Rentnern mit geringerem Einkommen	DM	2 211,40	2 251,82	2 312,64	2 273,48	2 296,81	2 291,14	2 583,34	2 294,85	2 190,82
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	539,90	543,25	545,19	498,04	468,82	501,09	573,07	574,81	568,21
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	157,78	157,28	159,16	133,42	157,59	141,39	173,13	154,57	198,00
4-Pers. -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	4 103,06	4 265,23	4 292,58	4 098,54	3 994,69	4 155,41	4 381,63	4 480,09	4 126,95
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	895,83	905,00	903,22	821,41	794,64	866,82	920,46	963,04	923,23
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	206,38	208,96	210,04	187,33	203,56	214,19	222,26	199,21	203,03
4-Pers. -Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	5 861,86	6 234,62	6 268,77	5 722,20	5 705,85	6 370,41	6 942,43	6 135,45	6 121,08
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 149,67	1 156,46	1 164,17	1 009,98	1 012,74	1 070,29	1 212,45	1 244,33	1 159,00
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	234,97	242,62	243,53	218,13	233,89	242,73	265,95	216,38	232,98

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtszeitraumes sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,6	..	+ 7,8	+ 9,8	+ 9,2	+ 7,9	- 3,5	+ 48,7	- 35,7	+ 2,8
Lohnsteuer ¹⁾	+ 0,4	..	+ 5,6	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,7	- 9,6	+ 8,8	+ 1,0	+ 0,2
Veranlagte Einkommensteuer	- 28,7	..	X	+ 18,6	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 9,8	..	+ 3,9	+ 42,8	+ 60,3	+ 56,6	X	- 51,0	+ 32,3	- 42,5
Zinsabschlag	- 5,7	..	+ 12,0	- 4,6	- 0,1	+ 1,0	- 10,3	- 20,2	+ 20,1	+ 17,0
Körperschaftsteuer	+ 10,7	..	X	+ 19,9	X	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	- 0,6	..	- 0,0	+ 7,3	+ 4,5	+ 6,0	+ 4,6	- 4,3	+ 0,8	+ 10,4
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,4	..	+ 23,2	+ 2,6	+ 7,3	+ 2,8	- 1,6	- 6,6	+ 6,7	+ 1,8
Landessteuern	+ 12,9	..	+ 9,2	+ 1,3	- 8,7	+ 3,1	- 5,6	- 9,0	+ 3,7	+ 6,4
dar.: Vermögensteuer	- 80,5	..	- 23,1	- 25,1	- 49,6	- 24,5	- 5,3	+ 3,4	+ 8,0	- 10,3
Grundwerbsteuer ²⁾	+ 47,8	..	+ 19,8	+ 15,6	+ 4,8	+ 15,7	- 4,3	+ 2,2	- 2,3	- 4,6
Kraftfahrzeugsteuer	+ 5,2	..	- 10,6	- 14,9	- 16,6	- 1,2	- 26,7	- 2,0	+ 7,1	- 9,1
Biersteuer	- 2,4	..	- 6,8	- 5,8	- 13,0	- 9,9	- 3,2	- 4,2	- 11,9	- 8,2
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	- 0,0	..	+ 26,7	+ 331,6	+ 11,6	+ 39,1	- 64,4	- 99,2	X	- 63,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,3	..	+ 8,6	+ 10,3	+ 13,1	+ 11,0	+ 11,7	+ 23,0	- 22,0	+ 12,4
Lohnsteuer ¹⁾	+ 0,2	..	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,7	+ 1,8	- 4,0	+ 9,5	+ 5,2	+ 3,5
Veranlagte Einkommensteuer	X	..	X	X	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 18,1	..	+ 137,9	+ 35,7	+ 37,7	+ 8,5	X	- 58,8	+ 24,2	- 59,2
Zinsabschlag	- 19,8	..	X	+ 10,0	+ 23,5	+ 24,7	X	X	+ 28,5	- 5,5
Körperschaftsteuer	X	..	X	+ 37,3	X	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 4,3	..	+ 4,4	+ 2,9	+ 10,1	+ 7,2	+ 16,8	- 8,7	+ 5,6	+ 13,1
Einfuhrumsatzsteuer	+ 7,3	..	+ 64,9	+ 20,1	+ 21,0	+ 75,4	- 1,5	- 28,2	+ 8,3	+ 36,2
Landessteuern	+ 12,7	..	+ 0,4	- 8,4	+ 7,0	+ 0,5	- 16,9	- 0,1	+ 6,8	- 6,7
dar.: Vermögensteuer	X	..	X	X	X	- 67,7	X	X	X	+ 46,4
Grundwerbsteuer ²⁾	+ 28,2	..	+ 2,6	- 10,7	+ 32,0	+ 6,7	- 20,2	- 11,5	+ 39,5	- 15,3
Kraftfahrzeugsteuer	+ 3,4	..	- 9,6	- 13,0	- 17,5	- 6,4	- 22,0	+ 0,5	- 5,6	+ 6,1
Biersteuer	+ 5,6	..	+ 3,6	- 0,8	- 8,9	+ 2,4	+ 6,9	- 7,5	- 10,6	- 2,2
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	- 90,5	..	- 80,1	X	X	X	+ 110,0	- 99,7	X	+ 37,2
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3 ^{a)}	..
Index	0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3 ^{a)}	..
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 0,8 ^{a)}	..
Index	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,8 ^{a)}	..
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,1 ^{a)}	..
Index	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,0 ^{a)}	..
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,6 ^{a)}	..
Index	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,3 ^{a)}	..
Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	± 0,0	- 0,1	- 0,1	± 0,0 ^{a)}	..
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,2 ^{a)}	..
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,2 ^{a)}	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,5	± 0,0	- 0,2 ^{a)}	..
Index	± 0,0	+ 0,4	± 0,0	- 0,2 ^{a)}	..
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,6 ^{a)}	..
Index	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,8 ^{a)}	..
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,4 ^{a)}	..
Index	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,6 ^{a)}	..
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,0	..
Index	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,1	..
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Renteneingängern mit geringerem Einkommen	+ 1,8	+ 2,7	± 0,0	+ 11,4	- 11,2	- 5,4	- 0,2	+ 12,8	- 11,2	- 4,5
dar. für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0,6	+ 0,4	- 6,0	+ 7,5	- 2,8	+ 2,9	+ 6,9	+ 14,4	+ 0,3	- 1,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 0,3	+ 1,2	- 10,9	+ 8,5	+ 2,0	- 16,3	- 10,3	+ 22,4	- 10,7	- 4,3
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 4,0	+ 0,6	- 5,1	- 1,9	+ 4,3	+ 0,2	+ 4,0	+ 5,4	+ 2,2	- 7,9
dar. für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 1,0	- 0,2	- 1,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,0	+ 9,1	+ 6,2	+ 4,6	- 4,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,3	+ 0,5	+ 13,5	+ 5,8	+ 1,2	- 3,2	+ 5,2	+ 3,8	- 10,4	+ 1,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 6,4	+ 0,5	+ 9,0	+ 15,7	- 4,4	+ 0,2	+ 11,6	+ 9,0	- 11,6	- 0,2
dar. für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0,6	+ 0,7	- 6,0	+ 2,1	- 1,2	+ 1,6	+ 5,7	+ 13,3	+ 2,6	- 6,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 12,7	- 15,5	- 1,2	+ 3,8	+ 9,6	- 18,6	+ 7,7

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt. - 2) Ohne kommunale Grundwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtszeitraums sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen

a) Oktober 1998 gegenüber Juli 1998

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise ¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1991 = 100	105,6	107,5	103,6	102,3	101,0	100,4	100,1	100,9	101,0
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	103,7	105,9	100,6	99,0	97,3	96,4	96,1 r	97,1	97,1
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	111,8	112,7	113,4	113,3	113,4	113,7	113,7	113,8	114,0
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1991 = 100	91,1	92,5	87,1 p	86,7	85,8	83,3 r	82,7 p	86,2	83,9 p
Pflanzliche Produkte	1991 = 100	86,0	84,3	82,9	84,6	84,8	82,4 r	83,8 r	86,8	87,0
Tierische Produkte	1991 = 100	93,8	96,7	89,2 p	87,8	86,3	83,8	82,2 p	85,9	82,3 p
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1991 = 100	113,1	124,8	130,9	128,2	127,8	129,5	131,9	135,4	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²⁾	1991 = 100	98,8	100,7	98,3	97,8	97,3	96,4	96,0	95,7	...
Inländischer Herkunft	1991 = 100	100,2	101,0	99,8	99,5	99,3	98,7	98,4	98,3	...
Ausländischer Herkunft	1991 = 100	95,3	100,1	94,6	93,5	92,4	90,9	90,3	89,4	...
Früheres Bundesgebiet										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾	1991 = 100	103,1	104,2	103,9	103,8	103,7	103,3	102,9	102,7	...
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	107,5	108,2	108,7	108,7	108,8	108,9	108,8	108,7	...
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	108,5	109,2	108,7	108,6	108,7	108,7	108,5	108,2	...
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	95,7	95,9	95,7	95,8	95,8	95,6	94,8	94,8	...
Bergbauliche Erzeugnisse	1991 = 100	90,7	98,7	94,3	93,6	93,6	88,7	86,5	86,6	...
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	104,7	105,4	105,4	105,3	105,2	105,0	104,9	104,6	...
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	100,4	101,5	100,0	99,5	99,2	98,6	98,3	97,5	...
dar. Mineralerzeugnisse	1991 = 100	110,5	113,4	103,5	101,8	102,0	101,7	101,2	99,1	...
Eisen und Stahl	1991 = 100	92,4	91,7	94,6	95,2	94,3	92,9	91,3	89,1	...
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	98,1	99,1	99,0	98,4	98,2	97,7	97,5	97,4	...
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	106,8	107,4	107,8	107,8	107,9	107,9	107,9	107,8	...
dar. Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	111,0	112,2	113,3	113,5	113,6	113,7	113,7	113,7	...
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	1991 = 100	109,4	110,2	111,4	111,6	111,7	111,8	111,8	111,8	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	102,0	102,2	101,3	101,3	101,2	101,1	101,0	100,8	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	105,5	106,1	106,8	106,8	106,9	106,7	106,8	106,8	...
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	105,3	105,2	105,5	105,6	105,6	105,5	105,4	105,3	...
dar. Textilien	1991 = 100	101,6	102,3	102,4	102,4	102,4	102,2	102,1	101,9	...
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	105,1	105,3	105,5	105,6	105,6	105,7	105,7	105,7	...
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	104,7	106,6	106,7	106,7	106,5	106,1	105,9	105,7	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾	1991 = 100	108,5	110,5	109,5	109,4	109,2	108,9	108,6	108,4	...
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	106,0	105,7	106,5	106,6	106,6	106,8	106,9	106,8	...
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	116,8	119,3	116,8	116,8	116,5	116,3	116,4	115,8	...
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	115,2	118,2	118,4	118,4	118,3	118,2	118,2	118,2	...
Bergbauliche Erzeugnisse	1991 = 100	104,9	108,0	106,0	105,1	105,4	104,7	105,2	105,3	...
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	106,7	108,1	107,0	106,9	106,6	106,3	105,7	105,3	...
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	107,5	109,8	106,7	106,3	105,7	105,4	104,3	103,1	...
dar. Mineralerzeugnisse	1991 = 100	118,0	122,2	111,9	111,4	110,2	109,8	110,2	107,9	...
Eisen und Stahl	1991 = 100	98,3	101,5	109,8	111,9	110,9	109,6	102,8	101,0	...
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	105,4	108,5	108,0	106,3	106,4	106,9	105,8	105,6	...
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	104,1	104,0	104,5	104,6	104,6	104,6	104,7	104,6	...
dar. Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	107,4	108,0	108,6	108,7	108,7	108,5	108,6	108,5	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	98,8	98,3	98,3	98,3	98,3	98,0	98,2	98,1	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	103,5	103,4	104,0	104,0	103,8	104,1	104,2	104,0	...
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	112,9	113,4	113,6	113,7	113,7	113,6	113,6	113,6	...
dar. Textilien	1991 = 100	104,1	103,8	104,3	104,4	104,3	104,0	103,9	104,0	...
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	105,8	106,1	106,7	106,6	106,6	106,6	106,6	106,6	...
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	106,3	108,7	107,3	107,4	106,8	106,1	104,9	104,9	...

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverleiher. - 5) Einschl. Ackerschleppern - 6) Ohne Ackerschleppern.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 1,8	- 3,6	- 5,6	- 6,1	- 5,7	- 5,3	- 0,6	- 0,3	+ 0,8	+ 0,1
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 2,1	- 5,0	- 7,6	+ 8,2 r	- 7,7	- 7,3	- 0,9	- 0,3 r	+ 1,0 r	± 0,0
Neubauten und neue Maschinen	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	+ 1,5	- 5,8p	- 9,8 r	- 11,3	- 7,3	- 9,0p	- 2,9 r	- 0,7	+ 4,2	- 2,7p
Pflanzliche Produkte	- 2,0	- 1,5	- 1,2 r	- 3,7 r	- 1,4 r	- 2,6	- 2,8 r	+ 1,7 r	+ 3,5	+ 0,2
Tierische Produkte	+ 3,1	- 7,8p	- 13,6	- 14,6	- 10,1	- 12,2p	- 2,9	- 1,9	+ 4,5	+ 4,2p
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 10,3	+ 4,9	+ 1,6	+ 0,2	+ 3,2	.	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,7	..
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes²⁾	+ 1,9	- 2,4	- 4,6	- 4,8	- 4,8	...	- 0,9	- 0,4	- 0,3	...
Inländischer Herkunft	+ 0,8	- 1,2	- 2,5	- 2,7	- 2,7	..	- 0,6	- 0,3	- 0,1	...
Ausländischer Herkunft	+ 5,0	- 5,5	- 9,9	- 9,9	- 9,9	..	- 1,6	- 0,7	- 1,0	..
Früheres Bundesgebiet										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 1,1	- 0,3	- 1,2	- 1,5	- 1,7	...	- 0,4	- 0,4	- 0,2	...
Investitionsgüter ³⁾	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	..	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	...
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) ³⁾	+ 0,6	- 0,5	- 0,9	- 1,0	- 1,0	..	± 0,0	- 0,2	- 0,3	..
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 1,0	- 1,0	..	- 0,2	- 0,8	± 0,0	...
Bergbauliche Erzeugnisse	+ 8,8	- 4,5	- 10,5	- 12,9	- 12,5	..	- 5,2	- 2,5	+ 0,1	..
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,7	± 0,0	- 0,8	- 0,9	- 1,1	...	- 0,2	- 0,1	- 0,3	..
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 1,1	- 1,5	- 3,8	- 3,9	- 4,5	...	- 0,6	- 0,3	- 0,8	..
dar.: Mineralölzeugnisse	+ 2,6	- 8,7	- 11,7	- 11,9	- 12,1	..	- 0,3	- 0,5	- 2,1	...
Eisen und Stahl	- 0,8	+ 3,2	- 1,3	- 3,1	- 5,8	..	- 1,5	- 1,7	- 2,4	...
Chemische Erzeugnisse	+ 1,0	- 0,1	- 2,1	- 2,6	- 2,9	..	- 0,5	- 0,2	- 0,1	...
Erzeugnisse des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	...	± 0,0	± 0,0	- 0,1	..
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	...	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	...
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	..	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	..
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,2	- 0,9	- 0,9	- 0,9	- 1,1	...	- 0,1	- 0,1	- 0,2	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	..	- 0,2	+ 0,1	± 0,0	...
Erzeugnisse des Verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	...	- 0,1	- 0,1	- 0,1	..
dar.: Textilien	+ 0,7	+ 0,1	- 0,9	- 0,8	- 0,8	..	- 0,2	- 0,1	- 0,2	..
Bekleidung und konfektionierte Textilien	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	+ 0,2	+ 0,3	..	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	..
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 1,8	+ 0,1	- 1,0	- 1,3	- 1,4	..	- 0,4	- 0,2	- 0,2	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 1,8	- 0,9	- 1,8	- 2,0	- 2,1	..	- 0,3	- 0,3	- 0,2	..
Investitionsgüter ³⁾	- 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	...	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	..
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) ³⁾	+ 2,1	- 2,1	- 2,9	- 2,4	- 2,7	..	- 0,2	+ 0,1	- 0,5	...
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	+ 2,6	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,3	..	- 0,1	± 0,0	± 0,0	...
Bergbauliche Erzeugnisse	+ 3,0	- 1,9	- 3,3	- 2,8	- 2,7	..	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	..
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,3	- 1,0	- 2,0	- 2,6	- 2,8	..	- 0,3	- 0,6	- 0,4	...
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 2,1	- 2,8	- 5,0	- 5,9	- 6,4	...	- 0,3	- 1,0	- 1,2	...
dar.: Mineralölzeugnisse	+ 3,8	- 8,4	- 10,9	- 10,3	- 11,0	..	- 0,4	+ 0,4	- 2,1	...
Eisen und Stahl	+ 3,3	+ 8,2	+ 4,3	- 3,4	- 5,2	..	- 1,2	- 6,2	- 1,8	..
Chemische Erzeugnisse	+ 2,9	- 0,5	- 2,5	- 3,4	- 3,5	..	+ 0,5	- 1,0	- 0,2	...
Erzeugnisse des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	..	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	...
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,1	..	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	- 0,5	± 0,0	- 0,4	- 0,4	- 0,5	...	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	..
Eisen-, Blech- und Metallwaren	- 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	..	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	..
Erzeugnisse des Verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	..	- 0,1	± 0,0	± 0,0	...
dar.: Textilien	- 0,3	+ 0,5	- 0,1	- 0,3	- 0,3	...	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	...
Bekleidung und konfektionierte Textilien	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	...	± 0,0	± 0,0	± 0,0	..
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 2,3	- 1,3	- 2,8	- 3,8	- 3,5	..	- 0,7	- 1,1	± 0,0	...

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter - 5) Einschl. Ackerschleppern - 6) Ohne Ackerschlepper

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1995 = 100	99,8	99,1	98,7	.	.	98,6
Bürogebäude ²⁾	1995 = 100	100,1	99,6	98,9	.	.	98,7
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1995 = 100	100,3	99,8	99,3	.	.	99,1
Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	98,3	96,6	95,7	.	.	95,4
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	99,4	98,0	97,4	.	.	97,2
Ortskanäle ¹⁾	1995 = 100	98,4	96,6	95,6	.	.	95,3
Kläranlagen ¹⁾	1995 = 100	100,0	99,3	99,3	.	.	99,3
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	1991 = 100	103,1	105,6	103,4	101,9	100,9	100,5	100,9	101,2	100,7
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991 = 100	102,8	108,7	106,7	103,6	102,1	101,6	103,5	104,9	103,9
Index der Einzelhandelspreise³⁾	1995 = 100	100,7	102,1	102,7	102,7	102,6	102,7	102,6	102,4	102,3
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	1995 = 100	100,5	101,5	102,3	102,1	101,8	102,0	102,0	102,2	102,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1995 = 100	100,9	102,8	104,0	103,9	103,6	103,6	103,6	103,9	103,9
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁴⁾	1995 = 100	99,5	110,3	113,2	113,1	113,1	113,1	113,2	108,8	108,8
Sonstiger Facheinzelhandel	1995 = 100	100,5	100,7	101,1	101,2	101,2	101,4	101,4	101,3	101,3
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995 = 100	103,4	104,3	101,4	100,7	100,7	100,5	100,0	100,3	99,9
Einzelhandel mit Kraftwagen	1995 = 100	101,0	100,8	102,1	102,7	102,7	102,7	102,7	102,4	102,6
Einzelhandel mit Kraftwagerteilen und Zubehör	1995 = 100	100,6	100,5	101,0	101,1	101,1	101,6	101,5	101,5	101,5
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör	1995 = 100	100,7	100,8	101,5	101,8	101,8	101,9	101,9	101,9	101,9
Tankstellen	1995 = 100	102,0	103,2	102,1	102,2	102,1	102,1	101,6	101,6	101,3
Preisindex für die Lebenshaltung⁵⁾										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	101,4	103,3	104,3	104,4	104,2	104,2	104,3	104,1	104,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	100,6	102,0	103,0	102,1	101,6	101,9	102,1	103,0	103,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	100,8	102,7	104,7	105,6	105,6	105,7	105,6	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	100,7	101,1	101,5	101,6	101,7	102,0	102,0	101,7	101,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	102,4	105,1	106,0	106,1	106,0	106,0	105,9	106,1	106,1
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	100,7	101,1	101,8	101,9	101,9	102,0	102,0	102,0	102,0
Gesundheitspflege	1995 = 100	101,5	108,7	114,4	114,3	114,4	114,6	114,6	110,6	110,4
Verkehr	1995 = 100	102,4	104,3	104,7	105,0	104,9	104,8	104,6	104,4	104,6
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	100,9	97,9	97,3	97,1	96,4	96,4	96,2	89,5	89,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	100,4	102,5	103,1	103,7	102,6	102,8	103,2	102,8	104,4
Bildungswesen	1995 = 100	103,7	107,8	112,9	113,3	113,5	116,1	116,1	116,4	117,2
Beherbergungs- und Gaststattendienst- leistungen	1995 = 100	101,1	102,1	103,6	104,0	103,9	103,0	103,3	103,2	103,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	100,5	102,3	102,8	103,0	103,2	103,2	103,2	103,6	104,0
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte⁵⁾	1995 = 100	101,3	103,2	104,1	104,2	104,0	104,1	104,1	103,9	104,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte⁵⁾	1995 = 100	101,9	104,2	105,3	105,4	105,2	105,3	105,3	105,0	105,3
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1991 = 100	97,8	100,9	98,0	96,5	95,7	95,3	94,9	94,9	95,0
dar.: Güter aus EU-Ländern	1991 = 100	97,7	99,6	97,6	96,4	96,1	95,6	95,4	95,3	95,2
Güter aus Drittländern	1991 = 100	97,9	102,4	98,5	96,7	95,3	95,1	94,4	94,4	94,9
Index der Ausfuhrpreise	1991 = 100	103,5	105,1	105,2	104,9	104,6	104,5	104,2	104,0	104,2
dar.: Güter für EU-Länder	1991 = 100	102,3	103,9	104,0	103,7	103,3	103,1	102,9	102,5	102,5
Güter für Drittländer	1991 = 100	104,8	106,4	106,7	106,3	106,0	106,0	105,9	105,8	106,0

1) Einsch. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - 4) In Verkaufsräumen. - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude 1)	- 0,7	- 0,4	- 0,1	- 0,3 a)
Bürogebäude 2)	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,2 a)
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,2 a)
Straßenbau 1)	- 1,7	- 0,9	- 0,7	- 0,4 a)
Brücken im Straßenbau 1)	- 1,4	- 0,6	- 0,3	- 0,4 a)
Ortskanäle 1)	- 1,8	- 1,0	- 0,8	- 0,4 a)
Kläranlagen 1)	- 0,7	± 0,0	+ 0,2	- 0,2 a)
Index der Großhandelsverkaufspreise 2)	+ 2,4	- 2,1	- 4,5	- 4,5	- 4,1	- 4,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 5,7	- 1,8	- 5,0	- 5,2	- 4,7	- 5,5	- 0,5	+ 1,9	+ 1,4	- 1,0
Index der Einzelhandelspreise 3)	+ 1,4	+ 0,6	± 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	+ 0,2	- 0,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	± 0,0
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln 4)	+ 10,9	+ 2,6	- 3,3	- 3,2	- 3,6	- 3,6	± 0,0	+ 0,1	- 3,9	± 0,0
Sonstiger Facheinzelhandel	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	+ 0,9	- 2,8	- 4,0	- 4,1	- 2,4	- 2,5	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,4
Einzelhandel mit Kraftwagen	- 0,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	± 0,0	± 0,0	- 0,3	+ 0,2
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	- 0,1	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,5	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Tankstellen	+ 1,2	- 1,1	- 1,2	- 1,5	- 0,6	- 0,7	± 0,0	- 0,5	± 0,0	- 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung 5)										
aller privaten Haushalte	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,4	+ 1,0	± 0,0	- 0,3	- 0,5	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,9	± 0,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	± 0,0
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	± 0,0	- 0,3	- 0,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 2,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	± 0,0	- 0,1	+ 0,2	± 0,0
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Gesundheitspflege	+ 7,1	+ 5,2	+ 0,4	+ 0,4	- 3,0	+ 3,2	+ 0,2	± 0,0	- 3,5	- 0,2
Verkehr	+ 1,9	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,2
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 0,6	- 1,9	- 2,1	- 9,0	- 9,5	± 0,0	- 0,2	- 7,0	- 0,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,8	± 0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	- 0,4	+ 1,6
Bildungswesen	+ 4,0	+ 4,7	+ 6,0	+ 5,8	+ 5,1	+ 4,7	+ 2,3	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,4	- 0,9	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,7	± 0,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privater Haushalte 5)	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	...	+ 0,1	± 0,0	- 0,2	+ 0,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privater Haushalte 5)	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	...	+ 0,1	± 0,0	- 0,3	+ 0,3
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	+ 3,2	- 2,9	- 5,8	- 6,0	- 5,9	- 5,6	- 0,4	- 0,4	± 0,0	+ 0,1
dar.: Güter aus EU-Ländern	+ 1,9	- 2,0	- 4,4	- 4,7	- 4,8	- 4,5	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Güter aus Drittländern	+ 4,6	- 3,8	- 7,1	- 7,5	- 7,3	- 6,4	- 0,2	- 0,7	± 0,0	+ 0,5
Index der Ausfuhrpreise	+ 1,5	+ 0,1	- 1,0	- 1,3	- 1,6	- 1,5	- 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,2
dar.: Güter für EU-Länder	+ 1,6	+ 0,1	- 1,4	- 1,5	- 2,0	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,4	± 0,0
Güter für Drittländer	+ 1,5	+ 0,3	- 0,7	- 0,8	- 1,2	- 1,1	± 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,2

1) Einschl. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - 4) In Verkaufsräumen. - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98
a) November 1998 gegenüber August 1998.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 1)	1998 1)		1998 1)			1999 1)
					2. Vj	3. Vj	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	82 012	82 057	81 993 s	82 024	82 022 s	82 025 s	82 013 s	81 993 s	81 982 s
dar.: Ausländer/-innen 2) . . .	1 000	7 314	7 366	7 320	7 349	7 322	7 325	7 324	7 320	7 319
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	427 297	422 776	416 574	120 223	...	35 544	22 925	41 005	...
Ehescheidungen	Anzahl	175 550	187 802
Lebendgeborene	Anzahl	796 013	812 173	782 251	192 585	...	65 438	61 153	62 455	...
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	106 229	107 182	...	25 199
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	135 700	145 833	...	36 418
Gestorbene 3)	Anzahl	882 843	860 389	850 919	207 388	...	68 682	70 780	76 732	...
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	13 394	13 678	...	3 355
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 962	3 951	...	854
Totgeborene 4)	Anzahl	3 573	3 510	3 014	834	...	252	228	236	...
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 86 830	- 48 216	- 68 668	- 14 803	...	- 3 444	- 9 627	- 14 277	...
Deutsche	Anzahl	- 179 665	- 141 720	...	- 36 647
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 92 835	+ 93 504	...	+ 21 844
Wanderungen 5)										
Zuzüge	Anzahl	959 691	840 633	...	188 087	227 956
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	707 954	615 298	...	142 268	169 182
Fortzüge	Anzahl	677 494	746 969	...	164 939	231 223
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	559 064	637 066	...	139 268	198 509
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 282 197	+ 93 664	...	+ 23 148	- 3 267
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 148 890	- 21 768	...	+ 3 000	- 29 327
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer/-innen 2)	% der Bevölkerung	8,9	9,0	8,9 s	9,0	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,2	5,2	5,1 7)	5,1 7)	3,4 7)	5,9 7)	...
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	21,4	22,9
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	9,7	9,9	9,5 7)	9,4 7)	9,1 7)	9,0 7)	...
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	14,5	14,6	...	13,8
	% aller Lebendgeb.	13,3	13,2	...	13,1
Zusammengefaßte Geburtenziffer 6)		1 316	X	...	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	17,0	18,0	...	18,9
Gestorbene 3)	je 1 000 Einwohner/-innen	10,8	10,5	10,4 7)	9,9 7)	10,5 7)	11,0 7)	...
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	1,8	1,9	...	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4
Wanderungen 5)										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,8	73,2	...	75,6	74,2
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,5	85,3	...	84,4	85,9
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1 s	- 0,0	- 0,1 s	- 0,1 s	- 0,1 s	- 0,1 s	- 0,1 s
dar.: Ausländer/-innen 2)	%	+ 2,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,8	- 1,1	- 1,2	- 7,5	...	+ 0,3	+ 4,4	+ 5,3	...
Ehescheidungen	%	+ 3,6	+ 7,0
Lebendgeborene	%	+ 4,0	+ 2,0	- 3,4	- 7,1	...	- 4,2	+ 4,2	- 2,7	...
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 6,5	+ 0,9	...	- 9,9
Gestorbene 3)	%	- 0,2	- 2,5	- 0,7	- 2,6	...	- 3,1	+ 2,4	+ 1,9	...
Wanderungen 5)										
Zuzüge	%	- 12,4	- 12,4	...	- 13,3	- 0,9
dar.: Ausländer/-innen	%	- 10,7	- 13,1	...	- 8,1	- 0,3
Fortzüge	%	- 3,0	+ 10,3	...	- 2,9	+ 3,2
dar.: Ausländer/-innen	%	- 1,5	+ 14,0	...	- 2,5	+ 2,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene. - 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). - 5) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 ¹⁾	1998 ¹⁾		1998 ¹⁾			
					2. Vj	3. Vj	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	66 583	66 688	...	66 689	66 689
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	373 245	369 396	361 741	103 204	103 204	37 297	31 345	20 435	37 142
Ehescheidungen	Anzahl	152 798 ⁶⁾	161 265 ⁶⁾
Lebendgeborene	Anzahl	702 688	711 915	681 991	167 863	167 863	61 891	57 011	53 219	54 468
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	103 402	104 323	...	24 568	24 568
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	96 140	101 615	...	25 051	25 051
Gestorbene ²⁾	Anzahl	708 332	692 844	686 729	167 199	167 199	53 946	55 334	57 325	62 083
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	12 967	13 247	...	3 247	3 247
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 463	3 466	...	751	751
Totgeborene ³⁾	Anzahl	3 100	3 047	2 564	703	703	193	212	192	207
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 644	+ 19 071	- 4 738	+ 664	+ 664	+ 7 945	+ 1 677	- 4 106	- 7 615
Deutsche	Anzahl	- 96 079	- 72 005	...	- 20 657	- 20 657
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 90 435	+ 91 076	...	+ 21 321	+ 21 321
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	Anzahl	828 326	737 404	...	167 351	205 231	72 570
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	611 205	537 218	...	126 154	151 636	55 450
Fortzüge	Anzahl	595 247	662 009	...	148 985	213 556	62 704
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	491 165	564 214	...	126 696	182 857	52 898
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+233 079	+ 75 395	..	+ 18 366	- 8 325	+ 9 866
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+120 040	- 26 996	...	- 542	- 31 221	+ 2 552
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,6	5,5	5,4 ⁷⁾	6,8 ⁷⁾	5,5 ⁷⁾	3,7 ⁷⁾	6,6 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	22,5 ⁶⁾	23,7 ⁶⁾
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	10,5	10,7	10,2 ⁷⁾	11,3 ⁷⁾	10,1 ⁷⁾	9,7 ⁷⁾	9,6 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb.	14,7	14,7	...	14,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		1 396	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	13,7	14,3	...	14,9
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,6	10,4	10,3 ⁷⁾	9,8 ⁷⁾	10,5 ⁷⁾	11,0 ⁷⁾
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,8	72,9	...	75,4	73,9	76,4
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,5	85,2	...	85,0	85,6	84,4
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,2	...	+ 0,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,8	- 1,0	- 1,8	- 7,8	...	+ 2,0	- 0,5	+ 4,1	+ 4,8
Ehescheidungen	%	+ 4,7 ⁶⁾	+ 5,5 ⁶⁾
Lebendgeborene	%	+ 3,1	+ 1,3	- 4,2	- 7,8	...	- 1,1	- 5,3	+ 3,9	- 3,1
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 6,4	+ 0,9	...	- 9,8
Gestorbene ²⁾	%	+ 0,3	- 2,2	- 0,5	- 2,3	...	+ 0,4	- 3,7	+ 2,8	+ 1,9
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	%	- 16,8	- 11,0	...	- 11,5	+ 0,3	- 0,7
dar.: Ausländer/-innen	%	- 11,9	- 12,1	...	- 6,0	+ 1,0	+ 0,0
Fortzüge	%	- 5,6	+ 11,2	...	- 0,0	+ 6,5	- 7,5
dar.: Ausländer/-innen	%	- 3,8	+ 14,9	...	+ 0,1	+ 6,7	- 9,0

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 1)	1998 1)		1998 1)			
					2. Vj	3. Vj	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	15 429	15 369	...	15 335
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	54 052	53 380	54 833	17 019	...	5 630	4 199	2 490	3 863
Ehescheidungen	Anzahl	22 752 6)	26 537 6)
Lebendgeborene	Anzahl	93 325	100 258	100 260	24 722	..	9 269	8 427	7 934	7 987
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	2 827	2 859	...	631
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	39 560	44 218	...	11 367
Gestorbene 2)	Anzahl	174 511	167 545	164 190	40 189	...	12 859	13 548	13 455	14 649
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	427	431	...	108
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	499	485	...	103
Totgeborene 3)	Anzahl	473	463	450	131	...	41	40	36	29
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 81 186	- 67 287	- 63 930	- 15 467	..	- 3 590	- 5 121	- 5 521	- 6 662
Deutsche	Anzahl	- 83 586	- 69 715	...	- 15 990
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 2 400	+ 2 428	...	+ 523
Wanderungen 4)										
Zuzüge	Anzahl	131 365	103 229	...	20 736	22 725	8 178
dar.: Ausländer	Anzahl	96 749	78 080	...	16 114	17 546	6 348
Fortzüge	Anzahl	82 247	84 960	...	15 954	17 667	5 278
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	67 899	72 852	...	12 572	15 652	4 592
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 49 118	+ 18 269	..	+ 4 782	+ 5 058	+ 2 900
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 28 850	+ 5 228	..	+ 3 542	+ 1 894	+ 1 756
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,5	3,6 7)	4,5 7)	3,2 7)	2,0 7)	3,0 7)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	16,0 6)	18,8 6)
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	6,0	6,5	6,5 7)	7,3 7)	6,5 7)	6,3 7)	6,1 7)
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb.	3,0	2,9	...	2,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer 5)		948	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	42,4	44,1	...	46,0
Gestorbene 2)	je 1 000 Einwohner/-innen	11,3	10,9	10,7 7)	10,2 7)	10,4 7)	10,7 7)	11,3 7)
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4
Wanderungen 4)										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,6	75,6	...	77,7	77,2	77,6
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,6	85,7	...	78,8	88,6	87,0
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	- 0,3	- 0,4	..	- 0,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,2	- 1,2	+ 2,8	- 5,8	...	+ 9,0	+ 6,9	+ 7,1	+ 11,1
Ehescheidungen	%	+ 5,9 6)	+ 16,6 6)
Lebendgeborene	%	+ 11,3	+ 7,4	+ 1,8	- 1,8	...	+ 4,0	+ 4,0	+ 6,1	+ 0,2
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 12,7	+ 1,1	...	- 15,1
Gestorbene 2)	%	- 2,0	- 4,0	- 1,4	- 3,8	...	- 2,6	- 0,8	+ 0,8	+ 1,8
Wanderungen 4)										
Zuzüge	%	+ 0,5	- 21,4	..	- 25,2	- 10,6	+ 0,4
dar.: Ausländer/-innen	%	- 2,3	- 19,3	...	- 22,4	- 10,4	- 2,0
Fortzüge	%	+ 22,0	+ 3,3	..	- 23,4	- 25,3	- 23,6
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 18,9	+ 7,3	..	- 22,8	- 28,4	- 27,1

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g) - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwertigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost. - 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1995	1996	1997	1998	1998			
					1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
in jeweiligen Preisen								
Mrd. DM								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	3 176,14	3 252,68	3 346,57	3 472,60	830,27	851,61	882,94	907,78
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36,34	38,70	39,37	40,09	2,69	2,95	19,93	14,52
Produzierendes Gewerbe	1 133,28	1 123,94	1 144,45	1 192,81	290,00	299,49	300,44	302,88
Handel und Verkehr	494,63	496,17	508,66	522,51	128,05	130,40	131,24	132,82
Dienstleistungsunternehmen	1 169,25	1 245,65	1 305,14	1 368,48	332,12	339,71	346,58	350,07
Staat, private Haushalte ³⁾	479,78	489,17	492,26	495,69	113,81	115,68	121,61	144,59
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 975,31	2 046,35	2 095,23	2 156,12	517,60	528,74	536,21	573,57
Staatsverbrauch	686,55	705,11	703,40	710,10	168,09	168,83	172,67	202,51
Anlageinvestitionen	735,61	723,44	722,93	728,67	159,87	185,18	189,43	194,19
Ausrüstungen	262,33	267,91	279,48	307,16	66,36	74,70	74,87	91,23
Bauten	473,28	455,53	443,45	421,51	93,51	110,48	114,56	102,96
Vorratsveränderung	18,27	5,89	47,58	97,30	39,16	22,69	41,98	- 6,53
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	27,06	42,71	54,86	65,91	15,08	16,96	13,51	20,36
Ausfuhr ⁴⁾	821,24	866,18	971,79	1 028,18	250,27	258,50	258,59	262,82
Einfuhr ⁴⁾	794,18	823,47	916,93	962,27	235,19	241,54	243,08	242,46
Bruttoinlandsprodukt	3 442,80	3 523,50	3 624,00	3 758,10	897,80	922,40	953,80	984,10
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	3 426,60	3 497,50	3 600,10	3 719,40	887,90	916,40	943,30	971,80
Volkseinkommen								
insgesamt	2 598,98	2 657,00	2 735,69	2 833,35	673,45	691,18	720,17	748,55
dar: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 883,43	1 902,51	1 906,98	1 933,00	444,86	464,52	479,86	543,76
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,8	+ 5,3	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 0,8	+ 6,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 5,9	+ 1,4	+ 2,3	+ 0,6
Produzierendes Gewerbe	+ 1,5	- 0,8	+ 1,8	+ 4,2	+ 8,4	+ 1,6	+ 4,1	+ 3,2
Handel und Verkehr	+ 3,4	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 5,4	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,3
Dienstleistungsunternehmen	+ 5,3	+ 6,5	+ 4,8	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,8	+ 5,3
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 3,9	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,7
Privater Verbrauch	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,8	+ 3,3	+ 3,4
Staatsverbrauch	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,7
Anlageinvestitionen	+ 1,3	- 1,7	- 0,1	+ 0,8	+ 5,9	- 3,1	+ 0,1	+ 1,3
Ausfuhr ⁴⁾	+ 8,5	+ 5,5	+ 12,2	+ 5,8	+ 13,0	+ 6,9	+ 3,6	+ 0,7
Einfuhr ⁴⁾	+ 7,9	+ 3,7	+ 11,3	+ 4,9	+ 9,7	+ 6,7	+ 3,0	+ 0,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,4
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 3,0
Volkseinkommen	+ 3,5	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,6	+ 6,0	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,3
dar: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,3
in Preisen von 1991								
Mrd. DM								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2 767,35	2 803,91	2 866,64	2 954,78	708,55	731,87	756,45	757,91
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,51	46,15	45,39	46,90	3,69	4,70	22,47	16,04
Produzierendes Gewerbe	1 036,82	1 022,77	1 048,91	1 084,94	260,21	271,14	274,04	279,55
Handel und Verkehr	438,18	442,36	453,32	469,10	113,37	117,19	118,42	120,12
Dienstleistungsunternehmen	982,72	1 034,55	1 075,61	1 126,30	273,33	282,20	285,29	285,48
Staat, private Haushalte ³⁾	402,99	405,57	404,17	403,43	100,46	100,44	101,02	101,51
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 730,20	1 757,55	1 765,72	1 800,07	431,11	442,16	449,52	477,28
Staatsverbrauch	600,53	616,91	612,73	616,31	150,48	152,04	152,33	161,46
Anlageinvestitionen	663,97	656,07	656,47	667,04	146,10	168,80	173,24	178,90
Ausrüstungen	255,00	259,97	270,12	297,31	64,50	71,98	72,65	88,18
Bauten	408,97	396,10	386,35	369,73	81,60	96,82	100,59	90,72
Vorratsveränderung	18,54	4,05	41,85	88,33	32,44	21,29	39,37	- 4,77
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 17,04	0,02	24,63	14,95	5,67	4,11	- 1,26	6,43
Ausfuhr ⁴⁾	791,84	832,51	924,79	974,38	236,14	243,64	243,11	251,49
Einfuhr ⁴⁾	808,88	832,49	900,16	959,43	230,47	239,53	244,37	245,06
Bruttoinlandsprodukt								
insgesamt	2 996,20	3 034,60	3 101,40	3 186,70	765,80	788,40	813,20	819,30
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	110	113	117	120	117	119	122	122
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	2 982,00	3 012,00	3 080,90	3 153,60	757,30	783,20	804,20	808,90
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,6	+ 1,8	+ 3,1	+ 2,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 3,0	+ 8,6	- 1,6	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 5,2
Produzierendes Gewerbe	+ 0,4	- 1,4	+ 2,6	+ 3,4	+ 7,9	+ 0,8	+ 3,4	+ 2,2
Handel und Verkehr	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,5	- 3,5	+ 5,2	+ 1,6	+ 3,7	+ 3,5
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,4	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,0	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,0
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 0,4	+ 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,1
Privater Verbrauch	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,7
Staatsverbrauch	+ 2,0	+ 2,7	- 0,7	+ 0,6	+ 0,6	- 0,5	+ 0,6	+ 1,6
Anlageinvestitionen	- 0,0	- 1,2	+ 0,1	+ 1,6	+ 6,8	- 2,4	+ 1,1	+ 2,1
Ausfuhr ⁴⁾	+ 6,6	+ 5,1	+ 11,1	+ 5,4	+ 11,2	+ 5,9	+ 3,5	+ 1,6
Einfuhr ⁴⁾	+ 7,3	+ 2,9	+ 8,1	+ 6,6	+ 8,7	+ 7,3	+ 5,8	+ 4,8
Bruttoinlandsprodukt								
insgesamt	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 4,3	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	+ 1,6	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 4,1	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,0

1) Ab 1996 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand März 1999) - 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. - 3) Einsch. privater Organisationen ohne Erwerbszweck - 4) Von Waren und Dienstleistungen.

Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- guterproduzenten	Investi- tions- guterproduzenten	Ge- brauchs- guterproduzenten	Ver- brauchs- guterproduzenten				
1996	99,7	98,0	101,3	103,2	98,2	97,1	97,4	101,6	95,3
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	98,3	97,0	97,3	107,4	97,3
1998 ⁵⁾	111,2	108,8	116,3	113,5	97,8	97,4	99,2	104,3	98,7
1997 August	96,1	96,9	96,6	86,2	102,5	80,9	156,4	119,4	89,9
September	117,3	114,1	122,7	113,7	117,3	110,4	150,0	148,6	108,1
Oktober	114,2	115,7	115,0	115,8	98,5	106,7	78,1	129,7	111,5
November	108,0	110,5	109,0	107,9	86,0	98,4	55,8	103,4	100,7
Dezember	103,6	100,7	113,8	96,2	83,9	79,6	48,4	67,2	86,3
1998 ⁵⁾ Januar	109,2	109,6	112,0	108,7	92,2	96,9	81,0	83,5	89,2
Februar	110,8	108,8	113,0	110,9	113,6	106,1	176,4	119,9	92,3
März	126,2	121,7	131,4	129,7	124,4	117,1	159,8	149,4	113,7
April	112,7	112,2	116,0	118,2	91,5	100,2	72,8	116,3	101,3
Mai	106,4	106,1	111,3	108,6	80,8	93,0	50,0	86,5	97,0
Juni	113,3	112,7	119,5	109,6	92,1	92,9	58,8	73,8	101,4
Juli	114,2	111,3	121,3	114,5	97,4	93,6	99,9	94,0	101,6
August	97,8	96,4	99,6	92,3	107,2	80,0	164,4	126,4	89,8
September	118,7	112,6	127,3	119,8	115,0	106,8	144,1	140,4	107,0
Oktober	112,4	109,6	116,6	122,3	94,8	103,6	74,0	112,0	107,0
November	109,0	107,1	112,7	121,6	84,7	99,2	58,3	79,1	101,0
Dezember	103,2	97,4	114,9	105,8	80,3	79,5	50,3	70,4	82,9
1999 Januar	100,8	100,2	101,6	108,9	88,3	85,3	77,3	83,0	88,1

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	97,0	100,1	97,5	95,2	97,7	97,1	94,4	95,2	93,9
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5
1998 ⁵⁾	99,1	101,8	103,0	101,3	106,2	105,6	94,9	105,2	100,3
1997 August	93,5	89,9	94,4	97,9	94,1	93,0	89,3	95,3	92,8
September	102,8	102,6	111,1	111,2	108,9	108,4	105,4	110,7	100,6
Oktober	111,0	108,8	112,1	113,4	115,5	114,1	110,6	120,6	107,4
November	105,5	109,8	100,1	102,2	105,8	103,5	95,5	117,0	115,9
Dezember	93,5	105,4	101,5	103,3	88,5	87,5	75,8	103,2	99,7
1998 ⁵⁾ Januar	103,6	96,0	109,6	113,3	100,2	99,0	86,6	119,4	117,8
Februar	100,3	93,6	106,0	109,3	102,9	102,2	85,5	115,2	111,6
März	107,6	106,0	118,1	117,8	115,5	114,3	101,7	122,9	122,7
April	102,3	98,0	106,5	107,2	108,2	107,7	100,5	111,6	110,2
Mai	96,0	95,6	101,6	101,6	105,3	105,6	96,0	104,4	100,1
Juni	101,4	99,2	109,5	105,8	110,4	110,1	102,4	116,5	101,8
Juli	102,9	99,3	105,3	102,1	114,2	114,5	103,8	104,8	99,5
August	91,7	93,6	92,0	89,5	96,6	96,8	87,5	88,3	83,9
September	97,0	107,2	102,2	95,8	112,1	111,2	102,6	99,0	89,5
Oktober	98,1	109,8	100,5	95,4	112,2	111,8	104,6	98,7	92,1
November	97,9	113,7	93,4	88,0	106,9	106,1	94,3	98,9	93,5
Dezember	90,9	109,9	91,6	90,0	89,3	88,4	73,8	82,7	80,9
1999 Januar	93,8	95,3	96,6	93,0	96,4	95,8	83,7	93,6	79,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. – 5) Jahreskorrektur

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾
Deutschland
 1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,9	94,7	97,8	94,7	100,4	92,3	103,6	109,4
1997	99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7
1998 ³⁾	106,3	96,0	109,9	108,2	115,1	115,3	125,5	113,2
1997 August	95,4	93,3	93,7	91,8	100,2	87,8	103,7	99,5
September	110,5	99,3	122,9	129,1	107,9	106,1	152,2	126,6
Oktober	108,8	98,6	111,9	103,4	113,4	113,6	122,4	110,3
November	104,3	92,2	111,0	112,6	106,7	117,0	122,6	129,9
Dezember	88,5	79,3	109,4	103,0	107,5	115,4	126,3	126,0
1998 ³⁾ Januar	98,1	84,9	111,2	115,9	120,4	108,6	118,3	102,7
Februar	102,6	81,4	106,5	103,4	105,9	109,4	125,0	114,4
März	114,1	99,4	125,4	120,6	129,2	121,9	138,7	134,6
April	106,4	97,5	112,5	102,5	121,7	113,8	125,7	111,0
Mai	102,3	98,1	104,4	102,4	111,7	118,0	114,1	119,8
Juni	113,6	107,0	121,0	130,4	108,4	125,9	125,9	104,0
Juli	110,5	104,7	111,7	107,1	111,9	120,9	142,5	116,9
August	106,0	98,0	94,9	103,0	96,0	105,8	107,3	102,3
September	110,4	98,2	110,3	107,8	122,9	115,4	119,7	153,7
Oktober	110,9	98,5	103,1	94,0	109,5	113,2	122,2	102,1
November	108,8	99,4	105,3	108,6	105,6	115,4	120,7	100,8
Dezember	91,9	84,3	112,6	103,0	138,0	115,4	146,0	96,2
1999 Januar	97,8	83,1	97,4	97,3	96,2	106,7	114,5	92,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,7	99,2	100,7	106,8	137,0	107,2	109,1	111,3	81,8	100,2
1997	105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9
1998 ³⁾	107,3	111,9	103,7	116,8	130,9	111,8	135,3	136,2	127,8	101,3
1997 August	92,9	97,1	86,3	101,6	112,3	92,0	99,8	96,1	111,8	81,8
September	122,6	117,2	148,5	113,4	115,8	114,6	123,3	125,8	156,0	103,8
Oktober	102,9	101,1	101,7	113,8	116,6	115,7	127,5	128,6	129,2	111,2
November	113,5	118,1	106,6	109,8	131,6	116,0	121,3	118,9	65,5	105,0
Dezember	104,4	111,1	102,9	104,9	104,9	120,7	112,6	111,3	182,6	85,1
1998 ³⁾ Januar	106,2	111,4	104,0	108,0	111,5	110,4	125,2	126,2	126,0	101,2
Februar	106,1	112,2	10,6	112,8	132,0	104,5	129,0	129,6	130,8	104,2
März	119,6	124,3	117,0	117,4	121,7	128,1	151,5	154,6	167,1	116,0
April	107,8	113,9	96,6	105,1	113,9	107,5	141,7	147,0	118,1	102,2
Mai	100,4	107,3	92,6	108,8	113,2	103,8	129,0	128,4	131,1	94,1
Juni	105,8	111,9	100,6	117,5	139,3	118,1	131,4	129,1	102,9	98,8
Juli	110,2	116,4	103,1	111,0	125,5	124,6	141,1	143,3	135,2	96,4
August	92,9	95,5	89,6	106,6	123,9	94,4	111,4	109,9	74,8	87,6
September	119,5	125,3	124,5	134,3	148,9	115,2	141,5	140,8	215,3	107,3
Oktober	105,4	107,2	99,2	113,8	129,9	111,5	146,0	147,4	144,9	111,9
November	109,1	110,9	106,7	132,9	140,4	111,2	142,5	146,6	79,5	110,1
Dezember	103,5	105,9	109,9	133,1	170,8	112,8	133,0	130,9	107,3	86,3
1999 Januar	98,4	101,6	101,4	113,5	120,8	106,8	130,7	131,9	58,4	98,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. - 3) Jahreskorrektur.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1996	99,9	97,7	102,5	103,1	97,9	96,6	97,5	102,1	93,6
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6
1998 ⁵⁾	110,4	107,4	116,6	112,2	97,2	95,5	99,6	104,2	94,2
1997 August	96,1	96,0	98,1	85,9	102,4	80,4	157,6	120,6	86,6
September	116,9	113,0	123,4	113,1	117,2	109,7	150,9	150,2	104,5
Oktober	114,4	114,9	116,9	115,4	97,8	105,5	77,4	130,2	107,9
November	107,6	109,6	109,9	107,0	85,0	96,6	55,0	103,9	97,3
Dezember	103,5	100,1	114,7	95,9	83,3	78,7	48,0	66,3	84,1
1998 ⁵⁾ Januar	109,3	108,7	114,0	108,0	91,6	95,1	81,0	82,9	85,9
Februar	110,4	107,9	113,3	110,1	113,6	104,7	178,4	120,4	88,9
März	125,3	120,3	131,1	128,8	124,3	115,1	161,5	149,8	109,0
April	112,4	110,9	117,4	117,8	90,7	98,7	72,7	116,7	98,2
Mai	105,8	104,8	111,8	108,1	79,9	91,3	49,7	85,9	93,1
Juni	112,5	111,1	120,2	108,1	91,0	90,9	58,9	72,6	96,5
Juli	113,7	109,7	122,8	113,1	96,7	92,1	100,6	93,5	96,2
August	96,5	95,0	98,3	90,6	107,2	78,8	165,9	126,9	84,6
September	118,1	110,5	129,1	118,0	114,8	104,0	145,2	141,0	101,2
Oktober	110,6	108,0	114,6	120,2	94,0	101,3	73,7	112,8	101,9
November	108,0	105,6	112,8	119,7	83,5	96,2	57,4	78,8	95,7
Dezember	102,0	96,2	113,9	104,2	79,2	77,3	49,9	69,1	78,9
1999 Januar	99,7	98,7	101,3	107,2	87,9	82,9	77,7	83,1	82,4

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	96,5	100,1	97,4	95,6	97,2	96,4	93,0	94,7	93,6
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2
1998 ⁵⁾	97,5	100,6	102,5	101,1	104,8	104,3	90,6	104,1	100,0
1997 August	92,5	89,3	94,1	98,3	92,5	91,2	85,0	94,1	91,1
September	102,2	101,9	110,8	111,4	107,0	106,3	101,1	109,6	99,6
Oktober	109,5	108,0	111,7	113,5	114,2	112,6	106,6	120,7	107,7
November	104,5	108,8	99,4	101,8	104,7	102,2	91,0	115,8	114,7
Dezember	92,5	105,1	100,4	102,2	87,9	86,9	73,6	103,5	100,4
1998 ⁵⁾ Januar	102,2	94,6	109,3	113,5	99,8	98,7	84,6	119,0	118,2
Februar	98,9	92,8	105,3	108,4	102,4	101,7	83,0	114,5	111,6
März	105,6	104,7	117,4	117,1	114,4	113,2	97,2	122,1	122,8
April	100,3	96,8	105,7	106,1	107,0	106,4	96,5	110,1	108,9
Mai	94,8	94,7	101,2	101,8	104,0	104,0	91,8	103,2	100,0
Juni	99,5	98,0	109,1	105,7	108,7	108,3	96,8	115,8	101,8
Juli	100,9	98,0	104,9	102,2	112,4	112,6	97,7	103,3	99,0
August	90,3	92,0	91,9	90,2	95,0	95,3	82,0	87,3	84,5
September	95,6	105,6	101,9	95,8	109,6	108,7	97,0	97,2	88,8
Oktober	96,5	108,4	100,2	95,7	110,3	109,8	99,4	97,0	90,9
November	96,5	112,2	92,8	87,8	105,7	104,8	89,9	97,6	92,7
Dezember	88,7	109,1	90,5	88,8	88,6	87,8	70,7	81,5	80,8
1999 Januar	92,0	94,2	95,8	91,6	95,6	95,4	80,1	91,9	79,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – 5) Jahreskorrektur

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾
Früheres Bundesgebiet
1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,5	93,1	98,2	94,6	100,5	93,1	103,6	107,8
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2
1998 ³⁾	104,9	92,1	110,2	108,2	114,4	115,8	124,5	104,7
1997 August	94,4	91,8	94,1	92,1	99,5	89,0	102,5	96,0
September	109,8	96,2	123,3	129,9	108,6	105,5	153,6	120,6
Oktober	108,6	98,7	112,7	102,9	112,9	114,7	122,9	102,5
November	103,5	88,7	111,5	113,1	105,4	116,1	121,8	119,5
Dezember	87,9	77,9	110,0	102,9	107,0	115,6	127,1	119,3
1998 ³⁾ Januar	97,5	84,3	111,9	116,5	120,0	109,4	117,9	95,2
Februar	101,2	76,8	106,7	103,5	105,7	109,4	122,9	109,1
März	112,7	96,1	125,9	121,2	126,3	122,6	138,3	126,4
April	105,1	94,4	113,0	102,2	120,8	114,2	124,6	107,1
Mai	100,8	94,9	104,6	102,1	110,8	118,7	113,1	108,6
Juni	110,5	99,4	121,7	130,5	109,0	123,7	126,1	98,0
Juli	109,0	101,2	111,8	106,9	111,2	122,0	140,8	112,8
August	104,4	92,1	94,3	103,2	95,2	107,2	102,5	98,3
September	109,3	94,5	110,5	107,6	123,5	116,5	118,8	143,8
Oktober	110,0	96,2	103,1	93,6	107,6	115,0	121,3	85,4
November	107,7	95,2	105,4	107,9	104,2	116,2	121,2	85,4
Dezember	90,5	80,1	113,1	103,3	138,0	115,0	147,0	85,9
1999 Januar	96,1	79,5	97,3	96,6	93,7	108,0	114,1	80,9

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,9	99,6	100,7	106,4	136,4	106,5	109,4	111,7	91,9	99,7
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3
1998 ³⁾	106,7	113,9	100,8	113,8	128,8	109,9	133,7	134,5	143,0	100,3
1997 August	93,3	99,4	86,5	99,4	111,7	90,3	99,9	96,2	137,0	81,7
September	123,5	120,4	148,6	109,7	113,1	112,2	122,7	125,2	176,1	103,4
Oktober	103,4	103,6	101,8	112,7	116,9	114,6	127,8	128,9	152,9	110,6
November	114,6	121,4	106,7	108,0	130,8	115,1	120,8	118,2	71,1	103,9
Dezember	104,8	114,0	102,0	101,2	99,3	120,2	112,6	111,2	210,9	84,7
1998 ³⁾ Januar	106,5	113,6	102,4	103,9	109,5	108,7	125,0	126,0	153,8	100,6
Februar	106,7	114,8	100,2	109,8	129,8	103,2	128,3	128,7	141,0	103,4
März	119,1	124,9	116,9	114,8	120,3	126,5	150,8	153,8	171,4	115,3
April	107,9	116,3	96,4	101,8	111,1	105,7	140,9	146,5	142,4	102,0
Mai	100,2	109,3	89,4	106,1	111,4	101,5	128,1	127,9	149,6	93,6
Juni	104,4	114,2	93,8	114,5	137,3	116,2	129,3	127,0	121,3	97,9
Juli	110,8	119,3	101,4	107,9	123,5	123,1	139,0	140,7	166,4	95,7
August	93,0	97,1	88,5	103,3	121,1	92,2	109,3	107,8	64,6	86,6
September	117,0	128,0	109,8	132,7	148,2	113,9	139,0	138,1	267,7	106,0
Oktober	105,5	109,0	97,8	110,4	128,9	108,8	143,8	145,2	135,6	109,9
November	107,0	113,2	104,2	130,3	138,5	108,9	140,0	144,2	94,8	108,1
Dezember	102,6	107,1	109,1	129,5	165,5	109,8	130,7	128,5	107,9	84,7
1999 Januar	98,5	103,4	101,9	110,6	118,9	103,7	128,5	129,9	60,2	96,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Jahreskorrektur

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾
Neue Länder und Berlin-Ost
1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1996	95,5	103,1	84,2	105,6	104,5	105,3	92,3	89,7	119,3
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8
1998 ⁵⁾	124,3	133,1	112,3	145,1	113,7	128,3	81,8	106,6	159,8
1997 August	95,6	113,0	75,0	96,8	105,0	88,1	108,3	87,7	134,6
September	123,3	132,5	112,1	129,6	121,9	121,6	113,6	106,7	156,8
Oktober	111,5	129,0	89,4	123,9	116,3	126,3	105,6	113,8	160,4
November	114,2	127,0	97,3	130,7	112,2	126,7	90,6	90,0	147,1
Dezember	105,6	110,5	100,8	104,7	102,1	94,4	64,6	90,9	116,5
1998 ⁵⁾ Januar	107,6	125,2	85,0	125,3	109,3	125,0	82,9	99,2	134,3
Februar	118,5	124,7	109,9	132,3	112,5	128,8	92,4	106,7	139,0
März	141,3	145,9	136,1	151,7	127,0	148,1	87,1	137,3	177,7
April	117,1	134,8	96,3	127,8	112,0	123,7	76,6	105,3	143,3
Mai	117,3	129,3	104,5	122,2	104,8	121,0	64,4	103,9	148,6
Juni	127,5	141,0	110,5	145,4	118,8	125,9	58,1	106,4	169,0
Juli	121,9	137,8	100,5	148,4	114,8	116,9	70,7	108,4	174,8
August	119,4	119,6	118,2	134,0	106,8	98,1	97,1	110,0	161,2
September	129,1	148,7	102,0	165,2	123,1	151,0	102,3	121,7	185,8
Oktober	142,2	137,9	144,7	174,7	112,7	139,8	86,2	88,4	175,6
November	126,0	134,1	111,1	167,8	114,1	146,7	97,1	86,4	171,8
Dezember	124,0	118,3	128,2	146,3	108,4	114,2	66,3	104,9	136,4
1999 Januar	118,9	126,5	107,0	152,8	98,6	125,1	62,6	81,6	165,2

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und - bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	105,7	100,2	99,3	88,4	106,9	108,2	105,9	101,5	98,4
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9
1998 ⁵⁾	127,2	131,7	113,3	104,8	128,1	126,8	131,0	121,5	103,8
1997 August	110,5	103,8	101,5	92,2	120,7	122,2	124,8	112,7	112,9
September	112,8	120,5	118,3	109,7	140,4	140,9	140,7	125,5	113,0
Oktober	137,0	127,0	121,3	112,1	136,5	137,9	142,7	118,2	103,5
November	123,0	133,8	115,7	108,6	123,0	123,4	131,5	133,3	129,1
Dezember	108,7	114,8	125,1	120,0	98,9	97,5	93,4	98,7	92,3
1998 ⁵⁾ Januar	128,8	127,5	115,5	109,9	106,7	103,9	103,1	124,7	113,2
Februar	123,1	111,8	120,0	123,2	111,8	109,1	106,1	126,0	112,6
März	141,5	137,8	132,7	129,3	133,5	130,7	138,7	134,1	120,9
April	134,8	127,1	123,4	123,5	128,5	127,1	134,0	133,3	124,9
Mai	116,3	118,8	110,5	98,6	128,2	130,4	130,6	120,8	100,9
Juni	132,0	126,5	118,0	106,3	138,4	139,0	147,8	125,3	101,4
Juli	138,4	129,9	112,8	100,1	144,4	144,7	154,3	126,6	105,0
August	113,5	133,0	92,1	79,2	121,7	121,5	132,6	102,5	76,0
September	121,6	145,3	109,4	96,6	152,8	150,0	148,1	124,3	98,1
Oktober	125,2	143,6	106,5	90,2	143,9	143,2	147,0	122,2	106,4
November	123,1	149,8	106,1	92,0	126,6	126,0	130,9	118,2	103,3
Dezember	127,6	129,2	113,1	108,8	100,2	96,3	98,9	100,0	82,4
1999 Januar	122,6	121,5	113,1	113,9	109,2	101,9	113,1	117,0	81,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. – 5) Jahreskorrektur.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾
Neue Länder und Berlin-Ost
1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Buro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	101,9	106,0	91,3	98,1	97,9	80,3	104,8	156,6
1997	109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1998 ³⁾	124,0	122,2	105,0	108,7	138,5	107,7	142,3	364,6
1997 August	108,5	104,0	87,6	85,8	124,1	71,0	125,0	203,0
September	119,7	119,9	115,5	110,8	84,2	114,5	128,2	302,0
Oktober	111,4	97,6	97,2	114,0	130,9	97,3	112,6	341,2
November	115,6	116,5	101,3	102,6	146,0	130,6	136,5	436,0
Dezember	94,8	88,8	99,1	104,3	122,4	113,1	113,5	321,7
1998 ³⁾ Januar	105,6	88,4	98,9	101,7	134,5	97,0	126,0	323,7
Februar	120,5	112,9	103,2	102,2	111,0	108,3	160,7	269,9
März	131,5	121,9	116,1	108,7	220,5	112,4	146,8	373,5
April	123,1	118,9	104,2	109,7	151,7	108,0	145,9	225,2
Mai	120,8	120,0	100,5	108,5	138,9	108,4	131,0	451,3
Juni	152,5	159,5	109,3	127,7	90,8	160,2	122,2	279,3
Juli	129,3	128,5	107,7	112,0	133,6	103,5	170,7	236,1
August	125,9	137,8	105,0	100,2	122,6	84,8	191,0	223,4
September	124,8	123,3	106,1	112,4	101,6	98,5	135,2	447,9
Oktober	121,8	114,5	102,9	101,9	171,2	85,7	137,0	593,0
November	122,0	127,6	102,9	124,5	147,8	102,9	113,4	555,8
Dezember	109,8	112,8	103,7	94,3	137,4	122,4	128,2	396,2
1999 Januar	118,4	107,7	99,2	113,0	175,6	86,5	120,6	438,8

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	94,7	93,7	101,6	121,4	157,6	124,8	101,0	99,5	45,2	107,6
1997	98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1998 ³⁾	114,3	82,1	150,6	209,2	203,3	159,5	183,6	188,3	71,8	116,0
1997 Juli	89,9	68,2	92,0	161,4	92,9	134,5	115,9	107,3	34,4	96,6
August	86,9	63,3	82,6	170,0	134,5	131,9	97,2	93,3	19,9	84,6
September	107,3	68,9	147,7	227,2	207,6	170,7	140,6	143,9	82,5	110,0
Oktober	96,8	65,0	99,8	146,4	106,5	142,7	118,1	119,3	42,6	120,8
November	96,9	69,8	106,1	164,1	158,5	139,3	137,6	143,4	45,5	119,5
Dezember	98,2	68,5	119,1	219,3	294,3	133,0	114,1	113,9	79,4	91,0
1998 ³⁾ Januar	100,8	79,2	129,7	228,9	177,0	152,8	132,9	133,5	24,3	109,7
Februar	96,1	74,0	108,8	204,2	205,8	136,3	151,4	158,0	93,5	116,4
März	126,0	116,7	117,1	197,1	168,4	167,9	176,4	181,5	151,3	124,9
April	105,3	79,5	100,3	207,0	208,2	151,6	166,0	162,6	29,5	105,4
Mai	103,6	78,8	143,7	191,9	174,8	157,9	154,2	142,7	63,7	100,5
Juni	126,8	77,4	212,2	209,1	204,9	164,8	196,5	197,4	35,4	111,8
Juli	101,6	74,4	129,1	202,1	189,8	161,9	207,3	229,4	21,4	105,2
August	92,5	71,9	108,5	207,7	216,9	146,6	173,2	177,9	111,7	101,6
September	157,5	86,3	363,0	184,4	173,2	147,5	216,1	227,2	24,2	124,7
Oktober	103,5	80,7	122,4	219,3	165,2	175,0	211,3	217,8	178,9	141,6
November	140,9	78,0	148,7	213,9	205,9	165,2	217,0	223,6	23,3	139,5
Dezember	117,2	88,5	123,4	245,0	349,9	186,3	200,9	207,8	104,5	110,3
1999 Januar	96,8	74,8	93,8	204,6	186,1	181,0	195,1	197,1	52,2	123,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Jahreskorrektur.

**Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden
sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾**

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen										
		Darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungs- gewerbe	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Chemische Industrie	Metaller- zeugung und -bear- beitung	Maschi- nenbau	H.v. Büromas- chinen, DV -Geräten und -einrich- tungen	H.v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richten- technik	H.v. Kraftwagen und Kraftwagen- teilen
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1996	6 519,8	6 353,1	518,2	139,1	93,6	517,5	279,2	1 020,6	45,0	470,0	152,1	682,0
1997 ⁴⁾	6 310,9	6 163,0	502,1	131,6	84,3	500,4	271,0	981,5	45,5	446,0	145,8	695,8
1998 ⁵⁾	6 403,3	6 265,5	544,3	129,0	79,1	484,6	270,7	986,9	42,2	452,6	148,9	739,1
1997 ⁴⁾ November	6 314,4	6 169,0	503,8	131,1	82,5	495,5	270,6	983,1	45,6	445,4	144,8	706,8
1997 ⁴⁾ Dezember	6 280,3	6 136,1	498,7	130,2	82,1	494,0	269,7	978,4	45,7	444,6	144,0	704,7
1998 ⁵⁾ Januar	6 344,1	6 204,2	542,8	129,6	81,1	483,4	268,9	979,3	43,1	446,8	146,2	715,4
1998 ⁵⁾ Februar	6 344,6	6 205,7	537,9	129,2	80,6	483,7	269,3	980,1	42,7	448,4	147,2	722,0
1998 ⁵⁾ März	6 365,3	6 226,0	538,0	129,5	80,2	485,2	269,8	981,8	43,1	450,4	147,2	727,4
1998 ⁵⁾ April	6 368,5	6 229,5	538,0	129,4	79,7	483,9	269,6	981,8	43,1	451,2	147,5	729,1
1998 ⁵⁾ Mai	6 372,0	6 233,0	539,1	129,1	78,7	483,9	269,6	982,0	42,9	451,2	147,0	731,1
1998 ⁵⁾ Juni	6 396,3	6 257,8	543,0	129,0	78,8	483,7	270,4	983,8	43,1	453,5	147,9	738,5
1998 ⁵⁾ Juli	6 432,0	6 294,3	547,3	129,0	78,9	484,1	271,4	987,8	43,1	456,7	148,6	749,5
1998 ⁵⁾ August	6 461,4	6 323,6	552,4	129,0	78,6	486,4	271,8	992,6	43,6	459,5	151,4	751,4
1998 ⁵⁾ September	6 472,1	6 334,6	552,6	129,1	78,5	487,4	273,0	996,8	44,1	458,2	152,0	750,2
1998 ⁵⁾ Oktober	6 447,9	6 311,6	550,9	128,8	78,2	484,8	272,2	995,4	39,4	453,3	151,3	750,5
1998 ⁵⁾ November	6 436,0	6 300,2	547,1	128,5	77,8	485,0	271,7	993,1	39,2	452,5	151,0	752,3
1998 ⁵⁾ Dezember	6 402,3	6 267,8	542,7	127,6	77,7	483,3	270,7	988,4	38,9	449,8	149,4	751,5
1999 ⁶⁾ Januar	6 375,6	6 245,0	547,4	126,2	76,7	477,0	269,7	988,5	38,2	432,4	162,3	748,5
Umsatz insgesamt ²⁾												
Mill. DM												
1996	2 079 295,4	2 049 960,2	222 520,6	31 511,8	22 448,6	215 655,2	92 385,5	258 174,0	26 425,7	126 517,9	39 221,3	283 175,1
1997 ⁴⁾	2 188 204,3	2 160 598,5	225 981,1	31 658,7	22 528,6	231 093,3	99 860,2	268 326,0	27 388,1	118 035,0	57 772,8	315 484,8
1998 ⁵⁾	2 270 082,3	2 246 860,9	227 975,4	32 099,1	22 579,3	227 431,1	102 698,6	285 147,9	28 211,9	126 923,4	60 972,0	371 785,1
1997 ⁴⁾ November	193 114,3	190 766,4	18 812,8	2 806,3	1 454,9	18 968,3	8 787,1	24 473,7	2 653,3	10 772,0	5 064,8	30 138,1
1997 ⁴⁾ Dezember	189 123,8	186 926,9	19 531,1	2 243,1	1 330,9	18 102,2	7 399,8	27 615,4	2 718,6	10 398,9	5 567,7	26 531,8
1998 ⁵⁾ Januar	169 411,1	167 460,9	18 086,8	2 652,0	2 294,4	19 225,1	8 745,0	19 360,8	2 160,1	9 222,3	4 161,8	24 122,4
1998 ⁵⁾ Februar	174 443,0	172 700,8	17 799,4	2 678,2	2 403,3	19 049,3	8 629,9	20 509,5	2 174,7	9 773,5	4 452,4	28 218,4
1998 ⁵⁾ März	203 863,2	201 887,8	19 661,4	3 006,0	2 202,2	21 096,6	9 740,7	24 990,9	2 760,2	11 742,2	5 283,2	33 784,7
1998 ⁵⁾ April	187 688,5	185 697,8	19 527,3	2 776,3	1 364,9	19 815,1	9 069,4	22 326,6	2 221,1	10 222,6	4 833,1	30 757,8
1998 ⁵⁾ Mai	181 401,9	179 419,6	19 099,4	2 585,5	1 044,6	18 683,4	8 646,2	21 434,4	2 346,9	9 975,3	4 539,8	29 828,6
1998 ⁵⁾ Juni	196 085,2	194 112,5	19 067,4	2 691,8	1 355,5	19 779,4	9 092,2	27 342,6	2 274,0	10 917,2	4 896,4	31 903,9
1998 ⁵⁾ Juli	195 169,0	193 124,5	19 330,2	2 703,7	2 364,9	19 576,5	8 832,2	24 079,7	2 375,3	10 756,8	4 965,6	32 717,6
1998 ⁵⁾ August	169 420,3	167 616,2	18 343,8	2 152,5	2 623,5	17 047,1	7 770,5	21 519,2	2 061,2	9 435,6	4 637,0	23 991,9
1998 ⁵⁾ September	202 985,1	201 008,1	19 090,2	2 908,4	2 523,8	18 926,6	8 765,0	25 781,2	2 695,6	12 927,5	6 142,9	32 759,2
1998 ⁵⁾ Oktober	200 471,8	198 433,5	19 323,8	2 945,5	1 635,7	19 121,3	8 776,0	23 682,5	2 761,1	10 714,3	5 455,2	36 208,1
1998 ⁵⁾ November	196 746,8	194 817,3	19 098,9	2 813,5	1 411,0	18 250,2	8 379,5	24 717,3	2 089,2	10 566,0	5 616,7	35 428,6
1998 ⁵⁾ Dezember	192 635,6	190 820,0	19 556,4	2 187,7	1 355,7	16 856,2	6 251,7	29 428,0	2 292,9	10 681,4	5 982,5	32 064,0
1999 ⁶⁾ Januar	163 033,5	161 273,0	16 846,0	2 428,4	2 270,9	17 403,1	7 352,7	18 302,2	1 849,1	8 544,7	5 125,1	26 782,3
darunter Auslandsumsatz ³⁾												
Mill. DM												
1996	617 254,7	615 060,1	23 165,5	8 872,8	5 242,9	93 562,9	32 338,8	114 485,5	9 545,4	43 111,5	15 098,9	141 336,8
1997 ⁴⁾	696 767,2	695 746,7	25 130,9	9 627,8	5 794,3	105 890,1	35 548,5	125 539,1	10 567,0	40 505,9	28 235,7	164 384,8
1998 ⁵⁾	751 903,3	750 951,2	25 961,8	10 034,1	6 007,3	105 116,5	35 980,0	134 185,3	11 840,6	44 243,9	30 395,8	194 214,8
1997 ⁴⁾ November	63 348,7	63 261,4	2 239,3	870,3	353,8	8 540,8	3 162,7	11 699,0	1 148,2	3 779,3	2 534,6	15 959,1
1997 ⁴⁾ Dezember	61 765,5	61 691,7	2 127,4	701,5	324,3	8 335,3	2 674,6	13 562,9	1 033,7	3 475,1	2 840,5	13 819,0
1998 ⁵⁾ Januar	54 879,0	54 808,1	2 133,0	861,5	672,2	9 129,6	3 212,9	8 597,5	921,2	3 175,2	1 932,4	12 939,0
1998 ⁵⁾ Februar	58 683,3	58 611,7	2 146,6	867,7	662,0	9 072,0	3 106,7	9 586,2	949,6	3 475,3	2 102,8	14 816,2
1998 ⁵⁾ März	67 363,4	67 279,0	2 338,5	958,9	608,6	9 990,5	3 510,9	11 478,6	1 136,1	4 174,6	2 627,2	17 021,0
1998 ⁵⁾ April	62 104,1	62 023,2	2 176,1	891,3	316,6	9 302,4	3 241,7	10 448,4	986,7	3 557,4	2 396,1	15 860,3
1998 ⁵⁾ Mai	59 763,8	59 670,1	2 125,6	830,8	201,1	8 663,4	3 088,2	9 948,7	984,4	3 638,7	2 271,6	15 456,7
1998 ⁵⁾ Juni	67 804,9	67 718,9	2 216,3	872,2	332,8	9 236,7	3 262,6	14 315,5	902,5	4 046,9	2 467,3	16 646,3
1998 ⁵⁾ Juli	64 287,7	64 198,6	2 211,1	824,9	721,9	8 960,3	2 954,4	11 201,7	1 046,8	3 601,1	2 362,6	17 158,5
1998 ⁵⁾ August	54 752,1	54 682,3	2 072,0	638,4	807,9	7 718,7	2 638,8	10 515,0	869,8	3 281,5	2 375,2	12 499,6
1998 ⁵⁾ September	67 522,7	67 444,8	2 074,5	892,4	712,1	8 553,8	3 017,6	12 259,0	1 077,8	4 659,2	3 282,2	16 984,6
1998 ⁵⁾ Oktober	65 655,4	65 575,7	2 257,6	890,0	370,9	8 604,9	2 950,8	10 456,5	1 093,7	3 569,5	2 632,5	18 989,9
1998 ⁵⁾ November	65 121,3	65 043,6	2 190,1	841,0	296,4	8 155,0	2 828,0	11 330,0	917,1	3 368,0	2 899,6	18 968,4
1998 ⁵⁾ Dezember	64 043,9	63 973,3	2 024,7	664,9	304,5	7 730,1	2 167,3	14 054,7	954,7	3 698,7	3 042,5	16 874,4
1999 ⁶⁾ Januar	53 930,9	53 861,7	1 875,5	747,7	679,3	8 157,1	2 466,1	7 981,8	798,1	2 791,2	2 556,1	14 718,0

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1.1.

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einsch. Handwerk. - Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftszweiggruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren. - 4) Endgültige Ergebnisse - 5) Vorläufige Ergebnisse.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau		
	(einschl. Bauleistungen)	(ohne Bauleistungen)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe		Vorleistungsgüter	Investitionsgüter	Gebrauchsgüter	Verbrauchsgüter	zusammen	Hochbauleistungen	Tiefbauleistungen
Originalwert													
1996	99,5	100,4	99,9	93,8	100,1	105,6	98,9	101,4	101,0	99,8	93,4	94,1	92,3
1997	102,1	103,7	103,7	90,7	104,0	104,6	104,3	106,0	99,6	99,8	89,7	90,0	89,2
1998	106,5	109,1	109,4	83,4	110,2	104,7	109,4	115,6	107,0	100,2	87,3	87,6	86,6
1997 August	89,6	89,7	88,9	85,2	90,0	87,8	94,6	87,4	66,5	92,5	88,7	87,8	90,1
September	110,9	111,1	112,5	92,9	113,1	94,1	112,0	118,2	111,1	104,9	108,9	107,3	111,7
Oktober	113,1	113,8	114,2	98,6	114,6	108,8	116,5	113,4	112,0	110,3	107,2	105,3	110,6
November	109,7	111,7	111,4	95,1	111,8	115,8	110,8	114,8	113,7	105,9	95,0	93,0	98,5
Dezember	100,0	104,1	103,0	84,0	103,6	117,1	97,3	120,5	89,5	96,4	69,2	68,9	69,7
1998 Januar	94,4	99,0	97,4	78,6	97,9	119,3	101,4	92,2	93,1	97,3	60,2	63,1	54,5
Februar	97,6	102,3	102,1	76,3	102,8	106,1	103,5	103,8	105,7	93,4	61,2	63,8	56,4
März	114,4	117,9	118,3	84,6	119,2	113,7	117,7	126,4	120,5	104,5	87,8	89,1	85,5
April	106,5	108,4	108,8	79,5	109,6	102,9	110,2	112,5	107,7	99,1	92,6	92,5	92,7
Mai	102,8	104,4	105,2	79,7	105,8	95,0	107,0	108,4	102,0	95,5	91,1	91,2	90,9
Juni	109,4	110,7	112,4	82,4	113,2	90,7	112,4	121,2	108,2	99,0	98,9	98,8	99,1
Juli	111,0	111,9	113,2	86,9	113,9	95,7	114,0	120,6	105,4	102,0	104,1	104,0	104,3
August	95,2	96,1	96,2	79,8	96,7	94,7	100,2	97,3	77,2	92,5	87,7	87,1	88,6
September	114,3	115,7	117,0	89,2	117,8	98,3	116,2	125,1	119,9	104,1	104,7	103,5	107,1
Oktober	116,1	118,0	118,9	95,1	119,5	107,4	118,5	123,2	125,8	108,7	102,5	101,6	104,2
November	114,0	116,8	116,9	91,3	117,7	115,3	114,4	125,1	121,7	107,9	92,3	91,5	93,6
Dezember	102,5	107,7	106,8	77,1	107,7	117,8	97,0	131,7	96,3	97,8	64,3	65,4	62,1
arbeitstäglich bereinigter Wert													
1996	99,6	100,4	100,0	93,8	100,2	105,6	98,9	101,6	101,1	99,9	93,6	94,3	92,5
1997	102,2	103,9	103,8	90,8	104,2	104,6	104,4	106,1	99,7	99,9	89,9	90,2	89,4
1998	106,3	108,9	109,2	83,2	109,9	104,8	109,2	115,3	106,5	99,9	86,9	87,3	86,3
1997 August	91,7	91,6	91,9	87,0	92,0	87,9	96,4	89,6	68,7	94,5	92,4	91,6	93,9
September	110,1	110,4	111,7	92,3	112,3	94,1	111,3	117,2	109,9	104,2	107,4	105,9	110,3
Oktober	111,4	112,3	112,6	97,4	113,0	108,6	115,2	111,5	109,8	108,8	104,6	102,8	107,9
November	110,7	112,6	112,4	95,8	112,9	115,8	111,7	115,9	115,1	106,9	96,8	94,9	100,5
Dezember	100,4	104,5	103,4	84,2	104,0	117,5	97,6	121,1	90,0	96,7	69,7	69,4	70,2
1998 Januar	95,2	99,8	98,3	79,1	98,8	119,4	102,1	93,1	94,3	98,0	61,0	64,1	55,4
Februar	98,0	102,8	102,5	76,6	103,2	106,3	103,8	104,2	106,3	93,7	61,6	64,2	56,8
März	114,0	117,5	117,8	84,3	118,8	113,8	117,3	125,9	119,9	104,2	87,3	88,5	84,9
April	106,1	108,0	108,4	79,3	109,2	102,8	109,9	112,1	107,1	98,7	92,0	92,0	92,1
Mai	104,1	105,6	106,4	80,6	107,1	95,3	108,2	109,9	103,8	96,6	93,1	93,2	92,9
Juni	110,1	111,5	113,1	82,8	114,0	90,7	113,1	122,1	109,2	99,6	99,9	99,9	100,1
Juli	108,9	110,0	111,2	85,5	111,8	95,6	112,2	118,1	102,6	100,2	100,8	100,7	101,0
August	97,0	97,9	98,1	81,1	98,5	95,1	101,8	99,5	79,4	94,3	90,9	90,3	91,9
September	113,5	114,9	116,1	88,7	116,9	98,2	115,4	124,0	118,6	103,3	103,4	102,1	105,7
Oktober	114,3	116,3	117,0	93,8	117,6	107,2	116,9	121,0	123,0	107,1	99,5	98,6	101,2
November	112,9	115,8	115,8	90,5	116,6	115,3	113,5	123,7	120,0	106,9	91,0	90,3	92,4
Dezember	101,0	106,2	105,3	76,2	106,1	117,3	95,8	129,6	94,2	96,5	62,6	63,7	60,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 1

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsgewerbe			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewin- nung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe		

Originalwert

1996	93,0	92,3	101,4	96,1	101,6	101,8	97,0	91,5	90,9	92,5	89,8	96,1
1997	89,1	88,4	96,6	95,4	102,2	102,6	94,6	88,5	90,3	85,5	89,1	98,1
1998	80,5	79,1	97,9	91,6	102,0	102,1	100,0	87,4	90,9	81,8	87,8	100,7
1997	August	81,7	82,1	76,5	95,7	97,2	97,5	90,3	74,1	64,7	89,1	71,5	83,6
	September	84,6	85,0	78,3	117,2	106,4	106,4	107,6	99,2	99,9	98,3	99,8	111,7
	Oktober	92,6	91,5	106,0	116,3	115,8	116,6	98,6	91,5	101,4	75,6	96,4	115,4
	November	90,8	88,8	113,1	107,7	109,6	110,1	97,4	88,1	96,2	75,2	91,3	109,4
	Dezember	87,2	84,4	120,5	74,6	102,4	102,9	90,0	74,5	76,4	71,5	76,0	92,6
1998	Januar	85,8	83,1	117,6	57,4	97,0	97,5	86,4	91,8	90,8	93,5	87,4	85,2
	Februar	81,8	80,0	104,5	60,3	92,4	92,2	94,2	92,7	90,3	96,7	90,2	90,5
	März	83,1	80,6	114,0	89,0	101,8	101,8	102,5	98,0	100,9	93,4	100,3	111,8
	April	74,7	72,9	97,4	93,6	101,1	101,0	101,9	81,7	93,7	62,6	86,9	98,4
	Mai	73,2	72,5	81,2	98,7	99,9	100,0	96,9	77,9	87,2	63,1	80,7	96,1
	Juni	74,8	74,2	82,0	104,3	100,8	101,2	93,3	87,1	93,4	77,2	85,0	101,8
	Juli	78,8	78,4	83,0	110,6	102,8	102,5	106,7	93,1	91,3	95,9	89,6	103,1
	August	74,9	74,8	76,6	93,7	96,9	96,6	100,5	74,9	68,2	85,5	71,0	86,6
	September	81,5	82,1	74,5	111,8	102,4	102,0	108,8	97,5	100,3	93,0	98,1	112,7
	Oktober	88,6	87,7	100,8	114,0	113,0	113,3	108,3	91,6	102,0	75,0	91,6	114,2
	November	89,0	87,1	112,3	97,8	111,8	111,9	110,2	89,3	97,2	76,6	94,7	112,7
	Dezember	80,2	76,0	130,5	68,4	104,3	105,0	90,1	72,9	75,3	69,0	77,6	95,1

arbeitstäglich bereinigter Wert

1996	93,0	92,3	101,5	96,3	101,7	101,9	97,0	91,5	90,9	92,5	89,9	96,2
1997	89,1	88,5	96,6	95,5	102,4	102,7	94,7	88,6	90,5	85,7	89,3	98,2
1998	80,4	79,0	97,8	91,4	101,8	101,9	99,8	87,2	90,6	81,6	87,5	100,4
1997	August	83,1	83,5	77,1	98,4	99,3	99,7	92,3	76,3	66,7	91,4	74,3	86,0
	September	84,1	84,5	78,1	116,2	105,7	105,7	106,8	98,3	98,8	97,5	98,6	110,7
	Oktober	91,6	90,5	105,4	114,4	114,4	115,2	97,2	89,8	99,6	74,4	94,1	113,4
	November	91,2	89,4	113,4	109,0	110,6	111,1	98,2	89,1	97,4	76,0	92,7	110,7
	Dezember	87,4	84,6	120,6	75,0	102,7	103,2	90,3	74,8	76,7	71,9	76,5	93,1
1998	Januar	86,3	83,8	118,0	58,0	97,8	98,3	87,0	92,8	91,8	94,4	88,7	86,2
	Februar	82,1	80,3	104,6	60,5	92,7	92,6	94,5	93,1	90,7	97,0	90,8	90,9
	März	82,9	80,4	113,9	88,6	101,5	101,4	102,2	97,6	100,4	93,1	99,7	111,3
	April	74,6	72,7	97,3	93,2	100,7	100,7	101,5	81,3	93,3	62,3	86,4	98,0
	Mai	73,9	73,3	81,4	100,1	101,0	101,2	98,0	79,2	88,6	64,0	82,4	97,6
	Juni	75,2	74,6	82,2	105,0	101,4	101,8	93,9	87,8	94,2	77,8	85,9	102,6
	Juli	77,7	77,3	82,6	108,2	101,0	100,8	104,9	91,1	89,2	94,0	87,1	100,8
	August	76,1	76,0	77,1	96,0	98,6	98,5	102,3	76,7	69,9	87,4	73,3	88,8
	September	81,0	81,6	74,3	110,8	101,6	101,4	108,0	96,6	99,4	92,2	97,0	111,7
	Oktober	87,6	86,7	100,4	111,7	111,4	111,6	106,7	89,8	99,9	73,7	89,4	111,9
	November	88,4	86,4	112,0	96,9	110,9	111,0	109,3	88,2	96,1	75,8	93,3	111,6
	Dezember	79,3	75,1	129,9	67,2	102,9	103,6	88,9	71,6	73,9	67,9	75,8	93,5

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe					Kokerei, Mineral- ölvor- arbei- tung H.u v. von Spalt- und Brut- stoffen	Chemische Industrie			Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen		
	zu- sam- men	Papier- gewerbe	Verlags- gewerbe, Druck- gewerbe, Vervielfältigung von be- spielten Ton-, Bild- und Daten- trägern	darunter			zu- sam- men	darunter		zu- sam- men	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren		zu- sam- men	Metall- erzeu- gung und -bear- beitung	H. v. Metall- erzeug- nissen
				Verlags- gewerbe	Druck- gewerbe			H.v. Chemischen Grund- stoffen	H.v. Chemie- fasern							

Originalwert

1996	100,9	99,1	101,6	105,1	98,7	104,5	101,5	105,7	99,9	94,6	101,7	92,2	95,7	97,6	94,6	99,1
1997	104,1	101,9	105,1	116,2	96,0	101,2	106,6	115,3	111,6	101,7	110,4	98,7	95,5	103,5	103,8	103,4
1998	109,0	104,1	111,2	122,9	101,6	103,5	105,4	112,5	110,8	108,7	117,5	105,6	96,9	109,0	106,9	110,1
1997 August . . .	96,2	95,8	96,5	107,1	87,9	101,7	100,5	112,2	93,9	89,9	90,3	89,8	93,5	94,6	93,9	95,0
September . . .	110,6	106,5	112,4	124,4	102,4	97,2	107,4	113,7	110,8	109,7	120,5	105,9	108,4	114,2	110,7	116,1
Oktober	115,3	108,2	118,3	131,3	106,8	108,5	111,2	117,4	117,9	116,8	124,3	114,1	112,0	115,7	115,1	116,0
November . . .	111,3	102,5	115,1	127,4	104,1	100,8	107,7	115,3	107,1	109,0	119,1	105,5	102,9	110,8	109,8	111,2
Dezember . . .	105,6	90,1	112,4	117,1	108,4	111,9	100,8	115,3	113,7	89,5	93,9	88,0	76,6	99,6	93,5	102,8
1998 Januar . . .	103,9	106,4	102,8	119,4	89,6	104,4	108,7	118,5	118,0	99,7	110,7	95,9	72,7	99,8	108,1	95,6
Februar	101,2	102,0	100,9	113,0	91,1	98,5	104,9	114,6	113,4	103,8	115,7	99,7	77,5	101,9	108,6	98,3
März	115,9	113,6	116,9	128,1	106,6	98,9	114,8	120,5	126,2	117,2	128,4	113,3	100,7	120,4	120,5	120,4
April	107,7	103,7	109,5	124,5	97,7	103,0	109,9	117,7	119,3	105,1	117,2	100,8	101,8	109,1	110,8	108,0
Mai	104,5	102,7	105,4	120,4	93,5	103,1	103,7	113,0	115,0	107,7	113,1	105,9	102,0	106,1	109,8	104,1
Juni	105,6	104,3	106,2	116,6	98,3	100,8	108,7	115,5	119,3	112,5	120,1	109,9	107,8	111,5	111,6	111,4
Juli	106,6	107,4	106,4	116,7	98,7	108,3	109,0	112,6	107,7	114,2	117,9	113,0	112,1	112,5	107,5	115,2
August	101,8	99,5	102,6	113,6	94,4	105,7	98,1	107,6	94,4	98,9	99,4	98,6	94,4	101,0	99,7	101,7
September . . .	115,3	107,5	118,7	130,6	109,1	104,7	106,1	109,6	110,7	116,1	127,2	112,3	111,2	117,0	109,7	120,8
Oktober	117,8	107,5	122,3	135,4	110,8	111,3	106,4	111,9	111,9	119,7	130,2	116,0	110,3	116,5	110,8	119,5
November . . .	117,0	104,5	122,6	133,1	113,3	100,6	102,1	106,1	103,9	115,7	130,4	110,5	98,8	112,8	104,6	117,0
Dezember . . .	110,6	89,9	119,5	123,7	116,3	102,8	92,5	102,8	89,3	93,7	99,6	91,6	73,4	99,5	80,7	109,4

arbeitstäglich bereinigter Wert

1996	100,9	99,2	101,7	105,1	98,7	104,1	101,6	105,8	99,9	94,7	101,7	92,3	95,7	97,6	94,6	99,2
1997	104,2	102,1	105,2	116,3	96,0	101,3	106,6	115,3	111,8	101,8	110,5	98,8	95,6	103,6	103,8	103,5
1998	108,9	103,9	111,0	122,8	101,5	103,6	105,3	112,5	110,5	108,5	117,2	105,4	96,7	108,8	106,9	109,9
1997 August . . .	97,7	97,5	97,8	108,5	89,0	101,7	101,7	112,2	96,8	92,2	92,5	92,0	95,9	96,1	93,9	97,3
September . . .	110,1	106,0	111,9	124,0	102,0	97,2	107,0	113,7	109,7	108,8	119,5	105,1	107,5	113,7	110,7	115,3
Oktober	114,2	107,2	117,3	130,2	106,0	108,5	110,3	117,4	115,6	115,0	122,4	112,4	110,4	114,6	115,1	114,3
November . . .	111,9	103,3	115,6	128,0	104,6	100,8	108,2	115,3	108,4	110,0	120,2	106,5	103,9	111,5	109,8	112,3
Dezember . . .	105,8	90,3	112,6	117,3	108,6	111,9	101,0	115,3	114,3	89,9	94,3	88,4	76,9	99,8	93,5	103,2
1998 Januar . . .	104,5	107,1	103,4	119,9	90,1	104,4	109,2	118,5	119,3	100,6	111,6	96,8	73,3	100,4	108,1	96,5
Februar	101,5	102,3	101,2	113,1	91,3	99,7	105,0	114,3	113,9	104,3	116,1	100,1	78,2	102,2	108,9	98,7
März	115,6	113,3	116,6	128,0	106,4	98,9	114,6	120,5	125,6	116,7	127,9	112,9	100,3	120,1	120,5	120,0
April	107,5	103,4	109,2	124,3	97,5	103,0	109,7	117,7	118,8	104,7	116,7	100,5	101,4	108,8	110,8	107,6
Mai	105,3	103,6	106,1	121,2	94,1	103,1	104,3	113,0	116,8	109,2	114,7	107,2	103,4	106,9	109,8	105,4
Juni	106,1	104,8	106,6	117,0	98,7	100,8	109,1	115,5	120,4	113,3	121,0	110,7	108,5	112,0	111,6	112,1
Juli	105,5	105,9	105,3	115,6	97,6	108,3	107,9	112,6	105,2	112,1	115,8	110,8	109,9	111,2	107,5	113,1
August	102,9	100,9	103,9	114,8	95,5	105,7	99,1	107,6	96,8	100,9	101,5	100,7	96,5	102,3	99,7	103,7
September . . .	114,8	106,9	118,3	130,0	108,6	104,7	105,7	109,6	109,7	115,2	126,1	111,3	110,4	116,4	109,7	119,9
Oktober	116,7	106,3	121,3	134,3	109,8	111,3	105,6	111,9	109,7	117,8	128,2	114,2	108,4	115,3	110,8	117,7
November . . .	116,4	103,7	121,8	132,3	112,6	100,6	101,5	106,1	102,6	114,6	129,1	109,5	98,0	112,0	104,6	115,9
Dezember . . .	109,6	89,0	118,6	122,7	115,3	102,8	91,8	102,8	87,6	92,3	98,1	90,2	72,4	98,5	80,7	107,7

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Ma- schinen- bau	H. v. Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling		
		zu- sam- men	H v. Buro- ma- schin- en, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -einrich- tungen	H. v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -vertei- lung u. ä.	Rund- funk-, Fern- seh- und Nach- richten- technik	Medizin-, Mess-, Steuer- und Rege- lungs- technik, Optik	zu- sam- men	H. v Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sam- men	Recycling	
									zu- sam- men	Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau			
Originalwert														
1996		100,1	101,7	110,6	100,2	101,6	102,2	104,8	106,4	92,6	88,0	94,2	97,5	104,7
1997		104,0	105,6	130,8	103,1	104,1	103,6	111,9	114,6	92,0	77,3	93,9	96,1	134,0
1998		110,0	115,0	164,4	109,7	111,1	113,2	129,9	134,1	99,3	80,6	99,0	99,5	139,2
1997	August	84,3	91,6	107,7	91,8	87,9	88,0	80,4	80,2	81,3	69,4	80,9	72,3	135,8
	September	117,0	119,2	146,1	116,1	120,5	116,4	118,2	121,4	94,8	82,9	98,0	111,5	149,6
	Oktober	112,4	116,0	135,2	115,3	114,8	111,6	121,5	124,1	102,0	82,3	103,4	114,2	152,0
	November	111,7	115,5	163,1	112,0	108,7	112,1	124,6	128,7	95,2	79,5	99,9	108,9	139,4
	Dezember	127,9	107,1	149,2	100,5	98,7	113,6	103,6	105,6	88,7	63,7	91,1	93,9	131,7
1998	Januar	86,1	99,3	132,2	98,3	88,3	97,5	110,1	113,5	85,3	76,9	92,1	86,2	129,1
	Februar	98,8	106,3	138,1	103,7	103,3	103,4	124,7	128,8	94,6	86,1	96,3	94,1	137,5
	März	120,8	124,7	173,3	119,9	115,5	125,3	141,3	146,5	103,0	89,1	104,4	114,8	150,0
	April	106,9	112,3	150,6	110,0	106,2	108,5	130,9	135,3	99,0	84,4	100,0	99,9	144,4
	Mai	103,0	106,6	149,7	102,6	101,9	104,4	125,2	129,4	93,6	80,0	94,2	91,4	134,2
	Juni	121,6	115,1	148,4	110,9	111,8	115,6	132,7	137,4	97,8	86,3	97,0	97,0	143,6
	Juli	114,6	120,4	164,1	116,3	113,4	119,7	135,0	139,2	104,0	78,6	102,0	90,6	152,5
	August	90,5	100,6	139,2	97,6	95,9	97,7	101,1	102,2	92,7	64,8	89,2	78,2	140,3
	September	116,8	127,6	185,4	120,0	127,9	125,5	139,2	143,6	106,3	86,5	101,8	113,7	148,0
	Oktober	111,1	126,0	193,5	118,2	124,9	121,5	151,0	156,9	108,5	85,3	106,7	115,6	140,9
	November	116,8	124,2	192,8	116,5	125,8	117,7	147,6	152,6	110,6	84,8	106,7	116,9	131,1
	Dezember	132,5	117,3	205,3	102,7	118,3	121,2	120,4	123,7	96,4	64,3	97,3	95,3	118,9
arbeitstäglich bereinigter Wert														
1996		100,2	101,8	110,7	100,3	101,8	102,4	104,9	106,5	92,6	88,0	94,2	97,6	104,8
1997		104,1	105,7	130,9	103,2	104,2	103,8	112,1	114,9	92,1	77,4	94,0	96,2	134,2
1998		109,7	114,7	163,9	109,5	110,7	112,9	129,4	133,5	99,1	80,4	98,8	99,2	139,0
1997	August	86,2	93,9	109,9	94,0	90,7	90,3	83,5	83,6	83,0	70,9	82,6	74,3	138,4
	September	116,1	118,3	145,2	115,3	119,3	115,6	116,7	119,9	94,2	82,4	97,3	110,6	148,7
	Oktober	110,8	114,2	133,6	113,6	112,6	109,9	118,6	121,1	100,7	81,2	102,1	112,3	150,3
	November	112,6	116,6	164,2	112,9	110,1	113,2	126,3	130,5	96,1	80,4	100,7	110,1	140,8
	Dezember	128,4	107,5	149,8	100,9	99,2	114,1	104,2	106,3	89,0	63,9	91,4	94,4	132,1
1998	Januar	86,9	100,2	133,1	99,2	89,3	98,4	111,6	115,1	86,0	77,5	92,8	87,1	130,0
	Februar	99,2	106,7	138,5	104,1	103,9	103,8	125,5	129,7	94,9	86,4	96,6	94,5	138,0
	März	120,4	124,2	172,7	119,4	115,0	124,8	140,4	145,6	102,5	88,8	104,1	114,4	149,6
	April	106,5	111,8	150,1	109,6	105,7	108,1	130,1	134,4	98,7	84,1	99,7	99,5	144,0
	Mai	104,2	108,0	151,3	103,9	103,5	105,7	127,7	132,1	94,7	81,0	95,2	92,8	135,6
	Juni	122,5	115,9	149,2	111,6	112,8	116,4	134,2	139,1	98,4	86,8	97,6	97,7	144,3
	Juli	112,5	118,1	161,5	114,1	110,6	117,4	130,9	134,8	102,2	77,2	100,3	88,8	150,2
	August	92,3	102,8	141,5	99,6	98,5	99,8	104,4	105,8	94,5	66,0	90,8	80,0	142,7
	September	116,0	126,6	184,3	119,1	126,7	124,6	137,5	141,8	105,5	85,9	101,1	112,6	147,2
	Oktober	109,5	124,0	191,2	116,5	122,3	119,5	147,4	152,9	106,8	84,0	105,3	113,5	138,8
	November	115,7	122,9	191,2	115,4	124,3	116,5	145,2	150,0	109,7	84,1	105,7	115,6	130,4
	Dezember	130,6	115,5	202,7	101,0	116,1	119,3	117,6	120,6	95,1	63,4	96,0	93,7	117,5

Bildung und Kultur

Zum Aufsatz: „Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland“

FuE-Ausgaben und FuE-Personal 1995 nach Sektoren und Regierungsbezirken

Land Regierungsbezirk	FuE-Ausgaben				FuE-Personal			
	Wirtschaft	Hochschulen	öffentlicher Sektor	insgesamt	Wirtschaft	Hochschulen	öffentlicher Sektor	insgesamt
	Mill DM				Vollzeitäquivalente			
Baden-Württemberg	13 755	2 103	2 301	18 159	66 024	12 967	12 852	91 843
Stuttgart	8 049	521	514	9 084	36 143	3 251	3 150	42 544
Karlsruhe	2 088	762	1 464	4 314	11 512	4 863	7 639	24 014
Freiburg	1 110	365	221	1 696	6 529	2 006	1 246	9 781
Tübingen	2 508	456	103	3 067	11 841	2 847	817	15 505
Bayern	12 440	2 169	1 484	16 093	64 685	12 377	9 940	87 002
Oberbayern	8 956	1 191	1 299	11 446	42 427	6 301	8 923	57 651
Niederbayern	148	34	1)	182	1 020	172	1)	1 192
Oberpfalz	337	165	8	510	2 098	928	114	3 140
Oberfranken	297	124	20	441	2 156	758	236	3 150
Mittelfranken	1 387	347	94	1 828	9 154	2 256	348	11 758
Unterfranken	570	249	46	865	3 385	1 702	277	5 364
Schwaben	745	59	16	820	4 444	261	41	4 746
Berlin	1 932	1 178	1 595	4 705	11 076	8 241	9 943	29 260
Brandenburg	355	174	458	987	2 821	1 246	2 911	6 978
Bremen	740	183	213	1 136	3 477	892	864	5 233
Hamburg	1 420	507	476	2 403	7 312	3 036	2 789	13 137
Hessen	5 531	1 050	506	7 087	29 549	6 894	3 215	39 658
Darmstadt	4 940	538	445	5 923	25 615	3 305	2 947	31 867
Gießen	364	405	39	808	2 515	2 978	106	5 599
Kassel	228	107	22	357	1 419	611	162	2 192
Mecklenburg-Vorpommern	104	233	148	485	1 018	1 797	1 122	3 937
Niedersachsen	3 235	1 144	1 027	5 406	18 383	7 398	6 655	32 436
Braunschweig	1 880	564	749	3 193	10 193	3 836	4 914	18 943
Hannover	883	415	240	1 538	5 100	2 688	1 460	9 248
Lüneburg	247	26	11	284	1 439	98	107	1 644
Weser-Ems	225	139	27	391	1 650	776	174	2 600
Nordrhein-Westfalen	8 103	2 752	2 277	13 132	44 541	17 971	13 782	76 294
Düsseldorf	2 130	591	230	2 951	13 135	3 707	1 703	18 545
Köln	3 986	1 062	1 735	6 783	17 384	6 907	9 798	34 089
Münster	438	297	122	857	2 976	1 973	738	5 687
Detmold	659	227	21	907	4 880	1 496	216	6 592
Amsberg	889	574	169	1 632	6 166	3 887	1 326	11 379
Rheinland-Pfalz	2 188	459	195	2 842	12 684	3 075	1 143	16 902
Koblenz	268	19	11	298	1 669	101	86	1 856
Trier	46	59	20	125	319	335	133	787
Rheinhausen-Pfalz	1 874	380	163	2 417	10 696	2 639	924	14 259
Saarland	130	188	79	397	777	1 259	435	2 471
Sachsen	1 134	788	635	2 557	9 891	5 938	3 863	19 692
Sachsen-Anhalt	366	362	250	978	3 267	2 641	1 547	7 455
Dessau	82	6	13	101	832	110	4	946
Halle	143	210	154	507	1 231	1 712	625	3 568
Magdeburg	141	147	83	371	1 204	819	919	2 942
Schleswig-Holstein	512	402	330	1 244	3 272	2 380	2 362	8 014
Thüringen	501	338	217	1 056	4 538	2 322	1 395	8 255
Nicht nach Regierungsbezirk erfaßt	386	401	65	852	-	10 238	331	10 569
Insgesamt	52 835	14 430	12 255	79 520	283 316	100 674	75 148	459 138

1) In Regierungsbezirk Oberpfalz enthalten.

Lfd. Nr.	Straftatengruppe Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Früheres Bundes- gebiet einschl. Berlin- Ost	Nach Ländern				
			Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg
Insgesamt							
1	Straftaten insgesamt	780 530	120 474	165 710	53 559	8 006	23 429
2	Straftaten ohne Straftaten im Straßenverkehr	530 311	79 597	111 806	36 448	5 676	17 664
3	Straftaten im Straßenverkehr	250 219	40 877	53 904	17 111	2 330	5 765
4	Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o.V.) und im Amt	19 932	2 638	4 554	1 970	119	630
5	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	6 105	1 061	1 230	343	81	167
	darunter:						
6	Sexueller Mißbrauch von Kindern	2 207	312	431	109	19	44
7	Vergewaltigung	1 009	180	164	59	18	39
8	Andere Straftaten gegen die Person (o.V.)	69 236	10 657	14 677	6 740	688	2 003
	darunter:						
9	Verletzung der Unterhaltspflicht	4 340	603	952	376	26	84
10	Mord und Totschlag	804	122	133	94	10	47
11	Körperverletzung	22 954	3 323	4 897	2 398	273	827
12	Gefährliche und schwere Körperverletzung	17 593	2 602	3 351	1 316	209	413
13	Diebstahl und Unterschlagung	170 258	21 987	30 031	12 182	2 153	5 537
	darunter:						
14	Diebstahl	131 243	17 122	24 262	9 736	1 548	4 003
15	Schwerer Diebstahl	30 581	3 854	4 250	2 022	443	1 301
16	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	10 388	1 285	1 370	1 100	154	431
17	Andere Vermögensdelikte	134 708	22 099	27 678	7 249	1 563	5 867
	darunter:						
18	Betrug	58 937	10 053	11 567	2 799	547	1 554
19	Urkundenfälschung	22 995	3 501	6 894	1 458	173	1 087
20	Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.)	9 540	1 165	1 542	956	51	169
21	Straftaten im Straßenverkehr nach dem StGB	197 992	33 350	42 766	11 915	1 874	4 651
22	Straftaten nach dem Straßenverkehrsgesetz	52 227	7 527	11 138	5 196	456	1 114
23	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	110 144	18 705	30 724	5 908	867	2 860
	darunter:						
24	nach dem Betäubungsmittelgesetz	41 332	7 393	9 383	1 251	422	1 495
25	nach dem Ausländergesetz	18 309	2 747	9 615	404	16	591
26	nach dem Asylverfahrensgesetz	9 506	3 359	3 216	40	27	2
27	nach der Abgabenordnung (Zoll-/Steuerzuwiderhandlung)	12 559	1 163	2 739	1 958	235	283
Männer							
28	Straftaten insgesamt	658 943	102 673	139 598	45 645	6 777	19 709
29	Straftaten ohne Straftaten im Straßenverkehr	437 671	66 650	91 967	30 392	4 717	14 672
30	Straftaten im Straßenverkehr	221 272	36 023	47 631	15 253	2 060	5 037
31	Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o.V.) und im Amt	16 436	2 179	3 697	1 683	97	528
32	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	5 661	906	1 147	330	68	160
	darunter:						
33	Sexueller Mißbrauch von Kindern	2 179	305	428	107	19	44
34	Vergewaltigung	1 002	179	162	58	18	39
35	Andere Straftaten gegen die Person (o.V.)	63 999	9 857	13 564	6 227	633	1 814
	darunter:						
36	Verletzung der Unterhaltspflicht	4 267	590	939	370	25	80
37	Mord und Totschlag	734	118	116	88	9	40
38	Körperverletzung	21 411	3 125	4 580	2 242	252	745
39	Gefährliche und schwere Körperverletzung	16 338	2 447	3 107	1 215	192	386
40	Diebstahl und Unterschlagung	129 136	17 042	21 945	9 193	1 705	4 217
	darunter:						
41	Diebstahl	92 902	12 515	16 687	6 867	1 140	2 801
42	Schwerer Diebstahl	29 190	3 660	4 006	1 968	427	1 219
43	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	9 781	1 222	1 252	1 042	139	409
44	Andere Vermögensdelikte	107 231	17 756	22 188	5 971	1 287	4 870
	darunter:						
45	Betrug	43 346	7 537	8 405	2 134	424	1 193
46	Urkundenfälschung	19 164	2 931	5 873	1 216	136	917
47	Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.)	8 763	1 085	1 392	892	50	158
48	Straftaten im Straßenverkehr nach dem StGB	174 765	29 431	37 837	10 466	1 659	4 021
49	Straftaten nach dem Straßenverkehrsgesetz	46 507	6 592	9 794	4 787	401	1 016
50	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	96 664	16 603	26 782	5 054	738	2 516
	darunter:						
51	nach dem Betäubungsmittelgesetz	37 052	6 588	8 337	1 089	365	1 314
52	nach dem Ausländergesetz	15 112	2 195	7 988	329	11	513
53	nach dem Asylverfahrensgesetz	9 137	3 214	3 093	37	27	2
54	nach der Abgabenordnung (Zoll-/Steuerzuwiderhandlung)	10 379	984	2 255	1 573	183	233

Ländern und Art der Straftat

Nach Ländern						Nachrichtlich:			Lfd. Nr.
Hessen	Nieder-sachsen	Nord-rhein-West-falen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Branden-burg	Sachsen	Thüringen	
Insgesamt									
80 451	85 186	190 987	40 532	9 829	22 367	38 268	67 667	21 391	1
40 655	58 252	133 926	27 225	5 709	13 353	22 901	41 346	12 673	2
19 796	26 934	57 061	13 307	4 120	9 014	15 367	26 321	8 658	3
1 205	2 181	4 777	1 224	208	426	575	1 226	616	4
348	626	1 546	419	117	167	204	411	166	5
150	267	586	161	57	71	125	205	78	6
55	110	257	80	17	30	24	57	21	7
4 893	7 118	15 494	4 154	933	1 879	2 315	6 276	2 520	8
213	426	1 072	429	75	84	178	557	220	9
75	83	167	32	18	23	11	48	21	10
1 567	2 598	4 681	1 306	291	793	705	2 262	895	11
1 445	1 998	4 585	963	237	474	725	1 567	685	12
13 838	19 968	49 570	8 104	2 118	4 770	5 415	10 303	4 131	13
10 728	14 513	38 102	6 206	1 497	3 526	3 453	7 046	2 653	14
2 529	4 336	8 895	1 458	486	1 007	1 635	2 679	1 218	15
940	1 365	2 847	464	145	287	484	821	370	16
9 179	15 081	34 749	7 028	1 239	2 976	3 356	7 247	2 713	17
3 838	7 720	15 002	3 798	630	1 429	1 310	1 986	1 070	18
1 635	1 959	4 528	1 109	246	405	785	2 122	391	19
522	2 054	1 602	647	180	672	355	661	310	20
15 339	21 844	44 094	10 893	3 508	7 758	12 123	21 230	7 034	21
4 457	5 090	12 967	2 414	612	1 256	3 244	5 091	1 624	22
9 730	9 859	23 341	5 185	789	2 176	10 197	14 401	1 847	23
2 422	3 995	11 792	2 350	366	463	84	426	186	24
2 146	749	1 312	661	20	48	1 062	7 839	51	25
619	582	1 177	350	28	106	489	797	188	26
853	1 465	3 018	387	72	386	7 111	1 422	298	27
Männer									
50 376	72 315	159 941	34 167	8 396	19 346	34 512	60 509	19 186	28
30 021	48 385	109 650	22 274	4 692	11 251	20 171	36 493	11 214	29
17 355	23 930	50 291	11 893	3 704	8 095	14 341	24 016	7 972	30
1 011	1 796	3 954	950	177	364	507	1 062	536	31
329	600	1 440	407	111	163	201	401	162	32
149	263	577	159	57	71	123	201	78	33
55	110	255	80	17	29	24	57	21	34
4 535	6 652	14 309	3 804	859	1 745	2 187	5 884	2 361	35
210	422	1 057	416	75	83	177	553	219	36
71	74	151	30	18	19	11	48	19	37
1 462	2 442	4 349	1 201	274	739	684	2 171	853	38
1 348	1 860	4 235	892	215	441	671	1 437	632	39
10 218	15 655	37 649	6 139	1 589	3 784	4 716	8 651	3 549	40
7 312	10 557	26 993	4 392	1 024	2 614	2 841	5 567	2 149	41
2 414	4 150	8 534	1 379	459	974	1 591	2 589	1 173	42
882	1 304	2 703	428	133	267	450	763	344	43
7 298	11 793	27 298	5 387	975	2 408	2 916	6 226	2 275	44
2 815	5 598	10 959	2 739	466	1 076	1 036	1 589	859	45
1 385	1 603	3 691	886	201	325	732	1 895	350	46
478	1 869	1 495	593	142	609	340	619	293	47
13 491	19 348	38 646	9 737	3 158	6 971	11 355	19 410	6 489	48
3 864	4 582	11 645	2 156	546	1 124	2 986	4 606	1 483	49
8 270	8 716	20 802	4 566	706	1 911	8 854	12 887	1 694	50
2 204	3 619	10 681	2 112	328	415	82	407	174	51
1 760	626	1 096	531	18	45	968	6 820	42	52
599	565	1 135	338	27	100	445	778	182	53
724	1 200	2 504	321	63	339	5 994	1 239	255	54

Gesundheitswesen

Zum Aufsatz: „Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes“

Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern in gemischter Gliederung 1994 nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und Einrichtungen

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Leistungsarten									Insgesamt	
	Prävention/ Gesundheits- schutz	Ärztliche Leistungen	Pflegende und therapeu- tische Leistungen	Leistungen zum Ausgleich krankheits- bedingter Folgen	Unterkunft und Ver- pflegung	Waren	Transporte	Verwal- tungs- leistungen	Forschung/ Ausbildung		
	Mill. DM										%
Öffentliche Haushalte	3 411	1 221	12 439	1 631	5 602	1 301	364	4 210	7 242	37 421	10,9
Gesetzliche Kranken- versicherung	6 033	73 690	40 055	4 198	14 626	55 427	3 981	11 835	1	209 847	60,9
Gesetzliche Renten- versicherung	232	1 971	1 969	468	1 983	773	13	1 052	-	8 461	2,5
Gesetzliche Unfall- versicherung	1 198	1 103	762	162	366	1 219	239	1 110	-	6 158	1,8
Private Kranken- versicherung	40	12 355	3 191	30	1 094	4 958	175	4 613	0	26 455	7,7
Arbeitgeber	2 199	5 678	2 715	114	983	2 938	104	0	0	14 732	4,3
Private Haushalte	35	3 409	7 225	458	3 814	19 123	183	0	0	34 246	9,9
Private Organisationen u. ä.	2 430	-	-	2 200	-	-	-	2 670	-	7 300	2,1
Ausgabenträger	15 578	99 426	68 355	9 261	28 468	85 738	5 058	25 490	7 243	344 618	100
Anteile in %	4,5	28,9	19,8	2,7	8,3	24,9	1,5	7,4	2,1	100	X

Gegenstand der Nachweisung	Einrichtungen							Insgesamt	
	Gesund- heits- schutz	Ambulante Gesund- heits- versorgung	Stationäre und teilstationäre Gesund- heits- versorgung	Kranken- transport/ Rettungs- dienst	Verwaltung	Sonstige Wirtschafts- zweige	Ausland		
	Mill. DM								%
Prävention/Gesundheits- schutz	5 466	3 672	810	-	2 805	2 817	9	15 578	4,5
Ärztliche Leistungen	-	64 532	34 786	-	-	-	108	99 426	28,9
Pflegende und therapeutische Leistungen	-	13 436	52 351	-	0	2 509	59	68 355	19,8
Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	2 539	3 964	1 476	0	106	1 171	6	9 261	2,7
Unterkunft und Verpflegung	-	-	28 404	-	-	42	21	28 468	8,3
Waren	-	66 554	18 888	0	9	205	81	85 738	24,9
Transporte	-	-	657	3 162	-	1 234	6	5 058	1,5
Verwaltungsleistungen	-	-	6 880	-	18 610	-	0	25 490	7,4
Forschung/Ausbildung	-	-	6 737	-	-	506	0	7 243	2,1
Leistungsarten	8 005	152 158	150 989	3 162	21 530	8 484	290	344 618	100
Öffentliche Haushalte	3 605	2 155	30 465	335	26	835	-	37 421	10,9
Gesetzliche Kranken- versicherung	-	104 475	84 935	2 462	13 987	3 807	180	209 847	60,9
Gesetzliche Renten- versicherung	-	225	6 542	-	1 294	400	-	8 461	2,5
Gesetzliche Unfall- versicherung	-	1 424	1 877	159	1 594	1 104	-	6 158	1,8
Private Kranken- versicherung	-	12 061	9 647	34	4 613	100	-	26 455	7,7
Arbeitgeber	-	7 426	5 071	53	7	2 174	-	14 732	4,3
Private Haushalte	-	24 163	9 781	119	9	63	110	34 246	9,9
Private Organisationen u. ä.	4 400	230	2 670	-	-	-	-	7 300	2,1
Ausgabenträger	8 005	152 158	150 989	3 162	21 530	8 484	290	344 618	100
Anteile in %	2,3	44,2	43,8	0,9	6,2	2,5	0,1	100	X

Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern in gemischter Gliederung 1992 nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und Einrichtungen

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Leistungsarten									Insgesamt	
	Prävention/ Gesundheits- schutz	Ärztliche Leistungen	Pflegende und therapeu- tische Leistungen	Leistungen zum Ausgleich krankheits- bedingter Folgen	Unterkunft und Ver- pflegung	Waren	Transporte	Verwal- tungs- leistungen	Forschung/ Ausbildung		
	Mill. DM										%
Öffentliche Haushalte	3 539	1 453	10 714	1 395	5 273	1 540	55	3 750	6 607	34 327	11,0
Gesetzliche Kranken- versicherung	4 582	67 453	33 406	3 113	13 417	57 227	3 010	10 582	0	192 789	61,9
Gesetzliche Renten- versicherung	218	1 593	1 618	411	1 816	664	11	910	-	7 241	2,3
Gesetzliche Unfall- versicherung	1 024	908	665	123	350	1 098	186	966	-	5 319	1,7
Private Kranken- versicherung	31	10 508	2 809	32	1 019	4 408	152	3 704	0	22 664	7,3
Arbeitgeber	2 252	5 096	2 410	101	951	2 750	93	-	0	13 653	4,4
Private Haushalte	26	2 944	5 871	364	3 066	16 559	168	-	0	28 999	9,3
Private Organisationen u. a.	2 230	-	-	2 000	-	-	-	2 380	-	6 610	2,1
Ausgabenträger	13 902	89 955	57 493	7 539	25 893	84 247	3 674	22 291	6 607	311 601	100
Anteile in %	4,5	28,9	18,5	2,4	8,3	27,0	1,2	7,2	2,1	100	X

Gegenstand der Nachweisung	Einrichtungen							Insgesamt	
	Gesund- heits- schutz	Ambulante Gesund- heits- versorgung	Stationäre und teilstationäre Gesund- heits- versorgung	Kranken- transport/ Rettungs- dienst	Verwaltung	Sonstige Wirtschafts- zweige	Ausland		
	Mill. DM								%
Prävention/Gesundheits- schutz	5 406	2 952	636	-	2 105	2 796	7	13 902	4,5
Ärztliche Leistungen	-	59 154	30 697	-	-	-	105	89 955	28,9
Pflegende und therapeutische Leistungen	-	10 910	44 264	-	1	2 267	52	57 493	18,5
Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	2 341	2 994	1 202	0	71	926	5	7 539	2,4
Unterkunft und Verpflegung	-	-	25 835	-	-	37	21	25 893	8,3
Waren	-	87 031	16 952	0	9	165	89	84 247	27,0
Transporte	-	-	579	2 161	-	929	5	3 674	1,2
Verwaltungsleistungen	-	-	6 130	-	16 161	-	-	22 291	7,2
Forschung/Ausbildung	-	-	6 084	-	-	523	0	6 607	2,1
Leistungsarten	7 747	143 040	132 378	2 162	18 347	7 643	284	311 601	100
Öffentliche Haushalte	3 747	1 956	27 816	21	17	769	-	34 327	11,0
Gesetzliche Kranken- versicherung	-	101 626	73 866	1 831	12 087	3 206	174	192 789	61,9
Gesetzliche Renten- versicherung	-	155	5 597	-	1 136	352	-	7 241	2,3
Gesetzliche Unfall- versicherung	-	1 175	1 711	122	1 391	920	-	5 319	1,7
Private Kranken- versicherung	-	10 310	8 533	29	3 705	87	-	22 664	7,3
Arbeitgeber	-	6 709	4 640	47	5	2 251	-	13 653	4,4
Private Haushalte	-	20 878	7 836	111	6	58	110	28 999	9,3
Private Organisationen u. a.	4 000	230	2 380	-	-	-	-	6 610	2,1
Ausgabenträger	7 747	143 040	132 378	2 162	18 347	7 643	284	311 601	100
Anteile in %	2,5	45,9	42,5	0,7	5,9	2,5	0,1	100	X

Letzter Verbrauch von Gesundheitsgütern in gemischter Gliederung 1980 nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und Einrichtungen

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Leistungsarten									Insgesamt	
	Prävention/ Gesundheits- schutz	Ärztliche Leistungen	Pflegende und therapeu- tische Leistungen	Leistungen zum Ausgleich krankheits- bedingter Folgen	Unterkunft und Verp- flegung	Waren	Transporte	Verwal- tungs- leistungen	Forschung/ Ausbildung		
	Mill. DM										%
Öffentliche Haushalte	1 677	821	3 352	499	2 512	894	27	1 660	2 665	14 106	10,9
Gesetzliche Kranken- versicherung	1 128	31 126	10 571	121	6 908	24 607	1 246	3 776	-	79 483	61,2
Gesetzliche Renten- versicherung	163	871	800	237	1 301	380	3	448	-	4 203	3,2
Gesetzliche Unfall- versicherung	364	454	290	28	224	478	88	430	-	2 356	1,8
Private Kranken- versicherung	0	4 620	1 066	12	536	1 648	43	1 695	-	9 620	7,4
Arbeitgeber	1 208	2 425	1 076	44	603	1 357	44	-	-	6 757	5,2
Private Haushalte	4	1 736	1 562	92	778	6 350	7	-	-	10 530	8,1
Private Organisationen u. a.	905	-	-	885	-	-	-	1 060	-	2 850	2,2
Ausgabenträger	5 449	42 053	18 719	1 917	12 863	35 713	1 458	9 070	2 665	129 906	100
Anteile in %	4,2	32,4	14,4	1,5	9,9	27,5	1,1	7,0	2,1	100	X

Gegenstand der Nachweisung	Einrichtungen							Insgesamt	
	Gesund- heits- schutz	Ambulante Gesund- heits- versorgung	Stationäre und teilstationäre Gesund- heits- versorgung	Kranken- transport/ Rettungs- dienst	Verwaltung	Sonstige Wirtschafts- zweige	Ausland		
	Mill. DM								%
Prävention/Gesundheits- schutz	2 434	932	94	-	570	1 419	0	5 449	4,2
Ärztliche Leistungen	-	29 128	12 916	-	-	-	8	42 053	32,4
Pflegende und therapeutische Leistungen	-	3 507	15 189	-	-	20	3	18 719	14,4
Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	1 002	137	413	-	10	355	0	1 917	1,5
Unterkunft und Verpflegung	-	-	12 839	-	-	22	2	12 863	9,9
Waren	-	29 792	5 843	0	6	65	7	35 713	27,5
Transporte	-	-	201	864	-	393	0	1 458	1,1
Verwaltungsleistungen	-	-	2 720	-	6 350	-	-	9 070	7,0
Forschung/Ausbildung	-	-	2 303	-	-	362	-	2 665	2,1
Leistungsarten	3 436	63 496	52 519	864	6 936	2 635	20	129 906	100
Öffentliche Haushalte	1 666	936	11 067	8	3	426	-	14 106	10,9
Gesetzliche Kranken- versicherung	-	45 648	28 621	762	4 031	420	-	79 483	61,2
Gesetzliche Renten- versicherung	-	174	3 208	-	617	204	-	4 203	3,2
Gesetzliche Unfall- versicherung	-	542	825	58	587	344	-	2 356	1,8
Private Kranken- versicherung	-	4 339	3 556	8	1 695	23	-	9 620	7,4
Arbeitgeber	-	3 270	2 246	24	1	1 216	-	6 757	5,2
Private Haushalte	-	8 567	1 936	4	1	2	20	10 530	8,1
Private Organisationen u. a.	1 770	20	1 060	-	-	-	-	2 850	2,2
Ausgabenträger	3 436	63 496	52 519	864	6 936	2 635	20	129 906	100
Anteile in %	2,6	48,9	40,4	0,7	5,3	2,0	0,0	100	X

Wirtschaftsrechnungen

Zum Aufsatz: „Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland“

Private Haushalte mit Grundvermögen nach Höhe des Einheitswertes und des Verkehrswertes sowie mit Restschuld¹⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	31.12.1993				1.1.1998			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%

Haushalte mit Grundvermögen

Höhe des Einheitswertes ²⁾ von ... bis unter ... DM	31.12.1993		31.12.1993		1.1.1998		1.1.1998	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 10 000	925	6,3	810	43,7	674	4,7	892	39,5
10 000 – 15 000	869	6,0	236	12,7	828	5,8	352	15,6
15 000 – 20 000	1 154	7,9	185	10,0	1 201	8,4	283	12,5
20 000 – 30 000	2 387	16,4	266	14,4	2 648	18,5	335	14,8
30 000 – 40 000	2 546	17,4	142	7,7	2 507	17,5	162	7,2
40 000 – 50 000	2 194	15,0	(45)	(2,4)	1 933	13,5	91	4,0
50 000 – 60 000	1 322	9,1	(46)	(2,5)	1 329	9,3	39	1,7
60 000 – 80 000	1 562	10,7	(56)	(3,0)	1 577	11,0	50	2,2
80 000 – 100 000	658	4,5	(15)	(0,8)	698	4,9	(25)	(1,1)
100 000 – 150 000	545	3,7	(27)	(1,5)	571	4,0	(17)	(0,8)
150 000 und mehr	434	3,0	(25)	(1,3)	336	2,3	(15)	(0,7)
durchschnittlicher Einheitswert je Haushalt mit Haus- und Grundbesitz in 1 000 DM	46,9	X	21,1	X	46,6	X	19,3	X
Höhe des Verkehrswertes ³⁾ von ... bis unter ... DM								
unter 60 000	289	2,0	430	23,2	215	1,5	406	18,0
60 000 – 140 000	718	4,9	370	20,0	614	4,3	412	18,2
140 000 – 210 000	1 765	12,1	302	16,3	1 626	11,4	406	18,0
210 000 – 280 000	2 288	15,7	285	15,4	1 636	11,4	276	12,2
280 000 – 350 000	2 212	15,2	217	11,7	1 853	13,0	261	11,5
350 000 – 420 000	2 613	17,9	111	6,0	2 561	17,9	243	10,7
420 000 – 560 000	1 988	13,6	69	3,7	2 580	18,0	157	6,9
560 000 – 700 000	1 036	7,1	(24)	(1,3)	1 053	7,4	39	1,7
700 000 – 1 000 000	940	6,4	(16)	(0,9)	1 237	8,6	37	1,6
1 000 000 und mehr	745	5,1	(28)	(1,5)	929	6,5	(24)	(1,1)
durchschnittlicher Verkehrswert je Haushalt mit Haus- und Grundbesitz in 1 000 DM	426,3	X	211,0	X	467,1	X	231,3	X

Haushalte mit Restschuld

Höhe der Restschuld von ... bis unter ... DM	31.12.1993		31.12.1993		1.1.1998		1.1.1998	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 5 000	457	5,9	(36)	(5,2)	148	1,9	(40)	(3,5)
5 000 – 10 000	444	5,7	(64)	(9,3)	211	2,7	60	5,3
10 000 – 20 000	702	9,0	138	20,1	424	5,5	139	12,3
20 000 – 30 000	574	7,4	113	16,4	427	5,5	104	9,2
30 000 – 40 000	441	5,7	70	10,2	331	4,3	80	7,1
40 000 – 50 000	380	4,9	65	9,4	314	4,0	65	5,7
50 000 – 60 000	318	4,1	(44)	(6,4)	365	4,7	67	5,9
60 000 – 75 000	506	6,5	(35)	(5,1)	478	6,2	69	6,1
75 000 – 100 000	606	7,8	(31)	(4,5)	670	8,6	78	6,9
100 000 – 125 000	631	8,1	(19)	(2,8)	802	10,3	69	6,1
125 000 – 150 000	433	5,6	(14)	(2,0)	401	5,2	37	3,3
150 000 und mehr	2 309	29,6	60	8,7	3 195	41,1	326	28,7
Durchschnitt je Haushalt mit Restschuld in 1 000 DM	121,2	X	56,1	X	154,3	X	111,9	X

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1993: Angaben zum Stichtag 31.12.; 1998: Angaben zum Stichtag 1.1.) – 2) Stand: Letzter Einheitswertbescheid – 3) Geschätzte Werte.

Durchschnittliche Verkehrswerte des Haus- und Grundbesitzes und Restschulden privater Haushalte am 1.1.1998¹⁾

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

1 000 DM

Gegenstand der Nachweisung	Verkehrswert ²⁾ je Haushalt mit Haus- und Grundbesitz		Restschuld je Haushalt mit Haus- und Grundbesitz		Restschuld je Haushalt mit Restschuld	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	467	231	84	56	154	112
nach ausgewählten Haushaltstypen						
Paare ohne Kind	486	200	64	29	150	84
Paare mit 1 Kind ³⁾	440	262	132	98	169	145
Paare mit 2 Kindern ³⁾	480	294	140	100	173	138
Paare mit 3 und mehr Kindern ³⁾	532	301	161	87	194	117
Alleinerziehende ³⁾	380	190	102	(58)	140	(95)
Alleinlebende Frau	332	130	36	(18)	103	(73)
Alleinlebender Mann	390	172	76	(39)	150	(102)
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte mit . . . Person(en)						
1	352	147	50	27	124	88
2	481	201	65	30	148	85
3	492	248	97	70	153	119
4	509	286	129	89	171	129
5 und mehr	573	316	142	92	185	126
nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in						
Landwirt/-in	730	(379)	77	/	161	/
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	816	400	192	143	280	243
Beamter/Beamtin	498	316	113	130	153	188
Angestellte(r)	462	253	122	77	166	129
Arbeiter/-in	379	219	76	50	117	84
Arbeitslose(r)	396	214	53	29	107	67
Nichterwerbstätige(r)	414	161	22	11	92	45
nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in						
von . . . bis unter . . . Jahren						
unter 25	(347)	(227)	(61)	/	(150)	/
25 - 35	376	248	131	88	167	129
35 - 45	476	272	132	89	171	133
45 - 55	522	248	110	56	163	110
55 - 65	511	208	57	28	129	75
65 - 70	431	159	24	(13)	92	(50)
70 und älter	400	145	13	(6)	91	(37)

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. - 2) Geschätzte Werte. - 3) Ledige Kinder unter 18 Jahren

Anteil privater Haushalte¹⁾ mit Besitz von Einfamilienhäusern²⁾ an den Haushalten der jeweiligen Gruppe

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1988	1993	1998	1993	1998
1 000					
Hochgerechnete Haushalte	24 684	28 928	29 921	6 682	6 783
%					
Haushalte mit Besitz von 1- und 2-Familienhäusern	38,3	39,4	.	19,6	.
Haushalte mit Besitz von 1-Familienhäusern	29,1	.	20,1
nach ausgewählten Haushaltstypen					
Paare ³⁾ ohne Kind	46,9	46,7	36,0	22,8	20,5
Paare ³⁾ mit 1 Kind ⁴⁾	43,4	41,3	28,1	21,7	24,9
Paare ³⁾ mit 2 Kindern ⁴⁾	54,2	53,9	41,9	29,0	35,9
Paare ³⁾ mit 3 und mehr Kindern ⁴⁾	65,2	59,7	49,9	32,4	38,2
Alleinerziehende ⁴⁾	15,6	16,9	11,2	(5,6)	(7,2)
Alleinlebende Frau	17,5	19,3	12,7	(6,6)	5,3
Alleinlebender Mann	14,9	15,5	12,2	(7,9)	(8,5)
nach der Haushaltsgröße					
Haushalte mit . . . Person(en)					
1	16,7	18,0	12,5	7,0	6,3
2	42,2	44,4	33,4	21,3	19,0
3	50,0	50,6	39,1	23,3	28,0
4	59,1	59,2	45,5	30,5	38,1
5 und mehr	71,4	65,4	52,2	37,6	45,9
nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in					
Landwirt/-in	89,9	82,7	57,6	(77,5)	/
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	59,4	54,6	37,7	(37,1)	34,4
Beamter/Beamtin	45,7	50,5	42,4	(12,1)	25,3
Angestellte(r)	36,7	36,3	28,1	19,1	23,4
Arbeiter/-in	41,8	39,6	27,8	23,6	26,2
Arbeitslose(r)	18,1	23,3	16,7	16,2	13,3
Nichterwerbstätige(r)	33,8	38,0	28,2	16,2	13,4
nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in					
von . . . bis unter . . . Jahren					
unter 25	(3,2)	/	(4,2)	/	/
25 – 35	20,8	16,9	13,9	15,7	16,2
35 – 45	44,7	43,0	30,9	24,9	27,9
45 – 55	49,9	51,8	37,4	25,0	27,9
55 – 65	49,2	52,0	39,7	22,2	18,9
65 – 70	44,8	48,0	33,8	14,1	15,1
70 und älter	29,4	35,8	28,1	13,6	12,6

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr (1988 25 000 DM und mehr und ohne Haushalte von Ausländern) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1988/1993: Angaben zum Stichtag 31.12.; 1998: Angaben zum Stichtag 1.1.). – 2) 1988 und 1993: 1- und 2-Familienhäuser. – 3) 1988: Ehepaare. – 4) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

Anteil privater Haushalte mit Besitz von Eigentumswohnungen an den Haushalten der jeweiligen Gruppe¹⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1988	1993	1998	1993	1998
1 000					
Hochgerechnete Haushalte	24 684	28 928	29 921	6 682	6 783
%					
Haushalte mit Besitz von Eigentumswohnungen	7,8	10,6	12,0	(0,8)	3,0
nach ausgewählten Haushaltstypen					
Paare ²⁾ ohne Kind	8,5	12,0	13,1	(0,6)	3,1
Paare ²⁾ mit 1 Kind ³⁾	9,5	12,0	13,9	/	(5,0)
Paare ²⁾ mit 2 Kindern ³⁾	8,2	9,8	11,8	/	(3,8)
Paare ²⁾ mit 3 und mehr Kindern ³⁾	4,9	7,1	8,0	/	/
Alleinerziehende ³⁾	(5,5)	(6,9)	6,7	/	/
Alleinlebende Frau	6,6	9,8	11,2	/	(1,3)
Alleinlebender Mann	7,3	9,7	11,0	/	(3,5)
nach der Haushaltsgröße					
Haushalte mit . . . Person(en)					
1	6,8	9,7	11,1	/	(2,0)
2	8,3	11,5	12,7	(0,6)	2,9
3	9,1	11,7	13,8	/	4,3
4	8,3	10,5	12,0	/	3,8
5 und mehr	5,2	7,4	8,1	/	/
nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in					
Landwirt/-in	/	/	(3,8)	/	/
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	16,0	21,4	20,6	/	/
Beamter/Beamtin	11,4	14,4	17,2	/	(4,1)
Angestellte(r)	11,9	15,3	16,3	(1,2)	4,8
Arbeiter/-in	5,5	7,3	8,9	/	(3,0)
Arbeitslose(r)	(3,3)	(5,0)	7,2	/	(2,0)
Nichterwerbstätige(r)	5,6	7,9	9,0	/	(1,5)
nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in					
von . . . bis unter . . . Jahren					
unter 25	/	/	(1,7)	/	/
25 – 35	5,7	7,7	9,6	/	3,9
35 – 45	10,0	11,9	13,2	(1,1)	3,9
45 – 55	11,1	14,6	15,8	/	(3,6)
55 – 65	8,3	12,1	15,3	/	3,4
65 – 70	7,1	9,1	11,1	/	(1,8)
70 und älter	5,4	8,5	8,5	/	/

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr (1988: 25 000 DM und mehr und ohne Haushalte von Ausländern) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (1988/1993: Angaben zum Stichtag 31.12.; 1998: Angaben zum Stichtag 1.1.). – 2) 1988: Ehepaare. – 3) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

Durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte¹⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1993	1998	1993	1998
	1 000			
Hochgerechnete Haushalte	28 446	29 921	6 624	6 783
	m ² je Haushalt			
Haushalte insgesamt	89,2	92,3	66,7	72,3
	nach ausgewählten Haushaltstypen			
Paare ohne Kind	92,3	98,3	66,3	71,4
Paare mit 1 Kind ²⁾	98,0	98,7	72,3	83,8
Paare mit 2 Kindern ²⁾	110,0	115,3	80,5	94,9
Paare mit 3 und mehr Kindern ²⁾	123,5	132,3	94,6	109,8
Alleinerziehende ²⁾	80,4	81,6	61,6	66,9
Alleinlebende Frau	65,9	68,0	50,8	52,5
Alleinlebender Mann	59,9	64,0	50,2	52,0
	nach der Haushaltsgröße			
Haushalte mit . . . Person(en)				
1	63,8	66,5	50,6	52,4
2	91,1	96,2	65,4	70,6
3	104,2	108,0	73,3	84,1
4	114,5	120,1	81,8	96,3
5 und mehr	130,7	141,0	95,8	116,8
	nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in			
Landwirt/-in	148,5	163,4	109,3	(126,9)
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	118,7	117,4	82,0	91,5
Beamter/Beamtin	103,4	108,2	66,3	82,6
Angestellte(r)	90,1	93,4	68,5	78,6
Arbeiter/-in	88,1	91,1	72,2	78,1
Arbeitslose(r)	71,5	75,3	64,0	65,6
Nichterwerbstätige(r)	82,2	85,8	60,6	62,3
	nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in			
von . . . bis unter . . . Jahren				
unter 25	48,1	52,7	45,4	49,8
25 – 35	73,2	78,1	65,4	73,0
35 – 45	98,5	98,6	75,1	84,7
45 – 55	103,0	105,3	71,5	77,9
55 – 65	97,8	101,4	69,1	69,1
65 – 70	93,1	94,0	64,5	65,7
70 und älter	79,4	85,7	58,3	60,7

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (Angaben zum Stichtag 1 1.). – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

Durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte am 1.1.1998¹⁾

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Mieterhaushalte		Eigentümerhaushalte	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1 000				
Hochgerechnete Haushalte	16 871	5 024	13 050	1 759
m ² je Haushalt				
Haushalte insgesamt	70,8	60,7	120,1	105,5
nach ausgewählten Haushaltstypen				
Paare ohne Kind	78,0	63,0	116,7	94,1
Paare mit 1 Kind ²⁾	83,9	70,9	118,8	109,3
Paare mit 2 Kindern ²⁾	94,4	77,7	130,7	117,5
Paare mit 3 und mehr Kindern ²⁾	105,0	88,9	147,9	134,5
Alleinerziehende ²⁾	74,8	63,3	114,0	(98,0)
nach der Haushaltsgröße				
Haushalte mit ... Person(en)				
1	57,6	49,4	94,5	83,3
2	76,6	62,6	116,5	94,7
3	85,5	70,2	126,5	108,0
4	95,0	77,4	135,2	118,0
5 und mehr	107,3	88,4	155,9	138,6
nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in				
Landwirt/-in	(124,8)	/	168,4	(148,2)
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	87,7	70,1	140,4	119,3
Beamter/Beamtin	76,9	66,8	129,9	118,5
Angestellte(r)	72,8	65,7	120,5	108,9
Arbeiter/-in	71,7	62,7	117,6	108,1
Arbeitslose(r)	62,5	58,0	113,5	100,0
Nichterwerbstätige(r)	66,9	56,1	112,2	92,3
nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in				
von ... bis unter ... Jahren				
unter 25	49,1	47,8	(115,4)	/
25 - 35	68,1	62,5	111,0	109,6
35 - 45	76,5	67,8	124,9	116,1
45 - 55	76,6	62,6	128,2	106,7
55 - 65	73,1	60,0	121,5	95,5
65 - 70	72,8	58,2	114,7	95,5
70 und älter	68,9	55,3	109,5	90,2
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen				
von ... bis unter ... DM				
unter 1 400	51,6	48,3	98,5	(92,6)
1 400 - 2 200	61,9	53,8	102,0	88,4
2 200 - 3 000	68,0	61,2	103,6	96,1
3 000 - 4 000	78,0	67,7	113,8	104,3
4 000 - 5 000	85,7	71,3	120,5	111,4
5 000 - 7 000	91,5	74,9	128,6	116,4
7 000 und mehr	108,2	81,0	146,9	130,3

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. - 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

Private Haushalte mit Garten am 1.1.1998¹⁾

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushalte mit Garten	durchschnittliche Fläche je Haushalt	dar.: bewirtschaftete Fläche	Haushalte mit Garten	durchschnittliche Fläche je Haushalt	dar.: bewirtschaftete Fläche
	%	m ²		%	m ²	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)		29 921			6 783	
Haushalte mit Garten	51,3	480	147	47,5	587	263
nach ausgewählten Haushaltstypen						
Paare ohne Kind	60,8	492	164	60,7	587	291
Paare mit 1 Kind ²⁾	57,9	419	105	54,2	505	202
Paare mit 2 Kindern ²⁾	72,1	467	128	62,5	602	254
Paare mit 3 und mehr Kindern ²⁾	79,0	545	164	65,7	750	250
Alleinerziehende ²⁾	35,7	326	82	23,0	417	207
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte mit . . . Person(en)						
1	27,9	437	134	20,8	547	229
2	57,5	484	159	54,9	580	292
3	65,9	463	133	61,5	570	238
4	74,5	502	141	65,2	611	257
5 und mehr	81,6	561	175	72,8	768	269
nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in						
Landwirt/-in	84,1	603	269	(88,4)	(718)	(287)
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	62,9	577	153	56,7	687	258
Beamter/Beamtin	62,9	499	131	43,9	670	263
Angestellte(r)	50,9	432	119	52,0	565	251
Arbeiter/-in	52,8	456	142	53,0	578	254
Arbeitslose(r)	33,4	440	153	42,3	615	234
Nichtwerbstätige(r)	48,8	505	170	40,9	582	292
nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in						
von . . . bis unter . . . Jahren						
unter 25	16,0	379	149	(11,4)	(407)	(148)
25 – 35	37,5	381	95	33,9	515	202
35 – 45	54,2	470	139	51,3	645	257
45 – 55	60,0	489	141	60,4	586	246
55 – 65	61,7	525	170	61,2	573	288
65 – 70	56,9	513	177	49,2	648	340
70 und älter	49,0	499	168	33,1	551	282

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften, – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

Private Haushalte mit Garage bzw. Stellplatz am 1.1.1998¹⁾

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	Haushalte mit Garage	und zwar		Haushalte mit Stellplatz	Haushalte mit Garage	und zwar		Haushalte mit Stellplatz
		Eigentümer	Mieter			Eigentümer	Mieter	
	1 000							
Hochgerechnete Haushalte	29 921				6 783			
	%							
Haushalte mit Garage/Stellplatz	48,7	32,5	16,5	26,8	40,3	31,7	9,2	12,9
	nach ausgewählten Haushaltstypen							
Paare ohne Kind	62,2	41,9	20,5	26,9	55,1	43,7	12,0	11,2
Paare mit 1 Kind ²⁾	52,0	30,4	21,9	36,5	48,3	35,0	13,7	20,3
Paare mit 2 Kindern ²⁾	62,7	43,5	19,5	37,9	52,6	40,8	12,3	22,9
Paare mit 3 und mehr Kindern ²⁾	62,4	48,0	14,6	41,4	48,1	38,5	(10,4)	(20,9)
Alleinerziehende ²⁾	24,8	10,2	14,6	23,8	16,3	(9,5)	(6,7)	(9,5)
	nach der Haushaltsgröße							
Haushalte mit . . . Person(en)								
1	26,5	13,4	13,1	17,4	14,5	10,0	4,7	5,8
2	58,2	38,8	19,7	26,6	49,4	39,0	10,9	10,8
3	61,4	44,1	17,9	35,8	53,1	42,0	12,3	19,9
4	66,3	49,1	17,7	38,2	55,5	45,0	11,2	22,2
5 und mehr	66,8	54,2	12,8	42,8	55,8	48,8	(7,9)	24,6
	nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in							
Landwirt/-in	83,7	75,8	(8,1)	38,3	(77,5)	/	/	/
Gewerbetreibende(r)/freiberuflich Tätige(r)	57,8	41,1	17,1	35,6	51,3	40,1	(11,8)	28,6
Beamter/Beamtin	60,7	44,8	16,3	34,8	39,7	27,3	(13,4)	24,0
Angestellte(r)	48,9	31,1	18,1	32,7	43,2	34,1	9,9	17,1
Arbeiter/-in	51,4	32,3	19,3	33,0	49,4	39,5	10,4	16,4
Arbeitslose(r)	31,2	19,7	11,5	20,4	33,4	25,7	8,4	11,4
Nichterwerbstätige(r)	45,3	31,0	14,4	16,4	32,6	25,4	7,6	5,0
	nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/in							
von . . . bis unter . . . Jahren								
unter 25	14,3	(4,8)	9,5	24,3	(13,1)	/	(8,0)	(7,9)
25 - 35	34,1	15,1	19,1	31,7	29,9	18,1	12,3	18,6
35 - 45	49,2	31,9	17,6	32,6	44,1	35,7	8,8	18,8
45 - 55	59,4	43,3	16,6	32,1	53,4	44,8	9,7	16,7
55 - 65	62,8	47,8	15,3	26,0	50,9	42,1	9,6	9,3
65 - 70	56,2	39,1	17,3	19,5	41,8	33,7	8,3	(5,9)
70 und älter	43,3	28,7	14,7	13,2	24,8	18,4	6,6	(3,7)

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. - 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

Preise

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Deutschland 1991 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Energie, Brenn-, Treib- und Betriebs- stoffe
1994 D	98,4	100,4	93,6	91,8	90,9	94,6	98,9	101,2	93,5	97,6
1995 D	101,1	103,4	95,6	91,1	90,9	90,9	102,0	104,5	95,9	98,9
1996 D	98,8	100,2	95,3	91,1	91,6	89,6	99,4	100,9	95,7	92,3
1997 D	100,7	101,0	100,1	97,6	93,6	109,4	101,0	101,6	99,5	93,5
1997 November	100,8	101,1	100,2	96,9	93,2	107,9	101,1	101,8	99,7	92,2
1997 Dezember	100,5	101,0	99,5	97,5	93,2	110,6	100,8	101,7	98,7	92,1
1998 Januar	100,4	101,0	99,1	97,1	92,1	111,9	100,7	101,7	98,2	92,0
1998 Februar	100,1	100,8	98,4	97,6	92,7	111,7	100,3	101,6	97,5	91,6
1998 März	99,8	100,7	97,6	96,3	91,7	109,8	100,1	101,5	96,8	91,5
1998 April	99,6	100,5	97,3	94,3	89,8	107,7	100,0	101,4	96,6	91,5
1998 Mai	99,2	100,3	96,3	92,8	88,3	105,8	99,8	101,3	96,0	91,1
1998 Juni	98,7	100,3	95,1	92,5	89,2	101,9	99,3	101,2	94,6	90,8
1998 Juli	98,3	100,0	94,5	90,8	87,9	99,7	98,9	101,0	94,1	90,5
1998 August	97,8	99,5	93,5	89,7	86,7	98,4	98,4	100,7	93,2	90,1
1998 September	97,3	99,3	92,4	88,6	87,3	92,5	98,0	100,3	92,4	89,9
1998 Oktober	96,4	98,7	90,9	86,7	85,6	90,0	97,2	99,8	91,0	89,3
1998 November	96,0	98,4	90,3	86,3	84,5	91,5	96,8	99,6	90,2	88,9
1998 Dezember	95,7	98,3	89,4	88,7	87,3	92,7	96,3	99,2	89,2	88,6

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	für das Ernäh- rungs- gewerbe 1)	für das übrige Produ- zierende Gewerbe 1)	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Ernäh- rungs- gewerbe 2)	übrige Produ- zierende Gewerbe 3)	
1994 D	95,2	102,3	82,9	90,5	98,1	138,1	99,0	100,0	96,5	100,1	99,0
1995 D	97,3	106,8	80,9	89,0	102,6	172,4	101,9	102,8	99,6	99,3	102,1
1996 D	91,5	93,6	87,9	89,7	92,6	115,8	100,3	101,4	97,4	100,5	100,3
1997 D	98,5	97,3	100,5	95,8	100,1	129,3	101,2	101,6	100,0	102,5	101,1
1997 November	97,9	97,3	98,9	95,0	99,7	130,9	101,4	101,8	100,6	104,5	101,2
1997 Dezember	96,9	97,0	96,8	95,6	97,8	130,5	101,3	101,7	100,3	103,9	101,1
1998 Januar	95,8	95,9	95,5	95,0	96,2	128,3	101,4	101,9	100,1	104,1	101,2
1998 Februar	94,6	95,4	93,3	95,4	94,1	125,1	101,3	101,9	99,8	104,2	101,1
1998 März	93,0	94,6	90,3	94,0	92,4	123,3	101,3	101,9	99,7	104,2	101,0
1998 April	91,8	93,3	89,0	91,8	91,7	122,7	101,2	101,8	99,7	104,1	101,0
1998 Mai	91,1	92,8	88,2	90,0	91,7	122,2	100,9	101,7	99,0	103,8	100,7
1998 Juni	89,6	93,1	83,6	89,5	89,7	120,0	100,7	101,6	98,3	103,1	100,5
1998 Juli	87,9	91,6	81,5	87,9	88,0	118,9	100,5	101,5	98,1	102,8	100,4
1998 August	86,3	90,2	79,6	86,8	86,1	112,2	100,2	101,3	97,4	102,2	100,1
1998 September	85,2	89,3	78,1	85,6	84,9	103,6	99,8	101,1	96,4	101,7	99,7
1998 Oktober	82,7	87,0	75,2	83,9	81,9	92,0	99,3	100,8	95,3	100,6	99,2
1998 November	81,0	85,6	73,0	83,4	79,5	87,3	99,2	100,7	95,1	101,0	99,0
1998 Dezember	81,0	86,6	71,3	85,9	77,9	83,8	98,9	100,5	94,4	100,5	98,7

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe 4)									
	zusammen	Nahrungs- mittel- rohstoffe und -vor- erzeugnisse	Erdöl, roh	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe 5)	Wolle, Chemie- fasern und Textilien	Warene- ingang für das Bau- gewerbe	Energie, Brenn- und Treib- stoffe 6)	Betriebs- stoffe
1994 D	97,4	95,9	76,2	95,9	88,1	99,7	98,0	105,2	97,2	97,8
1995 D	100,6	95,1	73,3	108,7	96,6	136,0	100,4	107,1	102,2	97,1
1996 D	98,7	96,2	90,9	98,4	89,5	95,4	97,9	106,7	101,1	87,7
1997 D	101,0	99,1	97,7	102,7	91,7	91,0	99,7	107,7	89,9	100,2
1997 November	101,4	99,6	99,0	103,7	93,0	94,0	99,8	107,6	88,0	100,1
1997 Dezember	101,1	99,6	91,7	104,3	92,9	93,8	99,7	107,6	87,9	99,9
1998 Januar	100,9	99,3	86,1	103,9	93,5	93,3	99,7	107,7	87,8	100,0
1998 Februar	100,6	99,9	79,7	103,0	93,5	91,9	99,6	107,6	87,2	100,1
1998 März	100,2	99,4	74,3	101,9	92,9	90,8	99,7	107,7	87,1	99,9
1998 April	99,9	98,4	73,3	99,7	91,9	92,0	99,4	107,5	87,0	100,0
1998 Mai	99,5	97,4	74,4	98,7	90,7	92,5	99,1	107,5	86,6	99,8
1998 Juni	98,9	97,4	68,4	98,2	89,9	93,8	99,1	107,6	86,1	99,8
1998 Juli	98,4	96,6	63,9	96,6	89,4	93,0	98,7	107,4	85,7	99,7
1998 August	97,7	95,7	62,3	95,1	88,7	92,3	98,5	107,1	85,1	99,6
1998 September	97,1	95,7	65,3	94,3	88,6	90,7	98,0	106,9	84,8	99,6
1998 Oktober	96,1	94,3	63,2	92,5	88,1	89,1	97,0	106,6	84,2	99,1
1998 November	95,7	93,7	57,5	92,0	88,1	87,9	96,8	106,5	83,6	99,0
1998 Dezember	95,3	95,3	53,6	91,8	87,4	86,0	96,7	106,4	83,2	98,8

1) Einschl. Wasser - 2) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe - 3) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 4) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffen), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser) - 5) Ohne Packpapier - 6) Einschl. Brennstoffen für die Energieerzeugung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genuß- mittel) ²⁾	Elektrizität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Erzeugnisse des		Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes			
					Investi- tionsgüter	Verbrauchs- güter				
					produzierenden Gewerbes					
1996 D	103,5	104,9	104,8	100,9	106,7	105,6	104,9	107,4	109,0	98,9
1997 D	104,7	105,6	105,6	102,1	107,2	105,5	106,7	108,0	109,8	99,6
1998 D	104,3	105,4	105,4	100,4	107,6	105,8	106,7	108,6	109,1	99,4
1997 Februar	104,1	105,2	105,2	101,4	107,1	105,4	105,7	107,8	109,7	99,4
März	104,1	105,1	105,1	101,1	107,0	105,3	106,0	107,8	109,5	99,4
April	104,4	105,3	105,3	101,2	107,1	105,4	106,4	107,9	109,4	99,5
Mai	104,6	105,5	105,5	101,5	107,2	105,4	106,9	108,1	109,6	99,7
Juni	104,7	105,6	105,6	101,6	107,3	105,5	107,1	108,1	109,3	99,7
Juli	104,8	105,6	105,6	101,9	107,3	105,5	106,9	108,1	109,5	99,7
August	105,0	105,9	105,9	102,9	107,3	105,6	107,1	108,1	110,2	99,7
September	105,1	106,0	105,9	102,7	107,3	105,7	107,3	108,2	110,1	99,8
Oktober	105,0	106,1	106,0	103,1	107,3	105,7	107,4	108,2	110,3	99,6
November	105,0	106,0	106,0	102,9	107,3	105,7	107,3	108,2	110,2	99,5
Dezember	104,9	105,9	105,9	102,7	107,3	105,6	107,4	108,2	109,9	99,5
1998 Januar	104,8	105,8	105,8	102,2	107,4	105,6	107,3	108,2	109,3	99,6
Februar	104,8	105,8	105,8	102,0	107,3	105,7	107,2	108,2	109,2	99,7
März	104,7	105,7	105,7	101,6	107,4	105,7	107,2	108,3	109,0	99,7
April	104,7	105,7	105,7	101,5	107,5	105,7	107,1	108,4	109,1	99,7
Mai	104,7	105,7	105,8	101,1	107,7	105,9	107,2	108,7	109,4	99,7
Juni	104,6	105,5	105,6	100,7	107,7	105,9	107,1	108,7	109,1	99,7
Juli	104,4	105,5	105,6	100,7	107,7	106,0	107,0	108,7	109,4	99,5
August	104,2	105,3	105,4	100,0	107,7	105,9	106,7	108,6	109,1	99,5
September	104,1	105,2	105,3	99,7	107,7	105,9	106,5	108,7	109,1	99,5
Oktober	103,7	104,9	105,1	99,1	107,7	105,8	106,1	108,8	109,1	99,3
November	103,3	104,7	104,9	98,7	107,7	105,8	105,7	108,7	109,0	98,6
Dezember	103,1	104,4	104,6	97,9	107,6	105,6	105,7	108,6	108,7	98,6

Jahr Monat	Berg- bauliche Erzeuge- nisse	Berg- bauliche Erzeuge- nisse (ohne Erdgas) ⁴⁾	Mineralöl- erzeuge- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Me- talle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeuge- nisse	Erzeuge- nisse der Ziehe- reien und Kalt- walz- werke	Erzeuge- nisse der Stahver- formung	Stahlbau- erzeuge- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeuge- nisse (einschl. Acker- schlep- per)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlep- per)	Boote und Jachten
1996 D	92,7	.	111,5	109,0	92,8	96,1	103,6	95,7	101,4	107,7	110,7	109,3	112,6
1997 D	100,1	.	114,6	108,9	92,4	104,3	104,9	94,2	99,7	108,4	111,9	110,0	113,7
1998 D	96,0	.	104,7	108,1	95,7	99,6	106,1	96,5	99,1	109,5	113,0	111,2	114,7
1997 Februar	97,5	.	116,3	109,6	89,3	100,3	103,9	92,8	100,3	108,1	111,7	109,6	113,4
März	97,6	.	114,2	109,4	89,6	101,6	104,1	92,6	100,2	108,2	111,6	109,4	113,4
April	100,6	.	112,6	109,1	90,5	101,6	104,6	92,8	99,9	108,2	111,8	109,4	113,4
Mai	100,6	.	112,5	108,9	91,4	105,1	104,8	93,2	99,8	108,1	111,9	110,1	113,8
Juni	100,5	.	111,2	108,9	92,3	108,0	104,7	93,1	100,0	108,3	112,0	110,1	113,8
Juli	101,2	.	111,7	108,9	93,1	108,8	105,2	94,5	99,5	108,3	112,0	110,1	113,8
August	101,9	.	116,4	108,9	93,5	109,6	105,5	95,1	99,5	108,4	112,1	110,1	113,8
September	102,2	.	114,7	108,7	94,0	107,9	105,4	95,7	99,4	108,5	112,0	110,4	113,8
Oktober	100,5	.	116,3	108,7	94,9	105,9	105,7	95,3	99,2	108,7	112,1	110,5	113,8
November	100,6	.	115,9	108,3	95,1	103,2	105,8	94,8	99,2	108,8	112,2	110,5	113,9
Dezember	100,3	.	113,9	108,3	95,5	103,4	105,8	95,3	99,2	108,9	112,2	110,5	113,9
1998 Januar	99,6	.	109,5	108,3	96,4	103,3	106,0	97,5	99,2	108,9	112,4	110,5	115,0
Februar	99,5	.	108,2	108,3	97,1	103,1	106,3	97,8	99,2	109,0	112,5	110,5	115,0
März	99,3	.	106,1	108,3	97,2	103,5	106,3	97,2	99,2	109,2	112,6	110,5	115,0
April	99,6	.	106,3	108,2	97,5	104,2	106,3	96,4	99,4	109,4	112,8	110,7	114,9
Mai	99,2	.	105,4	108,4	97,7	101,4	106,2	97,0	99,4	109,5	112,9	111,4	114,6
Juni	98,4	.	104,0	108,3	97,4	100,6	106,0	97,5	99,2	109,5	113,0	111,5	114,5
Juli	95,9	.	104,7	108,1	97,1	100,7	105,9	96,6	99,2	109,6	113,2	111,5	114,7
August	95,3	.	103,1	108,0	96,4	99,5	105,8	96,1	98,8	109,6	113,2	111,5	114,7
September	95,3	.	103,1	107,9	95,5	97,2	105,9	95,8	98,9	109,6	113,2	111,6	114,7
Oktober	91,0	.	102,6	107,7	94,1	95,1	106,2	95,4	99,0	109,7	113,3	111,6	114,4
November	89,2	.	102,4	107,8	92,1	94,9	106,0	95,3	99,1	110,1	113,3	111,6	114,4
Dezember	89,3	.	100,3	107,9	90,0	92,2	106,1	94,9	99,0	110,0	113,3	111,6	114,4

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist bis einschl. Dezember 1995 die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter - 4) Da einerseits die früheren Kostenpreise nicht mehr gelten, andererseits aber die ab Januar 1996 geltenden Preise noch nicht gemeldet werden konnten, muß vorübergehend auf eine Ergebnisaufschlüsselung verzichtet werden. Zur Berechnung der Indizes für zusammengefaßte Gütergruppen werden bis auf weiteres die zuletzt gemeldeten Preise für Steinkohle (für Dezember 1995) verwendet. Sobald rückwirkend ab Januar 1996 sämtliche Preise entsprechend den neuen Preisfindungsmechanismen vorliegen, werden mit ihnen ab Januar 1996 die Indizes neu berechnet.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾
1996 D	101,9	112,1	105,5	104,2	98,4	90,5	112,4	96,4	89,2	113,8	87,2
1997 D	102,0	113,8	106,1	103,7	99,5	85,6	112,8	93,4	89,5	115,0	82,8
1998 D	101,2	114,5	106,7	104,3	99,4	82,1	112,3	93,0	91,1	116,6	85,8
1997 Februar	102,0	113,6	105,8	103,8	98,6	87,5	112,8	95,4	87,9	114,5	81,7
März	102,0	113,6	105,8	104,1	98,5	86,5	112,6	94,4	88,2	114,6	82,1
April	102,2	113,9	106,0	103,9	99,2	86,2	112,8	93,7	88,8	114,7	82,4
Mai	102,1	114,0	106,0	103,8	99,4	85,2	113,0	93,0	89,6	114,8	82,4
Juni	102,2	114,0	106,1	103,8	99,4	85,5	113,3	92,6	90,0	115,0	82,1
Juli	102,2	114,1	106,2	103,2	99,6	85,3	113,2	92,6	90,1	115,1	82,0
August	102,1	114,1	106,2	103,2	99,7	84,9	112,9	92,6	90,2	115,1	82,6
September	102,0	113,9	106,4	103,1	100,0	84,6	112,9	93,1	90,3	115,2	83,0
Oktober	101,9	113,8	106,3	103,8	100,3	84,7	112,5	92,6	90,5	115,3	84,2
November	101,8	113,5	106,3	103,6	100,5	84,4	112,5	92,5	90,1	115,4	84,4
Dezember	101,7	113,5	106,3	103,7	100,6	84,1	112,3	92,4	89,9	115,4	84,9
1998 Januar	101,6	114,1	106,4	103,9	101,0	84,0	112,6	92,5	90,1	115,7	86,3
Februar	101,4	114,2	106,6	104,2	100,8	83,5	112,2	92,6	90,1	115,8	86,7
März	101,4	114,3	106,7	104,1	100,6	83,4	112,0	92,4	90,1	115,9	86,9
April	101,4	114,5	106,8	104,6	100,3	83,3	112,4	92,3	90,9	116,0	86,4
Mai	101,5	114,4	106,9	104,5	99,8	82,3	112,3	92,7	91,4	116,6	86,3
Juni	101,3	114,5	107,0	104,5	99,6	82,4	112,1	92,6	91,8	116,7	86,1
Juli	101,2	114,4	106,8	104,5	99,3	81,8	112,4	93,4	91,9	116,8	86,1
August	101,2	114,3	106,7	104,4	98,8	81,5	112,5	93,2	91,9	116,9	85,9
September	101,1	114,6	106,8	104,4	98,6	81,3	112,5	93,2	91,7	116,8	85,2
Oktober	101,0	114,6	106,7	104,1	98,1	82,2	112,3	93,5	91,4	117,1	84,9
November	100,9	114,8	106,8	104,2	97,8	80,0	112,2	93,8	91,1	117,4	84,6
Dezember	100,7	114,8	106,7	104,5	97,8	78,9	112,1	93,8	90,9	117,4	84,2

Jahr Monat	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfältigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren	Fertig- teil- bauten im Hochbau
1996 D	102,4	110,0	101,8	100,0	101,0	107,5	101,7	105,1	103,4	114,9	125,9
1997 D	100,7	109,6	101,6	98,5	100,5	108,4	102,3	105,3	105,0	118,1	127,5
1998 D	101,3	109,5	101,1	98,7	101,4	108,8	102,5	105,6	104,8	119,3	127,5
1997 Februar	100,4	109,9	101,5	98,8	99,7	107,7	101,4	105,2	103,8	118,1	126,9
März	100,4	109,6	101,5	98,7	100,5	108,0	101,5	105,3	104,0	118,9	127,2
April	100,4	109,6	101,7	99,1	100,6	108,2	102,2	105,1	104,5	119,1	127,7
Mai	100,4	109,6	101,7	99,2	100,3	108,4	102,3	105,1	105,0	119,1	127,7
Juni	100,5	109,4	101,8	98,5	100,3	108,4	102,3	105,1	105,3	119,0	127,7
Juli	100,7	109,4	101,8	98,6	100,6	108,4	102,5	105,3	105,3	117,7	127,7
August	100,6	109,5	101,9	97,9	100,7	108,5	102,6	105,3	105,5	117,6	127,6
September	100,7	109,6	101,8	97,8	100,8	108,6	103,0	105,5	105,7	117,6	127,9
Oktober	100,8	109,8	101,5	98,2	101,1	108,8	103,1	105,7	105,8	117,6	128,2
November	101,3	109,9	101,4	98,2	101,1	108,8	102,9	105,5	105,8	117,5	127,7
Dezember	101,2	109,2	101,4	98,1	100,3	108,8	102,8	105,5	105,8	117,6	127,3
1998 Januar	101,0	109,4	101,3	98,2	100,4	109,0	102,7	105,6	105,7	117,6	127,2
Februar	101,3	109,7	101,3	98,2	100,5	109,0	102,8	105,6	105,6	117,7	127,3
März	101,3	109,5	101,3	98,4	100,4	109,0	102,8	105,5	105,6	117,6	128,1
April	101,5	109,5	101,3	98,4	101,0	108,9	102,7	105,3	105,5	117,7	128,1
Mai	101,4	109,7	101,2	98,8	101,7	108,9	102,7	105,5	105,4	119,4	128,1
Juni	101,4	109,7	101,3	98,9	101,5	109,1	102,6	105,4	105,2	119,8	128,1
Juli	101,6	109,8	101,3	99,1	101,6	109,0	102,5	105,4	105,1	119,9	128,1
August	101,5	109,7	101,1	99,0	101,6	108,9	102,5	105,7	104,7	120,0	128,1
September	101,5	109,6	101,1	99,0	102,0	109,0	102,5	105,7	104,4	120,5	126,5
Oktober	101,3	109,4	100,9	99,0	102,2	109,2	102,3	105,7	103,9	120,7	126,4
November	100,9	109,2	100,8	98,9	102,1	107,8	102,2	105,7	103,5	120,6	126,7
Dezember	100,7	109,1	100,5	98,6	102,2	107,8	102,0	105,7	103,4	120,6	126,7

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Investitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter	Grundstoff- und Produktions- güter
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes			
1996 D	103,1	104,7	104,7	100,4	106,8	105,3	104,7	107,5	108,5	100,0
1997 D	104,2	105,5	105,4	101,5	107,4	105,2	106,6	108,2	109,2	101,1
1998 D	103,9	105,3	105,4	100,0	107,8	105,5	106,7	108,7	108,7	100,4
1997 November .	104,5	105,9	105,8	102,3	107,5	105,4	107,3	108,3	109,6	101,4
1997 Dezember .	104,5	105,8	105,8	102,1	107,5	105,2	107,2	108,3	109,3	101,3
1998 Januar . . .	104,4	105,7	105,7	101,7	107,5	105,3	107,2	108,3	108,8	101,4
1998 Februar . . .	104,3	105,7	105,6	101,5	107,5	105,4	107,1	108,3	108,7	101,3
1998 März	104,3	105,6	105,6	101,1	107,6	105,4	107,1	108,4	108,5	101,2
1998 April	104,3	105,6	105,6	101,1	107,6	105,4	107,0	108,5	108,7	101,2
1998 Mai	104,3	105,6	105,7	100,6	107,9	105,6	107,2	108,8	108,9	101,1
1998 Juni	104,2	105,5	105,6	100,3	107,9	105,6	107,1	108,8	108,7	100,9
1998 Juli	104,0	105,4	105,5	100,2	107,9	105,7	106,9	108,8	108,9	100,5
1998 August	103,8	105,2	105,3	99,5	107,8	105,6	106,7	108,7	108,6	100,3
1998 September .	103,7	105,1	105,2	99,2	107,9	105,6	106,5	108,8	108,7	100,1
1998 Oktober . . .	103,3	104,8	105,0	98,6	107,9	105,5	106,1	108,9	108,7	99,4
1998 November .	102,9	104,6	104,9	98,3	107,9	105,4	105,9	108,8	108,5	98,9
1998 Dezember .	102,7	104,4	104,6	97,5	107,8	105,3	105,7	108,7	108,2	98,7

Jahr Monat	Elektrizität, Fern- wärme, Wasser ³⁾		Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralölerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	zusammen	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues ⁴⁾	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke		
1996 D	95,7	91,7	90,7	.	110,5	91,9	109,7	92,4	91,4	95,8	103,6
1997 D	95,9	91,5	98,7	.	113,4	93,4	109,7	91,7	90,9	104,6	104,9
1998 D	95,7	90,9	94,3	.	103,5	74,5	109,1	94,6	93,8	99,7	106,1
1997 November .	95,8	91,3	99,3	.	114,9	98,2	109,2	94,2	93,7	103,2	105,8
1997 Dezember .	95,8	91,3	99,0	.	112,8	91,4	109,2	94,6	94,1	103,5	105,8
1998 Januar . . .	95,9	91,2	98,4	.	108,4	83,3	109,1	95,5	94,9	103,5	106,1
1998 Februar . . .	96,0	91,2	98,2	.	107,1	81,6	109,1	96,0	95,5	103,2	106,3
1998 März	96,0	91,2	98,0	.	105,0	76,7	109,2	96,2	95,7	103,6	106,3
1998 April	96,0	91,2	98,4	.	105,3	79,5	109,1	96,4	95,9	104,3	106,4
1998 Mai	96,0	91,2	97,9	.	104,3	78,2	109,4	96,4	95,9	101,4	106,3
1998 Juni	96,0	91,2	97,1	.	102,9	74,1	109,4	96,3	95,6	100,7	106,1
1998 Juli	95,8	91,0	94,2	.	103,7	74,7	109,2	95,8	95,1	100,7	105,9
1998 August	95,8	91,0	93,6	.	101,8	69,3	109,1	95,2	94,4	99,5	105,9
1998 September .	95,8	91,0	93,6	.	102,0	72,0	108,8	94,3	93,4	97,2	106,0
1998 Oktober . . .	95,6	90,9	88,7	.	101,7	69,9	108,6	92,9	91,8	95,1	106,2
1998 November .	94,8	89,9	86,5	.	101,2	68,8	108,8	91,3	90,0	95,0	106,1
1998 Dezember .	94,8	89,9	86,6	.	99,1	65,4	108,9	89,1	87,5	92,2	106,1

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)					
		zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	Fertigteil- bauten über- wiegend aus Metall, Kon- struktionen aus Stahl und Aluminium	zusammen	darunter			Kraft- ⁵⁾	Land- maschinen
							darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	gewerbl. Arbeitsmaschinen	zusammen		
1996 D	102,6	99,4	94,9	108,1	104,0	111,0	110,2	108,6	115,7	113,3	
1997 D	103,1	97,9	93,5	109,0	104,1	112,2	111,3	108,8	118,3	115,0	
1998 D	104,6	98,1	95,8	110,1	105,1	113,3	112,5	109,8	119,7	116,9	
1997 Oktober . . .	103,3	97,9	94,7	109,4	104,4	112,4	111,5	108,7	118,3	115,8	
1997 November .	103,5	97,7	94,2	109,5	104,5	112,5	111,5	109,0	118,3	116,0	
1997 Dezember .	103,6	97,9	94,7	109,5	104,4	112,5	111,5	109,0	118,3	116,1	
1998 Januar . . .	104,2	98,6	97,0	109,5	104,6	112,7	111,9	109,2	118,7	116,3	
1998 Februar . . .	104,4	98,6	97,2	109,7	104,6	112,8	112,0	109,5	119,5	116,5	
1998 März	104,3	98,4	96,6	109,8	104,7	113,0	112,1	109,6	119,8	116,7	
1998 April	104,6	98,3	95,8	110,0	105,0	113,1	112,3	109,6	119,7	116,7	
1998 Mai	104,6	98,5	96,4	110,1	105,1	113,3	112,5	109,7	119,7	116,8	
1998 Juni	104,4	98,4	96,9	110,1	105,2	113,4	112,6	109,9	119,7	116,9	
1998 Juli	104,4	98,2	95,9	110,2	105,2	113,5	112,7	110,0	119,7	116,7	
1998 August	104,3	97,8	95,5	110,2	105,2	113,5	112,7	110,0	119,7	116,5	
1998 September .	104,6	97,7	95,1	110,2	105,2	113,6	112,8	110,0	119,7	116,8	
1998 Oktober . . .	105,0	97,7	94,7	110,2	105,0	113,7	112,8	110,1	120,0	117,6	
1998 November .	105,1	97,7	94,6	110,7	105,8	113,7	112,8	110,1	120,0	117,8	
1998 Dezember .	105,2	97,5	94,2	110,6	105,6	113,7	112,9	110,3	120,0	117,8	

Fußnoten siehe folgende Seite

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen, Straßenzug- maschinen und Krafträder	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen, Straßenzug- maschinen, Krafträder und deren Motoren								
1996 D	109,4	111,9	101,3	109,8	102,0	112,4	110,9	105,5	104,1	98,1	90,4
1997 D	110,2	112,9	101,2	111,8	102,2	114,2	112,9	106,1	103,5	99,1	85,4
1998 D	111,4	114,7	100,7	111,0	101,3	114,9	112,5	106,8	104,1	99,0	81,9
1997 November . .	110,6	113,6	101,0	112,2	101,9	113,9	111,4	106,3	103,4	100,1	84,3
1997 Dezember . .	110,7	113,7	101,0	112,2	101,9	113,9	111,4	106,3	103,5	100,3	83,9
1998 Januar	110,6	113,7	100,8	111,9	101,7	114,5	112,4	106,4	103,7	100,7	83,8
1998 Februar	110,7	113,7	100,7	111,9	101,5	114,6	112,4	106,6	104,0	100,4	83,4
1998 März	110,7	113,7	100,6	111,9	101,5	114,7	112,3	106,8	103,9	100,3	83,3
1998 April	110,8	113,9	100,7	111,7	101,5	114,9	112,8	106,8	104,3	99,9	83,1
1998 Mai	111,6	114,9	100,7	110,2	101,6	114,9	112,7	107,0	104,3	99,4	82,2
1998 Juni	111,6	115,0	100,7	109,9	101,4	114,9	112,7	107,1	104,2	99,2	82,3
1998 Juli	111,6	115,1	100,7	110,7	101,4	114,8	112,7	106,9	104,3	98,9	81,6
1998 August	111,6	115,1	100,7	110,7	101,3	114,7	112,4	106,8	104,1	98,4	81,3
1998 September . .	111,7	115,1	100,7	110,7	101,2	115,0	112,4	106,9	104,1	98,2	81,1
1998 Oktober	111,8	115,2	100,7	110,8	101,1	115,0	112,5	106,7	103,9	97,7	82,0
1998 November . .	111,8	115,2	100,6	111,0	101,0	115,2	112,5	106,8	104,0	97,5	79,8
1998 Dezember . .	111,8	115,2	100,6	111,0	100,8	115,2	112,5	106,8	104,2	97,4	78,7

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁶⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse, Vervielfäl- tigungen	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1996 D	112,1	96,0	88,9	114,0	86,8	102,2	108,4	101,8	99,6	101,1
1997 D	112,6	93,0	89,1	115,3	82,4	100,5	107,7	101,7	98,1	101,4
1998 D	112,0	92,8	90,8	116,9	85,3	101,2	107,6	101,1	98,3	102,4
1997 November . .	112,2	92,0	89,7	115,7	83,8	101,1	108,0	101,4	97,8	102,0
1997 Dezember . .	112,0	92,0	89,5	115,7	84,4	101,1	107,3	101,4	97,7	101,2
1998 Januar	112,3	92,1	89,8	116,0	85,8	100,9	107,5	101,3	97,8	101,3
1998 Februar	111,8	92,3	89,7	116,1	86,2	101,2	107,8	101,4	97,8	101,4
1998 März	111,7	92,0	89,8	116,2	86,4	101,2	107,6	101,3	98,0	101,3
1998 April	112,1	92,0	90,7	116,3	85,9	101,3	107,6	101,3	98,0	101,9
1998 Mai	112,0	92,5	91,1	117,0	85,7	101,3	107,8	101,2	98,4	102,7
1998 Juni	111,8	92,4	91,5	117,1	85,5	101,3	107,8	101,3	98,5	102,6
1998 Juli	112,0	93,2	91,6	117,2	85,6	101,4	107,9	101,3	98,7	102,6
1998 August	112,2	93,1	91,5	117,2	85,4	101,4	107,8	101,1	98,6	102,6
1998 September . .	112,1	93,0	91,3	117,2	84,8	101,4	107,7	101,1	98,6	103,1
1998 Oktober	112,0	93,4	91,0	117,5	84,5	101,2	107,5	100,9	98,6	103,3
1998 November . .	111,8	93,7	90,8	117,7	84,2	100,8	107,3	100,8	98,5	103,2
1998 Dezember . .	111,8	93,6	90,5	117,8	83,9	100,5	107,2	100,5	98,2	103,3

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigtei- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmlühen- erzeugnisse	Milch und Milch- erzeugnisse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1996 D	108,1	107,7	101,6	105,1	103,2	88,1	100,9	98,7	114,8	125,9
1997 D	109,0	108,4	102,3	105,3	104,8	86,7	100,8	103,0	118,1	127,5
1998 D	109,5	108,8	102,4	105,5	104,8	82,3	102,3	99,7	119,2	127,5
1997 November . .	109,5	108,9	102,9	105,5	105,7	83,9	101,9	103,9	117,4	127,7
1997 Dezember . .	109,5	108,9	102,7	105,4	105,6	83,5	102,1	103,5	117,4	127,4
1998 Januar	109,7	109,1	102,6	105,5	105,6	83,8	102,4	103,0	117,5	127,3
1998 Februar	109,7	109,2	102,7	105,5	105,5	83,6	102,4	102,6	117,5	127,3
1998 März	109,7	109,2	102,7	105,4	105,5	83,9	102,5	102,1	117,5	128,1
1998 April	109,6	109,1	102,6	105,3	105,4	83,4	102,4	101,7	117,6	128,1
1998 Mai	109,6	109,1	102,6	105,4	105,3	83,0	102,3	101,1	119,4	128,1
1998 Juni	109,8	109,2	102,5	105,4	105,1	82,8	102,2	100,5	119,8	128,1
1998 Juli	109,7	109,1	102,5	105,3	105,0	82,3	102,3	100,2	119,6	128,1
1998 August	109,6	109,0	102,4	105,6	104,7	81,7	102,3	99,5	119,8	128,1
1998 September . .	109,7	109,1	102,4	105,6	104,4	81,2	102,2	97,9	120,4	126,5
1998 Oktober	109,9	109,3	102,2	105,7	103,9	81,0	102,3	96,5	120,5	126,4
1998 November . .	108,4	107,1	102,1	105,7	103,7	80,8	102,1	95,6	120,4	126,7
1998 Dezember . .	108,4	107,0	101,9	105,7	103,5	80,5	101,9	95,6	120,4	126,7

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist bis einschl. Dezember 1995 die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. - 4) Da einerseits die früheren Kostenpreise nicht mehr gelten, andererseits aber die ab Januar 1996 geltenden Preise noch nicht gemeldet werden konnten, muß vorübergehend auf eine Ergebnisaufschlüsselung verzichtet werden. Zur Berechnung der Indizes für zusammengefaßte Gütergruppen werden bis auf weiteres die zuletzt gemeldeten Preise für Steinkohle (für Dezember 1995) verwendet. Sobald rückwirkend ab Januar 1996 sämtliche Preise entsprechend den neuen Preisfindungsmechanismen vorliegen, werden mit ihnen ab Januar 1996 die Indizes neu berechnet. - 5) Verbrennungsmotoren und Dampfturbinen. - 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ²⁾	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter	Elektri- zität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Investi- tionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes				
1996 D	108,5	106,7	106,7	107,5	104,1	112,9	106,3	106,0	116,8	108,0	115,2
1997 D	110,5	107,8	108,1	109,8	104,0	113,4	108,7	105,7	119,3	110,1	118,2
1998 D	109,5	106,7	107,0	106,7	104,5	113,6	107,3	106,5	116,8	109,3	118,4
1997 Februar	109,8	107,4	107,6	109,6	104,1	113,4	107,0	106,1	119,2	109,4	117,4
März	109,7	107,2	107,4	108,9	103,8	113,3	107,3	105,5	119,2	109,2	117,3
April	110,0	107,3	107,5	108,3	103,9	113,3	108,4	105,5	118,9	109,6	117,7
Mai	110,7	107,9	108,2	109,0	103,9	113,2	110,5	105,5	118,9	110,2	118,6
Juni	110,5	107,7	108,0	108,8	104,0	113,2	109,8	105,6	118,5	110,1	118,6
Juli	110,5	107,6	108,0	109,2	103,9	113,2	109,3	105,6	118,9	110,2	118,6
August	111,0	108,3	108,7	111,4	104,0	113,2	109,3	105,6	120,2	110,7	118,7
September	111,0	108,2	108,5	110,8	104,0	113,4	109,3	105,7	119,7	110,8	118,8
Oktober	110,9	108,2	108,5	110,9	104,0	113,5	109,2	105,8	119,8	110,6	118,8
November	110,8	108,2	108,5	110,8	104,1	113,6	109,0	105,8	119,3	110,6	118,5
Dezember	110,7	108,0	108,3	110,2	104,2	113,6	108,7	106,0	119,0	110,5	118,5
1998 Januar	110,3	107,6	107,9	108,9	104,3	113,6	108,6	106,0	117,8	110,2	118,6
Februar	110,3	107,5	107,8	109,0	104,1	113,6	108,4	105,9	117,6	110,1	118,5
März	110,1	107,3	107,6	108,1	104,3	113,7	108,3	106,2	117,0	109,9	118,4
April	110,0	107,3	107,5	108,0	104,4	113,7	108,1	106,3	117,0	109,9	118,4
Mai	109,9	107,1	107,4	107,6	104,5	113,6	107,9	106,4	116,9	109,8	118,4
Juni	109,7	106,8	107,2	106,9	104,6	113,5	107,8	106,4	116,6	109,5	118,4
Juli	109,7	106,8	107,2	107,0	104,6	113,5	107,8	106,5	116,9	109,4	118,4
August	109,4	106,5	106,9	106,3	104,6	113,7	107,4	106,6	116,8	109,0	118,4
September	109,2	106,3	106,6	105,7	104,6	113,7	106,8	106,6	116,5	108,9	118,3
Oktober	108,9	106,1	106,3	105,4	104,6	113,6	106,1	106,8	116,3	108,6	118,2
November	108,6	105,7	105,7	104,3	104,7	113,6	104,9	106,9	116,4	108,4	118,2
Dezember	108,4	105,4	105,3	103,1	104,6	113,6	104,9	106,8	115,8	108,1	118,2

Jahr Monat	Bergbau- liche Erzeug- nisse	Mineralol- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Me- talle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- walm- werke	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlep- per)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlep- per)	Boote und Jachten
1996 D	104,9	118,0	100,1	98,3	98,6	104,0	110,6	108,9	104,5	107,4	.	113,7
1997 D	108,0	122,2	98,9	101,5	102,1	104,6	108,3	101,2	103,8	108,0	.	114,5
1998 D	106,0	111,9	96,2	109,8	99,1	105,2	109,2	101,9	105,1	108,6	.	116,0
1997 Februar	106,5	123,8	100,7	97,0	99,4	103,5	110,4	102,3	104,4	107,9	.	114,2
März	106,8	122,4	99,9	97,3	99,6	103,9	110,4	101,7	103,4	108,0	.	114,2
April	108,6	120,0	99,6	97,6	99,5	104,0	110,4	101,5	103,2	108,1	.	114,2
Mai	108,5	120,0	99,7	99,3	102,7	104,8	107,2	101,3	103,3	107,9	.	114,6
Juni	108,1	118,9	98,5	100,2	105,6	104,9	107,3	101,2	103,5	108,1	.	114,6
Juli	108,5	120,0	98,1	101,6	104,9	104,5	107,3	100,8	103,5	108,0	.	114,6
August	108,6	124,7	98,4	105,0	103,8	105,0	107,4	100,6	103,6	108,1	.	114,6
September	109,2	122,8	98,7	105,4	103,3	105,0	107,5	100,8	103,8	108,0	.	114,6
Oktober	108,3	123,2	98,5	105,1	103,1	105,1	107,6	100,5	103,8	108,0	.	114,6
November	108,2	122,8	97,1	106,4	103,6	105,2	107,7	100,8	103,9	108,1	.	114,6
Dezember	108,2	121,3	97,3	106,5	102,3	105,4	107,7	100,5	104,3	108,4	.	114,6
1998 Januar	107,1	116,5	97,4	108,9	102,0	105,4	108,2	100,4	104,2	108,4	.	116,2
Februar	107,0	115,5	98,4	111,9	102,1	105,2	108,7	100,6	103,8	108,3	.	116,2
März	107,0	113,4	98,1	110,1	102,9	105,1	108,8	100,6	104,7	108,3	.	116,2
April	106,9	112,8	96,8	111,9	103,5	105,1	109,0	101,2	104,9	108,5	.	116,1
Mai	106,9	112,4	96,2	113,5	101,2	105,1	109,1	101,6	104,9	108,6	.	116,1
Juni	105,9	111,3	95,3	112,1	100,2	105,1	109,5	102,0	105,1	108,7	.	116,1
Juli	105,5	111,8	94,3	112,7	100,5	105,1	109,5	102,0	105,2	108,8	.	116,1
August	105,1	111,4	95,1	111,9	99,4	105,2	109,8	102,0	105,3	108,7	.	116,1
September	105,4	110,2	95,7	110,9	97,1	105,2	109,7	102,6	105,3	108,7	.	116,1
Oktober	104,7	109,8	95,7	109,6	95,4	105,3	109,7	103,0	105,9	108,5	.	115,7
November	105,2	110,2	95,7	102,8	93,5	105,4	109,5	103,4	105,9	108,6	.	115,7
Dezember	105,3	107,9	95,6	101,0	91,4	105,3	109,0	103,3	105,9	108,5	.	115,7

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverleier

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Buro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glaswaren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren
1996 D	98,8	99,2	103,5	109,3	105,4	.	114,7	102,0	98,5	109,5
1997 D	98,3	99,6	103,4	110,7	108,5	.	115,1	98,3	97,5	109,2
1998 D	98,3	99,6	104,0	112,0	108,0	.	116,1	96,1	99,0	110,0
1997 Februar	98,6	99,2	103,7	110,4	107,0	.	115,7	100,0	95,9	109,3
März	98,1	99,2	103,3	110,4	106,6	.	114,6	98,8	95,3	109,3
April	98,1	99,2	103,2	110,6	107,4	.	114,3	98,0	96,2	109,2
Mai	98,2	100,1	103,3	110,6	109,2	.	114,7	97,8	95,5	108,9
Juni	98,1	100,1	103,5	110,6	109,0	.	115,2	97,2	96,2	109,0
Juli	98,1	100,0	103,5	110,7	108,5	.	114,9	97,2	97,8	109,0
August	98,2	100,4	103,5	110,7	109,7	.	114,7	97,5	98,9	109,1
September	98,3	99,9	103,4	110,8	109,5	.	114,8	98,2	98,4	109,1
Oktober	98,4	99,2	103,4	111,0	109,6	.	115,0	98,2	100,1	109,4
November	98,6	99,2	103,4	111,0	109,5	.	116,1	98,5	100,0	109,6
Dezember	98,6	99,2	103,2	111,0	109,4	.	116,0	98,1	99,5	109,7
1998 Januar	98,6	99,1	103,7	111,0	109,6	.	116,2	97,5	98,2	109,7
Februar	98,3	99,2	104,2	111,3	109,5	.	115,8	97,2	97,9	109,8
März	98,3	99,5	103,9	111,2	109,5	.	116,0	97,1	97,6	109,8
April	98,4	99,5	103,8	112,3	109,7	.	115,9	96,4	97,6	109,8
Mai	98,4	99,8	103,9	112,5	108,9	.	116,3	95,9	97,5	109,8
Juni	98,4	99,6	104,0	112,5	109,0	.	116,5	96,1	99,0	109,3
Juli	98,4	99,7	104,1	112,5	108,8	.	116,7	96,0	99,8	109,4
August	98,3	99,7	104,0	112,5	106,3	.	116,6	95,6	100,0	110,5
September	98,3	99,7	103,8	112,5	106,4	.	116,3	95,3	100,4	110,5
Oktober	98,0	99,6	104,1	111,7	106,9	.	115,6	95,2	100,3	110,5
November	98,2	99,7	104,2	111,7	105,8	.	115,9	95,5	99,9	110,6
Dezember	98,1	99,8	104,0	111,7	105,6	.	115,7	95,4	99,8	110,6

Jahr Monat	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfältigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren
1996 D	94,9	109,1	145,8	99,6	110,0	100,7	98,5	104,1	105,8	105,0	116,0
1997 D	90,0	106,0	151,1	100,3	109,2	.	99,6	103,8	106,1	107,4	118,8
1998 D	93,9	106,0	151,4	100,2	108,9	.	99,6	104,3	106,7	105,5	121,1
1997 Februar	88,6	108,4	150,9	99,9	109,6	.	99,5	103,7	106,0	105,5	118,4
März	87,5	105,9	150,8	100,2	109,6	.	99,5	103,6	106,0	105,8	118,7
April	87,8	107,1	150,9	100,2	109,7	.	99,5	103,6	106,1	107,1	118,7
Mai	88,8	106,4	151,0	100,4	109,5	.	99,5	103,7	106,1	109,4	118,9
Juni	89,1	105,8	151,3	100,3	110,1	.	99,5	103,7	106,1	108,6	118,9
Juli	89,4	105,6	151,3	100,2	110,1	.	99,6	103,7	106,1	108,0	118,9
August	90,1	105,4	151,3	100,1	109,3	.	99,6	103,7	106,1	108,0	118,9
September	91,1	106,0	151,3	100,2	107,5	.	99,6	103,9	106,1	108,1	118,9
Oktober	91,8	105,6	151,3	100,8	108,1	.	99,6	104,1	106,1	107,9	118,9
November	93,0	105,2	151,3	100,5	108,4	.	99,6	104,2	106,1	107,7	118,9
Dezember	93,6	105,2	151,3	100,5	108,5	.	99,6	104,3	106,1	107,4	118,9
1998 Januar	94,7	105,6	151,3	100,7	108,7	.	99,6	104,2	106,7	107,2	119,5
Februar	95,9	105,4	151,4	100,3	107,7	.	99,6	104,4	106,9	107,0	119,5
März	96,1	105,7	151,4	100,3	108,6	.	99,6	104,4	106,9	106,9	118,9
April	95,5	105,9	151,4	100,7	108,7	.	99,6	104,4	106,9	106,7	118,9
Mai	94,9	106,9	151,4	100,5	108,8	.	99,6	104,4	106,5	106,3	119,9
Juni	95,3	106,7	151,4	100,4	108,6	.	99,6	104,4	106,6	106,2	119,9
Juli	95,0	106,1	151,4	100,1	109,2	.	99,6	104,4	106,6	105,9	122,5
August	94,0	105,9	151,5	100,0	109,3	.	99,7	104,4	106,6	105,4	122,6
September	92,8	105,9	151,5	100,2	109,2	.	99,7	104,3	106,6	104,8	122,6
Oktober	92,2	106,0	151,5	99,8	109,3	.	99,7	104,0	106,6	104,0	122,6
November	90,9	106,0	151,5	99,5	109,3	.	99,7	103,9	106,6	102,5	123,3
Dezember	89,4	106,0	151,5	99,4	109,1	.	99,7	104,0	106,6	102,5	123,3

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff.

Zum Aufsatz: „Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung“

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Wägungsschemata 1995 = 100

Wägungsanteile in ‰

COICOP-VPI	Bezeichnung	Deutschland	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	Gesamtlebenshaltung	1 000	1 000	1 000
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	131,26	127,05	147,06
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	41,67	40,39	48,99
03	Bekleidung und Schuhe	68,76	67,72	69,98
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	274,77	287,02	243,07
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	70,56	66,48	84,68
06	Gesundheitspflege	34,39	36,36	18,79
07	Verkehr	138,82	136,58	144,73
08	Nachrichtenübermittlung	22,66	22,87	22,08
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,57	100,64	111,33
10	Bildungswesen	6,51	6,00	8,57
11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	46,08	48,75	41,14
12	Andere Waren und Dienstleistungen	60,95	60,14	59,58
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	131,26	127,05	147,06
011	Nahrungsmittel	113,13	109,48	127,00
0111	Brot und Getreideerzeugnisse	22,23	21,85	22,18
0112	Fleisch, Fleischwaren	29,43	28,45	33,98
0113	Fische, Fischwaren	5,19	5,05	6,59
0114	Molkereiprodukte und Eier	16,81	16,52	17,71
0115	Speisefette und -ole	3,52	3,29	4,62
0116	Obst	9,95	9,47	11,72
0117	Gemüse (einschl. Kartoffeln u. a. Knollengewächse)	11,98	11,48	13,68
0118	Zucker, Marmelade, Konfitüre, Honig, Sirup, Schokolade und Süßwaren	9,46	9,01	11,05
0119	Nahrungsmittel, a. n. g.	4,56	4,36	5,47
012	Alkoholfreie Getränke	18,13	17,57	20,06
0121	Kaffee, Tee, Kakao	6,85	6,63	7,71
0122	Mineralwasser, Limonaden, Frucht- und Gemüsesäfte	11,28	10,94	12,35
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	41,67	40,39	48,99
021	Alkoholische Getränke	21,34	20,38	28,46
0211	Spirituosen	2,80	2,48	4,38
0212	Wein	6,27	6,02	10,58
0213	Bier	12,27	11,88	13,50
022	Tabakwaren	20,33	20,01	20,53
0220	Tabakwaren	20,33	20,01	20,53
03	Bekleidung und Schuhe	68,76	67,72	69,98
031	Bekleidungsstoffe und Bekleidung	57,58	56,79	58,23
0311	Bekleidungsstoffe	0,44	0,50	0,12
0312	Bekleidung	54,58	53,65	56,08
0313	Andere Bekleidungsartikel und -zubehör	1,70	1,69	1,60
0314	Chemische Reinigung, Waschen und Reparatur von Bekleidung	0,86	0,95	0,43
032	Schuhe	11,18	10,93	11,75
0321	Schuhe und Schuhzubehör	10,91	10,67	11,47
0322	Reparatur von Schuhen	0,27	0,26	0,28
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	274,77	287,02	243,07
041	Wohnungsmieten (einschl. Mietwert von Eigentümerwohnungen)	171,53	185,02	121,05
0411	Wohnungsmieten (einschl. Mietwert von Eigentümerwohnungen)	171,53	185,02	121,05
043	Regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung	14,82	17,33	11,67
0431	Erzeugnisse für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung	8,16	8,80	7,70
0432	Dienstleistungen für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung	6,66	8,53	3,97
044	Wasserversorgung und andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung	32,88	31,34	45,25
0441	Wasserversorgung	11,47	9,92	21,27
0442	Müllabfuhr	7,17	6,44	11,97
0443	Abwasserentsorgung	8,86	9,26	7,77
0444	Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung, a.n.g.	5,38	5,72	4,24
045	Strom, Gas und andere Brennstoffe	55,54	53,33	65,10
0451	Strom	25,84	26,28	24,32
0452	Gas	10,96	10,43	13,95
0453	Flüssige Brennstoffe	5,87	6,51	2,84
0454	Feste Brennstoffe	1,46	0,84	4,32
0455	Zentralheizung, Fernwärme u. a.	11,41	9,27	19,67

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Wägungsschemata 1995 = 100

Wägungsanteile in %

COICOP- VPI	Bezeichnung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	70,56	66,48	84,68
051	Möbel, Innenausstattung, Teppiche und andere Bodenbeläge	36,17	33,32	47,12
0511	Möbel und Einrichtungsgegenstände	30,94	28,12	42,23
0512	Teppiche und andere Bodenbeläge	5,17	5,14	4,84
0513	Reparatur an Bodenbelägen	0,06	0,06	0,05
052	Heimtextilien	6,41	6,41	5,96
0520	Heimtextilien	6,41	6,41	5,96
053	Haushaltsgeräte	10,66	9,75	14,06
0531	Elektrische und andere Haushaltsgroßgeräte	9,14	8,30	12,43
0532	Elektrische Kleingeräte für den Haushalt	1,27	1,18	1,49
0533	Reparatur an Haushaltsgeräten	0,25	0,27	0,14
054	Glaswaren, Tafelgeschirr und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	3,44	3,28	3,99
0540	Glaswaren, Tafelgeschirr und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	3,44	3,28	3,99
055	Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten	6,32	6,15	6,39
0551	Motorbetriebene Werkzeuge und Geräte	2,08	1,91	2,52
0552	Gartengeräte, Handwerkzeuge und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	4,24	4,24	3,87
056	Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	7,56	7,57	7,16
0561	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	6,50	6,36	6,99
0562	Dienstleistungen von Haushaltshilfen und andere häusliche Dienste	1,06	1,21	0,17
06	Gesundheitspflege	34,39	36,36	18,79
061	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen	12,59	12,77	9,87
0611	Pharmazeutische Erzeugnisse (ohne solche für Tiere)	10,00	10,12	7,64
0612	Anderer medizinische Erzeugnisse	0,32	0,33	0,32
0613	Therapeutische Geräte und Ausrüstungen	2,27	2,32	1,91
062	Ambulante Gesundheitsdienstleistungen	16,84	18,18	7,29
0621	Ärztliche Dienstleistungen	5,55	6,34	0,82
0622	Zahnärztliche Dienstleistungen	8,07	8,49	5,18
0623	Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe	3,22	3,35	1,29
063	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen	4,96	5,41	1,63
0630	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen	4,96	5,41	1,63
07	Verkehr	138,82	136,58	144,73
071	Kauf von Fahrzeugen	41,95	40,86	43,92
0711	Kraftwagen	36,70	35,38	39,86
0712	Motorräder	3,03	3,23	2,10
0713	Fahrräder	2,22	2,25	1,96
072	Waren und Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen	77,88	76,84	79,70
0721	Ersatzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge	3,41	3,46	3,21
0722	Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge	32,72	32,17	34,28
0723	Wartung und Reparatur von Privatfahrzeugen	21,11	20,52	22,97
0724	Anderer Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	20,64	20,69	19,24
073	Verkehrsdienstleistungen	18,99	18,88	21,11
0731	Personenbeförderung im Schienenverkehr	5,40	5,47	5,44
0732	Personenbeförderung im Straßenverkehr	1,77	1,72	2,19
0733	Personenbeförderung im Luftverkehr	1,38	1,60	0,28
0734	Personenbeförderung im See- und Binnenschiffsverkehr	1,22	1,20	1,43
0735	Kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen	8,51	8,25	10,67
0736	Anderer Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen	0,71	0,64	1,10
08	Nachrichtenübermittlung	22,66	22,87	22,08
081	Nachrichtenübermittlung	22,66	22,87	22,08
0811	Post- und Kurierdienstleistungen	3,44	3,28	3,90
0812	Telefon- und Telefaxgeräte, einschl. Reparatur	0,65	0,62	0,84
0813	Telefon-, Telegrafie- und Telefaxdienstleistungen	18,57	18,97	17,34

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Wägungsschemata 1995 = 100

Wägungsanteile in %

COICOP-VPI	Bezeichnung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,57	100,64	111,33
091	Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte und Zubehör (einschl. Reparaturen)	20,36	19,43	23,51
0911	Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild	7,55	7,01	9,62
0912	Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte und Zubehör	1,97	1,78	2,67
0913	Informationsverarbeitungsgeräte	6,63	6,53	6,97
0914	Bild- und Tonträger	3,42	3,29	3,78
0915	Reparatur an audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten	0,79	0,82	0,47
092	Andere größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit und Kultur	1,36	1,44	0,87
0921	Größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit im Freien	0,51	0,52	0,36
0922	Musikinstrumente und größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit in Räumen	0,85	0,92	0,51
093	Andere Geräte und Artikel für Freizeitwecke, Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege, Haustiere	19,64	19,09	20,73
0931	Spiele, Spielzeug und Hobbywaren	3,49	3,48	3,02
0932	Geräte und Ausrüstungen für Sport, Camping und Erholung im Freien	3,47	3,35	3,24
0933	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege	8,53	8,03	10,40
0934	Haustiere (einschl. Ge- und Verbrauchsgüter für die Tierhaltung)	3,54	3,57	3,81
0935	Veterinär- und andere Dienstleistungen für Haustiere	0,61	0,66	0,26
094	Freizeit und Kulturdienstleistungen	23,52	23,24	24,42
0941	Sport- und Erholungsdienstleistungen	6,50	6,87	5,16
0942	Kulturdienstleistungen	16,75	16,08	19,10
0943	Glücksspiele	0,27	0,29	0,16
095	Zeitungen, Bücher und Schreibwaren	21,09	20,88	21,36
0951	Bücher	8,00	7,73	8,60
0952	Zeitungen und Zeitschriften	9,18	9,19	8,93
0953	Andere Druckerzeugnisse	0,59	0,58	0,57
0954	Schreibwaren und Zeichenmaterialien	3,32	3,38	3,26
096	Pauschalreisen	17,60	16,56	20,44
0960	Pauschalreisen	17,60	16,56	20,44
10	Bildungswesen	6,51	6,00	8,57
101	Bildungswesen	6,51	6,00	8,57
1011	Dienstleistungen der Bildungseinrichtungen des Elementar- und Primärbereichs	4,56	4,00	6,95
1014	Dienstleistungen der Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs	1,95	2,00	1,62
11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	46,08	48,75	41,14
111	Verpflegungsdienstleistungen	38,22	40,83	33,85
1111	Restaurants, Cafés, Straßenverkauf u. ä.	34,09	37,59	23,65
1112	Kantinen, Mensen	4,13	3,24	10,20
112	Beherbergungsdienstleistungen	7,86	7,92	7,29
1120	Beherbergungsdienstleistungen	7,86	7,92	7,29
12	Andere Waren und Dienstleistungen	60,95	60,14	59,58
121	Körperpflege	26,37	25,61	26,64
1211	Friseurleistungen	11,78	11,61	11,83
1212	Elektrische Geräte für die Körperpflege	0,23	0,23	0,21
1213	Andere Artikel und Erzeugnisse für die Körperpflege	14,36	13,77	14,60
123	Persönliche Gebrauchsgegenstände, a. n. g.	7,18	7,15	6,64
1231	Schmuck und Uhren	5,03	5,01	4,53
1232	Andere persönliche Gebrauchsgegenstände	2,15	2,14	2,11
125	Versicherungsdienstleistungen	20,90	20,93	15,59
1252	Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung	2,18	1,65	4,88
1253	Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Gesundheit	5,10	5,70	1,38
1254	Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Verkehr	7,89	7,37	10,07
1255	Andere Versicherungsdienstleistungen	5,73	6,21	3,26
126	Finanzdienstleistungen, a. n. g.	3,03	3,05	2,66
1262	Sonstige Finanzdienstleistungen, a. n. g.	3,03	3,05	2,66
127	Andere Dienstleistungen, a. n. g.	3,47	3,40	4,05
1270	Andere Dienstleistungen, a. n. g.	3,47	3,40	4,05

Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte ¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr/Monat 2)	Gesamtindex	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Einrichtungsgegenstände u.a. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	Bildungswesen	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen
1996 D	101,4	100,6	100,8	100,7	102,4	100,7	101,5	102,4	100,9	100,4	103,7	101,1	100,5
1997 D	103,3	102,0	102,7	101,1	105,1	101,1	108,7	104,3	97,9	102,5	107,8	102,1	102,3
1998 D	104,3	103,0	104,7	101,5	106,0	101,8	114,4	104,7	97,3	103,1	112,9	103,6	102,8
1995 Januar	99,2	100,0	99,6	99,7	98,6	99,4	99,7	98,9	100,4	99,0	98,9	98,5	99,3
Februar	99,7	100,8	99,6	99,7	98,9	99,6	99,9	99,4	100,4	100,7	99,2	99,0	99,4
März	99,7	100,6	99,7	99,8	99,1	99,8	99,9	99,3	100,4	100,7	99,2	98,9	99,5
April	99,8	100,8	99,8	99,8	99,5	99,9	100,0	100,0	100,4	99,2	99,3	100,0	99,6
Mai	99,9	101,3	100,0	100,0	99,6	100,0	100,0	100,1	99,8	98,3	99,3	99,9	99,7
Juni	100,1	101,2	100,1	99,9	99,8	100,1	100,1	100,6	99,8	99,5	99,3	100,6	99,9
Juli	100,3	100,5	100,2	99,9	99,8	100,1	100,1	100,1	100,2	101,9	99,7	102,2	100,0
August	100,3	99,3	100,2	99,9	100,6	100,1	99,8	100,0	99,9	101,0	100,2	102,1	100,1
September	100,3	99,0	100,2	100,2	100,8	100,1	100,0	100,4	99,9	100,5	101,1	100,5	100,3
Oktober	100,1	98,7	100,2	100,3	100,9	100,2	100,1	100,2	99,9	99,3	101,3	100,4	100,7
November	100,1	98,7	100,2	100,4	101,0	100,4	100,1	100,2	99,4	99,2	101,4	99,0	100,8
Dezember	100,4	98,9	100,2	100,4	101,2	100,4	100,1	100,7	99,4	100,7	101,4	99,1	100,8
1996 Januar	100,6	100,1	100,3	100,4	101,2	100,5	101,5	101,3	103,6	98,9	101,6	99,8	100,1
Februar	101,1	100,9	100,3	100,5	101,6	100,6	101,6	101,6	103,6	100,8	102,1	100,4	100,3
März	101,2	101,5	100,4	100,5	101,8	100,6	101,6	101,8	102,9	100,5	102,8	99,9	100,4
April	101,2	101,8	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,4	102,7	98,4	102,9	100,1	100,5
Mai	101,4	101,6	100,4	100,6	101,9	100,7	101,6	102,6	102,7	99,5	103,1	100,8	100,5
Juni	101,5	101,5	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,3	102,7	100,2	103,1	101,5	100,5
Juli	101,7	101,5	100,5	100,5	102,3	100,7	101,5	102,3	99,5	101,8	103,2	103,5	100,5
August	101,6	100,4	100,5	100,6	102,4	100,8	101,5	102,5	99,5	102,0	104,5	103,4	100,5
September	101,6	99,6	100,6	100,8	102,9	100,8	101,5	102,8	99,5	101,3	105,0	101,6	100,6
Oktober	101,6	99,3	100,6	101,0	103,4	100,8	101,5	102,9	98,6	100,0	105,0	101,7	100,7
November	101,5	99,2	102,5	101,1	103,4	100,9	101,5	102,9	97,8	99,7	105,1	100,3	100,7
Dezember	101,9	99,5	102,5	101,1	103,6	100,9	101,5	103,0	97,8	101,4	105,5	100,7	100,8
1997 Januar	102,6	101,4	102,5	101,0	104,6	101,0	103,5	103,2	97,8	101,6	106,1	100,8	102,0
Februar	102,9	101,6	102,5	101,0	104,7	101,0	103,4	103,3	97,8	103,6	106,4	101,6	102,1
März	102,8	101,1	102,6	101,0	104,6	101,0	103,4	103,6	97,7	103,4	106,5	101,2	102,1
April	102,6	101,8	102,6	101,1	104,7	101,1	103,5	103,5	97,7	100,3	106,8	101,1	102,2
Mai	103,0	102,7	102,6	101,1	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	101,7	107,1	101,9	102,3
Juni	103,1	103,1	102,8	101,0	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	102,1	107,1	102,4	102,3
Juli	103,9	102,7	102,8	100,8	105,1	101,1	114,0	104,7	97,5	103,7	107,4	104,5	102,3
August	104,0	101,9	102,8	100,9	105,4	101,1	114,0	105,8	97,4	104,1	107,9	104,2	102,4
September	103,8	101,7	102,9	101,2	105,3	101,1	114,0	105,5	98,4	103,0	109,4	102,4	102,5
Oktober	103,7	101,6	102,9	101,4	105,5	101,1	114,1	105,3	98,4	101,4	109,5	102,2	102,6
November	103,7	101,9	102,8	101,5	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	102,0	109,5	101,5	102,6
Dezember	103,9	102,4	102,9	101,4	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	103,2	109,7	101,9	102,6
1998 Januar	103,9	103,5	102,9	101,2	105,7	101,3	114,0	104,3	98,3	102,1	110,7	102,0	102,3
Februar	104,1	103,4	102,8	101,2	105,8	101,3	114,1	104,1	98,3	104,1	111,9	102,5	102,3
März	104,0	103,1	102,9	101,3	105,7	101,4	114,1	104,0	97,1	103,7	112,0	102,1	102,4
April	104,1	103,6	103,0	101,5	106,0	101,7	114,6	104,7	97,5	101,1	111,9	103,2	102,6
Mai	104,4	104,2	105,4	101,5	106,1	101,8	114,6	104,7	97,5	102,2	112,1	103,5	102,7
Juni	104,5	104,4	105,4	101,5	106,1	101,9	114,6	104,9	97,7	102,7	112,1	104,0	102,7
Juli	104,8	103,6	105,5	101,4	106,1	101,9	114,1	105,3	97,7	104,5	112,2	105,9	102,8
August	104,6	102,6	105,6	101,3	106,0	101,9	114,2	105,2	97,7	104,8	112,8	106,1	102,9
September	104,4	102,1	105,6	101,6	106,1	101,9	114,3	105,0	97,1	103,7	113,3	104,0	103,0
Oktober	104,2	101,6	105,6	101,7	106,0	101,9	114,4	104,9	96,4	102,6	113,5	103,9	103,2
November	104,2	101,9	105,7	102,0	106,0	102,0	114,6	104,8	96,4	102,8	116,1	103,0	103,2
Dezember	104,3	102,1	105,6	102,0	105,9	102,0	114,6	104,6	96,2	103,2	116,1	103,3	103,2
1999 Januar	104,1	103,0	105,5	101,7	106,1	102,0	110,6	104,4	89,5	102,8	116,4	103,2	103,6
Februar	104,3	103,0	105,5	101,6	106,1	102,0	110,4	104,6	89,0	104,4	117,2	103,9	104,0

1) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98. - 2) Die Monatsergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes

Veröffentlichungen¹⁾ vom 20. Februar 1999 bis 26. März 1999

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Wirtschaft und Statistik, Februar 1999	20,30
Statistischer Wochen dienst	
Heft 8/1999 bis Heft 12/1999	3,20
Konjunktur aktuell, Februar 1999	19,-
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft November 1998	25,60
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft Oktober 1998	12,60
Bildung im Zahlenspiegel 1998	28,50
Verkehr aktuell Februar 1999	14,40
Marz 1999	14,40

Fachserien

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 3	Haushalte und Familien 1998 (Vorbericht)	8,20
4 1 2	Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen 1998	33,90
" 4 2 2	Entgelte und Beschäftigungsdauer der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten 1993	17,-
" 4 3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt Dezember 1993	5,-
Heft 1	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999	
	Heft 1 Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa- Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise	29,40

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 1 2 2	Kostenstruktur bei Handelsvertretern und Handelsmaklern 1996	29,40
" 4 1	Insolvenzverfahren November 1998	8,20
" 5	Gewerbeanzeigen August 1998	3,20
" 5	September 1998	8,20
" 5	Oktober 1998	8,20

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2 1 6	Eigentums- und Pachtverhältnisse 1997	25,60
" 3 2 1	Wachstum und Ernte – Trauben – Heft 1/1998	5,-
" 3 2 2	Weinerzeugung 1998	5,-

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2 2	Auftragsengang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indexes – , Dezember 1998	25,60
" 4 1 1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Dezember 1998	29,40
4 1 2	Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Beschäftigtengroßenklassen 1996	22,70
" 4 1 2	1997	22,70
" 8 1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau eisenschaffende Industrie Eisen- Stahl- und Tempergießerei) Januar 1999	8,20
" 8 1	Februar 1999 (Vorbericht)	3,10
" 8 2	Düngemittelversorgung 4. Vierteljahr 1998	5,-

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1	Bautätigkeit 1997	22,70
---------	-------------------	-------

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 1 1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen) Dezember und Jahr 1998	10,30
" 3 1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen) Dezember und Jahr 1998	8,20
" 7 1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Dezember und Jahr 1998	12,60

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel	
" 1	Oktober 1998	12,60
" 1	November 1998	12,60
" 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), November 1998	46,90

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Dezember 1998	8,20
" 4	Binnenschifffahrt, Oktober 1998	10,30
" 4	November 1998	10,30
" 5	Seeschifffahrt Oktober 1998	10,30
" 5	November 1998	10,30
" 6	Luftverkehr, Dezember 1998	17,-
" 7	Verkehrsunfälle, Oktober 1998	10,30

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4 1	Studierende an Hochschulen Sommersemester 1998 (Studienanfänger/-innen)	25,60
4 1	Studierende an Hochschulen Wintersemester 1998/99 (Vorbericht)	17,-

Fachserie 12 Gesundheitswesen

Reihe 6 3	Kostennachweis der Krankenhäuser 1997	14,40
-----------	---------------------------------------	-------

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 9 1 1	Absatz von Tabakwaren 4. Vierteljahr und Jahr 1998	10,30
" 9 2 1	Absatz von Bier, Januar 1999	3,20
" 9 2 2	Brauwirtschaft 1998	5,-

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 1	Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 2. Vierteljahr 1998	8,20
Heft 1	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 Langlebige Gebrauchsgüter privater Haushalte	33,90

Fachserie 16 Löhne und Gehälter

Reihe 2 1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe Oktober 1998 (Eilbericht)	3,10
2 2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Oktober 1998 (Eilbericht)	3,10
Heft 1	Arbeitskostenerhebungen Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996 – Erste Ergebnisse für Deutschland –	33,90

Fachserie 17 Preise

Reihe 5	Kaufwerte für Bauland, 3. Vierteljahr 1998	10,30
" 6	Index der Großhandelsverkaufspreise Januar 1999	8,20
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung – Neuberechnung auf Basis 1995 – , Januar 1999 (Eilbericht)	4,-
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, Februar 1999 (Eilbericht)	4,-
" 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr Januar 1999	10,30
" 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung Januar 1999	8,20
" 11	Preise und Preisindizes im Ausland Januar 1999	8,20

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 3	Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung 4. Vierteljahr 1998	12,60
---------	--	-------

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Arbeitsmarktstatistik (in russischer Sprache) Band 8	23,60
--	-------

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

¹⁾ Angegebene Preise in DM – Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 3 36 53. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten. Der Verkauf dieser Veröffentlichung erfolgt durch die Außenstelle des Statistischen Bundesamtes, Postfach 10 48 51, 40039 Düsseldorf.

Der 1. Gesundheitsbericht für Deutschland



Statistisches Bundesamt



- Alles über das Gesundheitswesen in Deutschland
- 100 Themenbereiche informieren über aktuelle Probleme und wichtige Zusammenhänge
- Verständlich, anschaulich und umfassend
- 555 Seiten mit 222 zweifarbigen Abbildungen und 136 Tabellen
- DM 89,-

Mit dem Gesundheitsbericht steht der Öffentlichkeit erstmals ein Nachschlagewerk zur Verfügung, das über alle Teilaspekte des Gesundheitswesens, seine wichtigsten Zusammenhänge und aktuellen Problemlagen informiert und ein Gesamtbild des in Deutschland gewachsenen komplexen Gesundheitswesens zeichnet. Die Beiträge sind so aufbereitet, daß sie von jedem Interessierten genutzt werden können, der sich aus beruflichen oder privaten Gründen über bestimmte Aspekte des Gesundheitswesens informieren möchte, auch wenn dieser nur über ein geringes Vorwissen zu den verschiedenen Problembereichen, Organisationen, Strukturen und Prozessen verfügt.

Der Gesundheitsbericht ist ein Ergebnis des Forschungsvorhabens "Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes". An ihm waren eine Vielzahl namhafter Experten, Forscher, Wissenschaftler sowie Verwaltungsfachleute aus zahlreichen Institutionen beteiligt.

Bestellnummer 1022100-97900. ISBN 3-8246-0569-4.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag Metzler-Poeschel,
Auslieferung SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43,
72774 Reutlingen, Telefon: (0 70 71) 93 53 50, Telefax: (0 70 71) 3 36 53
Internet: <http://www.s-f-g.com>, E-Mail: staba@s-f-g.com

**METZLER
POESCHEL**